Montag, 24. Oktober 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen




DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 248 - 43. W - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 35,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Terror in Beirut: US-Präsident Reagan hat eine noch größere Anstrengung des Westens gefordert, um zu verhindern, daß Terroristen die Kontrolle über Libanon erhalten. Reagan reagierte damit auf zwei verheerende Bombenanschläge auf amerikanische und französische Soldaten in Beirut, bei denen mehr als 140 getötet wurden.

Warschauer Pakt: Zur Festlegung ihrer Reaktion auf eine mögliche Nachrüstung im Westen treffen sich die Parteichefs der Staaten des Warschauer Pakts am Wochenende in Moskau. (S.1)

Unzufriedenheit wächst: Die Zahl der Ausreiseanträge von Bewohnern der „DDR" ist nach Informationen von „Bild am Sonntag" in den vergangenen Wochen auf rund 500 000 angewachsen.

Kreisky zur Nachrüstung: Die SPD ist nach Ansicht des früheren österreichischen Bundeskanzlers Kreisky mit ihrer Distanzierung vom NATO-Doppelbeschluß auf dem richtigen Weg.

US-Konvoi vor Grenada: Nach dem blutigen Putsch auf Grenada haben die USA einen Flottenverband vor die Karibik-Insel entsandt, um im Gefahrenfall die 1100 US-Bürger zu evakuieren. Die neuen Machthaber auf Grenada ordneten die Mobilmachung von Armee und Polizei an.

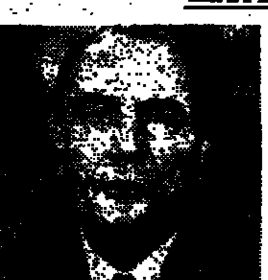
Demonstrationen: Millionen Menschen haben am Wochenende in Westeuropa, Kanada und den USA gegen die Atomrüstung in Ost und West demonstriert. In der Bundesrepublik nahmen nach Angaben der Veranstalter 1,3 Millionen, nach Darstellung des Innenministeriums 500 000 Menschen teil. Bis auf Krawalle in Hamburg gab es keine größeren Ausschreitungen.

Golf-Krieg: Bei irakischen Raketenangriffen auf zwei Städte in der iranischen Ölprovinz Khusistan kamen 145 Menschen ums Leben. Irak hat nach eigenen Angaben den iranischen Hafen Bandar Khomeini am Ausgang des Golfs durch einen Minen-Gürtel blockiert.

Mehr Ausreisen: Obwohl zum Teil immer noch „Schmiergelder" verlangt werden, konnten in den ersten neun Monaten dieses Jahres 11 344 Deutschstämmige aus Rumänien in die Bundesrepublik ausreisen – 3500 mehr als im Vergleichszeitraum 1982.

Heute: Hearing des Verteidigungsausschusses des Bundestags über alternative Strategien. – Delegation des polnischen Parlaments in Bonn. – EG-Finanzminister beraten in Luxemburg über Finanz- und Währungspolitik. – Bundespräsident erhält Ehrendoktor der Universität Dijon. – Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Honecker besucht Prag.

ZITAT DES TAGES



„Es ist wichtig, daß Mr. Andropow begreift, daß Frankreich niemals akzeptieren wird, daß seine Nuklearstreitkräfte in die Genfer Rechnungen mit einbezogen werden."

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand bei seinem Besuch in London (S. 7) FOTO: PETER HARTMANN

WIRTSCHAFT

Rückruf bei VW: Auf Drängen der US-Straßenverkehrsbehörde ruft Volkswagen of America fast 1,6 Millionen Fahrzeuge wegen möglicher Defekte bei der Brems- und elektrischen Anlage zurück. (S. 13)

Belgien: Die im Februar 1982 zur Inflationsbekämpfung eingeführten Preiskontrollen sind bis Ende 1984 verlängert worden.

Thesen noch gültig: Wirtschaftsminister Lambsdorff sieht in seinem Thesen-Papier zur „Wende" in der Wirtschaft vom September 1982 auch heute noch das gültige Konzept einer Politik zur Überwindung der Beschäftigungskrise und Wiederherstellung von Wachstum.

„DDR"-Forschung: Die „DDR" hat beträchtliche Mühe, in der Mikroelektronik international Schritt zu halten. Sorgen bereiten vor allem die enormen Aufwendungen bei der Entwicklung hoch- und höchstintegrierter Schaltkreise.

Ost-Handel: Der deutsche Außenhandel rechnet nicht mit einer Beeinträchtigung des Ost-West-Handels, wenn es gemäß dem NATO-Doppelbeschluß zu einer Nachrüstung in Westeuropa kommen sollte. (S.13)

Argentinien: Importe für das vierte Quartal 1983 wurden auf ein Volumen von 402 Millionen Dollar begrenzt.

KULTUR

Geburtstag der Met: Rund 90 der berühmtesten Opernsänger der Welt, sieben Dirigenten, Chor, Ballett und Orchester der New Yorker Metropolitan Opera feierten mit einer Gala der Superlative den 100. Geburtstag der „Met". (S. 21)

Watteau: Für den Verbleib des Watteau-Gemäldes „Einschiffung nach Cythera" in Berlin sind bislang drei Millionen Mark gespendet worden. Bund und Land wollen zusammen zehn Millionen zum Kaufpreis von 15 Millionen Mark zuschießen.

SPORT

Fußball: Ohne den Stuttgarter Karl-Heinz Förster bestreitet die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am Mittwoch ihr Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die Türkei in Berlin. Förster zog sich beim Spiel gegen München eine Gehirnerschütterung zu.

Handball: Wahrscheinlich kann die deutsche Handball-Nationalmannschaft doch an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles teilnehmen. Die Deutschen hatten sich als Zweite der B-Weltmeisterschaft nicht qualifiziert. Weil Ungarn verzichten will, gibt es eine neue Chance.

AUS ALLER WELT

Sensation im Zoo: Eine Eselin im Londoner Zoo wird bald Tiergeschichte machen: Sie wird ein Zebra-Baby zur Welt bringen. Der Embryo war mittels einer neuen Technik eingepflanzt worden.

Ungewißheit bleibt: Ein sowjetischer Raumtransporter hat die Raumstation Saljut 7 mit Proviant und Treibstoff versorgt. Aber die Lage der beiden Kosmonauten an Bord bleibt nach 120 Tagen im All kritisch. Ihre Erdfähre ist nicht mehr rückkehrsicher. (S. 22)

Wetter: Überwiegend sonnig und trocken. 8 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Blutbad in Beirut. Reagan: Wir werden in Nahost bleiben

Empörung über Anschläge auf Friedenstruppe der USA und Frankreichs

DW./SAD, Beirut/Washington

Das amerikanische Kontingent der internationalen Friedenstruppe in Libanon wird trotz der Terroranschläge des Wochenendes auf die Hauptquartiere der amerikanischen und französischen Einheiten in Beirut seine Mission unverändert fortsetzen. Dies hat US-Präsident Ronald Reagan gestern bekräftigt.

In Washington forderte Reagan nach den Anschlägen in Libanon eine „noch größere Entschlossenheit des Westens", um die Kontrolle über das Geschehen im Nahen Osten zu erhalten. Denjenigen, die die Vereinigten Staaten zur Aufgabe der Region zwingen wollen, müßte entschlossener denn je gezeigt werden, „daß sie nicht die Kontrolle dieser lebenswichtigen und strategisch bedeutsamen Weltgegend übernehmen können", sagte der Präsident.

Auch der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Beirut, Oberst Timothy Geragthy, sagte in Beirut, die Attentate würden lediglich die Entschlossenheit der USA verstärken, weiter in Libanon zu bleiben. Präsident Reagan habe ihm durch den Befehlshaber der Marineinfanterie seine Unterstützung übermitteln lassen.

Bei den Anschlägen gegen die multinationale Friedenstruppe in Beirut sind gestern nach offiziellen Angaben insgesamt 120 amerikanische Soldaten ums Leben gekommen, mehr als 100 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Über die Zahl der Toten unter den französischen Soldaten, unter denen sich auch Wehrpflichtige befinden, lagen keine Informationen vor. Nach Meldung von Radio Beirut wurden 23 Franzosen tot aus den Trümmern geborgen. 53 Fallschirmjäger galten als vermißt.

Die Attentate ereigneten sich in den frühen Morgenstunden. Der Sprecher des US-Kontingents, Major Jordan, und der Sprecher der französischen Truppen, Oberst de Longeaux, berichteten, vor beiden Stützpunkten hätte jeweils mit Sprengstoff beladene Lastwagen die Sperren vor den Quartieren durchbrochen, seien auf die Unterkünfte zugerast und schließlich explodiert. Im amerikanischen Hauptquartier gelang es dem Fahrzeug nach Angaben von Marineinfanteristen bis in die Vorhalle vorzudringen. Auf dem Wagen hätten sich 900 Kilogramm Sprengstoff befunden. Das Gebäude fiel nach Berichten von Augenzeugen völlig in sich zusammen.

Das Hauptquartier der Marines liegt an der Zufahrt zum Flughafen. Vor dem Gebäude befindet sich eine Mauer, die durch Sandsäcke und Stacheldraht zusätzlich gesichert wurde. Das Hauptquartier und ein angrenzendes Zeltlager der Marineinfanterie wurden Tag und Nacht von schußbereiten Posten gesichert.

Die gestrigen Anschläge ähneln dem Attentat auf die US-Botschaft, bei der am 18. April dieses Jahres 60 Personen ums Leben kamen. Damals wie heute hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Attentäter Iraner sind. In der letzten Woche meldeten die Marines in Beirut, sie seien von Scharfschützen unter Feuer genommen worden. Dabei handelte es sich um Schüsse aus den auch von Schiiten bewohnten Vierteln Schia, Burdsch el Braschneh und Chueifad. Es besteht der Verdacht, daß die Scharfschützen der iranischen „Hizbollah" („Partei Allahs") angehören, einer fanatischen, auf Khomeini eingeschworenen Untergrundgruppe.

Iranische Revolutionsgarden und Terrorgruppen lagern seit vergangenem Sommer in der libanesischen Stadt Baalbek in der Bekaa-Ebene. Zu ihnen gehört auch die „Dschihad Islam", die aus schiitischen Iranern und Libanesen besteht. Die Gruppe hat sich mehrfach zu Überfällen auf die internationale Friedenstruppe in Beirut bekannt.

Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu hat die Anschläge in Beirut als feige und verabscheuungswürdige Tat verurteilt. Hernu und Staatspräsident Mitterrand sprachen den Familien der Opfer ihr Beileid aus. Gestern noch begab sich Hernu zu der französischen Einheit in Beirut.

Trotz der Attentate in Beirut soll die „Nationale Versöhnungskonferenz" Libanons wie geplant am 31. Oktober in Genf beginnen. Dies teilte gestern ein Sprecher des schweizerischen Außenministeriums mit.

Unterdessen bereiten in Libanon offenbar drusische Milizen gemeinsam mit palästinensischen Einheiten in den Schufbergen eine neue Offensive gegen die libanesische Armee und die christlichen Milizen vor.

DER KOMMENTAR

Feiger Mord

PETER MEYER-RANKE

Der Krieg in Libanon ist heimtückisch und grausam. Mit Sprengstoff vollgepackte Autos sind eine seiner gemeinsten Waffen. Der Feind stellt sich nicht, er bleibt im Hinterhalt wie die Heckenschützen. Weder die amerikanischen Soldaten noch die westlichen Armeen sind auf diese hinterhältige Kriegführung vorbereitet, wie sie vom terroristischen Untergrund im Orient geführt wird. Churchill sagte einst: „Es sind Killer, keine Kämpfer."

Der Massenmord in Beirut ist das Ergebnis der Generalstabsarbeit von Terroristen, ausgeführt von religiösen und politischen Fanatikern. Womöglich gehören die Mörder zu persischen Revolutionstrupps in der Bekaa wie die Attentäter gegen die US-Botschaft im April. Die Zufahrt nach Beirut wird von syrischen Truppen, Palästinensern und Drusen überwacht, die die Sprengstofflaster passieren ließen. Hunderte von Kilo Sprengstoff hebt niemand in der Wohnung auf, sie kommen aus Depots außerhalb Beiruts.

Washington und Paris sind alarmiert. Die westliche Welt trauert um junge Soldaten, die als Friedenstruppe nach Beirut gesandt wurden, um der Regierung bei der Suche nach Frieden und Stabilität zu helfen. Davon ist Libanon jetzt weiter entfernt denn je. Das politische Ziel des feigen Anschlags ist ja, die alliierte Truppe der Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten zum Abzug zu bewegen. Dann wäre der Weg nach Beirut zum Sturz des Präsidenten frei, der Weg zum Umsturz und zu einer Herrschaft der Syrer und Palästinenser über Libanon.

Reagan und Mitterrand scheinen jedoch entschlossen zu sein, die Truppen in Beirut zu belassen und Präsident Amin Gemayel weiter zu stützen – zumindest bis zu einem Erfolg der geplanten und immer wieder mutwillig verzögerten „Versöhnungskonferenz". Es mag zu dieser Konferenz kommen, doch sicherlich nicht zur Aussöhnung der seit Jahren blutig verfeindeten Konfliktparteien in Libanon. Ein neuer Waffengang im Schuf und der Sturm auf Beirut sind viel wahrscheinlicher. Die Marines und Legionäre werden trotz aller Opfer in Beirut bleiben müssen.

Hunderttausende demonstrierten friedlich

Kontroverse SPD – Grüne / In Hamburg sollte Zeitungsauslieferung verhindert werden

DW. Bonn

Mit vier Großkundgebungen in Bonn, Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg, an denen sich nach Schätzung der Veranstalter mehr als eine Million, nach denen des Bundesinnenministeriums etwa 500 000 Menschen beteiligten, ist die „Aktionswoche" der „Friedensbewegung" gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu Ende gegangen. Dabei verliefen die Demonstrationen fast überall friedlich, nur in Hamburg kam es am späten Sonntagabend nach Aufrufen der GAL zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Einer der Höhepunkte der Veranstaltungen war die „Zentrale Friedenskundgebung" im Bonner Hofgarten. Vor 200 000 (Polizeischätzung) bis 400 000 (Veranstalterangaben) Demonstranten sprach sich dabei der SPD-Vorsitzende Willy Brandt für ein klares „Nein" gegen „immer neue Atomraketen" aus. Gleichzeitig betonte er die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum westlichen Bündnis und unterstrich den Auftrag der Bundeswehr zur Sicherung des Friedens. Brandt sagte, er sei bitter enttäuscht, daß in Genf „kein politischer Wille zur Einigung deutlich werde". „Mächtige Leute" hätten sich „in ihren Dickkopf gesetzt, daß das Aufstellen der amerikanischen Pershing 2 wichtiger sei als das Wegbringen der sowjetischen SS 20".

Auf dieser Veranstaltung wurden allerdings auch die Differenzen zwischen der SPD-Parteiführung und den Grünen deutlich sowie die Angst der Grünen, innerhalb der „Friedensbewegung" von den Sozialdemokraten an die Wand gedrückt zu werden. Die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly äußerte in ihrer Rede nach Brandt starke Kritik an dem SPD-Vorsitzenden: Sie habe Brandt einen großen Vertrauensvorschuß gegeben, der „leider verraten" worden sei. Sie habe zwar ein Nein zur Stationierung gehört, „aber ich warte auf das ‚ohne Wenn und Aber'". Dies führte auch auf einer anschließenden Pressekonferenz noch zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Brandt und Frau Kelly.

SEITE 2:
Die Ebbe und die Flut-Macher
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Ein kilometerlanger „Menschenstern" sowie eine von den Demonstranten verlegte weiße Schnur verbanden um 12 Uhr mittags die Botschaften der USA und der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs, Chinas, Indiens und Südafrikas. Während von der im Bonner Stadtteil Bad Godesberg überragenden Burg aus die blaue Fahne der „Friedensbewegung" mit der weißen Taube flatterte, übergaben an den Toren der von starken Polizeikräften gesicherten diplomatischen Vertretungen Delegationen der Demonstranten Petitionen an die Staats- und Regierungschefs, außerdem Säcke voller Post und bunte Weltkugeln, die die waffenfreie Welt symbolisieren sollten.

Der Zug zur Sowjetbotschaft wurde angeführt von Mitgliedern evangelischer Kirchenorganisationen aus Westfalen. Dabei trugen mehrere junge Männer ein Kreuz, knapp dahinter

● Fortsetzung Seite 12

Kieler FDP lehnt Termin für Nachrüstung ab

DW. Garding

Die schleswig-holsteinische FDP hat entgegen den Plänen der Bonner Koalition eine Stationierung neuer Mittelstrecken-Raketen abgelehnt, solange der Stand der Genfer Verhandlungen noch ein positives Ergebnis erhoffen lasse. Bei einem Landesparteitag in Garding (Kreis Nordfriesland) billigte die Mehrheit einen Beschluß, „dann beharrlich weiterzuverhandeln, wenn ein Abbruch der Genfer Verhandlung in diesem Jahr den Schluß zuläßt, daß ein Weiterverhandeln zu positiven Ergebnissen führen könnte". Eine Stationierung von Mittelstrecken-Raketen auf deutschem Boden würde gesamtdeutschen Interessen widersprechen. Die schleswig-holsteinischen Liberalen fordern im Falle einer Nachrüstung die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen auf See.

Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Uwe Ronneburger, hatte vor dem – wie er sagte – „unklaren Beschluß" gewarnt. Seiner Ansicht nach bedeutet der Beginn der Stationierung keineswegs das Ende der Genfer Verhandlungen. „Nur eine feste Haltung dient dem Frieden", sagte Ronneburger. Doch die Delegierten verlangten, daß in die Bundesrepublik Deutschland keine neuen Waffensysteme eingeführt werden dürften, bevor der Bundestag ein entsprechendes Votum abgegeben habe.

Der neue Landesvorsitzende, Werner Zywietz, rief dazu auf, „den Kampf um bürgerliche Freiheiten" weiterzuführen. Die Freiheit sei gegenwärtig „mehr gefährdet als gesichert".

Lambsdorff: ‚Wende'-Papier bleibt Grundlage

AP/dpa, Baden-Baden/Stuttgart

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sieht in seinem Thesenpapier vom September vergangenen Jahres, mit dem der letzte Anstoß zum Bonner Regierungswechsel gegeben wurde, „auch heute noch das gültige Konzept einer Politik zur Überwindung der Beschäftigungskrise und zur Wiederherstellung von Wachstum". Im Südwestfunk sagte er, in diesem Sinne habe ihn auch der FDP-Bundesvorstand vor kurzem „sehr nachhaltig bestätigt". Er sei sogar aufgefordert worden, „die ordnungspolitische Linie noch klarer zu machen" als bisher.

Auf die parteiinterne Diskussion der Unionsparteien über den künftigen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs angesprochen, sagte Lambsdorff, gerade in diesem Bereich habe sich gezeigt, „daß diese Koalition parallel denkt und gleichgezielt handelt".

Zur derzeitigen Konjunkturlage sagte der Minister, es gebe wieder Wachstum, der Preisanstieg habe sich halbiert, die Zinsen seien gesunken und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht sei in Ordnung. Auch die Exportaufträge hätten in den letzten Monaten wieder zugenommen. Für das kommende Jahr sagte Lambsdorff ein reales Wachstum von zwei bis 2,5 Prozent voraus.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat im Süddeutschen Rundfunk auch die Erwartung geäußert, daß sich 1984 der Gesundungs- und Wachstumsprozeß beschleunigen werde.

Seite 6: Konsolidierung

Gipfeltreffen des Ostblocks im Kreml

Parteichefs des Warschauer Pakts wollen über „Antwort" auf Nachrüstung beraten

DW./AFP, Moskau/Berlin

Die sieben Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten werden sich am Freitag und Samstag in Moskau treffen. Parallel dazu wird ebenfalls der Militärrat des Paktes, dem die Chefs der Generalstäbe angehören, in der sowjetischen Hauptstadt zusammentreten. Hauptthema des Gipfels sind die angedrohten osteuropäischen Gegenmaßnahmen für den Fall, daß die NATO von Dezember an neue US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa aufstellt.

Es wird damit gerechnet, daß die Führer des östlichen Militärbündnisses die grundsätzliche Haltung Moskaus bei den amerikanisch-sowjetischen Raketengesprächen in Genf ausdrücklich bekräftigen werden. Allerdings wird es immer noch für möglich gehalten, daß der Warschauer Pakt mit einem neuen Vorschlag in letzter Minute versuchen könnte, den Westen zumindest zu einem Aufschub des Nachrüstungsbeginns zu bewegen.

Der Gipfel ist in diesem Jahr die dritte Begegnung der Staats- bzw. Regierungs- und Parteichefs. Sie hatten sich bereits im Januar in Prag und im Juni in der sowjetischen Hauptstadt getroffen. Die Konferenz wird von westlichen Beobachtern auch als Grund dafür angesehen, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow seinen für diese Woche vorbereiteten Besuch in Bulgarien verschoben hat.

Der Warschauer Pakt hat den Moskauer Gipfel in den vergangenen Wochen intensiv vorbereitet. Seit September trafen sich die ZK-Sekretäre in Moskau, die Verteidigungsminister in Ost-Berlin und die Außenminister in Sofia. Die Regierungschefs konferierten bei der Jahreskonferenz des Comecons in Ost-Berlin. Zuletzt konsultierten sich die Propagandachefs des Paktes in Havanna. Mittelpunkt all dieser Absprachen waren die „Vergeltungsschritte" des Ostens zur sogenannten Nachrüstung. Nach Ansicht militärischer Experten wird damit gerechnet, daß die Sowjetunion mit der Aufstellung neuer Gefechtsfeldwaffen wie der sowjetischen SS-22- und SS-23-Raketen vor allem in der „DDR" und in der Tschechoslowakei beginnen wird.

Sowjets werfen den USA „Tricks" vor

Prawda: Reagan strebt einseitige Schwächung der UdSSR bei START-Verhandlungen an

rtr, Moskau

Die amerikanischen Vorschläge zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen sind von der Sowjetunion als völlig unannehmbar zurückgewiesen worden. In einem ausführlichen Kommentar des Parteiorgans „Prawda" heißt es, US-Präsident Ronald Reagan wolle mit diesen Vorschlägen nur die amerikanische Überlegenheit sicherstellen.

In der „Prawda" wurden die amerikanischen Pläne als völlig einseitig verworfen, da sie hauptsächlich auf die Verringerung der Zahl und Zerstörungskraft der landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM) abzielten. Reagan hatte vorgeschlagen, daß beide Staaten für jeden neuen Sprengkopf zwei alte abbauen mit dem Ziel, ihre Zahl auf 5000 zu reduzieren. Dem „Prawda"-Kommentar zufolge zielt dieser Vorschlag jedoch auf eine Schwächung der Sowjetunion, da die landgestützten ICBM an die 70 Prozent des sowjetischen strategischen Potentials ausmachten, während dies auf amerikanischer Seite lediglich 20 Prozent seien: „Das ist trickreich, die USA strebt vorrangig nach einer weiteren deutlichen Reduzierung sowjetischer ICBM, während sie zugleich am weiteren Ausbau ihres strategischen Arsenals festhält."

Die Vorschläge seien „falsch und betrügerisch" und dienten lediglich der Irreführung der öffentlichen Meinung, während sich die amerikanische Position bei den Genfer Verhandlungen über eine Reduzierung der strategischen Waffen (START) tatsächlich nicht ändere, hieß es im Parteiorgan weiter. Reagans Pläne würden es den USA erlauben, ungehindert mit der Entwicklung der landgestützten neuen MX-Raketen und Midgetman aber auch mit der beim B-1-Bomber oder den U-Boot-gestützten Trident-2-Raketen fortzufahren.

Westliche Diplomaten erklärten gestern, insgesamt mache der Artikel deutlich, daß die Sowjetunion die Vorschläge als Verhandlungsgrundlage ablehne.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Briefe, ein Gedanke

Von Enno v. Loewenstern

Auf viele, die in der „DDR" noch das letzte stramm kremlergebene Gebiet von Sollerfüllung und Haßerziehung sehen, mußten die Erklärungen des nach Westen geflohenen Ostberliner Philosophie-Professors Franz Loeser wie die sprichwörtliche Bombe wirken: Kein Mensch glaube mehr an die Verheißungen des Sozialismus, die Arbeitsmoral sinke, „es kann in Ostdeutschland zu einer internen Revolte kommen, gegen die selbst die Ereignisse in Polen um die Gewerkschaft Solidarität noch systemkonform aussehen würden". Wie – solches in der disziplinierten Musterkolonie? Nicht wenige mögen geglaubt haben, der Professor übertreibe, um sich an seinem Asylort interessant zu machen.

Doch nun veröffentlicht das „Neue Deutschland", das offizielle SED-Organ, zwei Briefe evangelischer Kirchengemeinden aus beiden Teilen Deutschlands. Schon der aus der Bundesrepublik (Hausen, Kreis Gießen) ist brisant genug mit seiner schnörkellosen Forderung „gegen Massenvernichtungsmittel in Ost und West". Noch dramatischer ist der Brief der Kirchengemeinde Dresden-Loschwitz. Da wird „Entsetzen" vor den angekündigten „Gegenmaßnahmen auf unserem Territorium" ausgedrückt und Honecker gedankt, weil er (so interpretiert es die Gemeinde) zu verstehen gegeben habe, „daß weitere Rüstungsanstrengungen sinnlos sind"; es wird die dringende Bitte ausgesprochen, „alles in Ihrer Kraft Stehende zu tun, daß die Verhandlungen in Genf zu einem Erfolg führen".

Honecker selbst hat mehrfach mit Gegenmaßnahmen und Vereisung gedroht. Man kann sich kaum vorstellen, daß er diesen Kurs weiterverfolgen will und es dennoch für taktisch kluges Dampf-Ablassen hält, wenn sein Hausorgan solche Erklärungen abdruckt. Vielleicht wird in wenigen Tagen der übliche Oberst Dr. Sowieso per Gegenbrief erklären müssen, was der Unterschied zwischen Friedensraketen und NATO-Raketen ist. Aber der Eindruck bleibt, auch und gerade bei den „DDR"-Bürgern, daß die Vereisung bei Honeckers Füßen eingesetzt hat. Ob es nun wegen der West-Kredite ist, die nicht durch schlechtes Klima erlangt werden können, oder ob es schon soweit ist, daß er sich im eigenen Gebiet salvieren muß: jedenfalls fühlte sich der SED-Chef offenbar zu einem Signal gedrängt.

Märchen vom Dukatenesel

Von Hans-Jürgen Mahnke

Und wenn sie nicht gestorben sind ... Diese Schlußpointe bereichert den Charme der Grimm'schen Märchen. In der Wirtschaft halten sich auch manche märchenhaften Vorstellungen. Etwa die Meinung, der Staat müsse nur stärker in Krisenbranchen direkt eingreifen – am besten notleidende Unternehmen gleich selber übernehmen – und schon wären die Arbeitsplätze sicher.

In jüngster Zeit gibt es solche „Ratschläge" vor allem wieder für die Stahlindustrie und die Werften. Und das, obwohl sich Bund und Länder in diesen Bereichen schon immer kräftig engagiert haben. Und nicht nur dort.

Jetzt fordert die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands von der Bundesregierung die Sicherung der Arbeitsplätze bei der Bahn, obwohl das Bundesunternehmen schon jetzt mehr Beschäftigte hat, als es sinnvoll beschäftigen kann. Die Personalkosten sind seit Jahren höher als das, was die Bahn an eigenen Erträgen einfährt.

Wesentliche Ursache dafür, daß dieser Verkehrsträger seine einstmals dominierende Stellung verloren hat, ist die, daß ein Konkurrent, nämlich das Auto, an Boden gewonnen hat, nicht nur weil er mehr den Wünschen der Menschen entspricht, bedarfsgerechter und flexibler ist, sondern weil es teilweise auch kostengünstiger fährt. Hinzu kommt, daß die Produktion von Massenartikeln, für deren Transport die Bahn prädestiniert ist, in der deutschen Volkswirtschaft an Gewicht verliert.

Man könnte sich gegen den Markt stemmen, aber der Preis wäre sehr hoch. Das Festhalten an Arbeitsplätzen, die nicht mehr benötigt werden, bindet Mittel, die bei der Modernisierung für überflüssige Investitionen fehlen. Der Schluß aus alledem ist jedenfalls bei Stahl, Bahn, Hadag oder wo immer: der Staat ist kein Märchenzauberer, der Arbeitsplätze kann, wo dumme oder profitgierige Kapitalisten die Leute hinausjagen. Arbeitsplätze können nur gehalten werden, wenn sie rentabel sind. Oder wenn der Staat sie aus den Taschen der anderen Leute subventioniert – und dann gehen eben andere Arbeitsplätze durch übermäßige Steuer- und Schuldenaufnahmelasten verloren. Und dann trifft die Märchenpointe zu: sie sind gestorben.

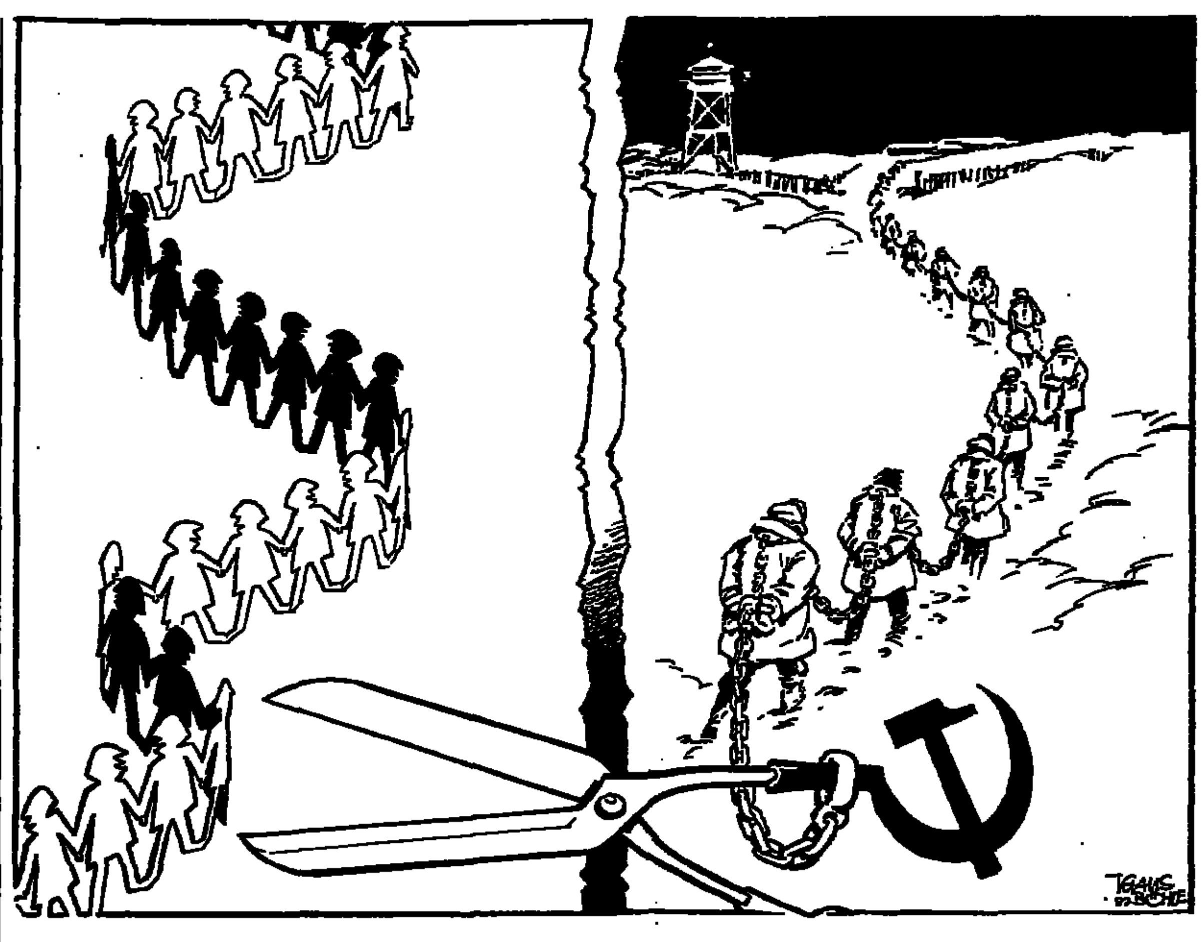
Dialyse und Analyse

Von Eugen Wolmarshof

In einer geschlossenen Gesellschaft ist das Aufkeimen von Gerüchten unvermeidlich. Wenn einer einen Posten verliert, sehen viele darin ein Revirement; wenn einer einen Termin absagt, heißt es nicht selten: Aha, der muß wohl wieder ans Dialyse-Gerät. Die jüngsten Meldungen aus Moskau haben Spekulationen ausgelöst. Und es mag auch durchaus sein, daß Andropow sehr krank und Tschernenko auf dem Weg zur flexiblen Altersgrenze ist. Aber das läßt sich weder aus der abgesagten Bulgarienreise noch aus dem „Rücktritt" von der Leitung der Hauptabteilung des Zentralkomitees schließen.

Tschernenko hat diesen Posten tatsächlich abgegeben, aber vor Monaten, wahrscheinlich schon im letzten Dezember; es hatte schon im August ein Hinweis darauf in der „Prawda" gestanden. Es ist gewiß ein wichtiger Posten, aber eher auf Ministerialdirektoren-Ebene. Und der Nachrücker des 72jährigen Tschernenko ist der 74jährige Klawdji Bogoljubow; die Sowjethierarchie ist die bisher einzige Formation der Weltgeschichte, die es möglich macht, daß der Nachwuchs der Großväter aus Urgroßvätern besteht. Wichtiger noch: Bogoljubow ist eine Kreatur Tschernenkos. Er bekommt auch nicht etwa den Titel eines ZK-Sekretärs, den behält Tschernenko. Es ist nur dem Vorwurf der Ämterhäufung vorgebeugt worden, seit Tschernenko Chefideologe ist; auch Andropow hat ja im Zuge seiner Apotheose sein KGB abtreten müssen – auch an einen Mann seines Vertrauens.

Bleibt das Rätselraten um die von Andropow abgeblasene (freilich nie offiziell angesagte) Bulgarienreise. Doch scheint es nicht um eine Blutwäsche bei ihm zu gehen, sondern um eine Gehirnwäsche bei den Satrapen. Eine Gipfelkonferenz des Warschauer Paktes ist in Vorbereitung. Rumänien und Ungarn traten beim Comecon-Gipfel allein schon so kritisch auf, daß offenbar im Kreml das Gefühl vorherrscht, man müsse einmal wieder monolithische Geschlossenheit veranstalten. Für Andropow hängt viel davon ab, daß in Moskau nicht der Eindruck entsteht, neuerdings tanzten die Mäuse nicht nur gelegentlich hinter dem Rücken des Bären, sondern sogar auf seiner Nase herum.



Menschenketten – Kettenmenschen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Ebbe und die Flut-Macher

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nach den Beobachtungen am Demonstrationsort Bonn war keineswegs das Grün der Polizei die am meisten gesehene Uniform, sondern das lila Halstuch. Damit ist Wesentliches über das Gros der vieltausendfach Angereisten gesagt: Es waren friedliche, freundliche, meist heitere und ziemlich verschmuste junge Leute zwischen 20 und 35 Jahren, die sichtbar Spaß daran finden, das Händchenhalten zur „Körpersprache", massenhafter „Menschenketten" und „Menschensterne" auszuweiten. Auf diesen Teil der Demonstranten trifft zu, was Friedenspreisträger Manès Sperber jüngst gesagt hat („Epoche"): „Jede Generation braucht am Morgen oder am Mittag ihres Lebens eine Zielsetzung, die ihr den Glauben einflößt, daß sich alles erfüllen wird, noch ehe der Tag beendet sein wird. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß das jemals anders werden könnte. Die Menschen glauben das, was ihnen im Augenblick paßt." In diesem Augenblick glauben Hunderttausende an ihre Parole: Hopp, hopp, hopp – Raketenstopp!

Die frohgemute Überzeugung, ihr Glaube werde Berge versetzen, schwindet allerdings, und darum bohrt in immer mehr Protestmarschierern der Widerspruch, daß sie ihr persönliches Bekenntnis nicht in eine überzeugende Handreichung an die Politiker zu verdichten vermögen. Sie wissen keinen Rat für eine verantwortbare Entscheidung des Staates. Dieser Frust schwächt die Mobilisierbarkeit der Friedensfreunde. So imposant sich die Massenaufläufe im Fernsehen auch darboten, die Wahrheit ist, daß die „Friedensbewegung" am Samstag kaum mehr als ein Prozent der Bevölkerung auf die Beine gebracht hat.

Dennoch wäre es ein fataler Irrtum, sich darauf zu verlassen, die Aufwallung der Rüstungsängste werde von allein verebben. Das ist höchst unwahrscheinlich, weil in die „Friedensbewegung" Formationen eingerückt sind, die über Polit-Profis, Kader, Massenorganisationen und Geld verfügen.

Die wichtigste Formation ist die SPD. Am Samstag hat sich eine gespenstische Szene auf dem Bonner Hofgarten unauslöschlich eingeprägt: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, als Protestredner, eingekeilt zwischen Jo Leinen, der ihn ansagte und Petra Kelly, die ihn abkanzelte, vor sich den DKP-Vorsitzenden Mies auf einem Ehrenplatz der Tribüne. Dieses Bild veranschaulichte erschreckend das wichtigste Faktum, das die „Friedensbewegung" bisher zustande gebracht hat: Sie hat die SPD überrollt.

Kennzeichnend an dem Auftritt Brandts war nicht sein Nein zur Stationierung, nicht sein Wort zugunsten des westlichen Bündnisses und der Bundeswehr, sondern die Tatsache, daß er sich vor dieser „Volksversammlung" vergeblich als der Entspannungskanzler und Friedensnobelpreisträger von einst zu legitimieren suchte. Das war „blowing in the wind". Brandt wurde ausgepfiffen. Den jungen Leute von heute gilt er als der Friedensopa von vorgestern. Brandt hat am Samstag – nicht zuletzt in seiner Partei – Kräfte freigesetzt, die über ihn hinwegfluten werden. Er hat die Schleusen für Demagogen vom Schlage Lafontaines geöffnet, deren Sprache lautet: Abhängigkeit von den Amerikanern ist unerträglich! Raus aus der NATO! Politischer Generalstreik!

Die zweitwichtigste Formation sind die DGB-Gewerkschaften, voran Teile der IG Metall, die GEW, die IG Druck und Papier. Ilse Brusis vom DGB-Bundesvorstand gab das explosive Stichwort: Man könne es sich nicht leisten, den Rüstungsetat zu erhöhen,



Überrollt und ausgepfiffen: Brandt bei der „Volksversammlung" FOTO: AP

„während jeder zehnte Arbeitslose im Ruhrgebiet von der Sozialhilfe lebt". Dieses Gemenge von Rüstung und sozialer Frage, an das der DGB die Lunte legt, ist gefährlicher Zündstoff – jedenfalls so lange, wie es Kanzler und Bundesregierung an wirtschaftspolitischer Wegweisung fehlen lassen.

Nächstwichtigste Formation sind die Grünen. Nicht Petra Kellys feuerspeiende Enttäuschung über Brandt ist Markenzeichen der Grünen, sondern die Tatsache, daß die GAL als Parlamentspartei auf dem Hamburger Rathausmarkt zur Blockade des Verlagshauses Springer aufhetzte und folglich die schweren Straßenkrawalle zu verantworten hat. Hier ist ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen GAL und dem Schlägermob auf der Straße erkennbar geworden. Dabei soll nicht vergessen werden, daß die erste Anregung zu diesem „Angriff auf die Pressefreiheit" („Die Zeit") von der DKP gekommen war.

Die DKP ist die letzte, jedoch keineswegs unwichtigste unter den Formationen, die der „Friedensbewegung" das Gerippe einziehen. Mit ihren geschulten Kadern und dem Geld aus Ost-Berlin knüpft und dirigiert sie das organisatorische Netz der Massenaufmärsche.

Die Analyse wäre unvollständig, würde nicht darauf hingewiesen, daß die vielschichtige „Friedensbewegung" von einer Urgrund-Emotion angetrieben wird, vom Nationalneutralismus. Er ist die eigentliche politische Gefahr. Die vernünftige Regelung, daß nicht ein Deutscher, sondern der US-Präsident über den Einsatz der Atomraketen verfügt, wird als Erniedrigung, als schmachvolle Verletzung des nationalen Stolzes beklagt. Kohl und die Koalitionsparteien sind herausgefordert, die Auseinandersetzung um die geistige Führung aufzunehmen.

Sie dürfen sich damit keine Zeit lassen. Denn schon ruft die „Friedensbewegung" zu neuem „Widerstand" auf, am 21. November in Bonn und darüber hinaus im Frühjahr. Die eigene Dynamik treibt den Protest in zunehmend schärfere Aktionen hinein. Die am Samstag erfreulicherweise weithin friedlichen Demonstrationen drohen unfriedlicher zu werden.

IM GESPRÄCH Bernard Coard

Mord am Freund

Von Werner Thomas

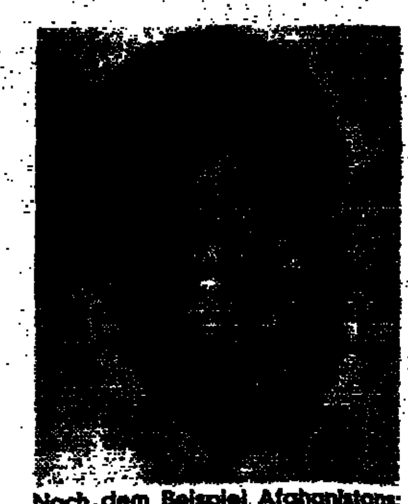
Er ist der Mann im Hintergrund. Winston Bernard Coard (39) hat die blutigen Ereignisse auf der karibischen Insel Grenada gelenkt. Ohne seine Aktivität wäre Maurice Bishop noch am Leben und Premierminister. Niemand weiß jedoch, ob Coard am Ende tatsächlich als Sieger aus diesem Machtkampf hervorgeht.

Bernard Coard und Maurire Bishop waren einst die besten Freunde. Sie haben nach einem Studium im Ausland – Bishop besuchte die London School of Economics, Coard die amerikanische Brandeis University und die britische Sussex University – gemeinsam eine Anwaltspraxis in St. George's eröffnet, der Hauptstadt Grenadas. Sie sind nach ihren Studien als überzeugte Marxisten in die Heimat zurückgekehrt.

Bishop gründete vor zehn Jahren mit einem Freund namens Hudson Austin die „New Jewel Movement". Jewel steht für Joint Endeavor for Welfare, Education and Liberation (Gemeinsame Aktion für Wohlfahrt, Bildung und Befreiung). Coard trat etwas später der Bewegung bei. Er beendete erst 1976 seine Studien.

Im März 1979 putschte sich die Oppositionspartei an die Macht, als sie den exzentrischen Premierminister Eric Gairy absetzte, der gerade in New York weilte. Bernard Coard und Hudson Austin waren neben Maurice Bishop die Schlüsselfiguren dieses Staatsstreiches, der nur ein Todesopfer forderte. Bishop wurde Premierminister, Coard stellvertretender Premier und Minister für Finanzen, Handel und Planung. Hudson Austin übernahm zunächst das Arbeits- und Kommunikationsministerium, dann wurde er Kommandeur der „revolutionären Volksarmee". Er avancierte sofort zum General.

Zwischen Coard und Bishop existierten von Anfang an Differenzen über den Kurs der Revolution. Coard, ein korpulenter, bärtiger Mann, mit einer jamaikanischen Marxistin verheiratet, die Grenadas Frauenorganisation führte, wollte den Prozeß des Sozialismus rascher vorantreiben. Beobachter in St. George's bezeichneten ihn als „orthodoxen Kommunisten". Bishop widersetzte sich jedoch den Forderungen Coards und seiner Gefolgsleute, die besonders auf eine Verstaatlichung des Privatsektors



Nach dem Beispiel Afghanistans: Grenadas Coard FOTO: UPI

drangen. Dem Premierminister wurde schließlich „Revisionismus" vorgeworfen. Angeblich gab es sogar Prügeleien zwischen ihm und Coard, der sich schließlich eine Mehrheit im Zentralkomitee der New Jewel Movement sichern konnte. Bishop wurde aufgefordert, die Macht mit Coard zu teilen. Er widersetzte sich dem Parteibeschluß – so verkündete jedenfalls „Radio Free Grenada".

Die Öffentlichkeit erfuhr von alledem erst, als Coard plötzlich seine Ämter zur Verfügung stellte, „um Gerüchten über Mordpläne gegen Bishop entgegenzutreten" (so Radio Free Grenada). Da befand Bishop sich bereits unter Hausarrest.

Während der blutigen Ereignisse der letzten Tage, die mit der Ermordung des Premiers und fünf seiner Minister im Afghanistan-Stil ihren Höhepunkt erreichten, tauchte Coard unter. Sein Name wurde von dem Rundfunksender nie erwähnt, in seinem Namen wurden keine Kommuniqués veröffentlicht. Niemand weiß, wo sich der Bishop-Rivale aufhält. Schon kursieren Gerüchte, Bernard Coard sei ebenfalls ums Leben gekommen. Der neue starke Mann sei Hudson Austin, der Armeechef, der nun auch den Revolutionären Militärrat kommandiert. Anderen Gerüchten zufolge ist Bernard Coard bereits zum neuen Führer der Partei gewählt worden und hat sich nur zurückgezogen, bis wieder einigermaßen normale Verhältnisse herrschen. Man wird sehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Demonstrationen in der Bundesrepublik, Frankreich und anderen Ländern am Wochenende beschäftigten viele Kommentatoren:

Rhein-Zeitung

Trotz schwacher Beteiligung bei der einen oder anderen Aktion: Die Friedensbewegung läßt nicht locker. In Gemeinden und Schulen wurde im Namen des Friedens bereits Unfrieden getragen. Und schon verlangt die IG Druck vom DGB einen weiteren „Widerstandstag", um nach den von der Masse der Arbeitnehmer kaum beachteten Mahn-Minuten „fünf vor zwölf" der gewählten Volksvertretung zur Raketen-Abstimmung (21. November) Druck aus den Betrieben zu machen. **(Koblenz)**

Neue Zürcher Zeitung

Dennoch stimmen gegenwärtig auch manche Sympathisanten der Friedensbewegung dem Eindruck zu, daß der Protest gegen die Nachrüstung in der Bundesrepublik offenbar an Schwung und innerer Dynamik verloren hat. Selbst wenn an diesem Wochenende einige hunderttausend Leute auf die Straße gehen, so wäre das kaum ein Prozent der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung ..., nicht mehr als die Masse jener Sportbegeisterten, die allwöchentlich zu den Bundesligaspielen in die Fußballstadien strömen.

LIBERATION

Die Gleichgültigkeit, die allgemein die Pazifisten gegenüber der Verfolgung zeigen, die ihre utopistischen Gesinnungsfreunde jenseits des Eisernen Vorhangs erleiden, spricht nicht gerade für ihre Klarsicht und nicht für ihren Humanismus. Für Moskau ist der Pazifismus eine Kriegsmaschine, die im Schritt läuft. Und wie sie fröhlich marschiert ... im Westen. Ein Erfolg der Pazifisten würde uns dem Frieden genauso wenig näherbringen, wie wenn man den Appetit des Wolfes damit stillen wollte, daß man die Gitterstäbe seines Käfigs erweitert. **(Paris)**

Mannheimer MORGEN

Der Bonner Polizeipräsident fiel zu guter Letzt noch aus der Rolle der allgemeinen Beschwichtigung, als er vor der gestrigen Blockade des Verteidigungs- und Entwicklungsministeriums Krawalle befürchten zu müssen glaubte. So konnten ihm die Organisatoren der nicht geglückten Lahmlegung Bonner Ministerien jetzt überflüssiges „Gewaltgerede" ankreiden. Andererseits wäre es blauäugig, aus der bisherigen Friedfertigkeit den Schluß zu ziehen, daß Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten nun endgültig der Vergangenheit angehören.

Warum der rauhe General so sanfte Zurückhaltung übt

Die Situation Koreas an der heißesten Grenze der Welt / Von Manfred Neuber

Südkoreas autoritärer Staatschef Chun Doo Hwan reagiert mit staatsmännischer Zurückhaltung auf die kommunistischen Provokationen der letzten Wochen gegenüber Seoul. Nach dem Abschuß des südkoreanischen Jumbos durch die Sowjets trachteten vermutlich nordkoreanische Attentäter beim Staatsbesuch in Birma ihm nach dem Leben.

Die Besonnenheit des Fallschirmjäger-Generals, dessen Natur der Wunsch nach Vergeltung nicht eben wesensfremd ist, geht auf den mäßigenden Einfluß der USA zurück. Washington will einen neuen Ausbruch des Korea-Krieges, der 1953 nur eingestellt wurde, aber bis heute nicht durch ein friedliches Nebeneinander der beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel beendet werden konnte, unbedingt verhüten.

Die getrennten Brüder stehen einander am 38. Breitengrad so feindlich gegenüber, daß ein Funke genügt, um den Brand zu entfachen. Dort seltsamerweise – oder auch nicht – legt Moskau gar keinen Wert auf „Entspannung". Tatsächlich haben Nordkoreas Anschläge den Südkoreanern, die mit einer flexiblen „Nord-Politik" eine Annäherung an die kommunistischen Nachbarstaaten anstrebten, in ihrem Bemühen um internationale Anerkennung zurückgeworfen.

Der Gesichtsverlust wird wettgemacht, wenn Präsident Ronald Reagan an seiner für November geplanten Reise nach Südkorea festhält. Sein Besuch auf den Philippinen fiel bereits der politischen Unruhe in Manila zum Opfer. Seoul muß auf weitere Störaktionen aus dem Norden gefaßt sein, kann aber bei einer Eskalation der Krise mit der Rückendeckung durch die USA rechnen. Für Reagan gibt es kein Zurückweichen vor Aggressoren.

Der öffentliche Aufschrei im „Lande der Morgenstille" wegen der kommunistischen Gewaltakte – ob spontan erhoben oder offiziell eingestimmt, das bleibt hier unerheblich – bewirkte eine aus dem Gefühl der gemeinsamen Bedrohung herrührende Solidarisierung zwischen dem Volk und der Führung in Südkorea. Sie bietet dem Präsidenten die Chance, sein Regime zu lockern, ohne die Wachsamkeit gegenüber der Subversion durch den Norden zu vernachlässigen.

Chun steht im Wort, bis 1988 die Macht in andere Hände zu geben. Ein demokratischer Wandel stünde Seoul gut an, bevor es in jenem Jahr die Olympischen Sommerspiele beherbergt. Nach den Erschütterungen in der letzten Zeit muß wohl befürchtet werden, daß die stärkere Bedrohung seines Regimes wieder einmal in der Geschichte zum Anlaß genommen werden wird, eine freiwillige Ablösung hinauszuzögern.

Zur Abwendung einer kriegerischen Konfrontation zwischen Nord und Süd in Korea haben die Vereinigten Staaten unlängst die Volksrepublik China ersucht, ein Machtwort in Pjöngjang zu sprechen. Den derzeitigen Pekinger Mandarinen liegt kaum an einer Zuspitzung der Situation in Fernost. Auf eine innere Lockerung in Seoul könnte Präsident Reagan bei seinem Besuch hinwirken. Mehr Demokratie in Südkorea nähme die Schatten von einem glänzenden Wirtschaftsmodell und stärkte die Sicherheit auch der 40 000 US-Soldaten im Lande.

Soweit es die neue liberalere Wirtschaftspolitik betrifft, ist Präsident Chun gut beraten, an dem Kurs festzuhalten, den seine bei dem Anschlag in Rangun getöteten führenden Kabinettsmitglieder eingeschlagen hatten. Die neuen Minister, die zur Wirtschaftsequipe gehören, garantieren Kontinuität. Die in den USA ausgebildeten Technokraten wissen, welche Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und freiheitlicher Gesellschaftsordnung besteht.

Wird der Präsident größeres Vertrauen in sein eigenes Volk gewinnen, demokratische Grundrechte maßvoll in Anspruch zu nehmen? Kurz nach seiner Machtübernahme 1980 (der eigentliche Vorgänger Park wurde im Oktober 1979 vom eigenen Geheimdienst ermordet) machte Chun die Hoffnungen auf eine Liberalisierung zunichte. Die Niederschlagung der Studenten-Revolte von Kwangju im Mai 1980 lastet noch als schwere Hypothek auf seinem Regime.

Um die Bewunderung im Ausland für den wirtschaftlichen Aufstieg Südkoreas nicht durch negative Schlagzeilen beeinträchtigen zu lassen, setzte Seoul später Hunderte politischer Gefangener frei. Anhaltende Hungerstreiks trugen dazu bei, die Machthaber nachdenklich zu stimmen. Unter die Amnestie fiel auch der bekannteste Oppositionsführer, Kim Dae Jung, dem ein ähnliches Schicksal wie dem auf den Philippinen ermordeten Benigno Aquino erspart blieb.

Südkorea ein Kasernenhof-Staat? Scharfen Kritikern will es so scheinen, weil sie die besonderen sicherheitspolitischen Umstände des Landes nicht gelten lassen. Gemäßigte Beobachter sprechen richtiger von einem autoritären Staat, in dem es schwerfällt, die konfuzianische Machthierarchie mit westlichen Demokratievorstellungen in Einklang zu bringen.

Nach Jahrzehnten der japanischen Unterdrückung schaut man in Südkorea ungern nach Japan. Aber Reagan könnte bei seinem Besuch auf das Beispiel dieses Staates verweisen, dem der Übergang vom militärisch-autoritären zum demokratischen Stil gelang.

Ob Freund oder Feind – El Campesino fürchteten alle

Er war Anarchist, kämpfte im Bürgerkrieg gegen Franco, überwarf sich mit Stalin und Castro und kehrte als einsamer Mann nach Spanien zurück. Jetzt starb er in Madrid: Valentino Gonzalez, genannt „El Campesino".

Von HEINZ BARTH

Sie nannten ihn „General". Aber der Valentino Gonzalez, der jetzt in Madrid mit 73 Jahren in weit fortgeschrittener Vergessenheit an den Spätfolgen einer Verletzung aus dem spanischen Bürgerkrieg starb, war kein Offizier mit goldgeschnürten Epauletten auf den bemerkenswert breiten Schultern. Als „El Campesino" hatte er vor fünf Jahrzehnten seine große Zeit. Doch so wenig wie ein General war er ein Bauer – wenn er auch wie einer aussah. „El Campesino" war nur sein Deckname, genauer gesagt das revolutionäre Gütezeichen für diesen Braunkohle-Kumpel aus Penarroya, dem verstaubten, frühkapitalistischen Industrierevier, wo Spaniens hinter der Entwicklung herhinkende Industrie am deprimierendsten auf jedes Gemüt wirkt, das nicht so robust ist wie das des Valentino Gonzalez.

Als 15jähriger Terroristen-Lehrling hatte er seine erste Bombe gebastelt, der gleich einige Soldaten der Guardia Civil zum Opfer fielen – wie aktuell sich das im Spanien des täglichen ETA-Terrors heute doch anhört! Es hätte ihn den Kopf kosten können, wenn er wegen seines Alters – auch das gab es damals schon – nicht mit einer Jugendstrafe davongekommen wäre. Auch später profitierte er, als er in Spanisch-Marokko in Haft saß, von einer Amnestie der Diktatur Primo de Riveras. Er begann als Anarchist. Aber schon 1928 schloß er sich der spanischen KP an. Es sollte nicht sein einziger ideologischer Positionswechsel bleiben. Er wandelte sich vom Anarchisten zum Kommunisten, schließlich zum Trotzkisten und endlich gar zum Carlisten – nicht so sehr, weil er seine politischen Überzeugungen änderte, die nie ausgesprochen tiefgründig waren, sondern weil er einen Charakter hatte, der sich früher oder später mit allen überwarf, mit denen er es zu tun bekam.

Als Truppenführer im Bürgerkrieg war er wegen seiner Brutalität nicht nur bei den Generälen Francos, sondern auch im eigenen Lager gefürchtet. Er war streitsüchtig, gewalttätig und fanatisch, aber er verstand es, den bunt zusammengewürfelten und schlecht geführten militärischen Haufen der Republik, die von dem Vormarsch der Franco-Armee überrascht worden waren, einen Halt zu geben. Was ihn auf der republikanischen Seite aus der militärischen Führung heraushob, war seine geradezu legendäre Vitalität. Er konnte Soldaten mitreißen. Seine sagenhafte Energie war der Stoff, aus dem die rote Propaganda die Campesino-Legende wob. Ohne den Widerstand, den er organisierte, wäre Madrid, das die Franco-Kolonnen schon seit dem Spätherbst 1936 belagerten, wahrscheinlich nicht erst 1939 gefallen.

Einen solchen Troupier, dessen proletarische Vergangenheit der Armee den Stempel revolutionärer Authentizität verlieh, konnte die Republik dringend gebrauchen. Sie hatte den ungeheuren Fehler begangen, das überwiegend national gesinnte Offizierskorps der spanischen Streitkräfte radikal auszukämmen. Das Mißtrauen der roten Machthaber gegen das Militär saß so tief, daß viele der Einheiten der Armee auf weniger als vierzig Prozent ihrer Soll-Stärke zusammengeschmolzen waren.

Die Waffen, für die es keine Soldaten mehr gab, wurden bei Ausbruch der Franco-Rebellion den roten Milizen ausgehändigt. Damit war die Stunde für „El Campesino" gekommen, der mit seinen Milicianos die weit klaffenden Verteidigungslücken stopfte und als Retter der Republik gefeiert wurde. Nach dem Ende des Bürgerkrieges führte sein Weg, wie der vieler spanischer Kommunisten, nach Moskau. Dem Helden des antifaschistischen Widerstands öffneten sich die Tore der Frunse-Akademie, in die er berufen wurde, um die Elite der Roten Armee in die Geheimnisse seiner Bürgerkriegserfahrungen einzuweihen.

Doch es ging ihm wie den meisten seiner spanischen Gesinnungsgenossen. Keiner dieser vehementen iberischen Individualisten, vielleicht mit Ausnahme der „Passionaria", vermochte sich der Sprödigkeit der sowjetischen Apparatschik-Mentalität anzupassen. Santiago Carrillo wandelte sich zum Euro-Kommunisten. Enrique Lista, den Chef der Internationalen Brigaden, traf Stalins unversöhnlicher Haß. Am schlimmsten aber ging es „El Campesino", der sich 1941 prompt den Trotzkisten anschloß und dafür dazu verdonnert wurde, beim Bau der Moskauer U-Bahn die Schaufel in die Hand zu nehmen. Er landete schließlich in einem usbekischen KZ, floh nach Iran, wo er von NKWD-Agenten gefaßt wurde, und endete in Workuta, dem berüchtigtsten unter den Straflagern des Archipel GULag. Nach mehreren mißglückten Versuchen gelang ihm die definitive Flucht nach Teheran, auf der er Tausende von Kilometern – eine unerhörte Leistung – zu Fuß zurücklegte.

Nach dreijährigem Aufenthalt in Frankreich zog es ihn nach Kuba, wo er mit dem sowjetabhängigen Fidel Castro in Konflikt geriet, dem er als Trotzkist höchst ungelegen kam.

Nach seiner Ausweisung war erneut die französische Hauptstadt sein Ziel. Hier lebten eine Reihe von Kameraden, mit denen der Bürgerkriegsveteran in einem Bistro im Quartier Latin die Erinnerungen an die großen Schlachten der Vergangenheit wiederaufleben ließ.

Die letzten Jahre seines Frankreich-Aufenthalts verbrachte der verarmte Bürgerkriegsheld in einem Altenheim in Metz – immer in Begleitung seiner Freundin Juana, die er nach 53 Jahren Bekanntschaft im Februar 1978 heiratete. Sie hatten sich 1925 bei Campesinos Attentat auf die Zivilgardisten in der Estremadura kennengelernt.

Erst 1978, drei Jahre nach Francos Tod, kehrte er endgültig nach Spanien zurück – ein vereinsamter alter Mann, der zwar kommandieren, aber sich mit niemand vertragen konnte. Als er starb, nahm selbst die spanische Linkspresse nur noch in wenigen Zeilen Notiz von seinem Tod. Am selben Tag waren die Zeitungen voll von den Kundgebungen der Hunderttausende, die gegen den ETA-Terror demonstrierten – nicht eben ein geeigneter Tag, um eines gewalttätigen Mannes zu gedenken, der seine Zeit überlebt hatte.



Viele Jahre wartete Valentino Gonzalez, genannt „El Campesino", in Frankreich auf eine Rückkehr nach Spanien. FOTO: DANIEL LEFEBRE



Nicht nur gemeinsamer Schulweg: Auch im Unterricht werden Jan und Martin nicht getrennt. FOTO: CHRISTA KUJATH

Gemeinsam zur Schule

Die Trennung von gesunden und geistig behinderten Kindern in der Schule wollten Hamburger Eltern nicht weiter hinnehmen. Ein Versuch in drei Grundschulklassen soll beweisen, daß ein gemeinsamer Unterricht für beide Teile nützlich und möglich ist. Die erste Bilanz ist durchaus positiv.

Von GISELA KRANEFUSS

Wenn Daniel, Roy und Sitti-Uma morgens in den Montessori-Kindergarten in Schleswig-Holsteins Schenefeld kommen, dann sucht sich jedes Kind einen Platz und spielt mit den Dingen, die ihm Spaß machen. Daniel versucht kleine Holzzylinder in eine Leiste mit verschieden großen Öffnungen zu stecken, Roy hämmert auf einem Brett herum, und Sitti-Uma trennt geduldig die roten, grünen und gelben Körner auf einem Teller voneinander. Die drei Kinder, die hier spielen, unterscheiden sich darin, daß Daniel gesund ist, Roy eine geistige Behinderung hat und Sitti-Uma die Umstellung aus ihrer Heimat Sri Lanka zu den Adoptiv-Eltern noch nicht verkraften konnte.

„Für mich sind das keine Problemkinder", sagt Thea Schulz-Petrusch, Leiterin des Kindergartens mit 25 Mädchen und Jungen zwischen drei und sechs Jahren, die zur Hälfte morgens kommen, während die anderen am Nachmittag erscheinen. „Niemals sollten es mehr als 15 Kinder zugleich sein", sagt die Erzieherin, die bei Professor Hellbrügge in München ausgebildet wurde. Der Kindergarten fördert die Integrationspädagogik, die bereits im Kleinkind-Alter beginnt, wenn die ersten Beziehungen aufgebaut werden. Schon Ein- bis Dreijährige kommen zu einem zusätzlichen Versuch zweimal in der Woche in „Krabbelstunden" zusammen.

Nachdem die Behörden in Pinneberg den Schenefeldern ihre Hilfe bei dem Integrationsmodell verweigert hatten, bekundeten die Eltern ihren Willen, für die Personalkosten in Höhe von 70 000 Mark im Jahr für zwei Mitarbeiterinnen selbst aufkommen zu wollen. Der Monatsbeitrag im Kindergarten beträgt 130 Mark. Die Differenz von 30 000 Mark wird durch Spenden und Aktivitäten wie Flohmärkte und Benefiz-Fußballspiele aufgebracht.

In Hamburg setzt der Spastikerverein in Zusammenarbeit mit den Eltern und Erziehern seine Bemühungen fort, die Kinder ebenfalls im Vorschulalter gemeinsam mit Nichtbehinderten in Regelkindergärten zu erziehen. Doktor Hans-John Lührs vom Vorstand erläuterte: „Integrative Kindergärten bieten in der Regel für behinderte Kinder bessere Förderungsmöglichkeiten als Sondereinrichtungen. Außerdem profitieren beide Gruppen vom Zusammenleben und lernen soziales Verhalten.

Hamburger Elternwille hat einen beachtlichen Erfolg zu verzeichnen, denn in drei Grundschulen der Hansestadt werden seit dem 1. August zum ersten Mal auch geistig Behinderte mit Nichtbehinderten unterrichtet. In zwei Klassen ist das Verhältnis 2:18 und in einer Klasse 4:11. Pro Klasse stehen den Kindern eine Grundschullehrerin, eine Erzieherin und eine Sonderpädagogin für Förderstunden zur Verfügung. Das Integrationsmodell schließt neben den geistig Behinderten, Spastiker, Sprachgestörte und Verhaltensauffällige ein.

Martin ist ein behindertes Kind. Er ist sieben Jahre alt und mongoloid. Seine Mutter, Elke Dannowski, ihr Mann und der siebzehnjährige Bruder geben Martin die Hilfe und Geborgenheit, ohne die kein Kind gedeihen kann. „Vom neunten Lebensmonat bis zum dritten Jahr wurde Martin bereits nach einem individuell von der Ärztin für ihn erarbeiteten Programm therapiert", erzählt die Mutter. „Täglich wurden sein akustisches, optisches und soziales Verhalten sowie Fein- und Grobmotorik trainiert." Martin hat von seinem ersten Lebensjahr an mit dem nichtbehinderten Nachbarkind Jan zusammen gespielt. Sie gingen zusammen in den Kindergarten; und der Wunsch beider Elternpaare war es, daß die Kinder auch in der Schule zusammenbleiben sollen. Elke Dannowskki: „Wäre Martin jetzt in eine Sonderschule gekommen, wäre das für ihn der Beginn der Isolation geworden, zumal die geplanten Ganztagssonderschulen den Kindern keinen Freiraum für das Spielen zu Hause und für die Familie gelassen hätten." Elke Dannowski ging „Klinken putzen", um Eltern behinderter und gesunder Kinder zu motivieren und zu mobilisieren. Sie und die anderen Mütter und Väter haben es geschafft und Hamburgs Schulsenator Joist Grolle und die Landesschulkonferenz überzeugen können.

Seit drei Monaten geht Martin jeden Morgen mit Jan von 9–11.40 Uhr in die Schule. Ein Klassenkamerad ist mongoloid wie er, der andere hat ein Alkoholsyndrom und der vierte ein Anfallsleiden. In der Schule am Max-Eichholz-Ring in Bergedorf lernen die Kinder schreiben, lesen, rechnen. Sie singen, turnen und zeichnen und gehen wöchentlich zum Schwimmen. An einem Wochentag kommen alle eine Stunde früher in die Schule und frühstücken mit Lehrern und Müttern zusammen. Elke Dannowski hat erkannt: „Diese Gemeinsamkeiten und ein ständiger Erfahrungsaustausch sind ungeheuer wertvoll für uns alle. Alle vier Wochen kochen wir gemeinsam ein Mittagessen." Die kleinen Behinderten können sich in einem zweiten Schulraum einmal ausruhen, wenn sie müde werden. Ansonsten absolvieren sie das Programm nach ihrem vorhandenen Potential. Während die Nichtbehinderten Reihen mit 6ern füllen, bemüht sich Martin, auf einem großen Blatt Papier den Ansatzbogen der 6 hinzubekommen. Nach einigen Versuchen wird eine gut leserliche 6 daraus. „Es sind die Erfolge der kleinen Schritte", sagt seine Mutter. Aber sie sind unübersehbar zur Freude der Lehrerinnen. Während Oberschulrat Jürgen von Melle die jahrelange Erfahrung auf dem Gebiet des Sonderschulwesens verteidigt, betont er auch, daß es keine Erfahrungen mit integrativen Klassen mit geistig Behinderten gibt. „Körperbehinderte wurden immer eingegliedert, lange bevor der Begriff Integration benutzt wurde. Solche Kinder, unter ihnen viele Rollstuhlfahrer, werden in 27 000 allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes von Lehrern und Schülern mit getragen. Aber genauso sind Sonderschulen für Blinde und Gehörlose nicht wegzudenken, weil ihnen hier das Rüstzeug, zu dem viele technische Hilfsmittel gehören, vertraut gemacht wird. Die Integration erfolgt dann im Rahmen ihrer Möglichkeiten; in vielen Fällen konnten sie bis zum Abitur geführt werden." Von Melle weist auch darauf hin, daß erst nach 1975 überhaupt für schwerst- und mehrfach behinderte Kinder, seit 1961 für geistig Behinderte Klassen in Sonderschulen eingerichtet wurden. „Vor diesen Zeitpunkten blieben sie in der Regel ohne jeden Unterricht zu Hause. Sie galten als bildungsunfähig."

Der Professor für Behindertenpädagogik, Hans Wocken, an der Universität Hamburg erklärt, daß ab Dezember eine wissenschaftliche Begleitung des Pilotmodells in den Grundschulen geplant ist. Er sagt: „Das stärkste Argument von gemeinsamen Klassen behinderter und nicht behinderter Kinder ist der Elternwille. Aber auf keinen Fall darf es ein elitäres Unternehmen werden, die Chance muß allen Kindern gegeben werden. Das Risiko tragen die Eltern beider Kindergruppen aufgrund ihrer Freiwilligkeit."

WIE WAR DAS?

Als es in Lengede ein ‚Wunder' gab

Von WALTER H. RUEB

Heute vor 20 Jahren stürzten im niedersächsischen Dorf Lengede aus einem geborstenen Klärteich 460 000 Kubikmeter Wasser und Schlamm in die Eisenerzgrube „Mathilde". 129 Bergleute wurden unter Tage von der Katastrophe überrascht. 79 konnten schon in den ersten Stunden nach dem Wassereinbruch gerettet werden, sieben zimmerten sich ein Floß und paddelten 24 Stunden später dicht unter der Stollendecke aus dem Berg. Durch ein Rettungsloch wurden schließlich noch drei weitere Bergleute aus einer Luftblase geborgen. 40 Mann aber blieben vermißt, die Rettungsarbeiten wurden eingestellt, die Fahnen auf halbmast gesetzt. Man hielt die Kumpel für verloren.

Was in den darauffolgenden Tagen geschah, ist als „Wunder von Lengede" in die Geschichte eingegangen. Bücher wurden geschrieben, Filme gedreht, die Legende von dem tatsächlichen Wunder via Fernsehen rund um die Welt verbreitet.

Das „Wunder von Lengede" begann unbemerkt: Ein paar Frauen weigerten sich, Trauerkleidung zu tragen; und ein Hauer war nicht bereit aufzugeben. Er belagerte die Chefetage der Grube und versuchte, die Bosse davon zu überzeugen, daß fast hundert Meter unter dem Erdboden möglicherweise noch Überlebende auf Rettung warteten.

Der Rest ist Geschichte: Neue Bohrungen wurden niedergebracht, mit aller gebotenen Vorsicht und Umsicht. Rund um die Uhr wurde geschuftet, in einer erregenden Atmosphäre von Einigkeit und menschlicher Solidarität. Dann vernahm man Klopfzeichen. Die Welt hielt den Atem an. Gab es wirklich noch Überlebende?

Es gab tatsächlich in einer zimmergroßen Höhle elf unverletzte Bergleute – neben zehn toten Kumpeln. Sie hatten nichts zu essen, mußten den Durst mit Sickerwasser stillen und sich um einen nervenkrank gewordenen Kameraden kümmern sowie um einen, der Selbstmord begehen wollte.

In den Jubel um die Entdeckung der Vermißten in 78 Meter Tiefe mischte sich Skepsis: Würde es gelingen, sie zu bergen? Es gelang. Versorgungsbohrungen wurden niedergebracht, Mikrofone in die Tiefe hinabgelassen, den Eingeschlossenen von Angehörigen, Arbeitskameraden und Bundeskanzler Ludwig Erhard Mut zugesprochen und Anweisungen gegeben. 14 Tage nach dem Wassereinbruch wurden die Überlebenden in der seither weltberühmten Dahlbusch-Bombe nach oben gebracht – lebend und unverletzt.

Nie zuvor sah man in aller Öffentlichkeit so viele Menschen vor Freude und Rührung weinen. Die Kirchenglocken läuteten, der Norddeutsche Rundfunk spielte „Nun danket alle Gott". Wer dabei war, ob Geretteter, Angehöriger, Retter, Reporter oder Neugieriger – wer könnte die Szenen am Bohrloch der Erzgrube „Mathilde" jemals vergessen?

Zum Schluß der „Aktionswoche" gegen die Atomrüstung gingen Hunderttausende auf die Straße / Gegenkundgebungen der Union

Strauß appelliert an schweigende Mehrheit, Farbe zu bekennen

DW. Bonn

Im Rahmen ihrer „10 000 Friedenstage" hatte die Union am Wochenende zu zwei Großkundgebungen in München und Wolfenbüttel aufgerufen. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wandte sich auf dem Münchener Marienplatz an die „schweigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung". Man sei nicht zusammengekommen, um für mehr Rüstung und mehr Raketen zu demonstrieren, sondern um für eine realistische Friedenspolitik die Stimme zu erheben. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht appellierte vor allem an die Christen innerhalb der Friedensbewegung, beim Friedensdienst die Vernunft nicht außer acht zu lassen.

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist überzeugt, daß es trotz der propagandistischen Großoffensive der „Friedensbewegung" eine Mehrheit im deutschen Volk gibt für Frieden, Freiheit und Verteidigungsbereitschaft gegenüber einer auf Aggression angelegten östlichen Politik. „Es ist nun höchste Zeit, daß die schweigende Mehrheit aus ihrem Schlafe erwacht und Farbe bekennt", umreißt Strauß auf dem Münchener Marienplatz das Ziel der CSU-Friedensmanifestation just zur gleichen Zeit, da andere, die sich auch den Frieden aufs Banner geschrieben haben, Kasernen blockieren und Menschenketten bilden. Aber schon die Transparente auf dem Marienplatz demonstrieren den Willen dieser Veranstaltung, die Bedrohung des Friedens nicht beim Verbündeten, sondern hinter den unergründlichen Mauern des Kremls zu suchen: „Unsere Stärke ist das Bündnis", „Wer demonstriert in Moskau?" und „Wir verlassen uns auf die Freiheit – aber wenn uns die Freiheit verläßt?"

12 000 bis 15 000 Menschen waren nach Polizeischätzung zu der bisher größten Friedenskundgebung der Union gekommen, was in München durchaus auch als Signal an die Schwesterpartei CDU gewertet wird, ihre Aktivitäten zu forcieren und das Friedensthema nicht nach bisheriger Art fast ausschließlich den Emotionen der „Friedensbewegung" zu überlassen. Ein hoher CSU-Funktionär: „Es genügt halt nicht zu sagen: Wir haben recht. Man muß den Leuten auch erklären, warum."

Strauß versucht dies in seiner 80-Minuten-Rede bei strahlendem Sonnenschein mit einem Argumentationsbogen, der mit der Klarstellung beginnt, man sei nicht zusammengekommen, um für mehr Rüstung und mehr Raketen zu demonstrieren, „sondern um in aller Öffentlichkeit für eine realistische, an der Wirklichkeit orientierte Friedenspolitik unsere Stimme zu erheben" – und er endet mit dem Appell, die Freiheit mit Stärke und Entschlossenheit zu verteidigen: „Die Geschichte bewegt sich nicht nur über Schlachtfelder und Barrikaden, sie bewegt sich über gesellschaftliche, geistige Entwicklungen. Und diese Entwicklungen werden wir siegreich bestehen, hier werden wir gewinnen. Und dann gehört die Frage ‚Nachrüstung oder nicht' der Vergangenheit an. Aber wenn wir das erleben wollen, dann müssen wir jetzt die Gegenmaßnahmen ergreifen, damit die andere Seite uns nicht ihr System aufzwingen kann. Das ist der Sinn unserer Botschaft."

Moskau werde keinen Finger gegen einen Verbündeten der USA erheben, aber es verfolge eine Strategie in fünf Phasen: Europa in Angst und Panik vor einem Krieg versetzen; den Europäern zu sagen, der Krieg gehe von Amerika aus; Mißtrauen zwischen Europäern und Amerikanern säen (Strauß: „Bahr stellt sich in den Dienst des sowjetischen Psycho-Terrors gegen die europäische Bevölkerung"); Europa zur Neutralität bringen; dadurch letztlich die politische Aufsicht und militärische Kontrolle über dieses Gebiet zu gewinnen. Auf diesem Weg spielen Hunderttausende von Friedensdemonstranten nach Meinung von Strauß die Rolle der „nützlichen Idioten" des Ostens.

schw. Wolfenbüttel

Eine Politik der guten Nachbarschaft und des militärischen Gleichgewichts mit der Sowjetunion sei der Garant des Friedens, den alle wollen, erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht am Samstag auf einer Kundgebung der CDU in Wolfenbüttel. Dazu gehöre der „gleichgewichtige Abbau" der Bewaffnung in Ost und West. Es falle ihm jedoch schwer, an die Friedfertigkeit der Sowjetunion zu glauben angesichts ihrer bisherigen Politik in Ungarn, der Tschechoslowakei und Afghanistan. Deshalb müsse der Westen ein „verläßliches System der Friedenssicherung" haben.

Albrecht war am frühen Vormittag in die alte braunschweigische Residenzstadt gekommen und mischte sich unter die Menschen in der Fußgängerzone. Er wurde mit Musik und von einer friedlichen Menge, die von der Polizei auf 3000 Zuhörer geschätzt wurde, empfangen.

Der Ministerpräsident wandte sich in seiner Rede vor allem an die Christen in der Friedensbewegung und meinte, die Bergpredigt, auf die sie sich berufen, könne nicht als einzige Handlungsanweisung betrachtet, sondern müsse in ihrem ganzen theologischen Zusammenhang gesehen werden. Es sei wahr, daß der Mensch zu Frieden und Vergebung verpflichtet sei, es sei aber ebenso richtig, daß man alles Notwendige für den Frieden tun und die Vernunft gebrauchen müsse.

Andropow-Berater droht mit neuer Rüstungs-Runde

dpa/AP, Hamburg

Mit der verschärften Drohung, eine neue Runde des Wettrüstens einzuleiten, schaltete sich der Kreml erneut in die Raketendiskussion in der Bundesrepublik Deutschland ein. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" sagte das Moskauer ZK-Mitglied Georgi Arbatow, die Sowjetunion werde „die Stationierung der amerikanischen Raketen nicht mit neuen Vorschlägen beantworten, sondern mit neuen Raketen". Wenn die Stationierung um die Jahreswende beginne, bedeute dies: „Die Verhandlungen sind gescheitert. Worüber sollen wir dann noch sprechen?"

Arbatow, ein Berater des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow und Leiter des Instituts für amerikanische Studien, nannte zwar keine Einzelheiten über die geplanten Gegenmaßnahmen Moskaus. Er schloß jedoch den Aufbau eines Anti-Raketensystems eindeutig aus. Diese Systeme gehörten „ins Reich der Phantasie".

Arbatow richtete auch versteckte Warnungen an die Adresse Bonns. Die Bundesrepublik, die „besonders stolz darauf sei", der treueste Verbündete der USA zu sein, könne bei einem Scheitern der Verhandlungen keinen Anspruch auf eine „Sonderbehandlung" erheben. Die Verantwortung für einen Fehlschlag in Genf treffe nicht allein die USA.

Das ZK-Mitglied vertritt die Ansicht, die Amerikaner wollten nur ein Abkommen, „das uns auf die Knie zwingt oder zu Tode rüstet. Das nennt man Erpressung". Die Sowjetunion werde aber nicht verhandeln, wenn sie das Objekt einer Erpressung sei.

Es sei ein Irrtum, wenn die Amerikaner glaubten, daß die Genfer Abrüstungsverhandlungen erst richtig beginnen, wenn die ersten Pershing 2 und Marschflugkörper stationiert sind.

Mit dem Redner Brandt hatten sich die Grünen verkalkuliert

MANFRED SCHELL, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt kann mit dem Echo, das er für sich und den Kurs der SPD auf der Großdemonstration im Bonner Hofgarten gefunden hat, nicht zufrieden sein. Sein „Nein zu immer mehr Atomraketen" und die Position der SPD, die Brandt mit der Forderung „nicht stationieren, sondern ernsthaft verhandeln" beschrieb, stellte die Menge nicht zufrieden. Pfeifkonzerte, auch verhaltener Beifall, prägten die Stimmungslage.

Das lag zunächst an der Regie. Brandt war einer von 16 Rednern. Ihm standen gute zehn Minuten zur Verfügung, und er kam erst spät dran. Der Spielraum des SPD-Vorsitzenden war durch die augenblickliche „Diskussionslage" in der Führung seiner Partei zusätzlich eingeengt. Über diese Linie, das war vorher in den Gremien so besprochen, wollte Brandt nicht hinausgehen. Er klebte an seinem Mauskript und ließ sich auch durch spontan hochgezeigte Transparente („Du Heuchler", „Wir glauben Dir nicht mehr") nicht provozieren.

Die Grünen haben sich in diesem Punkt verkalkuliert. Schon im Vorfeld hatten sie erklärt, Brandt werde ein „klares Nein zur Stationierung" sagen, und zwar ohne Wenn und Aber. Auf dieser Annahme hatte Petra Kelly ihre Rede, die sie nach Brandt hielt, aufgebaut. In dem vorab den Journalisten übermittelten Text war denn auch von einem Stück „Wiedergutmachung" durch den SPD-Vorsitzenden die Rede und davon, daß er den „verlorengegangenen Anschluß der Parteiführung an die Parteibasis wiederhergestellt hat". Die Enttäuschung von Petra Kelly war spürbar. Sie schlug um in scharfe Attacken. Brandt habe den Vertrauensvorschuß „verraten". Der SPD-Vorsitzende sprach nachher von „Zänkereien". Er habe den Eindruck, daß Kelly den Kampf gegen die SPD intensiver führe als gegen die Raketen. Brandt: „Für wen halten Sie mich eigentlich?"

Brandts Ziel war es, an diesem Samstag den Einstieg der SPD in die abspenstig gewordene Wählerschaft einzuleiten. Der Schriftsteller Heinrich Böll hat das in seinem Eröffnungswort geschickt zum Ausdruck gebracht, als er von Veränderungen sprach. Vor zwei Jahren hätten sich nur einzelne SPD-Abgeordnete „schamhaft" in der Nähe der Tribüne gezeigt. Die „erfreuliche Gegenwart" von Brandt deute er so, daß die SPD gegen die Raketen stimmen werde.

Hinten, neben der Tribüne, sah man den FDP-Abgeordneten Burkhard Hirsch zeitweilig stehen. Auf einem Ehrenplatz vor dem Rednerpult saß von Anfang an der DKP-Vorsitzende Mies. Ansonsten aber war die Präsenz der Kommunisten kaum vernehmbar. Die violetten Halstücher dominierten. Heinrich Böll war es, der in das Schicksal der Friedensbewegten in der „DDR" einführte. Er verlas eine Erklärung von „drüben", in der es hieß, man komme dort schon deshalb in Gefängnisse, weil man Papiere zu Friedensfragen erarbeite. Die Erklärung schloß mit dem Appell, im Westen darauf zu achten, was in der „DDR" geschehe und dazu „Stellung" zu nehmen.

Probst Heino Falcke aus Erfurt, der Friedenstage in der „DDR" für den November ankündigte, meinte, wirkliche Sicherheit könne man nur „mit", nicht aber „gegen" den Gegner gewinnen. Er wisse, daß im Westen viele vor den Raketen im Osten Angst hätten – „vielleicht nicht ihr, die ihr hergekommen seid, aber die anderen, die nicht hier sind". Er könne diese Angst „niemandem ausreden".

Diesmal waren in Bonn mehr Plakate und Transparente zu sehen, die gegen die Rüstung in West und Ost waren, wenn auch die Hauptstoßrichtung nach wie vor gegen die Amerikaner ziele. Aber es gab auch lebhaften Beifall aus der Menge, zum Beispiel, als es Ilse Brusis vom DGB-Vorstand einen „Skandal" nannte, „daß die DDR-Regierung Friedensdemonstrationen auflöst". Oder, als die Gewerkschafterin sagte: „Wäre die UdSSR so friedlebend, wie manche meinen, dann hätte sie Produktion und Stationierung ihrer SS 20 längst gestoppt."

Hamburg: GAL rief zu Blockade auf

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Können Sie dahinten die Person in Weiß erkennen – da haben wir einen Verkehrspolizisten stehen", sagte Innensenator Alfons Pawelczyk (SPD) auf dem Balkon des Hamburger Rathauses. Der Chef der Hamburger Innenbehörde hatte seine Beamten optisch zurückgezogen, vor der Menschenkette standen nur wenige Beamte, zum Teil mit Rosen und Nelken am Revers, die ihnen Demonstrationsteilnehmer überreicht hatten. Die „Volksversammlung" hatte Streit nur im politischen Vorfeld ausgelöst: Das Hickhack um die Freigabe der Bannmeile – der Senat sagte zunächst Nein, das Verwaltungsgericht Ja, Bürgerschaftspräsident Peter Schulz legte Beschwerde gegen den Spruch ein, dann erteilte der Senat die Genehmigung für den Platz – hinterließen Verwirrung und Narben innerhalb des Regierungslagers.

Am Samstagnachmittag war dieses Schauspiel der Unentschlossenheit bei den Sozialdemokraten übertüncht von der Farbigkeit, ja auch der Fantasie der Kundgebungsbesucher. 180 000 bis 200 000 waren es nach Schätzung der Polizei, die Sprecherin des „Hamburger Forums", Ingrid Kurz, nannte hingegen 410 000 Teilnehmer aus ganz Norddeutschland. Ein riesiger Neptun aus Pappmaché, eine zerbrochene Rakete tragend, dümpelte – von vielen hundert Händen hochgehalten – auf dem Platz, nachdem er zuvor mit drei Dutzend Booten auf der Elbe für den Frieden geschwommen war.

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft wurde für den Frieden demonstriert. Einseitig mit der Forderung an den Westen, auf Nachrüstung zu verzichten. Das Transparent mit der Aufschrift „Afghanistan fordert den Abzug der Sowjets" blieb eine Ausnahme, eine Stimme, die unterging in der nach neun Reden zum Abschluß mit anhaltendem Beifall gebilligten „Erklärung", in der die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen nicht als Mittel der Abschreckung, sondern der „Planung eines Atomkrieges" bezeichnet wird.

Die rund 200 000 Zuhörer zerstreuten sich rasch, nur ein Trupp von etwa 6000 Demonstranten blieb zurück, um, angeheizt von der Sprecherin der autonomen Gruppen, Christel Kruse und dem GAL-Bürgerschaftsabgeordneten Thomas Ebermann, das Verlagshaus Axel Springer zu blockieren. Auch diese Aktion, mit der die Auslieferung von „Bild am Sonntag" verhindert werden sollte, hatte im Vorfeld innerhalb des linken Lagers erhebliche Auseinandersetzungen verursacht. Die DKP hatte die erste Anregung gegeben, sprach sich dann aber entschieden gegen die Blockade aus, die IG Druck rief ihre Mitglieder auf, nicht teilzunehmen. „Wir wagen's trotzdem", lautete forsch die Parole Ebermanns.

Das „Wagnis" war stellenweise Kindern aufgebürdet worden: Am Karl-Muck-Platz saßen sie, darunter Drei- bis Vierjährige, in den vordersten Reihen der Sperr-Staffeln. Die Polizei hatte das Verlagsgebäude weiträumig abgeriegelt. Die Demonstranten errichteten Straßensperren und zündeten Holzverschläge, Müll und ein Auto an. „Neptun", der sich ebenfalls als Blockade-Monstrum aufgebaut hatte, wurde schließlich naß: Die Polizei machte mit Wasserwerfern den Weg für die Zeitungswagen frei.

Menschenkette von Stuttgart bis Ulm

XING-HU KUO, Stuttgart

Sonnabend, 12.40: Die längste Menschenkette, die je gebildet wurde, steht fristgemäß auf der Bundesstraße 10 zwischen Stuttgart und Neu-Ulm. Mit Gesang, Bravorufen und Händeklatschen wurde dieses Ereignis von den rund 200 000 Teilnehmern dieser Aktion begrüßt. Aus Baden-Württemberg, Bayern, aber auch aus dem Ausland waren die Ketten-Demonstrierer in zahlreichen Sonderzügen und Bussen an die 23 Abschnitte der Kette gebracht worden.

Vorsorglich war für die Zeit der Kettenbildung von etwa 9 bis 12.30 die Höchstgeschwindigkeit auf der vielbefahrenen B 10 auf 50 Kilometer die Stunde begrenzt worden. Der Autoverkehr wurde im wesentlichen nicht behindert.

Die Kette, die vor den Patch-Barracks in Stuttgart-Vaihingen begann und in Neu-Ulm vor den Wiley-Kasernen ihren Endpunkt hatte, wurde durch zahlreiche Ordner der „Friedensbewegung" in straffer Regie geführt.

Die einzige Gegendemonstration kam vom „Fellbacher Forum", einem Zusammenschluß von Bundeswehr- und Reservistenverbänden und anderen Organisationen. In Stuttgart und Neu-Ulm überreichten Vertreter des Forums Brot und Wein an US-Armeeangehörige als Zeichen der Freundschaft und des Dankes.

Während der Demonstrationsfahrt entlang der Menschenkette kam es jedoch zu Aggressionen seitens der „Friedenskämpfer". Die Gegendemonstranten, die symbolisch SS-20-Raketen auf ihren Autos markiert hatten, wurden als „Nazi-Schweine" beschimpft. Einige Autos wurden vorsätzlich beschädigt, die Teilnehmer des Forums bespuckt, in zwei Fällen auch tätlich angegriffen.

Großkundgebungen gab es auch in Neu-Ulm und Stuttgart, den zentralen Punkten des Abschlusses der „Aktionswoche" gegen die atomare Rüstung.

In der Doppelstadt Ulm/Neu-Ulm (Baden-Württemberg bzw. Bayern) gingen rund 100 000 Menschen auf die Straße. Hier wurde bereits am Freitag die Wiley-Kaserne von 1000 Nachrüstungsgegnern „besetzt". Angeblich soll Neu-Ulm einer der Stationierungsorte für die neuen Pershing 2 werden. 2000 bayerische Polizisten hatten am Sonnabendvormittag die Blockierer weggetragen, um das Haupttor der Kaserne freizuhalten.

Ohne besondere Zwischenfälle verlief auch in Ulm die „Umzingelung" eines Informationsstandes der CDU und Jungen Union, auf dem unter dem Motto „Schützenswerte Zone Bundesrepublik" gegen eine einseitige Darstellung der Friedensproblematik Stellung genommen wurde.

Fast 200 000 Personen nahmen an einer Großkundgebung in Stuttgart teil, die vom späten Nachmittag bis zum Abend dauerte. Der SPD-Politiker Erhard Eppler breitete seine weltweit umspannenden Visionen aus, von seiner Gegnerschaft zu Rüstung und Nachrüstung bis hin zur Problematik der Dritten Welt.

Eine der Fraktionssprecherinnen der Grünen im Deutschen Bundestag, Frau Marie-Luise Beck-Oberdorf erklärte unter großem Beifall, ziviler Ungehorsam sei „ein Zeichen für demokratische Reife". DGB-Landeschef Siegfried Pommerenke betonte, Atomwaffen seien „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Er forderte die Bundesregierung auf, mit dem Geld für die Rüstung lieber neue Arbeitsplätze zu finanzieren.

Berlin: Nur Anarchos machten „Zoff"

hrk. Berlin

Auf dem Platzgeviert, auf dem John F. Kennedy seine unsterblichen Worte „Ich bin ein Berliner" sprach, standen 20 Jahre später die Teilnehmer der Berliner Variante der Friedenskundgebung. Weit entfernt vom Schöneberger Rathaus steuerte eine Gruppe schwarzgekleideter „Anarchisten" mit einer schwarzen Fahne den einzigen Eklat bei: Die Anhänger der „Autonomen" versuchten, ein mitgebrachtes US-Sternenbanner zu verbrennen.

Augenzeugen berichteten, der Zwischenfall hat sich in der Nähe des Hochhauses der „Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" am Hohenzollerndamm abgespielt. Die Jugendlichen waren auf das Dach eines Haltestellenhäuschens geklettert und schwenkten ständig eine schwarze Anarchisten-Fahne. Ein mitgeführtes amerikanisches Sternenbanner war offenbar zuvor in Öl getaucht worden. „Das Tuch fing zwar Feuer, aber die Flammen gingen sofort wieder aus", berichteten unmittelbare Zeugen des Geschehens der WELT. „Die Polizei war so schnell zur Stelle, daß die Anarchos sogar ihre Plastiktüten auf dem Dach zurückließen."

Zur Unterhaltung der Zehntausende von Teilnehmern, die noch weit nach Beginn der Hauptkundgebung vor dem Rathaus die City verstopften, trugen mehrere Rockgruppen bei. Die „Tornados" erreichten, was der entmilitarisierte Status Berlins bisher verhinderte – sie traten mit Kleidungsstücken der Bundeswehr-Uniform auf. Mit Bundeswehr-Schiffchen auf dem Kopf und in obszöner Weise mit Papp-Raketen hantierend, sangen sie Agitprop-Songs mit Texten wie „Wenn die schlanken Pershings fliegen, freut sich unser ganzes Heer ..."

Nach dem Muster ihrer Einsätze vor einer Woche bei der Blockade der amerikanischen „Andrews Barracks" patrouillierten auch diesmal sowjetische Militärstreifen an den Demonstrationsrouten entlang. Zeitweilig rollten ein „Lada" und ein Kleinbus mit dem CA-Schild („Sowjetskaja Armija") sogar im Konvoi durch die Innenstadt West-Berlins. Im Wagen-Fonds saßen eifrig fotografierende Offiziere der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland".

Die Teilnehmer reagierten auf die Foto-Aktivitäten der Sowjets, die auch einzelne Demonstranten aufnahmen, mit einem Pfeifkonzert, so daß die ungebetenen Gäste schließlich weiterfuhren.

Polen: Offiziere werfen Regime Verrat vor

AFP/DW. Warschau

Ein offener Brief einer „Gruppe von polnischen Offizieren", die das Regime von General Jaruzelski des Verrats im Namen einer „ausländischen Diktatur" beschuldigen und freie Wahlen fordern, ist in der jüngsten Ausgabe der Untergrundzeitschrift „KOS" (Soziales Widerstandskomitee) veröffentlicht worden. In dem vom 20. September datierten Schreiben vertreten die Offiziere die Ansicht, daß die polnische Armee, „anstatt das Vaterland gegen Feinde von außen zu verteidigen, zum Gendarmen und Unterdrücker seiner eigenen Nation" geworden sei. „Wieder einmal wurde die Nation mit Gewalt gezwungen, nach den Regeln der Sowjetunion, deren Wortführer die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei ist, zu arbeiten und zu leben." Das polnische Volk sollte die Möglichkeit haben, schreiben die Offiziere in dem der „Solidarität"-Untergrundführung nahestehenden Magazin, in freien Wahlen das ihm genehme Gesellschaftssystem zu bestimmen.

Die Verfasser des Schreibens beschuldigen ihre Vorgesetzten in der Armee, sie irregeführt zu haben. Zum Zeitpunkt der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 sei die Armee von der Bevölkerung völlig abgeschnitten gewesen und habe deshalb geglaubt, daß das Kriegsrecht tatsächlich der einzig mögliche Ausweg sei.

Irak bekennt sich zu Raketenangriffen

DW. Teheran

Die Zahl der bei irakischen Raketenangriffen auf zwei Städte Irans getöteten Menschen ist nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA auf 116 gestiegen. Mehrere hundert Menschen seien verletzt worden. 94 Menschen seien bei den Angriffen am Samstag auf die Stadt Masjed Suleyman gestorben. Den jüngsten Berichten zufolge kamen weitere 22 Personen in der 100 Kilometer südöstlich davon gelegenen Stadt Dezful ums Leben. Irak bekannte sich zu dem Angriff und bezeichnete ihn als Vergeltung gegen iranische Angriffe auf seine Grenzstädte.

In Masjed Suleyman, einem wichtigen Ölförderungsgebiet Irans, waren die Rettungsaktionen am Wochenende noch nicht beendet. Das staatliche iranische Fernsehen berichtete gestern, die beiden Städte seien von drei Raketen getroffen worden, nähere Angaben zu den Typen der Geschosse wurden nicht gemacht.

CDU-Kommunen wollen Bonns Sparkurs mittragen

Geißler nennt die KPV die Basis der Partei

R. v. WOIKOWSKY, München

„Die Kommunalpolitik ist die Königin der Politik." Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesl umriß mit diesen Worten die Bedeutung des dreitägigen Kongresses der Kommunalpolitischen Vereinigung der Union (KPV), der am Wochenende zu Ende ging. Die „Königin" hatte zur Audienz geladen und die Bundespolitiker der CDU/CSU strömten fast in Kabinettsstärke in die bayerische Landeshauptstadt. Familienminister Heiner Geißler, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Innenminister Friedrich Zimmermann und Bauminister Oscar Schneider zeigten vor den 600 Delegierten kommunalpolitische Zukunftsperspektiven aus ihrer jeweiligen Ressortsicht auf. Zusätzlich setzten der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu landespolitische Akzente.

Die Gäste aus Bonn wußten und unterstrichen es auch, was die Bundespartei den mehr als 100 000 Kommunalpolitikern der Union verdankt. Minister Stoltenberg belegte es statistisch. Noch 1970 lag die SPD mit 47 Prozent Anteilen in den Kommunalparlamenten weit vor der Union (35 Prozent). 1982 ist der Unionsanteil auf fast 48 Prozent aller Ratsmandate gestiegen, während die SPD auf knapp 41 Prozent abrutschte.

Mit Genugtuung nahmen die Kommunalpolitiker der Union das Bonner Lob entgegen und der wiedergewählte KPV-Vorsitzende und Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, nutzte die Chance, die Regierungsmitglieder an die großen Probleme der Städte und Gemeinden zu erinnern. „In zwei Drittel der kommunalen Parlamente hat die Union die absolute oder relative Mehrheit. Dies ist ein großer Auftrag für uns Kommunalpolitiker der Union, zugleich aber ist es auch Verpflichtung für CDU und CSU in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und bei den schwierigen aktuellen Aufgaben zu unterstützen."

Genau hier lag das Konfliktfeld des Münchener KPV-Kongresses, der unter dem Motto stand „Den Bürgern eine Heimat geben". Auf der einen Seite gab es dort die Erwartungen und Anforderungen der Kommunalpolitiker der Union an „ihre Bundesregierung", auf der anderen Seite die durch die Sparpolitik eingeschränkten Möglichkeiten des Bundes, ehemals eigene oppositionelle Forderungen in aktuelle Regierungstaten umzusetzen. Innenminister Zimmermann nannte denn auch das Problem beim Namen: „Ich weiß nicht, was Ihnen der Kollege Stoltenberg versprochen hat, aber viel wird es nicht gewesen sein."

In der Tat forderte Stoltenberg – und fand es auch – von seinen kommunalen Partei-Kollegen in erster Linie Verständnis für seine finanzpolitischen Maßnahmen: „Wir können keine generelle Übertragung von Bundesmitteln (an die Kommunen) in Aussicht stellen. Wir stehen nicht in einer Legislaturperiode erneuter großer Anforderungen an das Leistungsvermögen des Staates, sondern in einer Periode der notwendigen Gesundung." Und weiter: „Wir machen nicht eine Politik, um zu sparen, sondern wir sparen, um wieder Politik machen zu können."

Aber Stoltenberg machte in München auch klare Zusagen. So werde es in dieser Legislaturperiode keine weiteren Eingriffe in die Gewerbesteuer geben. Mittelfristig kündigte er eine Neuordnung des Gemeindefinanzsystems an. Und wie seine anderen Kabinettskollegen sicherte er die Erfüllung eines besonders dringenden kommunalen Wunsches zu: „Wir werden sorgfältig darauf achten, daß aus neuen Bundesgesetzen keine unvertretbaren Aufwendungen für die Kommunen entstehen."

Das Fazit von München ist schnell gezogen. „Die Basis der Partei", wie Geißler die KPV nannte, kann auf ihre Bundesregierung zählen. Geißler selbst versprach langfristig eine Struktur-Reform der Sozialhilfe und die damit dringend geforderte finanzielle Entlastung der Kommunen in diesem Bereich. Bauminister Schneider zeigte mehr als Verständnis für die von der KPV verlangte grundlegende Vereinfachung des Baurechts und Innenminister Zimmermann schließlich konnte nach Darstellung seiner Pläne zum Ausländer-Problem und zum Umweltschutz minutenlange Ovationen als Zeichen der totalen Übereinstimmung entgegennehmen. Aber neben aller Bereitschaft der Unionskommunen, die harten Bonner Konsolidierungs-Maßnahmen mitzutragen, mußten die Bundesminister auch eine Mahnung mit auf den Heimweg nehmen: „Wir von der Union haben ein Interesse daran, daß nicht alle Fehler der Vergangenheit wiederholt werden."

„DDR" kündigt Einstellung der S-Bahn an

dpa, Berlin

Die „DDR" stellt hohe finanzielle Forderungen für die vom Senat von Berlin beabsichtigte Einbeziehung von S-Bahn-Strecken in das Westberliner Nahverkehrsnetz. Bei den Sondierungsgesprächen in Ost-Berlin verlangte sie außerdem die Übernahme von 850 im Westteil der Stadt wohnenden S-Bahn-Beschäftigten der „DDR"-Reichsbahn und kündigte gleichzeitig an, daß sie nicht bereit sei, den S-Bahn-Verkehr in West-Berlin nach dem 1. Januar 1984 weiterhin zu betreiben. Sie will lediglich einen Pendelverkehr zwischen dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße und dem Lehrter Stadtbahnhof auf der westlichen Seite der Mauer aufrechterhalten. Wie am Wochenende bekannt wurde, präzisierte die „DDR" ihre Vorstellung zur „Lösung der S-Bahn-Frage" in einem 10-Punkte-Papier.

Bombenanschlag auf Bundeswehrschule

dpa/rtr, Bonn/Koblenz

Erheblicher Sachschaden ist in der Nacht zum Sonntag bei einem Bombenanschlag auf die Nachrichtenschule der Bundeswehr in Bad Ems entstanden. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums sagte, der Sprengkörper sei gegen 3.45 Uhr in einem noch nicht fertiggestellten Neubau der Schule explodiert. Die Bombe sei offenbar von außen über einen Zaun geworfen worden. Menschen seien nicht verletzt worden. Über das genaue Ausmaß des Schadens könne man noch nichts sagen. Die Ermittlungen würden von der zuständigen Staatsanwaltschaft gemeinsam mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) geführt. An dieser Nachrichtenschule absolvieren sowohl die späteren Angehörigen des MAD als auch jene Offiziere einen Teil ihrer Ausbildung, die als Militärattachés an deutsche Botschaften ins Ausland gehen.

Franz Alt klagt vor Arbeitsgericht

dpa, Augsburg

Der zunächst für drei Sendungen von der Moderation des Fernseh-Magazins „Report" aus Baden-Baden entbundene Journalist Franz Alt hat nach einem Bericht der Zeitschrift „Weltbild" Klage beim Arbeitsgericht Karlsruhe gegen seinen Sender erhoben. Er will mit einer einstweiligen Verfügung die Rechtswidrigkeit des Moderationsverbotes feststellen lassen.

‚Neues Deutschland' druckt Briefe aus Ost und West

Weshalb ließ Honecker die Texte veröffentlichen?

HRK. Berlin

Mit einem Bruch der bisherigen Informationspolitik, das eigenständige Friedensengagement der evangelischen Christen in der „DDR" offiziell nicht zur Kenntnis zu nehmen, vollzog das SED-Parteiblatt „Neues Deutschland" am Wochenende eine Kehrtwende. Offenbar auf direkte Weisung von Erich Honecker druckte es einen Brief der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Dresden-Loschwitz im Wortlaut ab.

Darin kommen zum erstenmal die schweren Sorgen vieler „DDR"-Christen und ihrer Mitbürger über die angekündigte Stationierung neuer sowjetischer Kurzstreckenraketen im anderen Teil Deutschlands nach erfolgter NATO-Nachrüstung zum Ausdruck.

Konkrete Formulierung

Wörtlich heißt es dazu in dem Schreiben: „Die Vorstellung erfüllt uns mit Entsetzen, daß bei der von uns verurteilten Stationierung der amerikanischen Atomraketen in West-Europa auch auf unserem Territorium entsprechende atomare Gegenmaßnahmen eingeleitet werden und wir und unsere Kinder unmittelbar mit Atomraketen leben müssen."

Damit wird zum erstenmal konkret ausgesprochen und über das SED-Blatt in die Öffentlichkeit transportiert, was viele in der „DDR" angesichts der bisher schon bekannten Ankündigungen Honeckers über Gegenmaßnahmen des Warschauer Pakts nach einer US-Raketenstationierung empfinden.

Über eine noch weitaus konkreter und massiver formulierte Forderung der evangelischen Landeskirchen während ihrer jüngsten Bundessynode in Potsdam hatte die „DDR"-Öffentlichkeit kein Wort erfahren. Die Synodalen hatten Ende September gebeten, daß weder während der laufenden Genfer Verhandlungen, „noch zu einem späteren Zeitpunkt" atomare Kurzstreckenraketen im eigenen Land stationiert werden. An die NATO war appelliert worden, ihren „Spielraum" für die Genfer Gespräche so zu erweitern, daß eine Stationierung vermieden werden könnte. Die UdSSR ihrerseits sollte ihre Bereitschaft zur Verschrottung von SS-20-Raketen „schon jetzt in die Tat umsetzen".

Als Motiv für die ungewöhnliche neue Haltung der SED gegenüber der christlich motivierten Friedensbewegung im eigenen Land lassen sich drei Quellen finden:

- Der Versuch, den Protestanten zu attestieren, mit ihren selbständigen Beiträgen im Prinzip ernstgenommen zu werden, wenn der Vorrang der staatlichen Friedenspolitik nicht in Frage gestellt wird. Zugleich dient der Beitrag als Ventil für den angestauten Unmut vieler kirchlicher Basisgruppen, mit ihren Aktionen während der „Friedensmärsche" der FDJ und SED im Frühjahr nicht zum Zuge gekommen zu sein.
- Zugleich will die SED-Führung offenbar kritischen Stimmen in der Bundesrepublik begegnen, die auf die Verfolgung christlicher Aktivitäten in der „DDR" hinweisen. Dazu zählte in jüngster Zeit die dreijährige Gefängnisstrafe für einen Jugend-Diakon und die Verhaftung einer Gemeindehelferin in Halle sowie die Festnahme mehrerer Anhängerinnen der Bewegung „Frauen für den Frieden".
- Gegenüber dem unteren SED-Funktionärs-Korps, das den intellektuell meist überlegenen Friedens-Engagierten mit Mißtrauen und Widerwillen begegnet, soll anscheinend dokumentiert werden, daß die bisherige Außenseiterrolle dieser Gruppen politisch nicht unbedingt gewollt ist. Jeder Konflikt ist angesichts der wirtschaftlich-politischen Binnenlage der „DDR" ein Konflikt zuviel.

Bitte an Honecker

Bemerkenswert ist neben dem Hinweis der Dresdener Gemeinde auf die bevorstehende Raketenstationierung in der „DDR" auch die erste öffentliche Erörterung des Wunsches vieler Menschen drüben, mehr Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu suchen. Dazu heißt es wörtlich in dem Brief an Honecker: „Wir möchten Sie bestärken und zugleich dringlichst bitten, den Dialog zwischen beiden deutschen Staat weiterzuführen und zu erweitern, damit Vertrauen wachsen kann als Grundlage für eine Sicherheitspartnerschaft, eine, nach Ihren Worten, Koalition der Vernunft."

Der Brief aus Sachsen wird im SED-Blatt durch das ebenfalls abgedruckte Schreiben einer hessischen Kirchengemeinde ergänzt. Darin kommt zum Ausdruck, daß sich christliche Pazifisten in der Bundesrepublik keineswegs nur – wie die „DDR"-Medien zu suggerieren versuchten – gegen Massenvernichtungswaffen im Westen, sondern auch gegen derartige Systeme im Osten wenden.

Seite 2: Zwei Briefe, ein Gedanke

Breit: „Man wird unsere Zähne zu spüren bekommen"

dpa, Hamburg

Die Gewerkschaften sind entschlossen, die 35-Stunden-Woche auch gegen Widerstände durchzusetzen. Der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, versicherte in einem „Spiegel"-Interview, wenn es um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gehe, werde man „noch früh genug unsere Zähne zu spüren bekommen". Der neue Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, rief am Wochenende seine Organisation auf, sich in diesem Zusammenhang auf eine harte Auseinandersetzung einzustellen.

Breit betonte, mit der Einführung der 35-Stunden-Woche in einem Schritt könnten 1,2 bis 1,4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei sei bereits eingerechnet, daß 50 Prozent der Arbeitszeitverkürzung durch Rationalisierung und Neuorganisation verlorengingen. Bei einem langfristig angelegten Stufenplan würde dagegen nach Ansicht Breits der arbeitsmarktpolitische Erfolg verspielt.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern im Süddeutschen Rundfunk erneut vor den „schlimmen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Folgen" einer 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich gewarnt.

Streik jetzt auch ohne Urabstimmung

dpa, Nürnberg

Die Industriegewerkschaft Druck und Papier kann in Zukunft auch ohne Urabstimmung einen Streik ausrufen. Eine entsprechende Satzungsänderung hat der am Wochenende in Nürnberg zu Ende gegangene Gewerkschaftstag der IG Druck beschlossen. Begründet wurde dieser Schritt vor allem damit, daß die Gewerkschaft bei den anstehenden Auseinandersetzungen „mobiler" werde und im Ernstfall schneller reagieren könne.

Während es bisher in der Satzung hieß, „zur Durchführung eines Streiks ist eine Urabstimmung erforderlich", lautet die Neufassung: „Zur Durchführung eines Streiks kann eine Urabstimmung durchgeführt werden."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J 07632.



„Die Konsolidierung des Staatshaushaltes ist das bisher mögliche Optimum“

Finanzexperten stellen Bundesregierung auf der 37. Vertriebstagung des Springer-Verlages ein positives Urteil aus

DANKWART SEITZ, Lindau

Die Bilanz der neuen Bundesregierung ist außerordentlich positiv, und es ist verhängnisvoll, wenn jetzt auch führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft anstatt die Regierung zu stützen und zu ermuntern, den eingeschlagenen unpopulären wirtschaftlichen Kurs konsequent fortzusetzen, nach kurzer Amtszeit öffentlich Kritik üben. Ein besseres und dazu noch einhelliges Urteil hätte sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kaum wünschen können, nachdem Mitte vergangener Woche der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, seiner Enttäuschung über ein Ausbleiben deutlicher wirtschaftspolitischer Signale aus Bonn Ausdruck gegeben hatte.

Zu dem positiven Urteil kam eine nicht weniger prominente Runde. Anläßlich der 37. Vertriebstagung des Axel Springer Verlages in Lindau am Bodensee zogen auf einer Podiumsdiskussion unter Leitung von WELT-Chefredakteur Herbert Kremp vor 400 geladenen Gästen die Vorstandsvorsitzenden F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank), Manfred Lennings (GHH), Bernd Hebbering (Horten), der persönlich haftende Gesellschafter der Oetker-Gruppe, Guido Sandler, zusammen mit Bundesfinanzminister Stoltenberg „Zwischenbilanz – ein Jahr nach der Wende“. Schließlich dürfe man nicht vergessen, so Christians, daß „wir eine Weltrezession hinter uns haben und noch mitten in dem Prozeß stehen, uns daraus wieder empor zu heben“. Die Konsolidierung des Staatshaushaltes, wie sie zur Zeit geschehe, sei „das Optimum dessen, was bisher gemacht werden konnte“ (Lennings). Selbst in einem Unternehmen sei in so kurzer Zeit kaum etwas zu bewegen, geschweige denn in einer Volkswirtschaft, meinte Hebbering.

Stoltenberg räumt allerdings ein, daß es noch genügend Felder in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt, auf denen ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Er habe aber immer betont, daß der Gesundungs- und Erneuerungsprozeß immer in einer Perspektive mindestens einer Legislaturperiode gesehen werden müsse. Ungeduldige Kritiker sollten aber nicht übersehen, daß im bisherigen Jahresverlauf alle wesentlichen Daten ein Stück besser seien als im Januar erwartet werden konnte.

Als Zielvorstellungen nannte Stoltenberg nicht nur die Absenkung der Verschuldung, sondern auch eine schrittweise Verringerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Gleichgültig, ob das nominale Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren bei 5,5 oder 6,5 Prozent liege, und bei allen Turbulenzen sei er entschlossen, 1983 den Haushalt nur um zwei Prozent und in den folgenden Jahren bis 1987 nur um jährlich drei Prozent aufzustocken. Solange die erschreckend überhöhte Verschuldung das Zusammenwirken von Haushalts- und Geldpolitik störe, so lange gebe es auch einen stärkeren Druck, die Steuern und staatlichen Abgaben zu erhöhen. So sei zumindest der Spielraum für die Steuerpolitik bis 1987 begrenzt. Bei der beschlossenen Lohn- und Einkommensteuersenkung könne daher nicht auf gewisse Ausgleichsmaßnahmen im Steuersystem verzichtet werden.

Die Runde forderte den Finanzminister auf, möglichst bald ein Gesamtkonzept für die nächsten Jahre vorzulegen. Der Spielraum, so Lennings, zum aktuellen Handeln und zur Verwirklichung des Konzepts sei zwar begrenzt, doch jeder Investor könne dann erkennen, was auf ihn zukomme. Dies würde das Investitionsverhalten begünstigen und dann möglicherweise einen sich selbst tragenden Aufschwung fördern. Christians: „Die Wirtschaft war jahrelang durch die Haushaltspolitik irritiert, und wir können nicht erwarten, daß eine Schlamperei im Haushaltssystem wieder in wenigen Monaten beseitigt werden kann. Wir müssen aber wissen, wohin die Reise geht, was wir zu erwarten haben, wenn wir wieder stärker investieren sollen.“ Stoltenberg akzeptierte dieses Verlangen nach einem zukunftsweisenden Konzept, bat jedoch um noch ein paar Monate Geduld.

Große Probleme werden nach Ansicht aller Diskussionsteilnehmer in der nächsten Zukunft auf die Wirtschaft mit den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zukommen. „Wir müssen gewaltig aufpassen“, so Sandler, „daß nicht irreversible Faktoren geschaffen werden, die niemand mehr verkraften kann.“ Bei Kostenbelastungen von 15 bis 17 Prozent verlören die Unternehmen absolut ihre Wettbewerbsfähigkeit. Arbeit gebe es in der Bundesrepublik ja genug, nur sei sie zu teuer geworden. Lennings: „Wir haben durch unselige Tarifverträge die unteren Lohngruppen jahrzehntelang angehoben und somit diese Arbeitsplätze nicht wegrationalisiert, sondern wegtarifiert.“ Diese Arbeitslosigkeit könne man mit keiner Manipulation an der Arbeitszeit verändern.

Lennings bezeichnete alle generellen Lösungen in jedem Fall als unsinnig. Man müsse bedenken, daß die Verhältnisse in zehn Jahren schon vollkommen anders seien. Die Zahl der Frühpensionäre werde sich beispielsweise dann gegenüber heute verdoppelt haben.

Auch nach Auffassung von Stoltenberg kann eine Arbeitszeitverkürzung nur unter den Vorzwichen Freiwilligkeit, Reversibilität und Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Messen lassen müßten sich alle Vorschläge, aber auch an den Arbeitskosten und den Belastungen für den Haushalt. Dies sei durchaus möglich, denn schon Ende der 70er Jahre hätte in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Umdenkungsprozeß begonnen, der einhergegangen sei mit der wirtschaftlichen Ernüchterung und dem Verlust von Illusionen. Grundprinzip müsse aber bleiben, wieder mehr Arbeit zu schaffen und nicht eine schrumpfende Arbeit irgendwie anders zu verteilen.

Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Eine alte Idee findet plötzlich neue Anhänger / „Hambacher Disput“ zum Thema „Noch Chancen für Europa?“

ULRICH LÜKE, Straßburg

Vier Monate nach dem europäischen Gipfel von Stuttgart, acht Monate vor der zweiten europäischen Direktwahl scheint immer mehr Europa-Politikern der Kragen zu platzen. Wenn die Gemeinschaft in den kommenden Monaten nicht einen entscheidenden Schritt nach vorn tut, müsse man sich etwas Neues überlegen: ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“. Nicht mehr Rücksicht auf das langsamste Schiff im Geleitzug der Zehn dürfte dann die Politik bestimmen, sondern die Staaten, die weitergehen wollten, sollten dann weitergehen.

Die Idee ist eigentlich so alt wie die europäische Einigungsbewegung, aber unverkennbar findet sie in diesen Wochen neue Anhänger. Das wurde am Wochenende auf dem „Hambacher Disput“ in der Pfalz deutlich. „Noch Chancen für Europa?“, hatten die Organisatoren beim Treffen von Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten überschrieben. Neben Fragen wie der Rolle der EG als „größter Friedensbewegung in Europa“ (der CDU-Europa-Abgeordnete Hans-Gert Pöttering), dem Verhältnis von europäischer Einigung und deutscher Wiedervereinigung oder der Alternative Staatenbund und Bundesstaat rückte dabei immer wieder die aktuelle Lage der Gemeinschaft in den Vordergrund.

In der Analyse gibt es heute zwischen den Europäern kaum Differenzen: Nationale Protektionismen bedrohen den Zusammenhalt, die Brüsseler Kassen sind leer, die Agrarpolitik muß reformiert werden. Niemand auf dem Hambacher Schloß widersprach dieser Zustandsbeschreibung. Aufhorchen ließen dagegen die Rezepte für den Fall des Scheiterns der großen EG-Reform im Kreis der Zehn.

Den Auftakt machte Straßburgs Altbürgermeister Pierre Pflimlin. Der letzte Lebende unter den großen Europäern der ersten Stunde warf das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ oder das „konzentrische Europa“ in die Debatte. Gemeint ist damit ein Kern-Europa von sechs, vielleicht sieben der heutigen EG-Mitglieder, die auf dem Weg zur politischen Union fortschreiten, während die übrigen zurückbleiben, sich als „konzentrisch“ um diese Kern-EG legen.

Noch ist es keine ausgesprochene Bewegung für ein solchermaßen gestaltetes Europa, aber immer mehr Politiker denken laut in diese Richtung. Martin Bangemann, der deutsche Fraktionschef der Liberalen, hat es kürzlich im Straßburger Plenum getan. Altiero Spinelli, der Initiator für eine europäische Verfassung, will sie in Kraft treten lassen, wenn sechs Mitgliedstaaten sie ratifiziert haben.

In Hambach kamen weitere Befürworter hinzu: Egon Klepsch, der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments und frühere Fraktionschef der Christdemokraten beispielsweise, oder der Präsident des Parlaments, der Sozialist Piet Dankert. Sie alle variierten das Thema, formulierten äußerst vorsichtig, brachten keine Konkretisierungen.

Nur schemenhaft wurde auf dem Hambacher Disput deutlich, daß das Europa der zwei Geschwindigkeiten nicht nur Fortschritt, sondern auch Abbruch bedeutet, daß es höchstens ein Rezept für den Fall einer wirklichen EG-Krise ist. Denn natürlich läßt sich die bestehende gemeinsame Agrarpolitik nur zu zehnt reformieren, läßt sich die Finanzregelung der Gemeinschaft nur von allen neu regeln. Es sei denn, man stellte alles zur Disposition, machte einen Neuanfang, der für einige dann ein „Mehr an Europa“, für andere aber ein „Weniger an Europa“, vielleicht so etwas wie einen Assoziierungsstatus bedeutete.

Joseph Rovan, der französische Politik-Professor, stand auf dem Hambacher Schloß mit seiner provokanten These nicht allein: „Je mehr die EG ist, desto weniger hat sie.“ Will sagen: Jede Erweiterung der Gemeinschaft führe zwangsläufig zu ihrer Verflachung. So absolut allerdings wollten ihm die Europa-Politiker in Hambach darin nicht folgen.

Aber die Konturen eines neuen Kern-Europa beginnen sich abzuzeichnen, einer EG, die sich auch um die Sicherheitspolitik, die zukunftsträchtige gemeinsame Industrie- und Umweltpolitik entwickelt und die ihr institutionelles Gefüge demokratisiert, die exzessive Nutzung des Veto-Rechts im Ministerrat aufgibt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Blauer Dunst und Krebs

„Wenn der blaue Dunst rosarot wird ...“; WELT vom 12. Oktober

Unter diesem Titel wurde in der WELT ein Artikel zum Raucher–Passivraucher-Problem aus Rauchersicht veröffentlicht, der nach dem Motto „Man höre auch den anderen Teil“ nicht unwidersprochen bleiben kann. Da heißt es u. a.:

„Der Dunst unter der Weinstubendecke (des Tabak-Forums in Trier) mit den lebhaft einander Mut zusprechenden Tabakisten nahm im Laufe des Abends solche Dimensionen an, daß man sich nicht hätte wundern dürfen, wenn das ganze Gebäude sich still in den Trierer Nachthimmel erhoben hätte. Nichtraucher waren natürlich auch da. Sie schwiegen. Einen Bundeswehroffizier beobachtete ich, der von lauter Kettenrauchern eingekesselt eine Miene aufsetzte wie die leibhaftige Abschreckung, aber standhaft ausharrte. Ein wahres Standbild jener Toleranz, wie sie zwischen Rauchern und Nichtrauchern – so habe ich das jedenfalls verstanden – stets und überall herrschen sollte.“

In der Tat: So wünschen sich die Zigarettenindustrie als Veranstalter des Tabak-Forums und einige unbelehrbare Raucher die Nichtraucher – als „wahre Standbilder der Toleranz“, als kuschende Mehrheit, die weiterhin die unbestreitbar wichtigste Umweltverschmutzung in Innenräumen – den Tabakrauch – und die Rücksichtslosigkeit der Raucher widerspruchslos hinnehmen.

Die Behauptung, die Zahl der umweltbewußten Nichtraucher, die nicht mehr gewillt sind, sich widerspruchslos mit mehr als 40 krebserzeugenden Stoffen und zahlreichen anderen Giften des Tabakrauchs einnebeln zu lassen, sei im Sinken begriffen, ist reines Wunschdenken. Das gerade Gegenteil ist richtig. Ein Bewußtseinswandel in der Öffentlichkeit angesichts zahlreicher wissenschaftlicher Forschungsergebnisse, die an der Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens keinen Zweifel mehr lassen, ist in den letzten Jahren unübersehbar geworden. Eine ganze Reihe von Repräsentativumfragen, wonach die große Mehrheit der Nichtraucher, und sogar ein beträchtlicher Teil der Raucher selbst, sich z. B. für ein Rauchverbot am Arbeitsplatz aussprach, ist dabei nur ein Beleg unter vielen.

Die Tabakwirtschaft sollte sich endlich mit der unbestreitbaren Tatsache abfinden, daß das Rauchen sich zur wichtigsten einzelnen Krankheits- und Todesursache entwickelt hat, so daß die WHO schon vor Jahren feststellte, daß durch keine andere Einzelmaßnahme mehr Menschenleben gerettet und mehr Krankheiten verhütet werden könnten als durch eine deutliche Senkung des Zigarettenkonsums. Ein starker Raucher verkürzt sein Leben nach einer US-Prospektivstudie an über einer Million von Amerikanern im Durchschnitt um 8,3 Jahre, nach einer Untersuchung des wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen über die vorzeitige Sterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland sogar um 12 Jahre. 40 Prozent aller Krebserkrankungen bei Männern wären nach einer Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums durch Nichtrauchen vermeidbar, bei Männern und Frauen zusammengenommen nach einem vom amerikanischen Kongreß bestellten Gutachten 30 Prozent, weil der beunruhigende Anstieg des Rauchens von Frauen durch die lange Latenzzeit von Krebserkrankungen noch nicht voll zum Tragen kommt.

Eine durch blauen Dunst getrübte Urteilsfähigkeit ist auch dem Leiter eines „großen chemischen Untersuchungsamtes“ zu attestieren, der sich gegen das „Modewort vom Passivrauchen“ unter Hinweis auf die Filterwirkung der Nase wandte und die überholte Behauptung aufwärmte, der vom Passivraucher eingeatmete Nebenstromrauch entspreche selbst in verräucherten Räumen maximal dem Hauptstromrauch von ½ bis ⅓ Zigaretten pro Tag. Das gleiche gilt für seine Behauptung, krebserzeugende Nitrosamine wären in normaler Nahrung und im Bier in 5- bis 10mal höherer Konzentration als im Tabakrauch enthalten. Sicher werden die Giftstoffe des Nebenstromrauches vom Nichtraucher nur verdünnt eingeatmet. Dieser Verdünnungseffekt wird jedoch nach den Untersuchungen der Arbeitsgruppe Brunnemann u. a. dadurch wesentlich relativiert, daß der Nebenstromrauch zumindest an flüchtigen Nitrosaminen bis zu 50mal höher ist als im Hauptstrom. Dementsprechend werden vom Passivraucher in stark verrauchten Räumen – etwa in den Weinstuben des Trierer Tabakforums – s t ü n d l i c h – Nitrosaminmengen aufgenommen, die dem Gehalt im Hauptstrom von 6,5 bis 30 Zigaretten entsprechen! Zumindest wenn man die flüchtigen Nitrosamine hinzunimmt, ist die Nitrosaminkonzentration im Tabakrauch etwa tausendfach höher als im Bier, aus dem es inzwischen weitgehend eliminiert wurde. Hinzu kommt, daß es bei Nitrosaminen und anderen krebserzeugenden Stoffen infolge ihrer Summationswirkung eine völlig unschädliche Dosis schon aus theoretischen Gründen gar nicht geben kann.

Unter diesen Umständen wird es höchste Zeit, daß auch der Gesetzgeber sich seiner Verantwortung für die Volksgesundheit in puncto Rauchen und Passivrauchen endlich bewußt wird. Ich habe auf dem soeben beendeten internationalen Kongreß für Präventiv- und Sozialmedizin mit guten Gründen von einer Bankrotterklärung unserer Gesundheitspolitik auf dem Sektor des Rauchens gesprochen, zumal die Werbekampagnen für das sogenannte Leichtrauchen eine Irreführung des Rauchers sind, die nur der Gesundheit der Industrie dienen.

Obwohl die Bundesregierung seit langem offiziell bestätigt hat, daß Rauchen „absolut gesundheitsschädlich“ ist und die wichtigste Krebsursache darstellt, hat sich auf dem Sektor des Rauchens – trotz steigenden Zigarettenkonsums – seit Jahren nichts bewegt, wenn man vom Werbeverbot für Zigaretten im Fernsehen absieht. Das kann man nur als Skandal bezeichnen.

Professor Dr. med.
Ferdinand Schmidt
Mitglied des
Sachverständigenbeirates
Rauchen und Gesundheit der WHO
Forschungsstelle
für Präventive Onkologie
Klinische Fakultät Mannheim
Universität Heidelberg

Personalien

EHRUNGEN

Berlins Pharmazierat **Gentz Hems** wurde beim Deutschen Apotheker-Tag in Berlin mit der „Lesmüller-Medaille ausgezeichnet“. Der 71jährige Apotheker erhielt diese Ehrung in Anerkennung für seine Verdienste um die Berufsausbildung des beruflichen Nachwuchses. 1963 hatte der Senat von Berlin Gentz Hems zum Pharmazierat ernannt. Die Medaille geht auf eine Stiftung des Münchner Pharmazierates Max Lesmüller zurück.

*

Franz-Adolf Gehlhaar, Pädagogischer Leiter der Freiherr-vom-Stein-Gesamtschule in Eppstein, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der Pädagoge hatte sich durch Mut und selbstlosen Einsatz bei dem Attentat am 3. Juni auf seine Schule ausgezeichnet. Fünf Menschen waren dem Attentat damals zum Opfer gefallen. Gehlhaar leidet heute noch unter seinen Verletzungen. Unter Einsatz seines Lebens hatte Gehlhaar versucht, das Leben der Kinder zu schützen. Die Auszeichnung überreichte jetzt Hessens Kultusminister **Hans Krollmann**.

GEBURTSTAG

Professor **Harald Kruska**, früherer Rektor der Evangelischen Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf, feierte gestern seinen 75. Geburtstag. Professor Kruska leitete 17 Jahre lang den „Kirchendienst Ost“ der Evangelischen Kirchen in Deutschland, in dem die nach 1945 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten verbliebenen Protestanten betreut werden. Bis 1982 hatte Professor Kruska außerdem die Leitung des Berliner Büros des „Gustav-Adolf-Werks“. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Geistliche zunächst als Flüchtlingspfarrer in den Westberliner Lagern gearbeitet.

GESTORBEN

Diplom-Ingenieur **Klaus Opladen**, langjähriges Präsidiumsmitglied des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, starb mit 59 Jahren. Der Ingenieur hatte 1967 in Köln sein eigenes Büro eröffnet. Innerhalb des Bundes Deutscher Baumeister, dem er seit 1951 angehörte und in dem er seit 1963 Landesverbandsvorsitzender des größten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wurde, vertrat er auch die Interessen der Berufsgruppe beim Europäischen Komitee für Bauwirtschaft.

Notstandsmaßnahmen für Brasilia gleichen Eigentor der Regierung

Konkreter Anlaß fehlt / Zusammenhang mit der Schuldenkrise vermutet

WERNER THOMAS, Brasilia

Brasilia vermittelt den gleichen Eindruck der Leere und Langeweile wie immer. Nichts Ungewöhnliches. Keine Panzer, keine Militärpatrouillen. Nur die vier Ausfallstraßen werden von Polizisten kontrolliert. Die Leute wirken eher ratlos als nervös. Sie suchen eine Antwort auf die Frage, warum?

Warum hat die Figueiredo-Regierung Notstandsmaßnahmen über Brasiliens Hauptstadt verhängt? Es gab keinen allgemeinen verständlichen Anlaß. Selbst die prominentesten Kongreß-Vertreter der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PSD) reagierten konsterniert und appellierten an den Präsidenten, die Verordnungen wieder aufzuheben. Flavio Marcilio, der Präsident des Abgeordnetenhauses, verglich die Schritte mit einem „Kanonenschuß auf eine Fliege".

Sogar der amtierende Senatspräsident Moacir Dalla, auch ein PSD-Mann, war ungehalten. Er hatte die Regierung zwar mit der Bitte um einen Schutz vor den seiner Meinung nach belästigenden Besuchen von Lobbyistengruppen zu dieser Aktion animiert. Diese Schritte gingen ihm dann aber doch zu weit. Carlos Atila, der Sprecher des Präsidenten, erläuterte, die Maßnahmen sollten „die Ordnung in Brasilia aufrechterhalten, die durch politische Agitatoren gefährdet" gewesen sei.

Die meisten Beobachter sehen die Entwicklungen der letzten Woche im Zusammenhang mit einer Abstimmung im Kongreß und der Furcht, die – vorhersehbare – Niederlage könne die Exekutive schwächen. „Die Regierung wollte ihre Zähne zeigen", meinte ein Journalist der Zeitung „O Estado de Sao Paulo".

Zwei Stunden nachdem die Notstandsverordnungen von Carlos Atila verkündet worden waren, versammelte sich der Kongreß zur Abstimmung über das kontroverse Dekret 2045, eine der unpopulärsten Maßnahmen des Präsidenten in den letzten Jahren. Sie ging auf den Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurück, den Brasilien braucht, um seine Schuldenkrise zu lösen. Lohn- oder Gehaltserhöhungen sollten in Zukunft nur noch 80 Prozent der Inflationsrate betragen.

Das Dekret 2045 ist nach lebhaften Debatten niedergestimmt worden, Abgeordnete der Regierungspartei unterstützten die Opposition. Das Publikum auf den Rängen jubelte, applaudierte und sang triumphierend die Nationalhymne.

Die Abstimmungsniederlage war einmalig in der fast 20jährigen Ära der Militärregierung. Präsident Joao Baptista Figueiredo hatte jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits das Dekret 2064 unterzeichnet, das durch eine andere Methode die gleichen Ziele der Inflationsbekämpfung erreichen soll: die niedrigsten Einkommensschichten werden 100 Prozent Lohnausgleich erhalten, die höchsten lediglich 30 Prozent. Die an den sozialen Verhältnissen orientierte Skala scheint zumindest den Gewerkschaften zu gefallen. Die Vertreter der Mittelklasse rebellieren jedoch. Ob sich der Währungsfonds damit beeindrucken läßt, steht noch nicht fest.

Jetzt will der Kongreß auch über dieses Nachfolgedekret abstimmen. Wahrscheinlich findet sich diesmal eine zustimmende Mehrheit. Die Notstandsmaßnahmen kann das Parlament dagegen nicht revidieren. Die sind „im Interesse der nationalen Sicherheit" proklamiert worden, und da dürfen die Volksvertreter nicht mitreden. Die Verfassung gibt dem Präsidenten noch immer diktatorische Vollmachten.

Brasilien befindet sich jedoch in der Schlußphase eines geschichtlichen Abschnitts. Das ist überall zu spüren. Die Herrschaft der Militärs sollte im März 1985 zu Ende gehen. Mit großer Wahrscheinlichkeit erhält die größte Nation Lateinamerikas dann den ersten zivilen Präsidenten in 20 Jahren. Das Abgeordnetenhaus wird bereits seit den Wahlen im November 1982 von den Oppositionsparteien kontrolliert – und das schafft Spannungen.

Die Kammer will dem Präsidenten, einem General im Ruhestand, ständig ihre wachsende Bedeutung demonstrieren, während Figueiredo versucht, die Volksvertreter in die Schranken zu weisen. „Beide Seiten müssen noch die Spielregeln der Demokratie lernen", meint Luis Barbosa, ein politischer Korrespondent der Zeitung „Jornal de Brasil".

Die Notstandsmaßnahmen, auf zunächst zwei Monate begrenzt, betreffen nicht die Arbeit des Kongresses. Sie verbieten jedoch Versammlungen und gestatten den Sicherheitskräften jederzeit Hausdurchsuchungen. Brasilia steht unter Militärkontrolle. Der General Newton Cruz kommandiert. Bis auf weiteres dürfen keine Busse mehr Demonstranten in die Hauptstadt bringen.

Brasilien, das höchstverschuldete Land der Welt (zwischen 90 und 95 Milliarden Dollar) braucht einen weiteren Kredit von Privatbanken, unter ihnen deutsche Häuser, von mehr als sechs Milliarden Dollar. Zentralbankpräsident Alfonso Relso Pastore führt fieberhafte Verhandlungen. In diese Gespräche platzte nun die Nachricht von dem Ausnahmezustand, der den falschen Eindruck politischer Unruhen erweckte. (SAD)

Zwei Mitarbeiter Reagans als Geiseln genommen

dpa, Georgia

Mit einer Geiselnahme hat am Samstag in einem Golfclub in Augusta (Georgia) ein bewaffneter Mann erfolglos versucht, ein persönliches Gespräch mit US-Präsident Ronald Reagan zu erzwingen. Reagan befand sich zu der Zeit mit seiner Frau Nancy, Außenminister George Shultz und Finanzminister Donald Regan auf dem Golfgelände. Er war nach Angaben des Weißen Hauses zu keiner Zeit in Gefahr.

Der Täter, der 45jährige Charles Harris aus Augusta, ließ die acht Geiseln, unter denen sich zwei enge Mitarbeiter Präsident Reagans befanden, nach zweieinhalb Stunden unverletzt frei und stellte sich der Polizei. Er hatte nach Zeugenaussagen mit einem Kleinlastwagen ein Tor des Golfgeländes durchbrochen und in dem Clubhaus mit vorgehaltener Pistole die Geiseln genommen.

Harris, der offenbar in seinem Privatleben Schwierigkeiten hat, wollte nur persönlich mit dem Präsidenten reden. Mehrere Versuche Reagans, mit dem Geiselnehmer zu telephonieren, blieben erfolglos. Die Drohung, eine der Geiseln zu töten, wenn er nicht mit Reagan sprechen könne, machte Harris nicht wahr, nachdem ihn seine Mutter und sein Bruder zum Aufgeben aufgefordert hatten. Nach seiner Festnahme wurde er wegen „Bedrohung des Präsidenten" und Geiselnahme unter Anklage gestellt.

Demonstrationen gegen ETA-Terror

AP/dpa, Bilbao/Madrid

Etwa 75 000 Basken haben am Wochenende in Bilbao gegen den Terror der nationalistischen baskischen Separatistengruppe ETA demonstriert, die seit 1968 in ihrem Kampf für ein unabhängiges Baskenland mehr als 400 Menschen ermordet hat. An dem Protestmarsch nahmen Vertreter aller Parteien und Gewerkschaften teil mit Ausnahme der „Herri Batasuna", die sich mit der ETA identifiziert. Der Präsident der autonomen baskischen Regierung, Carlos Garaicoechea, rief die Basken auf, sich auf den Kampf „gegen die ETA und alle Arten von Gewalt" vorzubereiten.

Bereits am Freitag hatten mehrere Millionen Menschen in ganz Spanien mit Schweigemärschen gegen den Terror der Untergrundorganisation protestiert.

„Systematisch werden Afghanistans Dörfer von den Sowjets zerstört"

Britischer Reporter bereiste das Land / Widerstandskämpfer ohne moderne Waffen

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Vorkriegsflinten gegen raketenstarrende Kampfhubschrauber. Eine Handvoll musealer Bazookas gegen eine Armee hochmoderner T-72-Panzer. Der Mut der Verzweiflung gegen die tödliche Kriegsmaschine einer Supermacht. So setzen sich Afghanistans Widerstandskämpfer gegen die sowjetischen Besatzer zur Wehr.

Sechs Wochen lang reiste der britische Reporter Ross Benson mit dem Fotografen John Downing durch das Land am Hindukusch. Sie hatten sich auf dieser abenteuerlichen, oft lebensgefährlichen Reise einer Gruppe von Mudjahedin und einem freiwilligen französischen Ärzteteam angeschlossen. Ihre Erlebnisse veröffentlichten die beiden jetzt in einer aufrüttelnden Artikelserie im Londoner „Daily Express".

Moskaus strategische Erwägungen zielen nach Bensons Einschätzung nicht nur darauf ab, die Kontrolle über Afghanistan zu erlangen und somit Einfallrouten nach Iran, Pakistan und Indien zu beherrschen. „Es bedeutet für die Russen auch die Beherrschung der Wakhan-Höhen an der chinesischen Grenze – und dort stehen heute bereits ihre Raketen." Überdies habe sich der Kreml ein 250 000-Quadratmeilen-Territorium samt Mineral-, Erdgas- und Ölvorkommen um einen relativ geringen Preis aneignen können.

Doch wenn die Besatzer auch alle Schlüsselpositionen – die Hauptstadt Kabul, die wichtigeren Provinzstädte, die einzige Überlandstraße – kontrollieren und gegen die Widerstandskämpfer halten: Noch ist ihnen die Beute nicht sicher. Schätzungsweise 5000 „brüderliche Freunde" des Marionettenregimes Karmal sind bisher gefallen, und in die zahlreichen Gebirgszüge des wildzerklüfteten Landes wagen sich die sowjetischen Soldaten lieber gar nicht erst. Aber in den befestigten Garnisonsstädten und in den einst fruchtbaren, heute kriegsverwüsteten und so gut wie menschenleeren Ebenen haben die „erschreckend schlecht bewaffneten" Mudjahedin kaum eine Chance gegen die hochtechnisierte „russische Dampfwalze".

Wie ungleich die Kräfte verteilt sind, erlebten Benson und Downing bei einer Störattacke auf die Provinzstadt Ghazni. Dort liegt eine Garnison von 11 000 Sowjetsoldaten, die über Artillerieunterstützung, 20 Panzerwagen und Kampfhubschrauber verfügt. Mudjahedin-Führer Mustafa Wardak konnte gegen diese Streitmacht nur 25 Mann, zu allem entschlossene Freiheitskämpfer, aufbieten.

Dieser Handvoll Afghanen gelang es, den Gegner trotz dessen erdrükkender Übermacht einen ganzen Tag lang im Atem zu halten – ohne eigene Verluste. Als die Russen einen Gegenstoß ansetzten, beobachtete Benson: „Die gleiche Taktik wie immer. Nur selten setzen die Sowjets Infanterie ein. Aber wenn sie es tun, dann schicken sie als erste Welle stets afghanische Regierungstruppen los. Diese haben zwar eine Desertationsrate von 50 Prozent, sind unmotiviert und erbärmliche Kämpfer. Doch sie ziehen erst einmal das Feuer auf sich und sind für die Russen eine willkommene Deckung."

Eine „wichtige" Waffe Moskaus im nun schon fast vier Jahre währenden Kampf gegen die Mudjahedin ist die Angst, die sie den Afghanen bringen. Jeden Angriff, jeden Hinterhalt oder Überfall auf einen Militärkonvoi beantworten sie mit einem ungleich härteren Vergeltungsschlag: „Das hat schon Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende Afghanen das Leben gekostet."

Der „Express"-Reporter: „In einem Straßengraben sahen wir sechs ausgebrannte russische Panzer. An derselben Straße lagen einst mehrere Dörfer. Sie alle wurden aus der Luft angegriffen, niedergebrannt, zusammengebombt. Dort lebt heute keiner mehr."

Für das Vorgehen der Invasoren gebe es nur ein Vorbild – „Dschinghis-Khan, dessen Horden alles niedermachten, was ihnen im Weg stand. In Afghanistan geht diese Art Schlächterei nun weiter: Systematisch, eiskalt geplant und mit rücksichtsloser, erbarmungsloser Effizienz ausgeführt. Es ist, mit einem Wort, Völkermord." Die Luft über den einstmals vielbevölkerten Ebenen sei „voll von Helikoptern", die mit Raketen und Bordkanonen auf alles feuern, was sich bewegt – „und es ist so gut wie sicher, daß auch Giftgas eingesetzt wird".

Es ist nach Bensons Erkenntnis „ein einfaches Ziel, das die Sowjets damit erreichen wollen: auch die letzten zu vertreiben, die noch so mutig – oder so unklug – sind, an ihrer angestammten Heimstatt festzuhalten. Denn wenn man auch den letzten Einwohner vom flachen Land verjagt, dann finden die Mudjahedin dort keinen Unterschlupf, keine Nahrung, keine Unterstützung mehr. Es ist eine Politik, die See auszutrocknen, um die Fischer zu erledigen. Und diese Politik funktioniert. Über drei Millionen Menschen – ein Fünftel der Gesamtbevölkerung – ist bereits über die Grenze nach Pakistan geflüchtet."

Dennoch sind örtliche Mudjahedin-Führer wie Mustafa Wardak nach wie vor überzeugt: „Wenn wir die richtigen Waffen hätten, könnten wir gewinnen!" Gebraucht werden vor allem Boden-Luft-Raketen, Granatwerfer. (SAD)

Einig, wenn es um Nuklearpolitik geht

Aber EG-Differenzen zwischen Frau Thatcher und Mitterrand bleiben

FRITZ WIRTH, London

Es geschieht nicht häufig, daß ein ausländischer Staatsmann auf britischem Boden versucht, das gußeiserne Image Frau Thatchers zu überbieten. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand tat es am Wochenende in den anglo-französischen Gesprächen mit zielstrebigem und deklamatorischem Eifer zumindest bei jenem Thema, das beide Regierungen über alle anderen bilateralen Schwierigkeiten hinweg vereint: ihrer Rolle als unabhängiger Nuklearmacht. Mitterrand klang in seinen Äußerungen zu dieser Sache noch schärfer und kompromißloser, als man es in den letzten Wochen von Frau Thatcher vernahm.

„Es ist wichtig", sagte Mitterrand in der abschließenden Pressekonferenz, „daß Mr. Andropow begreift, daß Frankreich niemals akzeptieren wird, daß seine Nuklearstreitkräfte in die Genfer Rechnungen mit einbezogen werden." Das würde Frankreich in die unannehmbare Situation bringen, sowohl die USA als auch die Sowjetunion um Erlaubnis bitten zu müssen, seine eigenen Nuklearstreitkräfte zu modernisieren. Beide Regierungschefs machten es im Laufe der Pressekonferenz wiederholt klar, daß sie nicht die Absicht haben, ihre Rolle als unabhängige Nuklearmacht aufzugeben.

In allen anderen Fragen dieser zweitägigen Begegnung blieben, wie erwartet, beträchtliche Differenzen bestehen, so daß man sich am Ende nur darauf einigen konnte, den Gesprächen das Prädikat „nützlich" zu geben. Man versprach zwar, daß man versuchen wolle, die bestehenden Differenzen vor allem in der Frage der EG-Finanzierung und der Agrarreform noch vor dem EG-Gipfeltreffen in Athen im Dezember zu verringern, doch außer dem verheißenen Goodwill wurden keine realen Ansatzpunkte zu überbrückenden Kompromissen sichtbar.

Mitterrand empfing anschließend den neuen Labour-Parteichef Neil Kinnock zu einem ersten Gespräch, doch ironischerweise waren die Differenzen zwischen beiden Sozialisten wesentlich tiefer und grundsätzlicher als zwischen Mitterrand und Frau Thatcher. Kinnock ist der Ansicht, daß das britische und französische Nuklearpotential mit in die Genfer Verhandlungen eingebracht werden soll. Er ist im Gegensatz zu Mitterrand außerdem gegen die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen und Marschflugkörper auf europäischem Boden.

In der Europafrage hat sich Kinnock zwar inzwischen von der bisherigen Forderung seiner Partei distanziert, daß Großbritannien die EG verlassen solle. Er plädiert statt dessen jedoch für eine so radikale EG-Reform, die ihn automatisch in einen schweren Konflikt mit der französischen Regierung bringen muß.

Eine Meinungsumfrage des Instituts „Marplan" hat inzwischen ergeben, daß sich Kinnock und die Labour Party mit ihrem Verteidigungskonzept in zunehmendem Maße vom britischen Bürger entfernen. So teilen heute nur noch 16 Prozent der britischen Wähler die Ansicht Labours, daß Großbritannien unilateral nuklear abrüsten solle. Im Januar dieses Jahres waren es noch 21 Prozent. Die Meinungsumfrage ergab außerdem, daß dieser nukleare Unilateralismus selbst unter den Labourwählern unpopulär ist.

Jacques Chirac will Opposition einigen

AFP, Paris

Der Vorsitzende der neogaullistischen Oppositionspartei RPR und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, hat sich für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konzepts aller französischen Oppositionsparteien ausgesprochen. Vor dem zweiten Nationalkongreß der „Demokratischen Partei Frankreichs" (PDF) erklärte er, ein solches Projekt müsse den Franzosen zeigen, daß die Opposition nach einem demokratischen Wechsel in der Lage sei, „im Interesse aller zu regieren". Niemals bisher habe es einen Staatschef gegeben, der nach zweieinhalb Jahren an der Macht in der Gunst der Bürger so tief gestanden habe wie Präsident Mitterrand.

Schmidt würdigt McNamaras Konzept

„Flexible Response" gilt noch immer / Dag-Hammarskjöld-Medaille für den Ex-Minister

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Einen Tag nach dem strikten Nein von SPD-Chef Willy Brandt zu neuen US-Raketen bekräftigte gestern sein Stellvertreter, Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, bei einer Feierstunde zu Ehren des früheren Weltbank-Präsidenten und US-Verteidigungsministers Robert McNamara in Berlin die abschreckende Funktion von Atomwaffen gegenüber der UdSSR.

McNamara erhielt die „Dag-Hammarskjöld-Medaille" 1983 der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Schmidt, der die Laudatio hielt, sagte, es sei „keine Frage der Ideologie oder der Schwärmerei", über dieses Problem nachzudenken, sondern die Konsequenz „peinigender rationaler Anstrengungen".

Im verteidigungspolitischen Teil seiner Rede wies Schmidt auf McNamaras Verdienste um die Konzeption der „Flexible Response" hin, die auf McNamara zurückginge. „Diese Doktrin gilt auch in der verhärteten Ost-West-Auseinandersetzung noch immer: Sicherheit vor dem möglichen Gegner, aber auch das Angebot zur Zusammenarbeit mit ihm. Dagegen muß sich die Militärstrategie den Umständen entsprechend wandeln."

In drei Punkten gab Schmidt die heutige verteidigungspolitische Haltung von McNamara wörtlich wieder und teilte sie:

- „So, wie die Militärstrategie der ‚Flexible Response' heute aussieht und nicht, wie ich (McNamara) sie 1962 vorgeschlagen habe, birgt sie das hohe Risiko und die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die NATO zu einem frühen Zeitpunkt als erste Atomwaffen einsetzt, um damit einen konventionellen Angriff des Warschauer Pakts zu beantworten.
- McNamara ist kürzlich in einem Interview gefragt worden: ‚Haben Atomwaffen denn keinen Nutzen mehr?' Seine Antwort lautete: ‚Außer der, die Sowjetunion davon abzuschrecken, als erste Atomwaffen einzusetzen.' Da gebe ich ihm recht.
- Auf jeden Fall wird es immer weniger glaubwürdig, daß die NATO als erste Atomwaffen einsetzt, und seien es auch nur taktische. Aber Moskau muß sich auch in Zukunft über die NATO-Reaktion in Unsicherheit befinden. Ein Rest von Abschreckung muß mit den Atomwaffen verbunden sein."

Schmidt sagte zusammenfassend, die Konsequenzen aus McNamaras Denkanstößen „werden die verbündeten Regierungen tatsächlich im Laufe der achtziger Jahre ziehen". Der Ex-Kanzler bezeichnete den Gast als einen „amerikanischen Patrioten, der sich zu wehren weiß. Ein Patriot, der sein Land und die Freunde seines Landes wehrhaft sehen will."

McNamara selbst ging in seiner Dankesrede nicht auf diesen Fragenkomplex ein, sondern machte Ausführungen zur weltweiten Entwicklungspolitik. In einer Pressekonferenz zuvor hatte er hingegen sehr differenziert zu diesem Problem Stellung genommen. Zwar sei die Stationierung neuer US-Raketen „militärisch nicht notwendig", wohl aber politisch. „Wenn sich die Regierungen der Allianz einig sind, dann ist die Stationierung eine politische Notwendigkeit und im Sinne der Einigkeit der Allianz notwendig." Er hoffe, daß nach erfolgter Stationierung die Verhandlungen mit Moskau „tatsächlich" beginnen könnten und zu einem „Gleichgewicht der Kräfte auf einem möglichst niedrigen Niveau" führten.

Fernsehfilm nach einer Erzählung von H. Slesar

Von der großen Lust auf das Makabre

Will man seine Geschichten, Theaterstücke und Romane auf einen gemeinsamen Nenner bringen, ein verbindendes Merkmal an ihnen entdecken, so ist das sicherlich der Hang zum Makabren, zum schwarzen Humor, der gut und gerne mit dem Entsetzen seine Scherze treibt. Einige seiner Kritiker haben den heute 56jährigen Henry Slesar, Amerikaner mit tschechischen Ahnen, eine amerikanische Variante von Roald Dahl genannt. Doch Slesar fühlt sich eher mit seinem Landsmann Edgar Allen Poe geistig verwandt als mit dem Briten norwegischer Abstammung, wobei beide Autoren durchaus gelegentlich einen ähnlichen Stil voll von bösem Gelächter pflegen.

Hinter der Tür – ZDF, 21.20 Uhr

Slesars Werke, egal ob Erzählungen oder Romane, sind immer für eine Überraschung gut. Sie führen den Leser ständig an der Nase herum. Wer also bereits nach wenigen Seiten zu wissen meint, wer der Übeltäter der Geschichte sei, wird spätestens zwei Seiten darauf eines Besseren belehrt, ändert einige Absätze weiter erneut seine Meinung und streckt dann schließlich die Waffen. Ähnlich ergeht es dem Zuschauer der vielen Fernsehfilme, die auf Erzählungen und Romanen Slesars basieren. Nichts ist, wie es scheint, und alles ist dann wieder ganz anders.

So liegt auch der Fall bei der jüngsten Fernsehaufbereitung eines Slesar-Romans. „Hinter der Tür" heißt dieser Psychothriller, der voll von Schrecken und Grusel steckt, aber dem auch nicht jene bittere Ironie fehlt, die typisch für Slesars Werke ist. Im Mittelpunkt der Geschichte steht eine junge Frau, die als kleines Kind einen furchtbaren Schock erlitten hat. Am Todestag ihrer Mutter erlebt sie etwas so Entsetzliches, daß ihre Erinnerung sich sträubt, dieses Ereignis zu speichern. Viele Jahre lang verdrängt das Mädchen jenes schreckliche Etwas, bis auf einmal jede Nacht Alpträume ihren Schlaf zu stören beginnen. Aus den Alpträumen wird Wirklichkeit, und plötzlich taucht aus den Tiefen des Vergessens die Erinnerung an jenen furchtbaren Tag vor 18 Jahren wieder. Ein Psychiater und ein Detektiv, die der jungen Frau helfen wollen, wissen, daß sie nur dann eine Chance hat, den Alptraum zu überleben, wenn sie sich noch einmal dem Gespenst ihrer Vergangenheit stellt.

Der Regisseur Wolf Gremm, bekannt geworden durch Filme wie „Fabian" und „Kamikaze 1989", hat diesen schwierigen Stoff voller Fallstricke und Tricks verfilmt. Gremm, ein Verehrer Slesars, sagt über diese Geschichte einer jungen Frau, die von dem, was sie fürchtet, zugleich auch fasziniert ist: „Der größte vorstellbare Thrill-Effekt ist der Verlust der Identität. Jeder Psychothriller gibt einen Einblick in die Abgründe des menschlichen Verhaltens, ist eine Begegnung des Helden mit dem Bösen."

Gremm hält sich in seiner Verfilmung recht getreu an die Vorlage. Den Ort der Handlung allerdings verlegte er nach Deutschland. Wer oder was aber genau dieses Böse in „Hinter der Tür" ist, wird dem Zuschauer erst kurz vor Filmschluß verraten. Wär's anders, wär's kein Slesar.

M. VON SCHWARZKOPF



Führt seine Leser ständig an der Nase herum: Der amerikanische Schriftsteller Henry Slesar FOTO: DIE WELT

KRITIK

Flower-Power aus jüngster Zeit

Das ZDF brauchte diesmal mit Olav Buhl, Ruprecht Eser, Ingolf Falkenstein, Renate Juszig und Manfred Teubner gleich ein Autorenquintett, um **Friedlich für den Frieden. Anatomie eines Protestes** (ZDF) zu protokollieren. Die Sendung – am Vorabend der Bonner Hofgarten-Kundgebung – bemühte sich um Ausgewogenheit und suchte das ganze Spektrum der Nachrüstungsgegner einzufangen.

Da sah man CDU-Nonkonformisten aus Warendorf, Tübingen und Bielefeld neben kirchlichen Organisationen, Grünen und Sozialdemokraten. Auch der DKP-Einfluß wurde deutlich. Als „integralen Bestandteil der Friedensbewegung" bezeichnete DKP-Vorsitzender Herbert Mies seine Partei. Eine dominierende Rolle wies er ausdrücklich von sich. Nun, da hätte es wohl ein listiges Hinterfragen geben sollen, ob die DKP nicht doch – als eine Partei mit starker organisatorischer Erfahrung – den diffusen, organisatorisch unerfahrenen Gruppen aus den Kirchen und der Ökologie-Bewegung häufig genug Organisationshilfe leistete.

Von „Innerlichkeit statt Straßenkampf" sprachen die Mainzelmänner und versuchten so, die Demonstranten deutlich vom 68er Protest zu unterscheiden. Doch eine Flower-Power-Strategie gab es damals auch schon, und die heutige Blockierung von Kasernen, Ministerien und Betrieben ist den früheren Sit-ins nicht ganz unähnlich.

GISELHER SCHMIDT

Privatfehde gegen Mitterrand

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal des angelsächsischen Krimis vom „kontinentalen" Krimi ist, daß dort der Privatdetektiv eine weit größere Rolle spielt. In Deutschland hingegen hat er nie populär werden können. Hier zieht man den Kommissar, als Repräsentant der Gerechtigkeit schaffenden staatlichen Gewalt, deutlich vor.

Es scheint eine Ausnahme zu geben: Die beliebte Serie **Ein Fall für zwei** (ZDF). Sieht man genauer hin, so ist der Privatdetektiv Josef Matula (Claus Theo Gärtner) weder ein exzentrischer Dandy wie Lord Peter noch ein vor Trug und Totschlag nicht zurückschreckender Wolf wie Shaft. Der unbändige Unabhängigkeitssinn, der ja den Privatdetektiv auszeichnen soll, ist bei Matula auf ein paar milde Lausbübereien zusammengeschrumpft. Zudem hat er ja in dem Rechtsanwalt Dr. Renz (Günter Strack) einen soliden, grundehrlichen Partner, der beinahe Landrat sein könnte.

Der neueste Film dieser Reihe, „Strich durch die Rechnung", ist allerdings etwas unter dem gewohnten Niveau geraten. Lag es an der allzu geschraubten Story von dem französischen Unternehmer, der Mitterrands Devisen-Ausfuhrverbot mit einer vorgetäuschten Entführung der eigenen Frau umgehen will? Viel machte wohl aus, daß als dessen Darsteller Harald Leipnitz sich des Französischen wenig kundig erwies, so daß sogar der welsche Akzent im Deutschen unglaubhaft wirkte. Dem so vorzüglichen Schauspieler war sichtlich nicht wohl in dieser Haut.

ANTON MADLER

Götter mit Jobs und Geldscheinen

Wenn alles doch so einfach wäre! Ein gewissenloser Verbrecher erklärt sich bereit, nicht mehr mit Rauschgift zu dealen; zwei mehr oder weniger schwere Jungs arbeiten in einem Zentrum für schwer vermittelbare Jugendliche, und eine junge Lehrerin hat auf einmal keine Probleme mehr mit ihren Zöglingen.

Ein bißchen viel hat Sidney Poitier da in seinen Film **Ausgetrickst** (ZDF) hineingepackt: Sozialkritisches, Generations-Konfliktreiches, Liebelei und, ja, auch eine Prise dünnen Humor. Dieses „All-black-movie" – nur der Rauschgiftdealer war Weißer! – wirkte zu glatt, zu gefällig: es strahlte die antiseptische Sauberkeit einer faden US-Serie aus. Zu reibungslos funktionierte die „Integration" der schwarzen Jugendlichen in die „Gesellschaft", in deren, auch nicht gerade realitätsnah, praktisch bloß Farbige gab. Kam die lähmende Arbeitslosigkeit zu Sprache, rutschte der Film ins Klischeehafte, wenn nicht ins Sentimental-Weinerliche ab.

Allzu viele Themen wurden abgehakt, ohne daß es zu einem befriedigenden Schlußakkord kam. Und Sidney Poitier, der auch Regie führte, und Bill Crosby waren die Götter aus der gutgeölten Maschine, die mit Geld und Jobs nur so um sich warfen.

Wer war nun wirklich ausgetrickst bei dieser hochglanzpolierten Seichtheit? Die Gangster, die Jugendlichen? Nein, die Zuschauer!

RAINER NOLDEN







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Der smarte René mit der harten Faust
10.50 Jutta Speidel

11.50 Tagebuch (ev.)
12.10 Bilder aus Amerika
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ich wollt ich wär . . .
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Rote Erde
2. Kampf ums Überleben
21.15 Panama – Der Kanal durch den Dschungel
Reportage von Jochen Waldmann
Panama feiert im November den 80. Jahrestag seiner Unabhängigkeit, und im gleichen Monat sind die ersten Verträge über den Panamakanal ebenfalls 80 Jahre alt. Aus diesem Anlaß hat das Lateinamerika-Büro der ARD eine Reportage produziert, in der die Bedeutung des Kanals für die internationale Schiffahrt gezeigt wird.
21.45 Rund um Big Ben
Britische Notizen
Von Wolf von Lojewski
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die rote Wüste
Italien.-franz. Spielfilm, 1963
Die junge Frau eines italienischen Ingenieurs leidet nach einem Autounfall unter Depressionen. Sie sucht Halt bei einem Studienfreund ihres Mannes und wird seine Geliebte, löst sich dann aber wieder von ihm, um allein mit ihren Ängsten fertig zu werden. Monica Vitti und Richard Harris spielen die Hauptrollen in Michelangelo Antonionis preisgekröntem Film aus dem Jahre 1963, berühmt geworden vor allem durch seine Farbverfremdung als Ausdruck psychischer Verstörungen und menschlicher Existenzgefährdung in einer lebensfeindlichen Industrielandschaft.
0.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mathematik und Experiment
6. Wahrscheinlichkeit und Exaktheit
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Heiter bis wolkig
Familiengeschichte
4. Der Schulschwänzer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Isabell Varell
17.50 Die Straßen von San Francisco
Ein teures Stückchen Papier
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ronnys Pop-Show
Mit Madness, Culture Club, Spandau Ballet, Paul Young, Bananarama, Herbie Hancock, David Bowie, The Rolling Stones u. a.
20.15 Aus Forschung und Technik
3. Raumfahrt auf sowjetisch
Die Sendung geht u. a. auf die angeblichen Unfälle ein, die in der Sowjetunion mit der Trägerrakete und dem Raumschiff Saljut 7 passiert sein sollen. Aus diesem Anlaß zeigt das ZDF auch Bilder mit den Kosmonauten W. Ljachow und A. Alexandrow aus der Raumstation Saljut 7, die vor vier Tagen aus dem Weltall auf die Erde gelangten.
21.00 heute-journal
21.20 Hinter der Tür
Fernsehspiel von Wolf Gremm nach dem Psychokrimi von Henry Slesar
Mit Rita Kail und Heike Mücher u. a.
23.05 Filmforum
Aber vergessen, das kann ich nicht
Ein jüdischer Kulturkritiker erinnert sich
Von und mit Albert Klein
0.05 heute



Wegen ihrer Alpträume sucht Pia (Rita Kail) einen Psychiater (Harry Baer) auf. (Hinter der Tür – ZDF, 21.20 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Chemie (5)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich . . .
Dr. med Josef Issels
21.45 Abschied der alten Garde
Eine Gewerkschafts-Ära geht zu Ende
22.15 [illegible]
Franz.-italien. Fernsehfilm
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mensch, ärger dich doch! (6)
19.00 [illegible] (6)
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.30 Stolz und Vorurteil (1)
Fernsehfilm in fünf Teilen
22.25 Der Wanderer und sein Schatten
Von Jan Franksen
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten mit Bills Klamottenkiste
19.00 Arbeit – Beispiele für ihre Humanisierung (6)
19.30 Elternstammtisch
Körperbehinderungen
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
21.00 Drei aktuell
21.15 Task Force Police (6)
22.05 Kultur international
22.30 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (5)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
Die Schlammschlacht
20.30 Menschen unter uns
Der mühevolle Weg zur Ewigkeit
Film über Mennoniten in Kanada
21.15 Opas Weltraum-Utopien
Der schwarze Saphir von Kalu
21.35 Die Geschichte der Camorra in Neapel
22.30 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.15 Zappenduster?
18.45 Rundschau
19.00 Die drei Dummköpfe
19.10 Die Marx-Brothers in der Oper
Amerik. Spielfilm, 1935
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Alfred Nobel
Der Mann, der sich ein Denkmal schuf
22.45 Blumen des Bösen
Amerik. Kriminalfilm
23.45 Rundschau

Heute früh wurde mein lieber Mann, mein Vater

Franz Baarz

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes

von seinem schweren Leiden erlöst. Ein arbeitsreiches und erfülltes Leben in Liebe, Güte und Fürsorge ist vollendet.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit
Käthe Baarz geb. Franz
Peter Baarz

2 Hamburg 56, den 18. Oktober 1983
Uteweg 4

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 28. Oktober 1983, um 13 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofes in Sülldorf.
Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreis.

Wir trauern um Herrn

Franz Baarz

* 6. 1. 1915 † 18. 10. 1983

der in über 50jähriger Tätigkeit für unser Haus mit großer Treue und einem beispielhaften Einsatz wirkte.

Er half den Wiederaufbau des Unternehmens nach dem Kriege zu ermöglichen und war als Mitglied der Geschäftsleitung an den Entscheidungen unserer Firma maßgeblich beteiligt.

Wir werden ihn als einen Mann mit lebenslanger Treue zu unserem Hause, voll Energie und Schaffenskraft und mit großen Verdiensten für die Entwicklung unserer Firma wie auch als bedeutende Persönlichkeit in Erinnerung behalten.

Gesellschafter und Mitarbeiter
der
Carl Kühne KG
in Hamburg

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 28. Oktober 1983, 13 Uhr, auf dem Friedhof Blankenese, Hamburg 55, Sülldorfer Kirchenweg 153. Beisetzung anschließend im engsten Familienkreis.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 30 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM [illegible] einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. [illegible]

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Jensen

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

SKANDALE

Perser: Erst Sitzstreik, dann Ausschluß

dpa/sid, Kopenhagen/Moskau/Rom

Skandale kennzeichneten drei große internationale Sportveranstaltungen am Wochenende. Bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften in Kopenhagen wurden die Verbände von Taiwan und aus Iran von der Teilnahme ausgeschlossen. In Moskau begannen die 37. Welt- und 42. Europameisterschaften der Gewichtheber mit der zweijährigen Sperre von elf Athleten, die des verbotenen Dopingmißbrauchs überführt worden waren. Beim Weltcup der Amateurboxer in Rom mußte die Polizei den sowjetischen Europameister Valeri Laptew vor den aufgebrachten italienischen Zuschauern schützen, weil die glaubten, Laptew habe zu Unrecht gegen ihren Landsmann Romolo Casamonica gewonnen.

Nach einem Flaggenstreit wurde die Mannschaft von Taiwan bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften in Kopenhagen ausgeschlossen. Die Goldmedaillengewinnerin Chen Chunfeng hatte zur Siegerehrung die auf Taiwan übliche Flagge mitgebracht. Ein Funktionär entfernte die Fahne diskret, aber die Siegerin erhielt aus den Reihen ihrer Mannschaft umgehend eine andere.

Als der Perser Malekazadeh dem Spanier Javier regelwidrig ins Gesicht geschlagen und deshalb das Halbfinale verpaßt hatte, versammelten sich die persischen Mannschaftsmitglieder bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften in Kopenhagen spontan zu einem Sitzstreik auf der Wettkampffläche. Persische Fans stimmten auf der Tribüne die Rufe „Ayatollah Khomeini" und „Islam, Islam" an. Anschließend demolierten sie gemeinsam mit den persischen Taekwondo-Kämpfern eine Toilette in den Umkleideräumen. Schon am Freitag hatten die Perser auf der Wettkampffläche einen Sitzstreik organisiert. Nun wurden sie von den Weltmeisterschaften ausgeschlossen.

Zwei Siege gab es übrigens für das deutsche Team: Claudia Vieg (Dachau) gewann in der Klasse bis 44 kg, Petra Urban (Pfronten) in der bis 67 kg. Bei den Herren gab es Silber für Europameister Thomas Fabula aus Bonn (bis 60 kg).

Bei den Europa- und Weltmeisterschaften der Gewichtheber in Moskau wurden elf Athleten wegen Dopingmißbrauchs für zwei Jahre gesperrt. Es handelt sich dabei um Athleten, die während der Panamerikanischen Spiele Anfang September in Caracas aufgefallen waren. Sie kommen aus Kuba, Kanada, USA, Chile, Venezuela, Nicaragua, Puerto Rico, Kolumbien und Argentinien. Gleichzeitig erweiterte der internationale Verband seine Dopingliste um die leistungstimulierenden Mittel Koffein und Testosteron.

Zum Auftakt der Titelkämpfe war der bulgarische Fliegengewichtler Neno Terziski der überragende Athlet. Terziski stellte in der Klasse bis 52 kg im Reißen, Stoßen und Olympischen Zweikampf Weltrekorde auf. Im Reißen mit 115 kg, im Stoßen mit 150 kg und im Zweikampf mit 265 kg.

Mit Krawallen und Zuschauerausschreitungen endete das Weltcup-Turnier der Amateurboxer in Rom. Die meisten der 3000 Zuschauer hatten im Mittelgewichtsfinale ihren Landsmann Romolo Casamonica, einen unsauber schlagenden Kämpfer aus der Nähe von Rom, wegen seiner wilden Attacken als Sieger gesehen. Das Punktgericht entschied sich jedoch für den sowjetischen Europameister Valeri Laptew. Nach dem Kampf flogen Flaschen und andere Gegenstände in den Ring. Die Polizei mußte einen Fan aus dem Ring holen und den Turniersieger Laptew nach der Siegerehrung beim Abgang in die Kabine schützen.

Nordamerika sicherte sich zum zweitenmal nach 1981 in Montreal – 1979 hatten in New York die USA gewonnen – den Pokal. Diesmal gab es für Nordamerika vier kubanische Klassensiege durch Reyes (Fliegengewicht), Sollet (Feder), Guire (Leicht) und Duvergel (Halbwelter). Die USA-Boxer in dieser Staffel enttäuschten. Europa I wurde Zweiter vor Italien und Asien I.

HANDBALL / Gutes Abschneiden beim Turnier in Dänemark, aber wieder Ärger um Freigabe von Wunderlich

Ungarn erwägt Verzicht: Durch die Hintertür käme das Nationalteam zur Olympia-Teilnahme

sid/dpa, Randers

Der deutschen Handball-Nationalmannschaft winkt möglicherweise durch die Hintertür die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles. Ungarn, dessen Mannschaft vor acht Monaten bei der B-Weltmeisterschacft in Holland durch ein Tor von Jozef Kenyeres (12:12) den Deutschen buchstäblich in letzter Sekunde die Olympiafahrkarte wegschnappte, erwägt den Verzicht auf das olympische Turnier.

Obwohl der ungarische Verbandspräsident Istvan Madarasz diese Nachricht dementiert, liegen der Internationalen Handball-Federation (IHF) eindeutige Hinweise darauf vor. Die ungarischen Handballspieler sollen nämlich ihre bereits erkämpfte Olympia-Qualifikation noch einmal vor dem eigenen Sportverband nachweisen. Für sie ist jetzt der Sieg beim internationalen Turnier Ende November in Pecs das Maß aller Dinge. Die finanziell bedingte Alternative in Ungarn heißt nämlich: Entweder fahren die Handballspieler oder die eher medaillenverdächtigen Wasserballspieler 1984 nach Los Angeles.

Der Deutsche Handball-Bund wäre als Siebenter der A-Weltmeisterschaft und als Dritter der B-WM Ersatzmannschaft Nummer eins für die Olympischen Spiele. Das hat die Internationale Handball-Federation dem Deutschen Handball-Bund (DHB) offiziell mitgeteilt. Verbandsgeschäftsführer Frank Birkefeld sagte beim Vierländerturnier in Dänemark: „Uns ist von mehreren Seiten zugetragen worden, daß die Ungarn den Rückzug planen. Auch wenn die Sache noch nicht spruchreif ist, so ist es doch natürlich, daß wir uns auf die Möglichkeit einstellen."

Vor diesem Hintergrund bekommt die Teilnahme der deutschen Mannschaft am Vierländerturnier in Dänemark schon fast den Charakter einer ersten Olympiavorbereitung. 19 Stunden nach dem 18:17 über Vize-Weltmeister Jugoslawien erkämpfte die neuformierte deutsche Handball-Nationalmannschaft gegen die gastgebenden Dänen ein 12:12 (6:4). Das Ergebnis des Spiels gegen die CSSR lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Der Einsatz von Erhard Wunderlich – der jetzt beim FC Barcelona spielt – erwies sich für die deutsche Nationalmannschaft beim knappen Sieg über Jugoslawien als Flop. Im Freigabe-Gerangel um den früheren Gummersbacher Nationalspieler kündigt sich nun ein weiterer Akt an. Für den Supercup vom 1. bis 6. November mit allen Weltmeistern und Olympiasiegern in der Bundesrepublik Deutschland hat der FC Barcelona Wunderlich wieder nur eine befristete Freigabe erteilt. Nur bis zum 4. November will Barcelona Wunderlich freistellen, weil er am 6. November ein Punktspiel gegen Cajamadrid bestreiten soll. Bundestrainer Simon Schobel muß also ausgerechnet am 5. und 6. November während der Finalspiele in der Dortmunder Westfalen-Halle auf den Kapitän der deutschen Nationalmannschaft verzichten.

Wunderlich erklärte in Dänemark dazu: „Ich will und werde beim Supercup mein 100. Länderspiel in Dortmund absolvieren. Daran werden mich auch die Herren in Barcelona nicht hindern." Weiter sagte Wunderlich vor seinem Rückflug nach Spanien: „Ich will nun das leidige Freigabeproblem selbst in die Hand nehmen. Ich will auf die Nationalmannschaft nicht verzichten."

Ob Wunderlich in die Bundesrepublik zurückkehrt? Offenbar denkt er bei einem Scheitern in Barcelona bereits daran, schließlich bereitet Wunderlich in Nürnberg die Wiedereröffnung seiner Werbeagentur (siehe auch Interview im Kasten) vor.

Im Falle Supercup begibt sich der Deutsche Handball-Bund derweil in Wartestellung. Obwohl sich die Führungsspitze einen harten Kurs vorbehalten hat, ist die Möglichkeit einer gütlichen Einigung nicht ausgeschlossen. Denn nach dem Supercup, so erklärte Geschäftsführer Frank Birkefeld, werde Wunderlich für alle Maßnahmen bis Juli 1984 zur Verfügung stehen.

Aber so schlecht scheint es um den deutschen Nachwuchs gar nicht bestellt zu sein. Im ersten Spiel imponierte der Debütant Jochen Fraatz (Tusem Essen) mit fünf Treffern. Gegen die Dänen waren zwei Kieler die besten Spieler, die auch noch nicht zur Stammannschaft zählten: Uwe Schwenker und Dirk Sommerfeld erzielten jeweils drei Treffer.

„Streit auf meinem Rücken"

Hat Erhard Wunderlich den Wechsel nach Spanien noch nicht verdaut? Nur zwei Tore, viele Fehler und eine Disqualifikation bedeuten einen unrühmlichen Abgang in seinem ersten Länderspiel als Mitglied des FC Barcelona.

Frage: Haben Sie Ihren Wechsel nach Barcelona bereut?

Wunderlich: Bereut habe ich nichts. Aber kaum hatte ich nach der Freigabe im August ein wenig Ruhe, fing der Ärger zwischen den Funktionären schon wieder an, der ohne mein Verschulden auf meinem Rücken ausgetragen wird. Wenn ich wirklich gesperrt werden sollte, gibt es für mich nur eine Konsequenz: Geld bedeutet mir, wie ich schon immer gesagt habe, nicht alles. Meine berufliche Karriere ist mir wichtiger.

Frage: Bedeutet dies, daß Sie möglicherweise in Barcelona kündigen und nach Deutschland zurückkehren werden?

Wunderlich: Ich bin weder ein Leibeigener, noch vertraglich an irgendeine Person gebunden. Ich habe mir immer meinen Rücken freigehalten und könnte zwar nicht sofort, bestimmt aber in einem Jahr wieder in Deutschland sein.

Frage: Würden Sie wieder in der Bundesliga spielen?

Wunderlich: Ich eröffne am 1. Januar 1984 mit meiner Freundin Sabine Wollweck in Nürnberg wieder meine Werbeagentur, die ich in Gummersbach geschlossen hatte. Ich könnte mir vorstellen, daß sich zum Beispiel Vereine im Kampf gegen den Abstieg wie im Kampf um die Meisterschaft nach mir die Finger lecken würden.

Frage: Wie wichtig ist Ihnen die Karriere in der Nationalmannschaft? Haben Sie den Wechsel vom Torjäger zum Regisseur in Barcelona wie auch in der DHB-Auswahl noch nicht verkraftet?

Wunderlich: Sicher habe ich viele Fehler beim ersten Spiel gemacht, aber ich brauche eben Zeit, um mich in die Mannschaft zu integrieren, die in dieser Zusammenstellung mit den Junioren und den Routiniers eine große Zukunft hat. Die Klüngelwirtschaft mit den Gummersbachern und Großwallstädtern ist beendet. Wir sind wieder ein Team.

OLYMPIA / Doch kein Boykott der UdSSR?

Start nicht sicher, aber schon Karten bestellt

sid/UPI, Los Angeles

Obwohl die Sowjetunion noch nicht offiziell die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles bestätigt hat, bestellte sie bei den Olympia-Organisatoren in den USA Zuschauerkarten. Das bestätigte Peter Ueberroth, der Präsident des Organisations-Komitees in Los Angeles. Die genaue Anzahl und das Datum der Bestellung wurden nicht bekannt. Die Anforderung der Tickets wird als erster Hinweis auf eine Teilnahme der UdSSR in Los Angeles gewertet. Zuletzt hatte die sowjetische Sportführung einige vorolympische Wettbewerbe boykottiert. Sie reagierte damit auf Sanktionen der USA, die der Abschuß eines südkoreanischen Passagier-Flugzeuges durch sowjetische Abfangjäger nach sich gezogen hatte.

Eine Absage an Los Angeles hatte man zudem als Retourkutsche für den Boykott der USA bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau für möglich gehalten.

Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), zeigte sich im Hinblick auf einen Start der UdSSR optimistisch. „Die Sowjetunion hat zugesichert, einen Sport-Boykott nicht als politische Waffe zu gebrauchen", erklärte der Spanier auf einer Konferenz in Genua.

In Genua erklärte Samaranch, auch die mögliche Teilnahme von Profi-Fußballspielern am Olympischen Turnier in Los Angeles bleibe ein umstrittener Punkt. Samaranch berief sich auf ein Abkommen zwischen dem IOC und dem Welt-Fußballverband FIFA. Danach dürfen weder Spieler teilnehmen, die schon einmal bei Welt- und Europameisterschaften eingesetzt wurden, noch solche, die Profis sind.

Dem Sinn der Übereinkunft mit der FIFA gemäß seien unter Profis jene zu verstehen, die ihr Einkommen ausschließlich aus der Tätigkeit Fußballspielen beziehen.

Mehrere westeuropäische Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, bestreiten zur Zeit die Olympia-Qualifikation fast ausschließlich mit Berufs-Fußballspielern.

RADSPORT / Gisiger gewann Baracchi-Trophäe

Weltmeister Lemond kam nur auf den vorletzten Platz

sid/DW. Pisa

Der Schweizer Rad-Profi Daniel Gisiger (29) hat sich in den letzten zwei Jahren zum überragenden internationalen Zeitfahr-Spezialisten entwickelt. Nachdem er bereits das klassische Einzelzeitfahren über 90 Kilometer um den Grand Prix des Nations zum zweiten Mal gewonnen hat, triumphierte Daniel Gisiger nun auch beim Mannschafts-Zeitfahren um die Baracchi-Trophäe, die diesmal auf der 98 Kilometer langen Strecke zwischen Pontevera und Pisa in Italien durchgeführt wurde.

Bei dem seit 1949 ausgetragenen Rennen siegte Gisiger gemeinsam mit seinem italienischen Partner Silvano Contini in 2:05:05 Stunden (47,488 km/h) vor den Holländern Adrie van der Poel/Hennie Kuiper (2:06:15) und den Schweden Tommy Prim/Alf Segersall (2:08:39). Weltmeister Greg Lemond (USA) kam mit seinem schwachen französischen Partner Pascal Poisson in 2:11:07 Stunden nur auf den vorletzten und Tour-Sieger Laurent Fignon (Frankreich) mit seinem Landsmann Marc Madiot (2:11:13) sogar auf den letzten Rang.

Die Baracchi-Trophäe, mit der alljährlich die Profi-Straßensaison beendet wird, wurde in ihrer langen Geschichte nur einmal von einem deutschen Rennfahrer gewonnen: 1962 durch Rudi Altig mit dem Franzosen Jacques Anquetil.

Daniel Gisiger gewann das schwere Rennen, das diesmal noch durch empfindliche Kühle beeinträchtigt wurde, schon zum dritten Mal hintereinander: 1981 mit dem inzwischen verstorbenen Belgier Demeyer und 1982 mit dem Italiener Visentini. Wegen dieser Erfolge sagte Gisiger zum möglichen Projekt des Stunden-Weltrekordes, den der Belgier Eddy Merckx mit 49,431 Kilometern seit dem Jahre 1972 hält: „Für meine Spezialität wäre er das höchste Ziel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich den Plan einmal realisiere. Dabei ist es nicht unbedingt nötig, einen Angriff auf einer Hochlandpiste zu unternehmen. So etwas könnte auch in einer Halle geschehen, so daß dem Hallen-Weltrekord wieder vermehrt Beachtung geschenkt würde."

Der Deutsche Sportbund unternimmt im Kampf gegen den Doping-Mißbrauch einen neuen Anlauf

Bekenntnis zum Spitzensport ohne jegliche Manipulation

dpa, Frankfurt

Der Deutsche Sportbund (DSB) hat im Kampf gegen das Doping einen neuen Anlauf genommen. Sechs Jahre nach Verabschiedung der „Grundsatzerklärung für den Spitzensport" soll der DSB-Hauptausschuß bei seiner nächsten Sitzung am 3. Dezember in Frankfurt eine „Entschließung" verabschieden, in der der unerlaubten Leistungsbeeinflussung im Sport erneut der Kampf angesagt wird. Ein entsprechendes vierseitiges Papier ist am Wochenende in Frankfurt vom DSB-Präsidium verabschiedet und dem Hauptausschuß zur Annahme empfohlen worden.

Die von den Professoren Ommo Grupe, Heinz Fallak und Dieter Graf Landsberg-Velen erarbeitete Stellungnahme sei ein „eindeutiges Bekenntnis zum Spitzensport ohne jegliche Manipulation", heißt es in einer Mitteilung des DSB. In ihr werden „Wege aufgezeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann". Die Entschließung halte fest, „daß es Verstöße gegen Geist und Inhalt der Grundsatzerklärung gegeben hat, daß aber jede Form medikamentöser Leistungsbeeinflussung und die Benutzung von Hilfsmitteln, die den Regeln des Sports widersprechen, unstatthaft sind".

In der Stellungnahme wird davon ausgegangen, daß zwar ständige Kontrollen unerläßlich seien, daß eine vollständige und lückenlose Kontrolle jedoch nicht möglich ist und dieser Ordnung auch nicht entsprechen würde. Ein Kernsatz lautet: „Tragende Elemente dieser Ordnung sind die ethischen Grundlagen der Sportbewegung und die Selbstverantwortung aller beteiligten Athleten, Trainer, Ärzte, Betreuer und Funktionäre. Diese Elemente des Leistungssports müssen gestärkt und gesichert werden."

Nach Mitteilung des DSB wird dem Hauptausschuß auch eine Resolution zum Thema „Sport und Frieden" zur Annahme vorgelegt werden. Diese Entschließung ist von einer Kommission unter Leitung von Vize-Präsident Hans Hansen „unter Berücksichtigung der Stellungnahme von 17 Mitgliedsorganisationen des DSB" vorbereitet worden. Darin wird festgestellt, daß es nicht zu den Aufgaben des DSB gehöre, zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Allerdings müsse der Sport durch sein eigenes Verhalten einen Beitrag zum Frieden leisten, er habe seine Möglichkeiten zum Frieden noch nicht genügend ausgeschöpft.

„Kontroversen sind bei der Vielfalt der Mitgliedsorganisationen des DSB und bei den unterschiedlichen politischen Auffassungen ihrer Mitglieder selbstverständlich. Um so mehr werden Toleranz und gegenseitiger Respekt gefordert", heißt es in dem Entschließungsentwurf. Wie der Vorsitzende der Deutschen Sportjugend (DSJ) im DSB, Peter Hanisch, erklärte, wird die Verabschiedung der DSB-Resolution kein Grund für die DSJ sein, auf ein eigenes „Friedens-Papier" mit „entschiedeneren" Aussagen zu verzichten.

ERGEBNISSE

Stuttgart – München	1:0 (0:0)
Frankfurt – M'gladbach	1:1 (1:0)
Nürnberg – Köln	1:3 (1:1)
Bielefeld – Düsseldorf	1:3 (1:3)
Leverkusen – Offenbach	3:1 (1:1)
Uerdingen – Bremen	0:3 (0:1)
Dortmund – Braunschweig	0:2 (0:0)
K'lautern – Mannheim	2:0 (0:0)
Hamburg – Bochum	2:1 (0:1)

DIE SPIELE

Bielefeld – Düsseldorf 1:3 (1:3)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Pohl, Geils (67. Grillemeier), Dronia – Büscher, Pagelsdorf, Schnier – Rautiainen, Ozaki, Kühlhorn (46. Westerwinter). – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Bokkenfeld, Theis, Kuczinski – Bommer, Weikl, Fach, Dusend (59. Wenzel) – Edvaldsson, Thiele (81. Ormslev). – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 0:1 Edvaldsson (14.), 0:2 Bockenfeld (15.), 1:2 Pohl (18.), 1:3 Edvaldsson (38.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Pohl (2), Dusend.

Dortmund – Braunschweig 0:2 (0:0)

Dortmund: Immel – Rüßmann – Walz (75. Lusch), Koch – Tenhagen, Keser, Bittcher, Storck, Reich (46. Semlits) – Klotz, Dreßel. – **Braunschweig:** Franke – Hollmann – Lux, Bruns – Studzizba (77. Geyer), Geiger, Kindermann, Pahl, Tripbacher – Zavisic, Worm (69. Keute). – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 0:1 Pahl (67.), 0:2 Hollmann (75., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 13 500. – **Gelbe Karten:** Koch, Tripbacher.

Frankfurt – M'gladbach 1:1 (1:0)

Frankfurt: Pahl – Körbel – Sziedat, Kraaz – Borchers, Sievers (84. Trieb), Mohr (65. Müller), Kroth, Falkenmayer – Berthold, Svensson. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Hannes, Frontzeck – Herlovsen, Matthäus, Schäfer (75. Ringels), Rahn – Mill (75. Criens), Lienen. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 1:0 Kroth (18.), 1:1 Rahn (54.). – **Zuschauer:** 23 000.

Hamburg – Bochum 2:1 (0:1)

Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz, Jakobs, Groh – Hartwig, Rolff, Milewski, Magath – Wuttke, Schatzschneider. – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Zugcic, Woelk, Gothe – Bönighausen, Lameck, Oswald, Schulz – Kuntz (64. Pater), Schreier. – **Schiedsrichter:** Michel (Augsburg). – **Tore:** 0:1 Zugcic (31.), 1:1 Kaltz (55., Foulelfmeter), 2:1 Hartwig (85.). – **Gelbe Karten:** Hartwig (3), Rolff, Woelk (4/2), Bönighausen (3), Zugcic.

K'lautern – Mannheim 2:0 (0:0)

K'lautern: Hellström – Dusek – Briegel, Wolf – Geye, Melzer, Bongartz, Brehme – Nilsson, Allofs, Kitzmann. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Quaisser, Dickgießer, Schlindwein – Hein, Scholz, Schön (63. Walter), Knapp – Makan, Linz (80. Willkomm). – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Brehme (58.), 2:0 Nilsson (74.). – **Zuschauer:** 26 738. – **Gelbe Karte:** Linz (3).

Leverkusen – Offenbach 3:1 (1:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf, Wojtowicz – Saborowski, Bittorf (86. Vöge), Röber, Hörster (80. Patzke) – Tscha, Waas. – **Offenbach:** Herr – Kutzop – Paulus, Demuth – Franusch, Trapp, Grünewald (75. Peukert), Riedl – Bein, Hofeditz, Michelberger (86. Höfer). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 0:1 Tscha (30.), 1:1 Grünewald (35.), 2:1 Gelsdorf (47.), 3:1 Hörster (79.). – **Zuschauer:** 8600. – **Gelbe Karte:** Riedl (2).

Nürnberg – Köln 1:3 (1:1)

Nürnberg: Kargus – Eder – Täuber, Habiger – Grahammer, Brunner, Reinhardt, Burgsmüller, Heidenrich (68. Lottermann) – Heck, Trunk. – **Köln:** Schumacher – Strack – Steiner, Zimmermann – Hönerbach, Hartmann, Reif, Haas (71. Willmer) – Littbarski, Allofs (16. Mennie). – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – **Tore:** 0:1 Allofs (12.), 1:1 Heck (44.), 1:2 Hönerbach (67.), 1:3 Littbarski (84.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Grahammer (3), Zimmermann (3), Mennie.

Stuttgart – München 1:0 (0:0)

Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster – Buchwald, Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert (77. Kempe), Kelsch. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger – Mathy (60. Del'Haye), Kraus (70. Nachtweih), Lerby, Pflügler – M. Rummenigge, K.-H. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tor:** 1:0 Kelsch (56.). – **Zuschauer:** 69 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** K.-H. Förster (2), Lerby (4), Dürnberger (2), Dremmler.

Uerdingen – Bremen 0:3 (0:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – Brinkmann, van de Loo – Thomas (46. Gulich), Jusufi, Buttgereit (75. Sackewitz), Klinger, Feilzer – Loontiens, Funkel. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Okudera, Gruber – Sidka, Möhlmann, Schaaf, Meier (87. Böhnke), Otten – Reinders (74. Neubarth), Völler. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Meier (20.), 0:2 Sidka (88.), 0:3 Völler (90.), **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Herget (2), Gruber (2), Otten. – **Rote Karte:** Brinkmann.

VORSCHAU

Samstag, 29. 10., 15.00 Uhr	
Mannheim – Dortmund	(–:–)
Samstag, 29. 10., 15.30 Uhr:	
Braunschweig – Uerdingen	(–:–)
Offenbach – Bielefeld	(–:–)
Düsseldorf – Stuttgart	(1:1)
München – Nürnberg	(1:0)
Köln – Frankfurt	(2:2)
M'gladbach – Hamburg	(1:1)
Bochum – K'lautern	(1:1)
Bremen – Leverkusen	(3:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Rückschlag für den gefeierten Aufsteiger Bayer Uerdingen – Muß Trainer Uli Maslo vorzeitig gehen?

Thomas Allofs wollte nach Dortmund, jetzt denkt er darüber nach

Von ULRICH DOST

Gestern, so hatte es sich **Thomas Allofs** (23) eigentlich vorgenommen, wollte er zum Präsidenten des 1. FC Kaiserslautern gehen und **Udo Sopp** (48) um eine vorzeitige Entlassung aus seinem bis zum Saisonende laufenden Vertrag bitten. Thomas Allofs ist dann doch nicht gegangen, obwohl Borussia Dortmund, der Verein, der ihn sofort verpflichten wollte, sich gestern nochmals gemeldet hat, um das Angebot zu bekräftigen. Schon am Donnerstag hatte der kleine Stürmer Dortmunds Trainer **Uli Maslo** (45) eine feste Zusage erteilt. Doch jetzt sagt Thomas Allofs: „Ich muß die Sache zurückstellen. Erst muß man wohl die Situation in Dortmund abwarten. Ich weiß ja gar nicht, wie lange der Trainer noch Maslo heißt."

Es war also ein schwarzes Wochenende für die Dortmunder. Erst blamierten sie sich gegen Eintracht Braunschweig durch eine 0:2-Niederlage, dann geht ihnen noch der Spieler von der Fahne, den sie so gerne verpflichten würden. Jetzt kommt wohl der Wechsel des Liberos **Ralf Loose** (20), der im Tausch mit Thomas Allofs nach Kaiserslautern gehen sollte, auch nicht zustande. Thomas Allofs: „Bis Weihnachten habe ich mich entschieden. Die Dortmunder haben mir versprochen, daß sie bis zu diesem Zeitpunkt mit keinem anderen Stürmer verhandeln wollen."

Die Vorsicht von Allofs ist durchaus berechtigt, denn gestern sah es in Dortmund so aus, als müsse Uli Maslo seinen Platz räumen. Neue Namen wurden selbstverständlich auch schon gehandelt. Ganz oben auf der Liste steht der frühere Schalker-Spieler **Friedel Rausch** (42). Wie auch immer, sollte Maslo gehen müssen, dann beugt sich der Vize-Präsident **Friedhelm Cramer** (38), der mächtige Mann im Dortmunder Präsidium, dem Druck der Öffentlichkeit. Cramer hat nämlich mit den wichtigen Spielern in der Mannschaft, mit **Rolf Rüssmann** (33) und **Jupp Tenhagen** (31) zum Beispiel, über das Problem geredet. Dabei kam heraus, daß die Misere der Dortmunder keineswegs dem Trainer anzulasten ist. Die Mannschaft spiele schon das richtige System, nur würde eben der Mann fehlen, der die Tore schießen kann. Hinzu käme das Verletzungspech. Die Verletzungen von **Marcel Raducanu** (29) und Kapitän **Lothar Huber** (31) seien für die Dortmunder so schlimm, als würden beispielsweise beim Hamburger SV **Felix Magath** (30) und **Manfred Kaltz** (30) ausfallen.

„Die Lage ist ernst, wir brauchen eine schnelle Lösung", hat Cramer am Samstag nach dem Spiel gesagt. Er hat dabei bestimmt nicht an die Entlassung des Trainers gedacht, sondern an die Verpflichtung von Thomas Allofs, die er im Geheimen vorbereitet hatte.

Denn auch das mußte Cramer bedenken: Eine Alternative zum Trainer Uli Maslo gibt es derzeit nicht auf dem Trainermarkt. Das könnte den früheren Braunschweiger Trainer womöglich davor bewahren, entlassen zu werden. Maslo würde gerne weiterarbeiten. Er sagt: „Es kann sich wohl jeder denken, was in mir vorgeht. So etwas ist mir bisher nicht passiert. Doch noch schlimmer ist es, die Rückentwicklung einer Mannschaft zu beobachten."

Mit hohen Ansprüchen war Maslo gestartet, nun stehen die Dortmunder mitten im Abstiegskampf.

*

Für das, was Felix Magath am Samstag im Spiel gegen den VfL Bochum gemacht hat, gibt es im deutschen Sprachgebrauch ein Wort – nämlich Betrug. Auf plumpe Art und Weise gelang es dem Hamburger Spielmacher, beim 0:1-Rückstand einen Elfmeter herauszuschinden, den Manfred Kaltz zum 1:1 verwandelte. Er habe noch nicht einmal ein Fernglas gebraucht, meinte Hamburgs Torwart **Uli Stein** (28), um über das ganze Spielfeld zu erkennen, daß dieser Elfmeterpfiff ein Witz gewesen sei. Bochums Trainer **Rolf Schafstall** (46) erregte sich vollkommen zu Recht: „Ich halte nichts von Schiedsrichter-Schelte, aber Magath hat diesen Elfmeter provoziert, und der Unparteiische fiel darauf herein. Es ist für eine Spitzenmannschaft bedenklich, wenn ihre Spielkunst nicht ausreicht und sie zu solchen Mitteln greifen muß, um unsere junge Mannschaft zu schlagen." Peinlich, peinlich für einen ansonsten fairen Sportsmann wie Felix Magath. **Pierre Littbarski** (23) hat ähnliches auch einmal versucht, im Spiel gegen den HSV. Er ließ sich einfach hinfallen, ohne vom Gegenspieler berührt zu werden. Es gibt nicht wenige Leute, die behaupten, seit dieser Schwalbe stecke der entlarvte Littbarski in einer Formkrise.

Peinlich muß der Vorgang aber auch für Hamburgs Präsident **Wolfgang Klein** (40) gewesen sein. Er hatte nämlich gerade wieder mal im „HSV Journal" die Journalisten kräftig in die Pfanne gehauen: „Es gibt sie immer noch und immer wieder. Journalisten, die kein Herz für den Fußball haben und deren einziges Ziel zu sein scheint, die Stadien leer- und den Fußball kaputtzuberichten."

Verzeihung, Herr Präsident, aber Sie können es so lange drehen und wenden, wie Sie wollen, es bleibt dabei: Nicht derjenige ist der Schuldige, der zum Beispiel über so zwielichtige Aktionen wie die von Magath berichtet, sondern immer noch derjenige, der sich in dieser Form blamiert.

*

Michael A. Roth (Präsident des 1. FC Nürnberg) scheint auch so einer zu sein, der glaubt, die Journalisten hätten gefälligst die Vereinsbrille aufzusetzen, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen. Auch Roth hat für seine Vereinszeitung zur Feder gegriffen. Er hätte es besser nicht getan. Roth gab nämlich den Lokal-zeitungen die Schuld an der Misere des Vereins und sprach davon, es würden sogar „vereinsschädigende Berichte" abgefaßt. Kein Wunder, daß sich die Journalisten diesen starken Tobak nicht gefallen ließen. Nach dem 1:3 gegen den 1. FC Köln blieben die Nürnberger Journalisten der üblichen Pressekonferenz fern. Auf den Teppichhändler Roth trifft das gleiche zu wie auf den Rechtsanwalt Klein: Sie sollten lieber vor der eigenen Tür kehren. Die Nürnberger Kollegen können sich freuen, denn künftig wird ihnen der Präsident persönlich sagen, was sie zu schreiben haben. Denn Roth hat die Aufgabe als Pressesprecher von Trainer **Udo Klug** (55) übernommen.

Klug, der in Personalunion auch Manager war, soll sich jetzt nur noch um die Mannschaft kümmern. Die Begründung des Präsidiums: „Der Trainer und die Mannschaft haben sich selbst in diese mißliche Lage hereinmanövriert und sollen sich auch selbst wieder daraus befreien. Ein neuer Trainer steht nicht zur Debatte."

An den Journalisten kann es also doch nicht gelegen haben – meint das Nürnberger Präsidium. Die Querschüsse hätte sich der Präsident Michael A. Roth durchaus ersparen können.



Nach der vierten Niederlage in Folge hat für Bayer Uerdingen, nach den ersten Spieltagen als Sensationsmannschaft gefeiert, der Kampf gegen den Abstieg begonnen. Eine Entwicklung, die einige Fans, nicht aber die Sportmediziner überraschen kann.

„Genau diese Entwicklung war abzusehen", dozierte Sportmediziner Heinrich Liesen zwei Tage vor dem Spiel der Krefelder gegen Werder Bremen (0:3) vor Studenten der Sporthochschule in Köln. Liesen: „Nach dem, was mir über die Vorbereitung Uerdingens bekannt ist, mußte der Leistungseinbruch zwangsläufig kommen." Und ironisch weiter: „Nur im Fußball ist es möglich, mit maximal zwei Wochen Training Ausdauergrundlagen für eine ganze Saison zu erarbeiten. In allen anderen Sportarten braucht man dazu mindestens zehn Wochen."

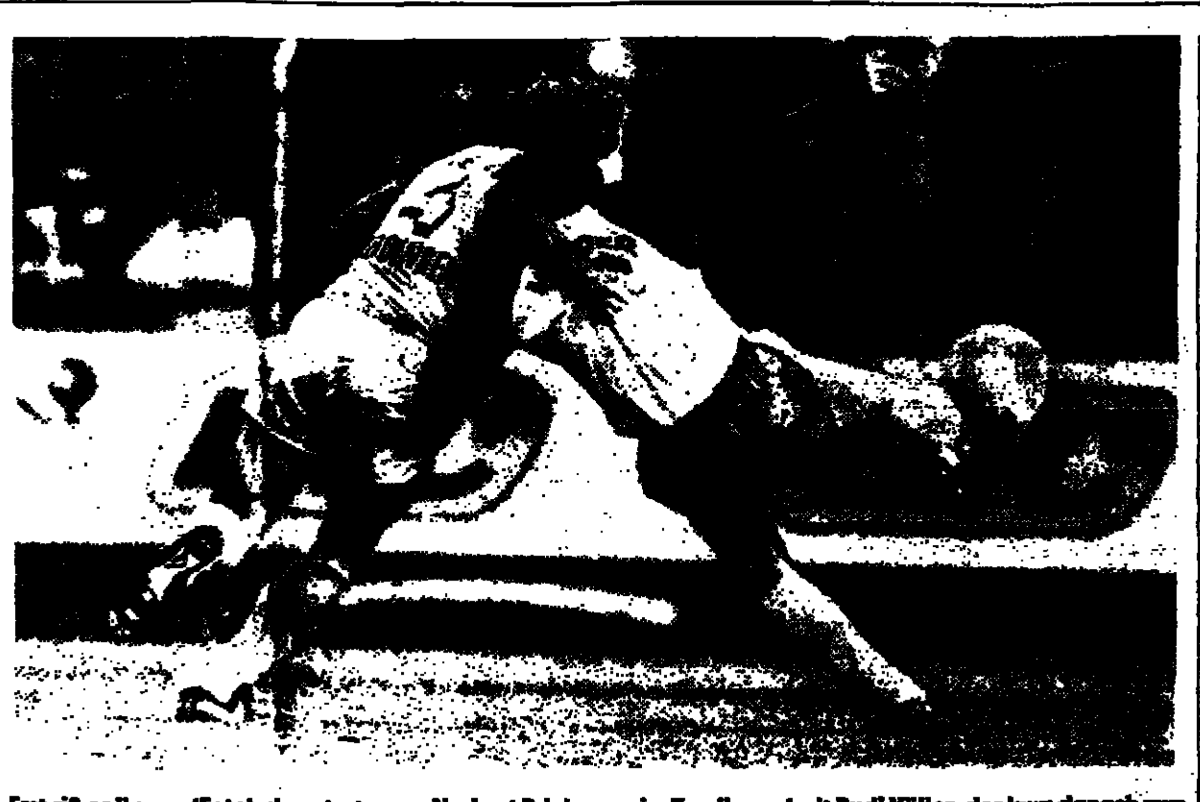
Mediziner: Falsch trainiert

Äußerungen wie die von Uerdingens Torwart Vollak: „Im Trainingslager sind wir abends auf dem Zahnfleisch ins Bett gekrochen", bestätigen dem Sportmediziner, daß „viele Trainer die wissenschaftlichen Untersuchungen und Ergebnisse immer noch ignorieren, auch wenn erfreulicherweise einige schon dazugelernt haben.

Die Vorbereitungsphase von Bayer Uerdingen jedoch zeige deutlich die Mißachtung sportmedizinischer Einsichten. „Wer Sportler in wenigen Tagen so stark belastet, daß sie grün und blau werden und sich übergeben müssen, erreicht zwar kurzzeitig eine gesteigerte Leistungsbereitschaft, aber keine echte Leistungssteigerung, erst recht nicht bezogen auf die Ausdauerfähigkeit. Die Muskulatur ist so stark übersäuert, daß optimale, konzentrierte Aktionen nicht mehr möglich sind. Die Spieler begehen Fehler und Fouls, die sie in einem besser trainierten Zustand niemals machen würden."

Interessant in diesem Zusammenhang sind die 21 Verwarnungen und der Platzverweis von Brinkmann, die gegen Uerdingen in elf Spielen verhängt und von keinem anderen Verein übertroffen wurden.

Deshalb plädiert Professor Liesen für bessere medizinische Begleitung des Fußball-Trainings: „Wenn wir den Stars häufiger ein paar Tröpfchen Blut abzapfen dürften und die Trainer unsere Untersuchungsergebnisse in ihre Trainingspläne einfließen lassen würden, könnte auch im Profi-Fußball effektiver gearbeitet werden."



Erst riß er ihn um (Foto), dann trat er zu: Norbert Brinkmann im Zweikampf mit Rudi Völler, der kurz danach zum Platzverweis für den Uerdinger führte. Es war der siebte Platzverweis der Saison.

Gemeinsames Abendessen abgesagt und Timo Konietzka hängte das Telefon aus

BERND WEBER, Uerdingen

Bei Bayer Uerdingen ist es seit vielen Jahren Tradition, daß Mannschaft, Trainer und Vorstand nach jedem Spiel geschlossen ins vereinseigene Klubhaus gehen, dort ausgiebig das Abendessen einnehmen und sich dann den Fans am Tresen bei einem Glas Bier präsentieren. „Zum Anfassen" sozusagen. Am Samstagabend, nach dem 0:3 gegen Werder Bremen, fand diese Zeremonie nicht statt. Offenbar war den Uerdinger Spielern die Niederlage, es war die vierte in Serie, auf den Magen geschlagen. Jedenfalls verspürte niemand Lust auf die üblichen Gemeinsamkeiten.

Mannschaftskapitän Matthias Herget sprach aus, was wohl die meisten dachten: „Solch eine Enttäuschung verarbeitet man am besten in den eigenen vier Wänden, im Kreis der Familie." Sagte es und verschwand, bleich im Gesicht und hohlwangig, aus der Umkleidekabine. Was nunmehr deutlich dokumentiert: Die fröhlichen Zeiten in Uerdingen sind vorbei. Die gefeierten „Himmelsstürmer" der ersten Bundesliga-Spieltage sind wieder auf Normalmaß gestutzt worden.

Das mag im Moment noch schmerzen, aber unter dem Strich ist es wohl besser, daß die Bayer-Mannschaft sich jetzt ihre Schrammen holt und dadurch auch zu der Erkenntnis gelangt, die Präsident Arno Eschler nach dem Bremen-Debakel verbreitete: „Wir haben zum Saisonstart ganz sicherlich über unserer Verhältnisse gelebt. Mit dem ausgeglichenen Punktekonto, das wir nun haben, haben wir uns genau auf das unserem Leistungsvermögen entsprechende Niveau eingepegelt."

Wie gesagt, wer mal ganz oben auf dem Gipfel stand (Uerdingen war nach vier Spielen Erster und wurde bereits als die „Entdeckung der Bundesliga" gefeiert), tut sich sicherlich schwer vom farbenprächtigen Festgewand ins Einheitsgrau umzusteigen.

Vor allem Trainer Timo Konietzka wird damit seine Probleme haben, er wurde von einigen Leuten bereits zum neuen Trainer-Guru hochstilisiert. „Timo wirbelt die Bundesliga durcheinander", „Konietzkas Offensivgeist schafft neue Maßstäbe", so lauteten die Schlagzeilen. „Der Traum ist ausgeträumt, jetzt müssen wir dafür sorgen, daß daraus kein Trauma wird", sagte der Trainer am Samstagabend. Nach dem Rezept befragt, wie er das schaffen wolle, blieb Konietzka die Antwort schuldig. Hilfloses Achselzucken bei dem Mann, der früher noch mit ausführlichen Erklärungen geglänzt hatte. Und auch das ist sicherlich Symptom für die veränderte Situation. Gestern war das Telefon des Trainers stundenlang ausgehängt ...

Daß seine Spieler nicht mehr in allerbester nervlicher Verfassung nach dem Leistungseinbruch sind, ist unschwer am Fall Norbert Brinkmann festzumachen. Gewiß, der Vorstopper war schon immer ein rauher Bursche und hat auch in früheren Zeiten mehr hingelangt als viele seiner Berufskollegen. Zuletz zum Beispiel am 22. Januar im Zweitliga-Spiel gegen Rot-Weiß Essen, als er nach einem schweren Foul vorzeitig vom Platz mußte.

Dennoch: So brutal, so unkontrolliert wie am Samstag den Bremer Nationalmannschafts-Mittelstürmer Rudi Völler hat Brinkmann bestimmt noch nie gefoult. Schiedsrichter Hontheim aus Trier zückte sofort die Rote Karte. „Völlig zu recht", befand Konietzka später. „Für den Tritt wird Brinkmann auch vereinsintern eine Strafe aufgebrummt bekommen", schimpfte Eschler.

Der Sünder selbst verteidigte sich so: „Das Foul gegen Völler hat von draußen schlimmer ausgesehen, als es tatsächlich war. Andererseits gebe ich natürlich zu, daß ich völlig blödsinnig gehandelt habe." Und dann kam der entscheidende Satz: „Man kann wohl davon ausgehen, daß mir das in unserer Euphorie-Phase nicht passiert wäre. Im Moment haben wir eben alle mit den Nerven zu kämpfen ..."

Manager Dieter Tippenhauer brachte das 0:3 auf einen ganz einfachen Nenner: „Der Alltag hat uns wieder", kommentierte er die diesmal völlig kraftlose Spielerei seiner Mannschaft. Und er gab freimütig zu, daß die Niederlage noch erheblich deutlicher ausgefallen wäre, wenn nicht wenigstens Torhüter Werner Vollack einen Glanztag und mit etlichen phantastischen Reaktionen weitere sichere Torchancen vereitelt hätte. Auch Tippenhauer weiß im Moment kein Rezept, wie der Bayer-Mannschaft aus der Krise herauszuhelfen wäre. Er weiß es vielleicht sogar am allerwenigsten, ganz einfach deshalb, weil er den Kopf längst nicht mehr nur für seinen Klub frei hat. Der Manager hat bekanntlich vor kurzem einen Vertrag bei Borussia Dortmund unterschrieben und – das mag er nun zugeben oder nicht – mindestens mit halbem Herzen ist er bereits bei seinem neuen Arbeitgeber.

Als die noch mehr als die Uerdinger derzeit krisengebeutelten Dortmunder in der vergangenen Woche mit Gladbachs Torjäger Frank Mill verhandelten, war Tippenhauer dabei. Als die Borussen gestern nachmittag eine Sitzung abhielten, um darüber zu beraten, ob Trainer Uli Maslo beurlaubt oder weiter gehalten werden soll, saß der Manager ebenfalls mit in der Runde. So wie die Dinge im Moment stehen, wird er wohl spätestens Anfang November bei Uerdingen aussteigen. Bis dahin nämlich will sich der Bayer-Vorstand auf einen der sechs Nachfolgebewerber festgelegt haben.

Bayer Uerdingen – ein vom Trainer und vom Umfeld hochgeputschter Aufsteiger, der schon jetzt im Kampf gegen den Abstieg steht?

Neue Absage: Förster kann nicht spielen

DW. Bonn

Bundestrainer Jupp Derwall konnte sich am Samstag beim 2:1-Sieg von Real Madrid in Barcelona selbst überzeugen. Bernd Schuster ist verletzt und fällt wahrscheinlich auch für die Europaqualifikations-Spiele gegen Nordirland und Albanien aus. Aber „Uli Stielike hat gut gespielt, in der zweiten Halbzeit sogar überragend". Stielike wird also am Mittwoch in Berlin im Spiel gegen die Türkei (20.15 Uhr Originalübertragung im ersten deutschen Fernsehen) eingesetzt werden. Doch Derwalls Hoffnungen, damit den Ausfall von Schuster ausgleichen zu können, wurden gleich wieder getrübt: Gestern mußte Stuttgarts Vorstopper Karl-Heinz Förster absagen. Er erlitt im Spiel gegen Bayern München eine Gehirnerschütterung.

Aus dieser Situation ergeben sich neue Probleme. Über ihre Lösung will Derwall noch nicht reden: „Zuviel wollen wir den Türken nun auch nicht verraten." Möglich sind jetzt zwei Varianten: Entweder Derwall experimentiert noch einmal mit drei Angriffsspitzen (Rummenigge, Völler und Littbarski oder Waas). Oder er bleibt bei vier Mittelfeldspielern. Das hieße, Otten käme als linker Verteidiger zum Einsatz, Briegel würde für Förster Vorstopper spielen, das Mittelfeld setzte sich aus Rolff, Meier und den beiden gelernten Liberos Stielike und Augenthaler zusammen.

Tabelle und Statistik des 11. Spieltages der Bundesliga nächste Sportseite.

Während Derwall am Wochenende noch einmal betonte, sich ausschließlich auf sportliche Dinge konzentrieren zu wollen, meldete sich zu den möglicherweise problematischen Begleitumständen des Spiels der türkische Minister für Jugend und Sport, Vecdi Özgül, zu Wort. Der Minister appellierte an seine Landsleute in Berlin (etwa 130 000): „Es ist üblich, daß alle Sicherheitsmaßnahmen bei einem solchen Länderspiel vom Gastgeberland getroffen werden. Ihr solltet Ruhe bewahren und auf die Verläßlichkeit der Ordnungskräfte in der Bundesrepublik vertrauen. Einige Minderheiten werden versuchen, diesen Frieden zu stören. Tragt ihr dazu bei, daß dies nicht gelingt."

Die 40köpfige türkische Delegation wurde gestern von 50 Landsleuten auf dem Flughafen Berlin-Tegel empfangen. Zu Störungen, die von der Berliner Polizei bereits erwartet worden waren, kam es nicht. Die einzige Aufgabe der vorsorglich anwesenden Polizisten bestand darin, sich auf Bitten der türkischen Fans zum gemeinsamen Gruppenfoto zu stellen.

Hermann Neuberger, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, sagte gestern, er wünsche sich für Mittwoch „vor allem eine tolle Stimmung". Das Verhältnis des DFB zur türkischen Mannschaft sei „so sauber wie nur irgend etwas sein kann". Für das Spiel sind bisher erst etwa 25 000 Eintrittskarten verkauft worden.

Helmut Benthaus konterte Latteks Wutanfall kühl: „Dummes Zeug" und „Arroganz"

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Die Runzeln auf der Stirn deuteten es an. Da hatte sich in Udo Latteks Kopf ein Gewitter zusammengebraut. Es entlud sich mit Blitz und Donner: „Heute hat die glücklichere Mannschaft gewonnen, nicht die bessere. Zwei Elfmeter für uns waren fällig, einer an Karl-Heinz Rummenigge, einer an Pflügler". Und, so der aufgebrachte Trainer des FC Bayern München, er wolle sich gerne als Referent beim Deutschen Fußball-Bund zur Verfügung stellen, „um den Schiedsrichtern beizubringen, was Foul ist und was nicht."

Nun, Schiedsrichter Tritschler aus Freiburg, ein international anerkannter Mann, braucht keine Belehrung vom Münchner Oberlehrer Lattek. Wenn in jenen Situationen, über die Lattek dozierte, jedesmal Strafstoß gepfiffen würde, dann wäre das Spiel 7:6 ausgegangen. So aber endete es 1:0 für den VfB Stuttgart. Dieser Sieg ist nicht auf dem Komposthaufen des Glücks gewachsen. Er entsprang schwäbischem Fleiß und Münchner Fehlern.

Über ihre Fehler kriegten sich die Münchner hinterher in die Wolle. „Der Treffer war vermeidbar, der Ball befand sich lange genug in der Luft" kritisierte Lattek seinen Torwart Jean-Marie Pfaff.

Das Tor geht auf die Kappe des Belgiers. Der Betroffene suchte auch nicht nach Entschuldigungen. „Aber", so Pfaff, „was kann ich dafür, wenn die vorne das Tor nicht treffen".

Ein Stich gegen den eigenen Angriff, der schon in Köln und Saloniki erfolglos vom Feld gegangen war. Ein Hieb, der in die Richtung von Karl-Heinz Rummenigge zielt. Der Kapitän der Mannschaft hätte die Partie im Neckarstadion allein entscheiden können.

Mit grimmigem Blick marschierte Karl-Heinz Rummenigge denn auch zum Bus. Noch nie in den zehn Jahren, die er nun beim FC Bayern spiele, habe er solches Pech gehabt. Das war alles, was Rummenigge sagte.

Bayern-Manager Uli Hoeneß bemühte sich derweil, die Krise des Stars zu analysieren. Der Druck des ganzen deutschen Fußballs, das Theater um Jupp Derwall, das habe ihn fertiggemacht. Hoeneß: „Die ganze Welt fragt doch den Kalle, wie's weitergeht in der Nationalmannschaft und mit dem FC Bayern und das war früher nicht so." Früher stellten sie Paul Breitner diese Fragen. Doch Rummenigge besitzt noch nicht das breite Kreuz des alten Anführers. Im Augenblick scheint er überlastet, wenn er nicht nur allein für sich, sondern für andere, für seinen kleinen Bruder Michael und den Rest der Bayern-Mannschaft denken und Verantwortung übernehmen muß.

„Der Kalle und wir Bayern brauchen nur das Glück, das der HSV hat, dann werden wir auch Meister", glaubt Hoeneß. Andere greifbare Lösungen kennt die bajuwarische Führung nicht. Weil sie nicht weiter wußten, deshalb flippten Lattek und auch Hoeneß aus. Der Manager zog nämlich bitterböse über die Förster-Brüder her. „Die beiden", empörte sich Hoeneß, „spielen immer Foul".

Merkwürdig: Der gleiche Hoeneß wollte schon mehrfach mit eben jenem Brüderpaar die Münchner Abwehr stabilisieren. Und einer, in dessen Hintermannschaft Spieler wie Klaus Augenthaler und Wolfgang Dremmler genauso kompromißlos wie Bernd und Karl-Heinz Förster aufräumen, sollte nicht mit Steinen durchs Glashaus werfen, in dem er selbst sitzt. Die Stuttgarter haben die verbalen Attacken der Bayern mit der Souveränität des Siegers hingenommen. Trainer Helmut Benthaus wertete Latteks Äußerungen schlichtweg als „dummes Zeug" und „Arroganz". Benthaus: „Die Bayern fühlen sich halt doch noch wie die kleinen Götter". Nur der Stuttgarter Geschäftsführer Ulrich Schäfer wurde deutlicher: „Eine Geschmacklosigkeit, wie sich dieser Lattek gegenüber dem Gastgeber aufgeführt hat."

Daß Lattek in Stuttgart im Falle einer Niederlage aus der Rolle fallen würde, war fast zu erwarten. Die Emotionen haben Vergangenheit. Vor fünf Jahren hatte Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder mit Lattek verhandelt. Lattek hatte dabei gepokert, der Präsident hatte dieses Spiel durchschaut. Um ihm zu zeigen, was er von solchen Trainern halte, ließ Mayer-Vorfelder Lattek damals nach Stuttgart einfliegen und kanzelte ihn dann wie einen Schulbuben ab.

Lattek hat diese Abreibung nie verwunden. Und da das Verhältnis zwischen dem FC Bayern und dem VfB Stuttgart schon wegen des Konkurrenzkampfes gespannt ist, wurde dieses Gefecht so hart geführt wie unter Nachbarn nicht üblich. „Ein Spiel gegen den FC Bayern, das ist mehr als nur ein Spiel", sagte Stuttgarts Trainer Benthaus. Fünf Jahre hatten die Münchner den Stuttgartern im Neckarstadion stets eine Lektion erteilt. Daraus war ein Komplex geworden. Nun haben sie ihr Trauma besiegt. Weil sie nach 25 Minuten, nach Rummenigges und Mathys vertane Chancen, ihre Angst vor den roten Hemden der Münchner ablegten. Weil Ex-Nationalspieler Walter Kelsch plötzlich doppelt so stark auftrumpfte wie der Rummenigge-Sturm zusammen.

Als Münchens Bester, als Torwart Pfaff dann noch unter einer Flanke durchlief und Kelsch das 1:0 köpfte, da konnten die Bayern einfach nicht mehr gewinnen ...

Bundesliga: Tabelle und Statistik

Zum ersten Mal gab es in dieser Saison ebenso viele Heim- wie Auswärtssiege (9:9 Punkte). Immer noch ist aber die Ausbeute der Gastmannschaften mager. In 99 Spielen gab es 63 Heimsiege, 20 Unentschieden und nur zehn Auswärtserfolge. ● Manfred Kaltz und Reiner Geye gehören seit Samstag zum exklusiven Klub der 24 Spieler, die 400 und mehr Einsätze in der Bundesliga hinter sich haben. ● Torwart Ronnie Hellström feierte beim 1. FC Kaiserslautern ein Comeback. Zum ersten Mal nach einem Fingerbruch am 7. September 1982 wurde der 34jährige wieder eingesetzt. ● Die führenden Torjäger der Bundesliga hielten sich wieder zurück. Rudi Völler aber, Torschützenkönig der letzten Saison, schiebt sich weiter nach vorne. Zusammen mit Karl-Heinz Rummenigge, Funkel und Waas (alle 7 Tore) verfolgt er jetzt Dieter Schatzschneider, der acht Tore auf seinem Konto hat. ● Der Frankfurter Körbel hat in dieser Saison bereits zwei Elfmeter verwandelt – an Mönchengladbachs Torwart Sude scheiterte er. Manfred Kaltz dagegen hat bereits zum 32. Mal mit einem Strafstoß Erfolg gehabt. Nach Gerd Müller (51) und Horst-Dieter Höttges (39) ist Kaltz der drittbeste Elfmeterschütze der Bundesliga.

							Heim		Auswärts	
1. Hamburg	11	8	2	1	24:10	18:4	18:5	11:1	6:5	7:3
2. Stuttgart	11	5	5	1	19:10	15:7	11:4	10:2	8:6	5:5
3. München	11	6	2	3	22:12	14:8	13:2	8:2	9:10	6:6
4. Bremen	11	5	4	2	17:11	14:8	10:3	9:1	7:8	5:7
5. Düsseldorf	11	5	3	3	25:18	13:9	15:6	7:3	10:12	6:6
6. Gladbach	11	5	3	3	22:16	13:9	13:4	9:1	9:12	4:8
7. Leverkusen	11	4	4	3	19:15	12:10	13:4	10:2	6:11	2:8
8. Köln	11	5	1	5	19:17	11:11	10:4	8:2	9:13	3:9
9. Uerdingen	11	5	1	5	24:24	11:11	14:12	8:4	10:12	3:7
10. Braunschweig	11	5	0	6	21:25	10:12	15:8	8:2	6:15	2:10
11. Bielefeld	11	4	2	5	13:17	10:12	10:10	7:5	3:7	3:7
12. K'lautern	11	3	3	5	24:25	9:13	17:9	9:3	7:16	0:10
13. Bochum	11	4	1	6	20:27	9:13	11:7	8:2	9:20	1:11
14. Mannheim	11	3	3	5	13:21	9:13	8:6	6:4	5:15	3:9
15. Nürnberg	11	4	0	7	17:20	8:14	16:10	8:4	1:10	0:10
16. Dortmund	11	3	2	6	15:26	8:14	8:9	6:6	7:17	2:8
17. Offenbach	11	4	0	7	16:30	8:14	14:11	8:2	2:19	0:12
18. Frankfurt	11	1	4	6	17:25	6:16	9:8	6:6	8:17	0:10

Mit den 208 734 Zuschauern vom Samstag (Schnitt 23 193) wurde in der Bundesliga die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. Insgesamt kamen bisher 2 134 411 Besucher in die Stadien. Größten Anteil an dem guten Besuch hatte der VfB Stuttgart, dessen Spiel gegen Bayern München 70 896 Zuschauer sahen. Die wenigsten Fans wollten Bayer Leverkusen sehen – nur 8600. Die Leverkusener, die Millionen investiert haben (für Tscha Bum, Bast, Patzke), liegen in der Zuschauer-Statistik jetzt auf dem letzten Platz. Zu sechs Heimspielen kamen nur 75 000 (Schnitt 12 500). An der Spitze dieser Liste steht weiter Bayern München, mit 194 000 Besuchern in fünf Heimspielen (Schnitt 38 800).

Der Däne Sören Lerby, vor der Saison für 1,8 Millionen Mark Ablöse von Ajax Amsterdam zum FC Bayern München gewechselt, ist der fünfte Spieler dieser Saison, der nach vier gelben Karten automatisch für ein Spiel gesperrt ist. Schon mit sechs Verwarnungen (nach elf Spielen) belastet ist der Bochumer Lothar Woelk. Mit nur acht Verwarnungen stellt Borussia Dortmund bisher das fairste Team, Bayer Uerdingen mit 21 gelben Karten das unfairste. Der Aufsteiger stellt mit Norbert Brinkmann auch den siebten Spieler, der des Feldes verwiesen wurde. Er hatte bereits am 22. Januar im Zweitligaspiel bei Rot-Weiß Essen die rote Karte gesehen. Zwei Platzverweise in einem Jahr ...

TURNEN / Weltmeisterschaften in Budapest mit „Da, da, da" eröffnet

Sowjetische Olympiasieger Ditjatin und Dawidowa mußten zu Hause bleiben

M. RUHROTH/DW. Budapest

Aus den Lautsprechern drangen deutsche Töne, und das Publikum applaudierte begeistert: Der Titel „Da, da, da" der deutschen Popgruppe „Trio" klang vom Band, als ungarische Turnerinnen und Gymnastinnen eine Aufwärmübung zelebrierten. Sie war Bestandteil der Eröffnungszeremonie der 22. Kunstturn-Weltmeisterschaften in Budapest, die gestern vor 3500 Zuschauern von Ungarns Sportminister Istvan Buda eröffnet wurde.

Viel Beifall für die Deutschen gab es zuvor auch beim offiziellen Pflichttraining der Damen. Der tschechoslowakische Cheftrainer des Deutschen Turnerbundes (DTB), Vladimir Prorok, freute sich: „Bei den bisherigen Trainingseinheiten waren wir noch besser als beim Länderkampf gegen die USA." Zum ersten Mal in der Geschichte des Deutschen Turnerbundes könnten bei diesen Weltmeisterschaften die Frauen besser abschneiden als die Männer. Am Dienstag, 18.40 Uhr, beginnt für die deutsche Riege mit der Berlinerin Yvonne Haug an der Spitze der Pflichtwettkampf der Mannschaften. Die deutschen Mädchen turnen gemeinsam in einer Gruppe mit der Mongolei, Rumänien und China. Weil Rumäninnen und Chinesinnen zu den WM-Favoriten gehören, hoffen die deutschen Turnerinnen darauf, daß auch ihre Punktewertungen höher liegen als sonst bei internationalen Wettkämpfen.

Die deutsche Herren-Riege tritt in Budapest geschwächt an – die Olympiateilnahme wird deshalb sehr schwer zu erkämpfen sein. Es fehlen mit Andreas Aguilar (Kahnbeinbruch) und Benno Groß (Blinddarmoperation) zwei Stammturner im deutschen Aufgebot. „Angst haben wir keine", machte sich Reck-Spezialist Daniel Winkler aus Heusenstamm zum Sprecher der deutschen Mannschaft, die nach einer Hochrechnung ihres Trainers Philipp Fürst mit den beiden Ersatzleuten Wolfgang Wagner (Amberg) und Alfred Lefebre (Hannover) nun „etwa vier Punkte schwächer" ist.

Eberhard Gienger – in Budapest auch als Kommentator für die WELT tätig – bekam schon beim Training der deutschen Männer feuchte Handflächen. Zwar sprach der Vize-Weltmeister von Moskau davon, daß es noch keinen Anlaß zur Panik gebe, aber als Fachmann glaubt er in der Mannschaftswertung allenfalls an einen Platz zehn bis zwölf. Das wäre nach dem sechsten Rang bei den letzten Weltmeisterschaften vor zwei Jahren in Moskau ein tiefer Sturz.

Heute, 18.15 Uhr, müssen die deutschen Männer beim Mannschaftswettbewerb in der Pflicht in einer Gruppe mit den starken Riegen aus der „DDR", Japan, Kuba und Bulgarien turnen. Da bleibt trotzdem die Hoffnung auf hohe Wertungen ...

Eine ganze Reihe exzellenter Turnerinnen und Turner fehlen bei diesen Titelkämpfen, die als letzter großer Test vor den Olympischen Spielen im nächsten Jahr in Los Angeles gelten. So sind die beiden sowjetischen Olympiasieger von Moskau 1980, Alexander Ditjatin und Jelena Dawidowa (beide UdSSR), nicht am Start. Jelena Dawidowa soll sich bei einem Trainingssturz vor einem Jahr in Leningrad sehr schwer verletzt haben (die WELT berichtete). Die sowjetische Turnführung dementierte dies zwar, doch die Olympiasiegerin ist seither nie wieder in der Öffentlichkeit aufgetreten. In Budapest fehlen diesmal auch die „DDR"-Stars Nikolai und Brückner sowie der frühere Europameister Stojan Deltchheff aus Bulgarien.

41 Verbände haben sich für Budapest gemeldet, das sind insgesamt 353 Aktive. Bei den Frauen wird es vor allem einen Zweikampf zwischen Rumänien und der UdSSR geben, bei den Herren ein Duell zwischen der UdSSR und China, dessen Riege – entgegen anderen Meldungen – nun doch seinen Weltklasse-Turner Tong Fei aufgeboten hat.

22. Turnweltmeisterschaften in Budapest – das ist zugleich auch ein großes Sicherheitsproblem. Besonders die Sicherheit der Israelis und der Perser bereitet den Veranstaltern Sorge. Das Mannschaftshotel „Stadion" wurde bereits mit bewaffneten Polizisten hermetisch abgeriegelt.

SPORT-NACHRICHTEN

Sachsenhain siegte

Gelsenkirchen (kgö) – Der siebenjährige Wallach Sachsenhain mit dem englischen Amateur Tim Thomson-Jones gewann auf der Galopprennbahn in Gelsenkirchen das Willy-Schütz-Memorial (50 000 Mark, 25 000 Mark dem Sieger, 6800 m) mit eindreiviertel Längen Vorsprung vor Winabit und Pendentif. Der 62jährige englische Amateur George Saunders kam am Horster Sprung zu Fall. Das Jagdrennen mit 28 Sprüngen ist das höchstdotierte Amateur-Jagdrennen der Welt.

Sechs Spiele sieglos

Brüssel (sid) – Auch im sechsten und letzten Spiel um die Europameisterschafts-Qualifikation blieb die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Frauen sieglos. Beim 1:1-Unentschieden gegen Belgien erkämpfte sie in Brüssel das fünfte Remis und belegt damit in der EM-Gruppe vier Platz drei.

Beide Hände gebrochen

Brands Hatch (sid) – Nachdem er einen Sturz im Juni beim Grand Prix in Assen (Holland) unverletzt überstanden hatte, zog sich der australische Motorrad-Rennfahrer Wayne Gardner in Brands Hatch bei einem Sturz einen Schlüsselbeinbruch und Brüche beider Hände zu.

Kopfschutz für Boxer

Rom (dpa) – Bei den Box-Weltmeisterschaften der Junioren (17. bis 26. November in Santa Domingo) müssen alle Teilnehmer erstmals einen Kopfschutz tragen. Das beschloß das Exekutivkomitee des Internationalen Amateur-Box-Verbandes (AIBA).

Doch Führerschein-Entzug

Frankfurt (dpa) – Der österreichische Rallye-Fahrer Walter Smolej, Gewinner der deutschen Meisterschaft, hat in einem Schreiben an die Oberste Nationale Sportbehörde (ONS) den Entzug seines deutschen Führerscheins am 21. Juni wegen eines Alkoholdeliktes bestätigt. Zunächst hatte er den Vorwurf bestritten.

Robert Hübner fiel zurück

Tilburg (dpa) – Durch eine Niederlage gegen den Ungarn Lajos Portisch hat der deutsche Großmeister Robert Hübner (Porz) beim internationalen Schach-Turnier in Tilburg (Holland) seine Chancen auf einen Spitzenplatz eingebüßt. Er fiel auf den elften Platz zurück.

Uruguay im Finale

Montevideo (sid) – Im Finale um den Südamerika-Cup stehen sich die Fußball-Nationalmannschaften von Uruguay und Brasilien im ersten Spiel am 27. Oktober in Montevideo gegenüber. Das Rückspiel ist für den 4. November in Alvador geplant.

Dörrzapfs Rekord verbessert

Langen (sid) – Den Gewichtheber-Rekord des heutigen Bundestrainers Rainer Dörrzapf aus dem Jahr 1969 verbesserte der Wolfsburger Maik Nill. Bei den deutschen Junioren-Meisterschaften erzielte er im Stoßen 178,0 kg (Bisher: 177,5 kg).

Prügel angedroht

Köln (sid) – Der Start des Mülheimer Leichtgewichtsmeisters Werner Schäfer bei den deutschen Box-Meisterschaften ist fraglich. Heute wird der Sportausschuß des Landesverbandes Niederrhein über eine mögliche Sperre des Titelverteidigers entscheiden, nachdem dieser bei den westdeutschen Meisterschaften im Halbfinale vom Ringrichter disqualifiziert worden war und ihm daraufhin Prügel angedroht hatte.

Spandau mußte bangen

Berlin (sid) – Erst der 14:11-Sieg über den ungarischen Meister Vasas Budapest sicherte dem deutschen Wasserball-Meister und Pokalsieger Spandau 04 den Einzug in das Halbfinale im Europapokal der Landesmeister. Zuvor hatten die Spandauer 17:2 gegen Yuzma Istanbul gewonnen und 5:7 gegen den italienischen Meister Pro Recco Genua verloren. Mit 0:6 Punkten schied der Duisburger SV im Wettbewerb der Pokalsieger im Viertelfinale in Split aus.

Das IOC verzichtet

Lausanne (dpa) – Das Internationale Olympische Komitee (IOC) verzichtet darauf, auf dem bereits gekauften Grundstück im Lausanner Vorort Ouchy einen Neubau für seine Büros zu errichten. Massiver Widerstand der Lausanner Bevölkerung, die um einen Teil ihrer schönsten Grünanlagen fürchtete, veranlaßte das IOC, sich nach einem neuen Bauplatz für das geplante große Gebäude umzusehen.

Gelungenes Comeback

Nueva Andalucia (dpa) – Eine gelungene Rückkehr in die europäische Turnier-Tour der Golf-Profis feierte der Hamburger Torsten Giedeon bei den Offenen Meisterschaften von Spanien. Der deutsche Golflehrer-Meister liegt nach drei Runden im vorderen Mittelfeld.

Titel verteidigt

Saint Vincent (dpa/UPI) – Der 30jährige Panamese Eusebio Pedroza verteidigte seinen Titel als WBA-Boxweltmeister im Federgewicht erfolgreich. Nach 15 Runden gewann er gegen José Caba (Dominikanische Republik) nach Punkten.

Gold für deutsche Läufer

Fort Worth (sid) – Sowohl Titelverteidigerin Claudia Bruppacher (Stuttgart) als auch der Heilbronner Joachim Helmle gewannen bei den Rollkunstlauf-Weltmeisterschaften in Fort Worth (US-Bundesstaat Texas) die Goldmedaillen in den Einzelwettbewerben. Eine Silbermedaille gewann Petra Schneider (Heilbronn), während Thomas Scherbag (Koblenz) als Dritter Bronze holte.

2. LIGA

Hertha BSC fällt immer weiter zurück

DW. Bonn

Für den Bundesliga-Absteiger Hertha BSC brechen in der zweiten Liga schwere Zeiten an, sowohl sportlich als auch wirtschaftlich. Nach der 1:2-Heimniederlage gegen Union Solingen fällt Hertha BSC weiter ins Mittelmaß zurück. Nur 6200 Zuschauer sahen die schwächste Saison-Leistung im Berliner Olympiastadion – das bedeutete Minusrekord für diese Saison.

Endgültig auf die Verliererstraße brachte die Berliner ein Fehler ihres Liberos Peter Nogly. Der frühere Hamburger vertändelte den Ball an Jurguleit, der auch noch in aller Ruhe Hertha-Torwart Quasten ausspielen konnte und zum Siegtreffer einschoß.

In der enttäuschenden Berliner Mannschaft erreichten lediglich Ehrmanntraut und Blau eine Normalform. Mit dem neuen Trainer Eckard Krautzun ist Solingen seit fünf Spielen ungeschlagen (9:1-Punkte).

DIE ERGEBNISSE

Wattenscheid – Oberhausen	3:0	(0:0)
Essen – SSC Berlin	4:2	(0:1)
Aachen – Lüttringhausen	1:0	(0:0)
Hannover – Ulm	3:3	(2:0)
Hertha BSC – Solingen	1:2	(1:0)
Köln – Stuttgart	2:0	(2:0)
Darmstadt – Osnabrück	3:0	(0:0)
Duisburg – Schalke	1:1	(1:0)
Karlsruhe – Saarbrücken	5:1	(3:1)
Freiburg – Kassel	0:0	(0:0)

TABELLE

1. Karlsruhe	13	9	3	1	35:14	21:5
2. Schalke	13	8	4	1	28:13	20:6
3. Aachen	13	7	5	1	19:9	19:7
4. Duisburg	13	7	4	2	24:9	18:8
5. Kassel	13	7	3	3	29:15	17:9
6. Solingen	13	6	5	2	21:15	17:9
7. Freiburg	13	6	5	2	18:14	17:9
8. Hertha BSC	13	4	5	4	25:20	13:13
9. Köln	13	4	5	4	27:24	13:13
10. Darmstadt	13	4	4	5	17:26	12:14
11. Essen	13	4	3	6	21:23	11:15
12. Wattensch.	13	3	5	5	16:18	11:15
13. Saarbrücken	13	4	3	6	16:29	11:15
14. Ulm	13	3	4	6	23:27	10:16
15. Osnabrück	13	4	2	7	11:23	10:16
16. Lüttringh.	13	3	3	7	12:21	9:17
17. SCC Berlin	13	4	1	8	12:24	9:17
18. Oberhausen	13	3	2	8	14:21	8:18
19. Hannover	13	1	6	6	15:26	8:18
20. Stuttgart	13	1	4	8	15:27	6:20

DIE VORSCHAU

Freitag, 28. 10., 20.00 Uhr: Osnabrück – Hertha, Solingen – Hannover, Schalke – Freiburg; **Samstag, 29. 10., 15.00 Uhr:** SCC Berlin – Darmstadt, Ulm – Duisburg, Kassel – Karlsruhe; 15.30 Uhr: Saarbrücken – Wattenscheid; **Sonntag, 30. 10., 15.00 Uhr:** Oberhausen – Aachen, Lüttringhausen – Köln, Stuttgart – Essen.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

Amateur-Länderpokal, Herren, 2. Runde, Gruppe 1: Hessen – Baden 2:2, Bremen – Berlin 2:1. – Gruppe 2: Württemberg – Rheinland 0:1. – Gruppe 3: Saarland – Westfalen 1:0. – Gruppe 4: Schleswig-Holstein – Südbaden 5:1, Hamburg – Niederrhein 3:0.

EM-Qualifikation, Damen, in Brüssel: Belgien – Deutschland 1:1 (1:0).

„DDR"-Oberliga, 8. Spieltag: Erfurt – Halle 2:2, Leipzig – Dresden 2:2, Aue – Union Berlin 2:0, Rostock – Magdeburg 0:0, Dynamo Berlin – Jena 5:0, Riesa – Karl-Marx-Stadt 1:1, Frankfurt – Leipzig 2:0.

Erste englische Division: Arsenal – Nottingham 4:1, Birmingham – Tottenham 0:1, Coventry – Bromwich 1:2, Everton – Watford 1:0, Ipswich – Leicester 0:0, Luton – Southampton 3:1, Notts – Stoke 1:1, Queen's Park – Liverpool 0:1, Sunderland – Manchester United 0:1, West Ham – Norwich 0:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Charlottenburg – Heidelberg 83:82, Wolfenbüttel – Leverkusen 61:82, Bayreuth – Osnabrück 85:93, Köln – Hagen 73:68, Göttingen – Gießen 79:53. – Bundesliga, Damen, 3. Spieltag: Köln – Düsseldorf 64:89, Porz/Hennef – Leverkusen 79:85, Leimen – Nürnberg 57:62, Marburg – München 59:67.

EISHOCKEY

Bundesliga, 15. Spieltag: Rießersee – Kaufbeuren 4:2, Rosenheim – Freiburg 7:4, Köln – Landshut 7:5, Düsseldorf – Iserlohn 5:3, Schwenningen – Mannheim 2:4.

HANDBALL

Vierländerturnier in Dänemark, Herren: Dänemark – CSSR 23:21, Deutschland – Jugoslawien 18:17, Dänemark – Deutschland 12:12, CSSR – Jugoslawien 20:26.

1. Deutschland	2	1	1	0	30:29	3:1
2. Jugoslawien	2	1	0	1	43:38	2:2
3. CSSR	2	1	0	1	43:47	2:2
4. Dänemark	2	0	1	1	33:35	1:3

Damen: Jugoslawien – Deutschland 24:16, Dänemark – Deutschland 10:17, Dänemark – CSSR 18:18.

1. Jugoslawien	2	2	0	0	44:30	4:0
2. Deutschland	2	1	0	1	33:34	2:2
3. CSSR	2	0	1	1	32:38	1:3
4. Dänemark	2	0	1	1	28:35	1:3

RINGEN

Bundesliga, 10. Wettkampftag, Gruppe West: Köllerbach – Königshofen 27,5:11, Witten – Schifferstadt 18:19, Aldenhofen – Bonn-Duisdorf 23:15. – Gruppe Süd: Hallbergmoos – Freiburg-Haslach 15:23, Reilingen – Aalen 22:15, Urloffen – Triberg 23,5:14,5, Freiburg St. Georgen – Wiesental 15:23.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, vorgezogenes Spiel vom 5. Spieltag: Kaiserberg – Saarbrücken 9:3.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Leverkusen – SSF Bonn 2:3, Frankfurt – Paderborn 0:3, Norderstedt – München 2:3. – Bundesliga, Damen, 1. Spieltag: Münster – Berlin 3:0, Oythe – Vilsbiburg 3:0, Darmstadt – Stuttgart 1:3.

WASSERBALL

Europacup der Landesmeister, Viertelfinale in Berlin: Spandau 04 – Istanbul 17:2, Spandau 04 – Vasas Budapest 5:7. – Europacup der Pokalsieger, Viertelfinale in Split: Duisburg 98 – BVSC Budapest 4:10.

GEWICHTHEBEN

37. Welt- und 42. Europameisterschaften in Moskau, erster Tag, Fliegengewicht (bis 52 kg): Reißen, WM: 1. Terziski (Bulgarien) 115 kg (eig. Weltrekord eingestellt), 2. Gutowski (Polen) 112,5, 3. Miyashita (Japan) 107,5. – Reißen, EM: 1. Terziski 115 kg, 2. Gutowski 112,5, 3. Leletko (Polen) und Olah (Ungarn) beide 107,5. – Stoßen WM und EM: 1. Terziski 150 kg (Weltrekord), 2. Leletko 140, 3. Gutowski 137,5. – Olympischer Zweikampf, WM und EM: 1. Terziski 265 kg (Weltrekord), 2. Gutowski 250, 3. Leletko 247,5.

RADSPORT

Baracchi-Mannschaftszeitfahren der Profis (Pontevera–Pisa 98 km): 1. Gisiger/Contini (Schweiz/Italien) 2:05:05 Std., 2. Van der Poel/Kuiper (Holland) 2:06:15, 3. Prim/Segersall (Schweden) 2:08:39.

BOXEN

Weltcup-Turnier in Rom, Amateure, Halbfinale: Fliegen: Reyes (Kuba) – Lessov (Bulgarien) 5:0 n. P., Huh (Südkorea) – Fenech (Australien) 5:0 n. P. – Feder: Sollet (Kuba) – Ferracuti (Italien) kampflos (Verletzung), Nurkazow (UdSSR) – Rauschning („DDR") 4:1 n. P. – Halbwelter: Duvergel (Kuba) – Schischow (UdSSR) 3:2 n. P., Bacskai (Ungarn) – Tawee (Thailand) 3:2 n. P. – Halbmittel: Casamonica (Italien) – O'Sullivan (Kanada) 3:2 n. P., Laptew (UdSSR) – Hunger („DDR") 3:2 n. P. – Halbschwer: Womack (USA) – Skrzecz (Polen) kampflos (Verletzung), Katschanowski (UdSSR) – Ismail (Irak) 5:0 n. P. – Superschwer: Payne (USA) – Miroschnitschenko (UdSSR) 5:0 n. P., Damiani (Italien) – Kaden („DDR") 5:0 n. P.

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: Love Letter (P. Alafi), 2. Champ, 3. Oh Lord, Toto: 32/18, 22, 30, ZW: 496, DW: 6752, 2. R.: 1. Gollau (H. Deckers), 2. Cellino, 3. Falnarich, Toto: 56/17, 20, 15, ZW: 324, DW: 840, 3. R.: 1. Fernruf (E. Harzheim), 2. Gomera, 3. Matthes, Toto: 52/14, 12, 16, ZW: 792, DW: 4000, 4. R.: 1. Syrologe (R. Ording), 2. Campala, 3. Falkenhorst, Toto: 44/19, 22, 78, ZW: 356, DW: 15 464, 5. R.: 1. Neu Game (E. Harzheim), 2. Oscentia, 3. Margritte, Toto: 28/15, 19, 18, ZW: 524, DW: 1052, 6. R.: 1. Monte Christo (J. Oribuel), 2. Feueropal, 3. Mauritio, Toto: 168/42, 16, 54, ZW: 760, DW: 25 400, 7. R.: 1. Zola (St. Wegner), 2. I'm a Lad, 3. Anisette, Toto: 64/22, 22, 18, ZW: 912, DW: 3004, 8. R.: 1. Ordensstern (P. Alafi), 2. Arras, 3. Newcomer, Toto: 11, 26, 13, ZW: 428, DW: 1828, 9. R.: 1. Ginsterpracht (U. Kuckenburg), 2. Pair, 3. Kaskadeur, Toto: 44/22, 154, 26, ZW: 3952, DW: 24 984, 10. R.: 1. Wegweiser (S. Klein), 2. Omura, 3. Laterna, Toto: 144/34, 17, 22, ZW/: 776, DW: 9712.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 6, 13, 21, 30, 37, Zusatzzahl: 5. – Spiel 77: 0 6 3 8 2 4 6. – **Rennquintett:** Rennen A: 4, 10, 8. Rennen B: 33, 29, 23. – Glücksspirale: Endziffern: 78, 655 9806, 69 815, 74 210, 4 711 822. – Prämienziehung: 115 630, 583 737, 160 422.

(Ohne Gewähr)

BOGENSCHIESSEN

Silber für „ganz tolle Mädchen ..."

sid. Los Angeles

Bundestrainer Franz Baum war nach der Vize-Weltmeisterschaft der deutschen Bogenschützinnen in Los Angeles sichtlich gerührt: „Ganz tolle Mädchen sind das. Was die in diesen Tagen hier geleistet haben, ist einfach unwahrscheinlich." Die „tollen Mädchen", die mit 7520 Punkten hinter Südkorea (7704) und vor Gastgeber USA (7465) Silber holten, waren die 18jährige Doris Haas (Gengenbach-Schwaibach), die 23jährige Manuela Dachner (Höfen) und die 43jährige Miloslava Zahradnicek (Walderhof).

Mit dem Gewinn der Silbermedaille qualifizierten sich die deutschen Damen für die Olympischen Sommerspiele 1984 an gleicher Stelle. Miloslava Zahradnicek, die vor 15 Jahren aus der CSSR kam, schnitt als achte am besten im deutschen Team ab. „Wirklich großartig", meinte Franz Baum dazu.

HOCKEY

Keimer hielt vier Siebenmeter

sid. Leverkusen

Alter und neuer Feldhockey-Meister der Damen ist der RTHC Bayer Leverkusen. Die Leverkusenerinnen gewannen auf eigener Anlage vor 1000 Zuschauern das 38. Endspiel der seit 1940 ausgetragenen Titelkämpfe erst nach einem Siebenmeterschießen mit 3:1 gegen Blau-Weiß Köln. In der Neuauflage des im letzten Jahr von den Leverkusener Damen mit 1:0 gewonnenen Finales hatten die beiden Teams in den 70 Minuten der regulären Spielzeit und der halbstündigen Verlängerung keinen einzigen Treffer zustande gebracht.

Beste Spielerin auf dem Platz war einmal mehr die 23jährige Nationaltorhüterin Susi Schmid, die in der 79. Minute einen von der Kölnerin Uschi Keimer glänzend plazierten Siebenmeter aus dem Torwinkel fischte und dieses Kunststück im Penalty-Schießen gegen Uschi Keimer, Elke Düll und die 119malige Rekordnationalspielerin Birgit Hagen wiederholte.

Bremens FDP diskutiert ihre Wahlniederlage

dpa/AP, Bremen

Der Bremer FDP-Landesvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann hat gestern drei Gründe genannt, die zur „bitteren Niederlage" seiner Partei bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft am 25. September geführt haben: den Regierungswechsel in Bonn, die FDP-Koalitionsaussage zugunsten der SPD und die „Emotionalisierungen" für den Bremer SPD-Regierungschef Hans Koschnick kurz vor der Wahl.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag der Bremer FDP diskutierten die Delegierten die Lage der Partei und die Ursachen des 4,6-Prozent-Wahlergebnisses, durch das die FDP aus der Bremischen Bürgerschaft ausgeschlossen wurde. Der Landesvorsitzende übernahm die Verantwortung für die Niederlage, appellierte aber an seine Partei, angesichts der schwierigen Situation zusammenzuhalten und den Landesvorstand wiederzuwählen, der gestern morgen geschlossen zurückgetreten war und sich noch im Laufe des Tages zur Wiederwahl stellte.

In einer kontrovers geführten Debatte sprach sich die Mehrzahl der Redner dafür aus, künftig den Schulterschluß mit Bonn zu suchen. Dem Parteitag lag zudem ein Antrag über die Gründung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft vor.

Außenminister-Konferenz über Reform der EG

Papandreou will London, Paris, Bonn, Brüssel besuchen

DW./dpa/rtr, Athen

Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft haben gestern in einem Athener Vorort ihre als „informelles Treffen" bezeichneten Beratungen beendet. Der erste Tag des Treffens galt in erster Linie dem Ost-West-Verhältnis. Dabei ging es nicht zuletzt um die geplante Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte seine Amtskollegen aus der EG zuvor über seine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko informiert. Andererseits informierte der italienische Außenminister Giulio Andreotti über die Begegnung des Regierungschefs Bettino Craxi mit US-Präsident Ronald Reagan.

Bei den Gesprächen bestand nach Informationen von unterrichteter Seite Übereinstimmung darüber, daß die EG im Verhältnis zur Sowjetunion Festigkeit auf der beschlossenen politischen Linie zeigen solle. Unterstrichen wurde dabei die Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs sowohl in der Raketenfrage als auch auf anderen Gebieten der Ost-West-Beziehungen.

Im Mittelpunkt der Beratung standen gestern die Gemeinschaft belastenden Probleme. Der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, erklärte, die Aussichten auf eine Lösung des drängenden Finanzproblems seien sehr gering. Bei dem Treffen hatten die Außenminister der zehn Mitgliedsstaaten vor allem im Vorfeld der nächsten Sonderratssitzung der EG-Außen-, Finanz- und Agrarminister (vom 9.–12. November in Athen) Fragen der EG-Reform angesprochen.

Während der Konferenz wurde in Athen mitgeteilt, daß der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou sich im November mit persönlichen Besuchen bei den Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland um eine Einigung in den umstrittenen Fragen der Reform der Gemeinschaft bemühen will, damit die Athener EG-Gipfelkonferenz vom 4. bis 6. Dezember ein Erfolg wird.

Die innerhalb der EG geplante Reform sieht drastische Einsparungen in der Agrarpolitik vor und eine gerechtere Verteilung der Finanzlasten der einzelnen Mitgliedsländer sowie die Erschließung neuer Einnahmequellen, damit die Gemeinschaft ihr Tätigkeitsfeld auf neue Aufgaben ausweiten und Spanien und Portugal aufnehmen kann.

Treffen sozialistischer Premiers in Athen endete mit einem Fiasko

Differenzen in Wirtschafts- und Sicherheitspolitik / Papandreou isoliert

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Am Attischen Golf ist vor einigen Tagen eine Illusion begraben worden: der Traum von einem zukunftsweisenden mediterranen „Eurosozialismus". Fünf sozialistische Ministerpräsidenten aus Südeuropa hatten sich in einem Hotel des Seebades Vougliameni bei Athen zu einer Aussprache versammelt, die nach der Besetzung der Machtzentralen in Paris, Rom, Madrid, Lissabon und Athen durch Sozialisten ursprünglich wohl als Siegesdemonstration konzipiert war. Sie wurde zum kaum verhüllten Fiasko. Als der griechische Premier Andreas Papandreou am Ende im Beisein seiner Gäste eine noch immer glaubens- und hoffnungsvolle Bilanz zu ziehen versuchte, wirkte er nach Darstellung eines Augenzeugen neben den skeptisch dreinblickenden Ministerpräsidenten Mauroy, Craxi, Gonzalez und Soares wie der Zelebrant eines obsoleten Kultes vor einer Gruppe von Ungläubigen.

Die zehnstündige Genossenrunde in einem Saal des Artis-Hotels hatte in den wichtigsten Fragen der Wirtschafts- und Außenpolitik weit mehr Gegensätze als Übereinstimmungen evident gemacht. Worauf Papandreou danach noch seine Überzeugung baute, daß in weiteren Meetings dieser Art vielleicht doch noch „ein gemeinsames Prinzip des mediterranen Sozialismus erarbeitet" werden könne, blieb unerfindlich.

In drei Fragen vor allem taten sich zwischen den diskutierenden Genossen Abgründe auf, die schwerlich zu überbrücken sein dürften: in der europäischen Raketennachrüstung, in der Wirtschaftspolitik und in der Frage der Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG.

In der Raketenfrage stellte Craxi den kaum verhüllten neutralistischen Tendenzen Papandreous das uneingeschränkte Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluß entgegen. Craxis „atlantische" Position wurde vorbehaltlos von Mauroy und von Soares geteilt. Gonzalez bekundete „großes Verständnis". Es zeigte sich jedenfalls, daß der griechische Sozialistenführer mit seiner von antiamerikanischen Vorurteilen getragenen Außen- und Verteidigungspolitik unter den südeuropäischen Sozialisten allein dasteht

Auch in der Wirtschaftspolitik fand Papandreou mit seinen von sozialistischem Rigorismus getragenen Vorstellungen und seinem Konzept einer südeuropäischen Koalition gegen die „Egoismen" der nördlicheren EG-Mitglieder und Amerikas wenig Anklang. Craxi gab sich als Chef einer Koalitionsregierung, in der die Sozialisten nur eine kleine Minderheit bilden, ganz pragmatisch, Mauroy sprach vom nachlassenden Enthusiasmus in seinem Land gegenüber der Mitterrand-Regierung und vom „Verrat" der Intellektuellen, Gonzalez machte Front gegen den „wilden Neoliberalismus", bekannte sich jedoch zur „Freiheit des Marktes".

Mario Soares übte die schärfste Selbstkritik. Die von seiner ersten Regierung verwirklichte portugiesische Agrarreform, so sagte er, habe die Kommunisten an die Stelle der Großgrundbesitzer gesetzt. Es müsse Schluß gemacht werden mit dem „Archeo-Sozialismus" und seiner Enteignung der Produktionsmittel. Verstaatlichungen seien „ein Attentat auf die Freiheit des Bürgers".

Hart war die Auseinandersetzung in der Frage der Aufnahme Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft. Soares drohte ganz offen: Wenn dem Aufnahmeantrag Portugals nicht bis Mitte nächsten Jahres stattgegeben werde, sehe sich Portugal gezwungen, Europa den Rücken zu kehren und „andere Wege einzuschlagen". Gonzalez schloß sich diesen Ausführungen – wenn auch in gemäßigterem Ton – an.

Craxi: Italien steht fest zum Doppelbeschluß

F. M. Rom

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi hat während eines USA-Besuchs noch einmal bestätigt, daß Italien unbeirrt am NATO-Doppelbeschluß mit dem Ziel der Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa festhält. Sollten die Genfer Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, werde „programmgemäß" mit der Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen auch in Comiso auf Sizilien begonnen werden. Die ersten der 112 Cruise-Missiles sollen allerdings nicht schon Ende dieses Jahres, sondern erst im kommenden Frühjahr installiert werden. Von italienischer Regierungsseite wird dazu erklärt, diese Verzögerung sei auf technische, nicht auf politische Faktoren zurückzuführen. Italiens Alliierte seien davon unterrichtet worden und hätten zugestimmt. Zum Vorschlag des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, den Stationierungsbeginn in Europa um ein halbes Jahr zu verschieben, sagte Craxi in Washington, solange die Sowjetunion auf ihrer jetzigen Position beharre, sei eine Verschiebung nicht möglich. Nur wenn Moskau seine Haltung ändern und das Nachrüstungsbedürfnis der NATO akzeptieren würde, „könnte es sich vielleicht als nützlich erweisen, Zeit zu gewinnen".

Grenadas neue Führer sind isoliert

AFP, Washington/Rio de Janeiro

Nach dem blutigen Putsch auf Grenada haben die USA am Wochenende einen Flottenverband von zehn Kriegsschiffen mit nahezu 2000 Marineinfanteristen vor die Karibik-Insel entsandt. Aus militärischen Kreisen des Pentagon hieß es, die Schiffe, darunter der Flugzeugträger „Independence", seien von ihrem ursprünglichen Weg nach Libanon umdirigiert worden. Sie hätten ausschließlich den Auftrag, im Gefahrenfall die etwa 1100 in Grenada lebenden US-Bürger zu evakuieren.

Grenadas „revolutionärer Militärrat" gerät unterdessen immer mehr international auf die Anklagebank und damit zusehends in die Isolation. Die karibischen Nachbarn wollen die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Insel aus der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft „Caricom" ausschließen. General Hudson Austin, derzeit anscheinend der starke Mann in Grenada, und seine Mitstreiter haben es dadurch noch schwerer, ihre Herrschaft zu stabilisieren.

Die Kubaner haben am Wochenende zum ersten Mal über die Vorgänge auf der Nachbarinsel berichtet. Die Nachrichtenagentur „Prensa Platina" veröffentlichte eine Erklärung, die den blutigen Verlauf der innerparteilichen Fehden der marxistischen „New Jewel Movement" scharf verurteilt. Havana ordnete wegen des Todes von Bishop eine dreitägige Trauer auf Kuba an.

Kuba ist selbst in eine schwierige Lage geraten. Denn die bisherigen Sieger des Machtkampfes in Grenada, dem engsten Verbündeten in der Karibik, sind noch doktrinärere Marxisten als der ermordete Maurice Bishop. General Austin beispielsweise, der Chef des Militärrates, kommandierte die von kubanischen Beratern ausgebildete und mit sowjetischen Waffen ausgerüstete „revolutionäre Volksarmee": etwa 2000 Mann, aus dessen Reihen die tödlichen Schüsse auf Bishop und die Demonstranten abgefeuert wurden. Major Ted Cornwall, Nummer zwei im Militärrat, amtierte bis Mitte Oktober als Grenadas Botschafter in Havana; der bisherige Vizepremier Windson Bernard Coard war es, der die Revolution in Grenada auf einen noch radikaleren Kurs, nach dem Muster Kubas, bringen wollte, wogegen sich Bishop gesträubt hatte. Von Coard wird angenommen, daß er sich so lange im Hintergrund halten wird, bis sich die Wogen geglättet haben, um dann mit der Billigung Kubas die Regierung zu übernehmen.

Seite 2: Mord am Freund

Hunderttausende demonstrierten friedlich in Europa

● Fortsetzung von Seite 1

folgte ihnen eine Aktionsgruppe aus Unna mit Raketenattrappen.

Vor rund 200 000 Menschen auf dem Stuttgarter Schloßplatz erklärte der SPD-Politiker Erhard Eppler, daß es „in Deutschland keine Ruhe geben wird, solange diese Raketen hier stehen – und dann die anderen noch schnelleren in der DDR". Wenn nachgerüstet werde, stehe noch mehr zur Debatte als die Raketen, nämlich „das ganze System einer Abschreckung, das den Krieg nicht abhält, sondern ansaugt".

Vor dieser Kundgebung war es durch die Bildung einer „Menschenkette" zwischen Stuttgart und Neu-Ulm zu einem Höhepunkt der Aktionswoche gekommen.

Zur größten Massenkundgebung seit Kriegsende entwickelte sich die „Volksversammlung Nord" auf dem Hamburger Rathausmarkt und in den umliegenden Straßen der Innenstadt. Lothar Zimmermann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, erklärte, daß „wir nicht zulassen werden, daß Europa zu einem atomaren Pulverfaß gemacht wird, dessen Lunte in der Hand ausländischer Militärs liegt".

Im Anschluß an die Veranstaltung kam es dann zu den einzigen Gewalttätigkeiten während der Kundgebungen am Sonnabend: Die Grün-Alternative Liste (GAL) hatte zu Aktionen gegen den Axel Springer Verlag aufgerufen. Im Verlauf der etwa fünf Stunden dauernden Ereignisse rund um das weiträumig abgesperrte Verlagshaus in der Hamburger Innenstadt wurden Personenwagen umgestürzt, ein Auto angezündet, Fensterscheiben eingeworfen und amerikanische Fahnen verbrannt. Zeitweise kam es zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen dem harten Kern der Randalierer und der Polizei, die mit Steinwürfen und Baulatten „bekämpft" wurde. Bei den Krawallen wurden fünf Beamte verletzt, 26 Demonstranten festgenommen.

Parallel zu den Veranstaltungen der Friedensbewegung hatte die Union zu eigenen Kundgebungen in Wolfenbüttel und München aufgerufen. Vor mehr als 10 000 Menschen sagte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in der bayerischen Hauptstadt, die „Friedensbewegung" arbeite letztlich den Machtinteressen der Sowjetunion in die Hände. Für Moskau sei Politik eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Mitarbeit in der NATO sei für die Bundesrepublik Deutschland das einzige Mittel, den dritten Weltkrieg zu verhindern. Dieser werde so lange nicht stattfinden, wie der Westen stark genug sei, eine Aggression zum „selbstmörderischen Risiko" für die Sowjetunion zu machen.

Auch im Ausland kam es am Wochenende zu Demonstrationen gegen eine mögliche westliche Nachrüstung. So gab es Massenkundgebungen in Paris und Brüssel, in Rom, Wien und Madrid.

*

Rund 100 Personen sollen am Sonnabend in Ost-Berlin von den Sicherheitsbehörden der „DDR" mehrere Stunden lang festgenommen worden sein. Wie in West-Berlin verlautete, sollten offensichtlich Pazifisten aus der „DDR" an einer Solidaritätskundgebung zum Abschluß der westdeutschen Friedenswoche gehindert werden.

Montag, 24. Oktober 1983
Nr. 248

WELT DER WIRTSCHAFT

Die letzte Waffe

J. G. – Der Schritt ist spektakulär. Drei Jahrzehnte nach dem zu Recht als segensreich gedachten Aufbruch in den gemeinsamen Europa-Markt des zoll- und abgabefreien Produzentenwettbewerbs hat nun die Bundesregierung der Brüsseler EG-Kommission angedroht, für subventionierte Stahleinfuhren auf den deutschen Markt eine abschöpfende Grenzausgleichsabgabe einzuführen. Der Drohung soll die Tat folgen, wenn anders die preisdrückende Subventionslawine der Nachbarn nicht mehr zu bremsen sein sollte. Am Beginn des schon zehnten Jahres der europäischen Stahlkrise greift da Kohls Regierung zur letzten Waffe der Verteidigung deutschen Stahlpotentials, die SPD-Vorgänger Schmidt trotz jahrelangen Drängens der Produzenten nicht zücken mochte. Der Grund ist jetzt der gleiche wie vor Jahren.

Bis zu einem Drittel der Produktionskosten subventionieren die anderen EG-Länder aus der Staatskasse ihr größtenteils verstaatlichtes Stahlpotential, um den aus vielen Gründen unausweichlichen Teilrückzug der Europäer vom noch wachsenden Welt-Stahlmarkt tunlichst auf die Deutchen abzuwälzen. Denn die sind noch privatwirtschaftlich organisiert und kaum alimentiert.

Die Hütten zu oder die Grenzen zu oder die Staatskasse auf. Auf diese üble Konsequenzen aus der Subventionitis haben die deutschen Stahlunternehmen schon lange hingewiesen. Es wird nun, nachdem die Unternehmen in der langen Krise ausgepowert sind, für die Politik akut. Die Ausgleichsabgabe an der Grenze ist zweifellos das kleinste der drei Übel. Aber sie sollte, wenn sie denn unvermeidlich wird, als Herausforderung zur überfälligen Rückkehr in einen freien und fairen Leistungswettbewerb beim Stahl verstanden werden.

Überfällig

HH – Die Forderung nach einer Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs wird zum Dauerbrenner auch in dieser Legislaturperiode. Finanzminister Stoltenberg macht zwar unmißverständlich klar, daß die Haushaltssanierung (also Defizitabbau) für ihn Vorrang habe. Doch läßt sich diese schon heute überfällige Korrektur auch nicht mit dem Hinweis auf die mißliche Lage der Staatsfinanzen beliebig lange hinausschieben – vor allen Dingen auch deshalb nicht, weil sie dann unbezahlbar wird. Gerade in der heutigen Situation scheint der Vorschlag des Instituts „Finanzen und Steuern" zur stufenweisen Korrektur erwägenswert, da er Stoltenbergs schwierige Lage berücksichtigt. Wegen der kombinierten Wirkung von Progression und Geldentwertung – griffig als heimliche Steuererhöhung beschrieben, obwohl „unheimlich" treffender wäre – scheint eine Korrektur in Jahres- oder allenfalls Zweijahresabständen ohnehin geboten. Wenn „Leistung sich wieder lohnen soll", wie es diese Regierung angekündigt hat, muß beim Steuertarif angesetzt werden – je schneller, desto besser.

Teurer Besitzstand

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Wirtschaftliche Vernunft hat nicht Pate gestanden, als sich die Agrarminister der EG in der vergangenen Woche auf einen stärkeren Preis- und Einfuhrschutz für Obst- und Gemüseerzeugnisse verständigten. Gleichwohl ist der Luxemburger Kompromiß politisch vertretbar. Den meisten Delegationschefs jedenfalls stand am Ende Erleichterung ins Gesicht geschrieben. Manche Beobachter hatten längst die Hoffnung aufgegeben, daß die „Zehn" überhaupt noch die Kraft zu einer Einigung aufbringen würden.

Erleichtert sein werden auf jeden Fall die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft. Sie können sich nun ersparen, beim nächsten Gipfeltreffen auch noch die Probleme des Artischocken- und Zitrusmarktes zu erörtern. Das Verhandlungspaket für den Athener Gipfel ist ohnehin so überfrachtet, daß es nur schwer zu handhaben ist. Wenigstens in einigen Bereichen der geplanten EG-Reform müssen Vorklärungen erfolgen.

Die im Grundsatz beschlossenen neuen Marktregelungen schaffen die von den südlichen EG-Ländern immer wieder geforderte „Anpassung des Besitzstandes" für Mittelmeer-Erzeugnisse. Gemeint ist damit ein Ausbau der Preis- und Absatzsicherungen auf ein ähnliches Maß, wie es die Erzeuger von Getreide und Milchprodukten im Norden der Gemeinschaft besitzen. Seit Jahr und Tag klagen vor allem die Italiener darüber, daß sie bei der Verteilung der Brüsseler Agrarmilliarden schlechter wegkommen als die viel weniger bedürftigen nördlichen Mitgliedsländer. Unterstützung fanden sie damit besonders in Frankreich, wo die Obst- und Weinbauern chronisch unzufrieden sind und der Regierung zusetzen, den EG-Beitritt Spaniens und Portugals zu vereiteln.

Es ist zwar fraglich, ob die Gemeinschaft gut daran tut, die Fehler der Vergangenheit fortzusetzen und nun noch auf einem so komplizierten Sektor wie beim Wein und Obst starre Interventionsregeln zu schaffen. Dagegen spricht schon, daß die mit öffentlichen Mitteln aus dem Markt genommenen Erzeugnisse noch schwerer zu verwenden sind als Getreide oder Kühlhausbutter. Eine Berechtigung ist den Forderungen Italiens, Frankreichs und Griechenlands indes nicht völlig abzusprechen. Immerhin werden diese drei Länder aller Voraussicht nach die größten Opfer für die geplante Süd-Erweiterung bringen müssen.

Während nämlich die Bauern in den nördlichen EG-Regionen für ihre Exporterzeugnisse sogar neue Märkte gewinnen, müssen die im Süden ihre bisherigen Handelsvorteile in der Zehnergemeinschaft künftig mit Portugal und Spanien teilen. Gegenwärtig ist Italien mit 49 Prozent der Obst- und nahezu 40 Prozent der Gemüseerzeugung mit Abstand der wichtigste Produzent der EG. Schon 1981 allerdings erreichte der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft bei Gemüse 99,2, bei Obst (ohne Zitrusfrüchte) 84,1 Prozent.

Die Zurückhaltung der nördlichen EG-Länder, beim Ausbau der Marktordnung mitzumachen, rührt vor allem von der Besorgnis her, zusätzliche Produktionsanreize zu schaffen und damit die Überschußprobleme der Landwirtschaft weiter zu verschärfen. Schließlich ist die EG gerade dabei, sich Gedanken über eine Begrenzung der Agrarausgaben zu machen. Die jüngsten Beschlüsse sind da kein Schritt in die richtige Richtung.

Aber was konnte die Bundesregierung anderes tun, als den Marktordnungsvorschlägen einige „Giftzähne" zu ziehen und schlimmste Fehlentwicklungen in Richtung auf verbraucherfeindliche Import- und Vermarktungsregeln zu bremsen? Bonn wußte, daß die Erweiterung nicht zum Nulltarif zu haben sein würde. Auch Italien und Frankreich haben andererseits von manchen früheren Forderungen Abstand genommen und so den Weg für den Beginn der Beitrittsgespräche im Agrarbereich geebnet.

Die Erweiterungsverhandlungen jedenfalls konnten nicht länger wegen des internen EG-Streits hinausgezögert werden. Sowohl der spanische wie der portugiesische Regierungschef haben bereits damit gedroht, sich nach Alternativen für die EG-Mitgliedschaft umzusehen. Was bleibt, ist nur noch die Hoffnung, die Kosten im Rahmen der geplanten Reform der Agrarpolitik im Griff zu behalten. Sie allerdings ist vorläufig recht bescheiden.

BGA-UMFRAGE / Raketen-Stationierung dürfte Osthandel kaum beeinträchtigen

Verschuldung der RGW-Staaten ist Haupthindernis für Warenaustausch

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der deutsche Außenhandel rechnet nicht mit einer Beeinträchtigung des Ost-West-Handels, wenn es gemäß dem NATO-Doppelbeschluß zu einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen kommen sollte. Diesen Schluß zieht der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Hans Hartwig, aus einer Umfrage bei Mitgliedsfirmen seiner Organisation. Hemmschuh für den Warenaustausch mit den kleineren osteuropäischen Staaten sei vielmehr die hohe Verschuldung dieser Länder.

„Die osteuropäischen Staaten unterscheiden sehr wohl zwischen Außenpolitik und Wirtschaftsbeziehungen", betonte Hartwig gegenüber der WELT. Einen Zusammenhang zwischen der Stationierung und dem Warenaustausch mit den Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe RGW herzustellen, hätten mehrere Firmen als „absurd" bezeichnet.

Immerhin hätte die Sowjetunion auf das westliche Embargo aufgrund der Okkupation Afghanistans zunächst nicht reagiert. Zu Retorsionsmaßnahmen, wie gegenüber den USA, und zwar durch den Stopp und die Umlenkung von Getreidekäufen auf andere Länder, sei es erst gekommen, als Washington den Technologie-Boykott mit exterritorialer Wirkung verschärft habe.

Nach Ansicht der Firmen dürfe der politische Einfluß auf den Osthandel nicht überschätzt werden. Die starke Zunahme in der ersten Hälfte der siebziger Jahre habe ihren Grund vor allem in der Öffnung des Ostblocks nach außen, in dem bewußten Zukauf von westlicher Technologie gehabt. Die seit 1975 zu beobachtende Erlahmung habe vor allem an der stark angeschwollenen Verschuldung gelegen. Trotz aller politischen Einflüsse sei das Gewicht des deutschen Osthandels mit einem Anteil von rund fünf Prozent am gesamten Außenhandel relativ konstant geblieben.

Allerdings hat es in den vergangenen Jahren innerhalb des Warenaustausches mit den RGW-Staaten erhebliche Verschiebungen gegeben. Sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren entfällt jetzt mehr als die Hälfte auf den Handel mit der Sowjetunion, früher war es nur rund ein Drittel. Die Sowjetunion ist auch das einzige Land, in das die deutschen Exporte in der ersten Hälfte dieses Jahres mengenmäßig noch gestiegen sind. Sie nahmen um 28 Prozent auf 5,8 Milliarden Mark zu.

Ohne dieses Plus wäre der deutsche Ost-Export, der so noch um neun Prozent auf 9,6 Milliarden Mark zugenommen hat, bereits gesunken. Denn die Lieferungen nach Rumänien, das immer noch mit erheblichen Verschuldungsproblemen fertig werden muß, gingen weiter um 36 Prozent auf nur noch 333 Millionen Mark zurück. Das ungarische Reformmodell hat zwar in der Binnenwirtschaft Erfolge aufzuweisen, die sich jedoch im Westhandel noch nicht ausgewirkt haben. Die deutschen Lieferungen nahmen in den ersten sechs Monaten um 21 Prozent auf 1,1 Milliarden Mark ab. Bei den Lieferungen nach Polen ist nach dem kräftigen Rückgang der letzten Jahre eine Stabilisierung eingetreten. Sie stagnierten bei einer Milliarde Mark.

Der BGA hält es für fraglich, daß die osteuropäischen Länder ihre Abstinenz beim Import von industriellen Anlagen und Ge- und Verbrauchsgütern aus dem Westen durchhalten können. Diese Länder würden Gefahr laufen, daß sie technologisch gegenüber dem Westen immer mehr in Rückstand geraten würden. Eine Ausnahme sei jedoch die Sowjetunion aufgrund ihrer größeren Exportfähigkeit. Sie könne sich durch den Verkauf von Rohstoffen und Energieträgern die Devisen beschaffen, um die Technologieimporte weltweit zu finanzieren.

Bei den anderen Ländern warten die Firmen auf eine Lösung der Verschuldungsproblematik. Diese werde auch dadurch erschwert, daß diese Länder ihre Lieferungen wegen des EG-Agrarprotektionismus und der bestehenden Hemmnisse im Textil- und Stahlbereich nicht entsprechend ausdehnen können. Immerhin habe sich die gesamte Westverschuldung des Ostblocks innerhalb eines Jahrzehnts auf rund 90 Milliarden Dollar verzehnfacht.

US-AKTIENMÄRKTE

Stimmung nach Sturz der Computerwerte umgeschlagen

H.-A. SIEBERT, Washington

Buchhalterisches Taktieren hat an den US-Aktienmärkten makroökonomische Überlegungen verdrängt. Anders kann sich die Wall Street die umgeschlagene Stimmung nicht erklären. Denn angesichts der flott weiter wachsenden amerikanischen Wirtschaft, flankiert von einer nun maßgeschneiderten Geldversorgung und anhaltender relativer Preisstabilität waren die Weichen für eine Fortsetzung der Hausse eigentlich gestellt. Statt dessen fiel der Dow-Jones-Industrie-Index in der vergangenen Woche um 14,68 (Freitag: minus 2,64) auf 1248,88 und der breitere Nyse-Index sogar um 1,03 (0,58) auf 95,74 Punkte. Schlimmer waren die Einbußen noch an der American Stock Exchange, wo das Barometer um 9,79 (2,29) auf 218,5 Punkte sackte.

Ausgelöst wurde der Rückzug durch enttäuschte Gewinnerwartungen, vor allem im Computerbereich. IBM, der Marktführer, verlor am Freitag noch einmal 2,75 Dollar. Obwohl der tiefe Sturz gestoppt worden ist, bleibt die Nummer zwei in den USA, Digital Equipment, gefährdet. Eingereiht in die lange Liste der sinkenden „High Tech"-Werte haben sich Commodore International, Coleco, Computervision und Motorola. Auf der Verliererstraße marschierte auch der größte Konzern der Welt, A. T. T., der im Rahmen der am 1. Januar in Kraft tretenden Entflechtung 5,2 Milliarden Dollar abschreiben muß. Das schockte die Aktionäre.

Damit aber nicht genug. Am Freitag kam es zu einer kleinen Panik, als Gerüchte über Argentiniens bevorstehende Zahlungsunfähigkeit – die Auslandsschulden betragen 40 Milliarden Dollar – die Runde machten. Das ging auf Kosten der Großbanken. Citicorp, Chase Manhattan, Rhemical und J. P. Morgan gaben um zwei und mehr Dollar nach. Die Dementis kamen zu spät. Nach dem Urteil ernst zu nehmender Broker hält die Konsolidierung der Portefeuilles an; die Märkte bleiben nervös. Ein Hemmschuh ist, daß die institutionellen Anleger nicht mehr so gut bei Kasse sind.

In diesem Umfeld hat das weiterhin hohe Wachstumstempo der US-Wirtschaft – Amerikas Bruttosozialprodukt nahm im dritten Quartal um 7,9 Prozent zu, verglichen mit 9,7 und 2,6 Prozent in den beiden vorausgegangenen Vierteljahresperioden – keinerlei Eindruck gemacht. Das erstaunt um so mehr, als sich jetzt die betrieblichen Investitionen und Lageraufstockungen als starke Antriebsmotoren erweisen. Bei moderater Inflation sowie steigender Beschäftigung und verfügbarem Einkommen erhöht sich deutlich die reale Kaufkraft der US-Konsumenten, so daß der Einzelhandel nach einer Voraussage von US-Handelsminister Baldrige mit einem „sehr guten Weihnachtsgeschäft" rechnen kann. In Washington herrscht zudem Übereinstimmung darüber, daß die amerikanischen Zinsen im Augenblick „klar nach unten tendieren", und die Teuerung 1984 nur vier bis fünf Prozent ausmachen wird.

AUF EIN WORT

„Durch behinderten Strukturwandel ist unsere Wettbewerbsfähigkeit gerade auf den Märkten schwach, die hohe Wachstumsraten haben. Die wichtigste Ursache ist der Mangel an neuartig qualifiziertem, jungem Personal, der ohne Schrittmacherfunktion der Hochschulen nicht zu beheben ist."

Prof. Dr.-Ing. Rainer W. Hartenstein, Universität Kaiserslautern.
FOTO: DOROTHEA MEIER

Jungunternehmer für „weniger Staat"

dpa/VWD, *Nürnberg*

Für eine „Rückdämmung des Staates" in seine eigentlichen Aufgabenbereiche nach der These „Weniger Staat, mehr privat" sprachen sich die deutschen Jungunternehmer in Nürnberg aus. Gleichzeitig betonten sie zum Abschluß der Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunioren am Wochenende, der Unternehmer müsse beweisen, daß er dynamisch nach neuen technischen Möglichkeiten und Märkten suche, sich an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse anpasse und auch Wagnisse nicht scheue. Die Organisation will sich darum im kommenden Jahr verstärkt mit dem Thema der Existenzgründung befassen.

KONJUNKTUR

Ifo registriert besseres Klima in den Industrieländern

dpa/VWD, München

In den Industrieländern wird die wirtschaftliche Lage derzeit günstiger eingeschätzt als noch im Frühjahr. Auch in den Schwellenländern verbesserte sich die Stimmung geringfügig, während sich das Klima in den Entwicklungsländern verschlechterte. Nach dem jüngsten internationalen Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, wird die Entwicklung der jeweiligen Handelsbilanzen dagegen von den Länderexperten nicht nur im Durchschnitt der Industrieländer, sondern auch in Schwellen- und Entwicklungsländern optimistischer gesehen.

Chancen für spürbare Handelsbilanzverbesserungen werden in Brasilien, Jugoslawien, Frankreich, Irland, Dänemark, Südafrika, Neuseeland und in geringerem Maße auch in Argentinien und Mexiko gesehen. Mit einer Verschlechterung sei vor allem in den USA, der Schweiz, Saudi-Arabien, Großbritannien, Israel, Pakistan, Ägypten, Libyen und Griechenland zu rechnen.

Im Durchschnitt aller erfaßten 50 Länder rechnet Ifo im Laufe der nächsten zwölf Monate mit einer weiteren leichten Abschwächung des Preisanstiegs. In den Entwicklungsländern werde es zumindest keine weitere Beschleunigung der nach wie vor relativ hohen Inflationsraten geben. Der US-Dollar werde weiterhin – allerdings fast nur in den Industrieländern – als überbewertet bezeichnet. D-Mark und Yen gelten als unterbewertet.

Als überdurchschnittlich positiv wird das Investitionsklima für ausländische Investoren in den USA, in Taiwan, Indien, Südafrika, Israel, Thailand, Tunesien, Großbritannien und in der Schweiz angesehen.

US-AUTOMARKT

Volkswagen ruft fast 1,6 Millionen Autos zurück

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein schwerer Schlag ist für VW der Rückruf von fast 1,6 Millionen Autos. Auf Drängen der National Highway Traffic Safety Administration in Washington hatte sich VW zu diesem Schritt entschlossen, weil vermehrt Bremsdefekte und Probleme im elektrischen Leitungssystem aufgetreten waren. Weiterhin hinausgeschoben wird dadurch die Erholung auf dem US-Markt, wo der Wolfsburger Konzern bisher am Kaufboom kaum partizipiert hat. In ein schlechtes Licht geraten ist auch das „Made in Germany", weil importierte Autos ebenso betroffen sind. Die Schlagzeilen, daß Volkswagen of America über den Berg sei, haben sich als verfrüht erwiesen. Im September-Vergleich ist ihr Marktanteil, ohne Einfuhren, inzwischen von 1,8 auf 1,4 Prozent gesunken.

In die Werkstätten müssen 650 000 Golf und Sciroccos, die in den Modelljahren 1975 bis 1980 in der Bundesrepublik hergestellt worden sind. Ebenfalls zurückgerufen werden 930 000 VW und Audi der Baujahre 1976 bis 1982. Bei vielen Wagen sind neben defekten Bremsen auch Fehler in der Elektrik festgestellt worden. Die elektrischen Leitungen sind unter den Teppichen verlegt und korrodieren; eingegangen sind 3000 Beschwerden amerikanischer Autofahrer.

Die Konsequenzen sind noch nicht abzusehen. In Frage gestellt ist die Verläßlichkeit der in Amerika sonst hochgeschätzten deutschen Wertarbeit. Damit hat die Behörde in diesem Jahr schon fast 4,6 Millionen ausländische und US-Wagen zurückgerufen. Nicht eingeschlossen sind 1,1 Millionen Autos der General Motors Corporation aus dem Modelljahr 1980.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Finanzminister beraten währungspolitische Fragen

Luxemburg (rtr) – Die Finanzminister der Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden heute in Luxemburg auf Grundlage von Vorschlägen der EG-Kommission über eine effizientere Finanz- und Währungspolitik beraten, mit der die Wirtschaftstätigkeit in der Gemeinschaft neue Impulse erhalten soll. Eine besondere Rolle wird die unter den Mitgliedsstaaten nicht ganz unumstrittene Stärkung der Europäischen Währungseinheit (Ecu) spielen. Außerdem befürwortet die Kommission eine Einbeziehung Großbritanniens in das Europäische Währungssystem (EWS), wobei die Briten allerdings noch Zweifel an dem Nutzen eines baldigen Eintritts haben. Weiterhin dürften die Finanzminister über Maßnahmen beraten, die einen geringeren Kapitalabfluß aus der Gemeinschaft auf andere Kapitalmärkte gewährleisten sollen.

Optimistische Prognose

Washington (sbt.) – Das Conference Board in New York, dem 4000 Unternehmen als Mitglieder angehören, ist mittelfristig optimistischer als andere private Forschungsinstitute. In seiner neuen Konjunktur-Prognose geht es davon aus, daß die US-Wirtschaft um 4,8 Prozent wachsen wird. 1984 und 1985 soll sich das Bruttosozialprodukt um fünf und vier Prozent erhöhen. Die Inflationsrate wird danach von 4,7 im Dezember auf rund sechs Prozent im Durchschnitt des Jahres 1985 steigen. Der Dow-Jones-Industrie-Index soll 1984 durchschnittlich 1287 und ein Jahr später 1314 Punkte erreichen. Mark, Pfund und Yen, so das Board, holen im nächsten Halbjahr gegenüber dem Dollar auf.

Lantzke will zurücktreten

Paris (dpa/VWD) – Der Exekutivdirektor der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris, Ulf Lantzke, will 1984 aus persönlichen Gründen zurücktreten. Lantzke kündigte diesen Schritt für März 1984 an. Sollte bis dahin kein Nachfolger gefunden werden, sei er bereit, das Amt noch einige Monate länger auszuüben. Lantzke war Leiter der Energieabteilung im Wirtschaftsministerium in Bonn, als er im November 1974 zum ersten und bisher einzigen Exekutivdirektor der neugegründeten IEA berufen wurde. Die IEA entstand nach der ersten Ölkrise als Gegengewicht zur Organisation erdölexportierender Länder (Opec). Sie versucht, die Energiepolitik ihrer 21 Mitgliedsländer enger zu koordinieren.

Preiskontrollen verlängert

Brüssel (rtr) – Die Preiskontrollen in Belgien sind von der Regierung bis Ende 1984 verlängert worden. Der belgische Wirtschaftsminister Mark Eyskens begründete diesen Schritt mit dem Erfolg in der Bekämpfung der Inflation. Der Minister sagte eine Inflationsrate für die zwölf Monate bis Dezember von rund sieben Prozent voraus, während im Dezember 1982 ein Stand von knapp über acht Prozent verzeichnet worden war. Unternehmen, die ihre Preise erhöhen wollen, müssen sie von einer amtlichen Kommission überprüfen lassen.

Warnke in Japan

Osaka (dpa/VWD) – Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke wird heute und morgen in Hakone, südwestlich von Tokio, an der 16. Tidewater-Konferenz teilnehmen. Die nach einer kleinen amerikanischen Stadt benannte Konferenz beschäftigt sich in unregelmäßigen Abständen mit der Zukunft der Entwicklungsländer. Bei dem Treffen diskutieren rund 30 Teilnehmer der Kreditgeberländer und der internationalen Finanzinstitutionen Fragen der Entwicklungshilfe.

Insolvenzen gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – In den ersten acht Monaten 1983 sind in der Bundesrepublik 10 925 Insolvenzen gezählt worden. Das waren 9,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Im August habe es mit 1320 Konkursen und Vergleichen einen Zuwachs von 2,2 Prozent gegenüber August 1982 gegeben.

Weg der Kurse

	21. 10. 83	14. 10. 83
Boeing	37,875	39,875
Chrysler	29,25	31
Citicorp	31,25	34,375
Coca-Cola	53,50	54,25
Exxon	39,125	38,875
Ford Motors	66,375	68,125
IBM	127	131,375
PanAm	8	7,375
US Steel	28,125	29,375
Woolworth	36,625	38

STEUERTARIFE

Wachstumsbremse in Teilschritten abbauen

HEINZ HECK, Bonn

„Das deutsche Steuersystem hat sich zu einer fiskalischen Wachstumsbremse entwickelt", kritisiert das Bonner Institut „Finanzen und Steuern" und empfiehlt schon für 1985 die Einführung eines neuen Lohn- und Einkommenssteuertarifs in jährlichen Teilschritten. Wesentliche Merkmale des Tarifs sollten ein von 22 auf zehn Prozent gesenkter Eingangssteuersatz, eine durchgehende Progression bei wesentlich geringerem Progressionsanstieg und ein Spitzensteuersatz von 50 (z. Zt. 56) Prozent sein. Der Grundfreibetrag sollte im Verhältnis der Kaufkraftentwicklung angehoben werden.

Im vergangenen Jahrzehnt sei die Steuerbelastung durch Verschiebungen in der Steuerstruktur „fühlbarer und drückender" geworden: 1970 hatten die direkten Steuern 54,7 Prozent Anteil am Gesamtsteueraufkommen, 1982 schon 58,2 Prozent. Die zahlreichen Einkommensteuerentlastungen hätten zu keinem nachhaltigen Abbau der wachsenden Steuerlast aufgrund heimlicher Steuererhöhungen geführt. Die Lohnsteuerquote, also der Anteil der Lohnsteuer an der Bruttolohn- und Gehaltssumme, sei in dieser Zeitspanne von 11,4 auf 16,8 Prozent gestiegen.

Für 1981 bis 1985 beziffert das von der deutschen Wirtschaft getragene Institut die heimlichen Steuererhöhungen auf rund 46 Milliarden Mark, denen weitere sechs bis acht Milliarden für nicht oder nicht vollständig angepaßte Freibeträge, Freigrenzen hinzuzurechnen seien. Mit einem neuen Steuertarif würde die von der Bundesregierung eingeleitete angebotsorientierte Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite her wirkungsvoll unterstützt.

EG / Kommission erwarb Bürohaus und Baugelände – Brüssel zeigt sich großzügig

Grundstück kostete nur einen Franc

WILHELM HADLER, Brüssel

Nichts ist bekanntlich dauerhafter als Provisorien. Dies gilt auch für den Sitz der EG-Kommission. 25 Jahre nach Inkrafttreten der Römischen Verträge ist über den endgültigen Standort der Europabehörden noch immer nicht entschieden. Die Kommission durfte jedoch jetzt in Brüssel erstmals ein eigenes Gebäude erwerben.

In der Vergangenheit hatten die Mitgliedstaaten immer sofort abgewinkt, wenn sich im Ministerrat die Frage nach einem Grundstückskauf stellte. Um in der Sitzfrage keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, nahmen sie lieber saftige Mieten in Kauf. Der wachsende Personalbedarf (Dauerplanstellen der Kommission ohne Forschungszentren heute rund 9500) zwang zu immer neuen Anmietungen.

Die Wende leitete der Europäische Gerichtshof ein. Er wies die Regierungen darauf hin, daß der Bau eigener Bürogebäude für die Steuerzahler auf Dauer erheblich billiger kommt, zumal wenn die Mieten nach belgischem Muster an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelt sind.

1983 muß allein die EG-Kommission Mieten in Höhe von 113 Millionen Mark aufbringen. Hinzu kommen die Kosten für Sitzungssäle und Büros des EG-Parlaments in Straßburg, Brüssel und Luxemburg, des Ministerrats, des Gerichtshofs, der Investitionsbank und anderer Institutionen. Ein Teil der eigens für die Gemeinschaft errichteten Immobilien ist längst abgeschrieben. Eigentümer sind durchweg staatliche Organe des Gastlandes, zum Beispiel Sozialversicherungsträger.

Die Belgier sahen nach dem Petitum des Rechnungshofs jedenfalls eine Chance, die Kommission ein für allemal in Brüssel heimisch zu machen. Sie boten deshalb der Gemeinschaft ein Grundstücksgeschäft an, das diese kaum ausschlagen konnte.

Für sechs Jahresmieten (rund zehn Millionen Mark) wechselte ein Bürohaus nahe dem Hauptgebäude der Kommission in Gemeinschaftseigentum. Es beherbergt bereits seit 1973 rund 400 EG-Beamte. Daneben erwarb die Gemeinschaft ein angrenzendes, bereits erschlossenes Terrain zum symbolischen Preis von nur einem belgischen Franc (fünf Pfennig). Es umfaßt einschließlich des bebauten Teils 44 000 Quadratmeter und soll später einmal 1100 „Eurokraten" Bürounterkünfte bieten.

Die großzügige Geste wird offiziell damit erklärt, daß der hochverschuldete belgische Staat gegenwärtig keine Mittel freimachen könne, um das leerstehende Grundstück zu bebauen, andererseits vom städtebaulichen Gesichtspunkt alles dafür spreche, die Baulücke möglichst schnell zu schließen. Zu allem Überfluß erhielt die EG auch die vertragliche Zusage, daß der belgische Staat bei einem Abzug der Behörde aus Brüssel das Grundstück wieder zurückkauft.

POLEN-SCHULDEN

Gläubigerländer beraten in Paris

AFP, Paris

Vertreter der 16 westlichen Gläubigerländer Polens treffen in dieser Woche in der französischen Hauptstadt am Rande der Sitzung des „Pariser Clubs" zu Beratungen über die Entwicklung der polnischen Schuldenlage zusammen.

Aus Kreisen, die dem französischen Verhandlungsführer Jean-Claude Trichet nahestehen, verlautete, es werde ein Beitritt Polens zum Internationalen Währungsfonds befürwortet. In diesem Falle wäre es Aufgabe des IWF, die Bedingungen für einen möglichen Kredit und eine Umschuldung der polnischen Auslandsschulden auszuarbeiten. Dagegen ist diese politisch heikle Arbeit bislang hohen Beamten der westlichen Gläubigerländer zugefallen. Andererseits wurde unterstrichen, daß die Aufnahmeprozedur des Internationalen Währungsfonds sehr langwierig ist und eine schnelle Regelung der polnischen Auslandsverschuldung wünschenswert erscheint.

Der Westen hatte erst Ende Juli beschlossen, die Verhandlungen mit Warschau über die polnischen Schulden wiederaufzunehmen, nachdem sie wegen des westlichen Boykotts im Gefolge der Verhängung des Kriegsrechts 18 Monate lang unterbrochen waren. Im August einigten sich die 501 Gläubigerbanken, bei denen Polen nicht verbürgte Handelsschulden in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar hat, auf eine Umschuldung. Polen war Ende 1982 mit 25 Milliarden Dollar im Westen verschuldet.

ENERGIE / US-Stornierungswelle für Atommeiler darf nicht zu falschen Schlußfolgerungen führen

Kostenvorteile sprechen für Kernkraftwerke

HEINZ HECK, Bonn

Die Stornierungswelle für Kernkraftwerke in den USA ist kein Beweis dafür, daß diese Energieart unwirtschaftlich und überflüssig wäre. Mit dieser These hat der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerk Union (KWU), Klaus Barthelt, jetzt vor falschen Schlußfolgerungen aus der amerikanischen Entwicklung gewarnt und zugleich die Unterschiede gegenüber der Situation in der Bundesrepublik verdeutlicht.

Zwar sind, so Barthelt, seit 1974 Aufträge für 97 Kernkraftwerke (acht Hochtemperatur- und 89 Leichtwasserreaktoren) storniert worden. Darüber hinaus würden weitere 13 bis 18 Anlagen als „Stornierungskandidaten" bezeichnet. Die deutlich geringeren Erwartungen an die Strombedarfsentwicklung hätten allerdings nicht nur bei Kernkraftwerken ihre Spuren hinterlassen. Daneben seien wenigstens 39 fossilbefeuerte Kraftwerke (Kohle, Öl oder Gas) abbestellt worden. Legt man nicht nur die Aufträge, sondern die konkreten Planungen zugrunde, so seien nach offiziellen amerikanischen Quellen 84 Kohle-, acht Öl- und zwölf andere fossilbefeuerte Großkraftwerke aus der Planung gestrichen worden.

Dabei sei der Störfall in der Anlage Three Mile Island (TMI 2) in Harrisburg im März 1979 keineswegs der Auslöser für die Kündigungswelle gewesen. „Diese war zu diesem Zeitpunkt seit langem im Gange. 49 Anlagen waren bereits vorher abbestellt worden", betonte Barthelt. Dennoch sieht er in diesem Störfall, der weltweit Schlagzeilen gemacht hatte, „einen scharfen Einschnitt in der amerikanischen Nukleargeschichte". Die ohnehin schon niedrigen Auftragszahlen für Kernkraftwerke seien auf Null gesunken und den amerikanischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) Nachrüstungsauflagen mit erheblichen finanziellen Belastungen gemacht worden. Barthelts Prognose: „Vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftslage und der Strombedarfsentwicklung sind auch in den nächsten Jahren keine weiteren Kernkraftwerksaufträge in den USA zu erwarten."

Die andere Seite der Medaille ist jedoch, daß in den USA heute über 80 Kernkraftwerke mit 64 000 Megawatt in Betrieb und weitere 59 Anlagen mit 66 000 Megawatt im Bau sind.

Zusammen stellt dies eine Leistung von 130 000 Megawatt (MW) dar, also allein an Kernenergie fast 50 Prozent mehr als die gesamte installierte Leistung in der Bundesrepublik mit etwa 90 000 MW: Trotz der erheblichen Abbestellungen der letzten Jahre sei die Kernenergieleistung in den USA immer noch etwa fünfmal so groß wie die der Bundesrepublik. „Eine Kernkraftwerksleistung von 130 000 MW signalisiert wohl wirklich kein Ende", lautet Barthelts Fazit.

Der deutlich niedriger eingeschätzte Strombedarfszuwachs sei die Hauptursache für die Kündigungswelle (in mehr als der Hälfte als Grund genannt). Dagegen tauchte die veränderte Wirtschaftlichkeitsbeurteilung (Kohle/Kernenergie) nur relativ selten als Motiv auf. Barthelt macht jedoch deutlich, daß in einem Land mit kontinentalen Ausmaßen gerade diese Wirtschaftlichkeitsvergleiche je nach Region sehr unterschiedlich ausfielen.

In der Bundesrepublik sei Kernergie in der Grundlast deutlich billiger als deutsche Steinkohle. Barthelt ist sich da mit der Steinkohlewirtschaft „völlig einig", daß Kohlestrom gegenüber Strom aus Kernkraftwerken im Grundlastbetrieb (zugrundegelegt wurden 6500 Jahres-Vollaststunden) etwa 40 Prozent teurer ist. Je weiter man in die Mittellast komme, desto geringer falle dieser Vorteil aus.

Anders in den USA: Hier bewirke die große Kostenspanne für Kohle, daß an manchen Standorten Kohlestrom sogar in der Grundlast billiger sei als Kernenergie. An anderen Standorten sei es umgekehrt. Allerdings falle angesichts des insgesamt niedrigeren Preisniveaus für US-Kohle der Kostenvorteil für die Kernenergie selbst in Gegenden mit teurer Kohle mit nur etwa 20 Prozent deutlich geringer aus als bei uns. Gerade aus diesem Grund warnt Barthelt vor Wirtschaftlichkeitsvergleichen USA – Bundesrepublik: „D i e USA gibt es in diesem Sinne nicht; man muß stets fragen, welche Region der USA man zum Vergleich heranzieht."

GROSSBRITANNIEN

Weiter uneins über Einsparungen

fu. London

Das Kabinett in London unter Vorsitz von Premierministerin Margaret Thatcher hat sich nicht einigen können, in welchen Bereichen die Staatsausgaben im kommenden Finanzjahr 1984/85 (jeweils April) um insgesamt 2,5 Milliarden Pfund (9,7 Milliarden Mark) auf die im letzten Budget festgelegten 126,4 Milliarden Pfund (490 Milliarden Mark) gekürzt werden sollen. Deshalb soll nun ein spezielles Kabinetts-Komitee unter Vorsitz von Lord Whitelaw innerhalb der nächsten vierzehn Tage über Streichungen in den einzelnen Ministerien beraten und dann dem gesamten Kabinett seine Entscheidung vorlegen.

Wie es heißt, sei im Prinzip schon eine Einigung über Kürzungen von 1,5 Milliarden Pfund erzielt worden, die vor allem in den Ministerien Gesundheit und Verteidigung vorgenommen werden. Es wird erwartet, daß Schatzkanzler Nigel Lawson die von dem „Spar-Komitee" empfohlenen und dann vom Kabinett verabschiedeten weiteren Einsparungen vor dem Unterhaus mit der Vorlage seines alljährlichen Herbst-Finanzpakets bekanntgeben wird.

Vor Bankiers und Brokern in der Londoner City betonte Schatzkanzler Lawson, daß die Inflationsrate in Großbritannien im kommenden Jahr weiter zurückgehen werde. Während nahezu alle renommierten Konjunktur-Experten in Großbritannien einen Anstieg auf zwischen sechs und sieben Prozent voraussagen, unterstrich Lawson die Entschlossenheit der Regierung, die Preissteigerungsrate „deutlich" unter fünf Prozent zu drükken.

SÜDKOREA

Gedrosseltes Atomprogramm

m. n. Seoul

Südkoreas ehrgeiziges Atomenergie-Programm muß gedrosselt werden, weil der Strombedarf langsamer als erwartet zugenommen hat. Vier weitere Kernkraftwerke, mit deren Bau in diesem Jahr begonnen werden sollte, sind bis 1986 zurückgestellt worden. Bis zur Jahrhundertwende will Seoul insgesamt 43 Atomkraftwerke in Betrieb nehmen.

Deutsche Anbieter sind auf dem südkoreanischen Markt noch nicht zum Zuge gekommen. Bei den anstehenden Projekten erhofft man sich jedoch Aufträge für den Anlagenbau. Auch für die nächsten Reaktoren werden die Amerikaner (beim Reagan-Besuch im November) den Zuschlag erhalten.

Gegenwärtig laufen drei Kernkraftwerke in Südkorea. Sie liefern 15,4 Prozent (1,9 Megawatt) des gesamten Strombedarfs von 12,4 Megawatt. Die Energieversorgung wird noch zu 55 Prozent durch Rohöl gedeckt; bis Ende der achtziger Jahre soll dieser Anteil auf 40 Prozent verringert werden.

Kürzlich wurde das dritte Atomkraftwerk Südkoreas angefahren. Dabei handelt es sich um einen amerikanischen Westinghouse-Reaktor. Die Bauzeit betrug sechs Jahre. Die 650-Megawatt-Anlage wurde zu einem großen Teil mit Auslandsanleihen finanziert.

Neben Kori I und Kori II, das unlängst in Betrieb genommen wurde, sollen zwei weitere Kernkraftwerke im Süden des Landes entstehen. Die dritte Anlage, die bereits arbeitet, ist der kanadische Candu-Schwerwasser-Reaktor bei Wolsong.

MANAGER-GEHÄLTER

Schweiz liegt an der Spitze

I. Z., Genf

Nach einer Studie des Management-Zentrums Europa in Brüssel verdiente 1982 ein Schweizer Generaldirektor im Durchschnitt 244 000 Mark. Ein amerikanischer Manager erhielt 234 000 Mark, deutsche und französische Manager liegen bei 172 500 Mark. In England und Schweden beträgt das Salär 135 500. Die Zahlen beziehen sich auf Firmen mit 120 bis 185 Millionen Mark Jahresumsatz.

In der Schweiz sind mit 150 000 Mark die Spitzenreiter der Führungskräfte ganz allgemein im Dienstleistungssektor (Banken, Versicherungen – öffentliche Stellen ausgenommen), es folgen der Energiewirtschafts- und Verkehrsbereich mit 137 670, Handel 126 520, Chemie-, Kunststoff- und Mineralölindustrie 126 280, Nahrungs- und Genußmittel 121 490, Holz/Papier/Druck 121 190 Mark. Der vom Konjunkturrückgang stark betroffene Maschinenbau liegt bei den Managementgehältern mit 120 540 Mark immer noch in der oberen Mitte. Weiter hinten erscheinen die Bauwirtschaft mit 116 440 Mark, Elektrotechnik mit 112 690 und auf dem letzten Rang die Textilindustrie mit 108 490 Mark Jahresbruttogehalt (inklusive Bonus/Gratifikation).

Mit der Unternehmensgröße wachsen die Gehälter: So verdient der Chef eines Kleinbetriebs bis zu 99 Beschäftigten 110 250, in einem Großunternehmen ab 1000 Mitarbeiter hingegen 178 840 Mark. Unterschiede gibt es auch bei den verschiedenen Führungsbereichen: Im Kleinbetrieb erhält eine Führungskraft der Gesamtleitung 201 850 Mark, in einem Großunternehmen hingegen 340 920.

IATA

Fluglinien hoffen auf Konjunktur

I. Z., Genf

Erstmals seit 1979 erwarten die rund 80 IATA-Gesellschaften des internationalen Luftverkehrs, den sie weltweit zu 80 Prozent beherrschen, für 1983 wieder Betriebsgewinne in Höhe von 500 Millionen Dollar. Nach Abzug von Zinszahlungen, die sich auf etwa 1,7 Milliarden Dollar belaufen dürften, bliebe aber immer noch ein Verlust von 1,2 Milliarden Dollar, erklärt die IATA in ihrem Jahresbericht 1983.

Im Vorjahr hatte die IATA einen Verlust von 1,8 Milliarden Dollar zu verbuchen. Davon entfallen 1,6 Milliarden auf Zinszahlungen und 200 Millionen auf Betriebsverluste. 1982 gab es nicht ein einziges Verkehrsgebiet mit durchschnittlich kostendekkendem Verkehr, dennoch flogen einzelne Gesellschaften gewinnbringend.

Nach den heute vorliegenden Zahlen ist 1983 bei den Passagieren mit einer Verkehrszunahme von zwei Prozent und bei der Fracht um vier Prozent zu rechnen. Die Kapazität wird um etwa zwei Prozent zunehmen. Da die Erträge etwas rascher wachsen als die Kosten, ist die IATA der Auffassung, das Wellental sei nun überwunden, vorausgesetzt, daß die Kosten- und Kapazitäts-Disziplin beibehalten wird. Die Versuchung hingegen ist groß, denn viele Flugzeuge stehen ungenutzt herum. Bereits die Rückkehr zu einer Einsatzdauer wie vor 1979 würde das Angebot um zehn Prozent in die Höhe treiben. Sofern die konjunkturelle Entwicklung den Fluggesellschaften entgegenkommt, sollten sich die IATA-Gesellschaften 1985 wieder der Gewinnschwelle nähern.

UNCTAD / Nord-Süd-Konfrontation verhärtet sich

Aufträge nicht umgesetzt

IRENE ZÜCKER, Genf

Die dreiwöchige Ratssitzung der Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf brachte eine weitere Verhärtung der Unctad VI Konfrontation zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen. Die Gruppe der 77 (Dritte Welt) zeigte sich enttäuscht, da die Konferenzprobleme nicht gelöst, sondern auf spätere Sitzungen vertagt worden sind. Ziel dieses 27. Rates mit 108 Teilnehmerstaaten war es, die Aufträge von Belgrad umzusetzen. Der einzige angenommene Beschluß – den die Gruppe der 77 bei Ausschluß der Industrieländer unter dramatischen Umständen in einer Abstimmung durchboxte – ist die Resolution über die Süd-Süd-Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Kooperation der Dritten Welt unter sich. Gemäß Entschließung werden 1984 vier Sitzungswochen stattfinden, um ein weltweites Handelspräferenzsystem zugunsten der Entwicklungsländer auszuarbeiten, das sie Ende 1985 einführen wollen.

Alle anderen zentralen Konferenzthemen wurden verschoben: Insbesondere das Arbeitsprogramm Protektionismus und Strukturanpassung wird erst der Ratssitzung im März 1984 vorgelegt. Auch die Exportkreditgarantie-Fazilität, die zur Erleichterung der Exporte zwischen Entwicklungsländern geplant ist und selbsttragend sein soll, wurde an den Finanzausschuß verwiesen, der im Dezember 1984 tagt. Die in Belgrad gegebene Absichtserklärung, den gemeinsamen Fonds eines integrierten Rohstoffprogramms ins Leben zu rufen, wonach der Einsatz des Finanzierungsmechanismus ab Januar 1984 geplant ist, stand nicht auf der Genfer Tagesordnung. Die Realisierung hat sich deshalb verzögert, weil erst 63 Staaten den Rohstoff-Fonds ratifiziert haben bei 90 erforderlichen Unterschriften.

In der Unctad-Ratstagung traten einmal mehr die antagonistischen Haltungen zwischen Norden und Süden zutage: Die Gruppe der Industrieländer möchte, solange die Wirtschaftsflaute anhält, keine weiteren Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt eingehen und erst nach dem Aufschwung bei der Unctad wieder aktiv mitmachen. Die Gruppe der 77 steht dem von Industrienationen angekündigten Aufschwung skeptisch gegenüber und möchte realpolitisch kurzfristige Resultate erzielen. Sie sieht sich deshalb gezwungen, nicht nur zu fordern, sondern auch zur Selbsthilfe zu schreiten. Der Nord-Süd-Dialog ist an seine Grenzen gelangt.

Um die Süd-Süd-Zusammenarbeit voranzutreiben, versuchen die Entwicklungsländer die Unctad zu ihrem Forum zu gestalten, ähnlich der OECD der Industriestaaten. Dies unter Ausschluß der Industrienationen in Fragen, die nur den Süden betreffen. Vor allem die USA, die 25 Prozent des Budgets finanzieren, weigern sich jedoch, in solchen Fällen ihr Mitspracherecht aufzugeben.

NAMEN

Dr. Arthur Fürer, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Nestlé SA., Schweiz, tritt mit Wirkung vom 21. Oktober 83 als Non-Executive Direktor in den Board der Arthur Guiness and sons PLC ein.

Hans Philipsen ist mit sofortiger Wirkung zum Sprecher der Geschäftsführung der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, berufen worden. Er ist Nachfolger von **Dr. Theodor Carl**, der aus gesundheitlichen Gründen mit Wirkung vom 30. Juni 83 ausgeschieden ist.

RENTENMARKT / Bundesbank gab 90 Millionen ab

Zinssenkung geht weiter

Am Rentenmarkt setzte sich in der letzten Woche der Zinssenkungstrend fort. Die Hoffnung auf eine niedrigere Bewertung des Dollar sowie die Diskontsenkung in Japan gaben der Zinssenkungsphantasie neue Nahrung. Die jüngste Bahnanleihe wurde zum Emissionskurs in den offiziellen Handel eingeführt. Die Deutsche Bundesbank konnte im Wochenverlauf fast 90 Millionen Mark öffentliche Anleihen an den Markt abgeben. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post ging nach Berechnungen der Börsen-Daten-Zentrale in Frankfurt von 7,79 auf 7,72 Prozent zurück. Die Rendite aller inländischen Emissionen ermäßigte sich im Wochenverlauf von 7,85 auf 7,83 Prozent. (lf)

Emissionen	21.10. 83	14.10. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,72	7,79	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,67	7,72	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,88	7,90	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,12	8,19	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,83	7,85	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,58	7,60	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,26	8,30	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,83	7,85	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,14	8,20	8,45	10,32	8,32

TRANSPORT UND VERKEHR

Klagen und Suchen – das sind die beiden Pole, zwischen denen sich das Geschehen im Sektor Transport und Verkehr bewegt. Die Klagen kommen aus allen Bereichen und beziehen sich auf die Folgen der Wirtschaftsflaute und auf die leeren Kassen der öffentlichen Hände. Noch wird mit angezogener Handbremse gefahren, denn die konjunkturelle Erholung greift erst langsam. Und weil sich der Verkehrsminister auch in den nächsten Jahren finanziell nach der Decke strecken muß, bleibt die Suche nach Lösungen, wie es sich für die Marktwirtschaft gehört, vornehmliche Aufgabe der Unternehmen und der Unternehmer.



Die Zukunft für den Gütertransport ist alles andere als eben. Nur langsam wird das Tal, in dem sich fast alle Bereiche des Verkehrs befinden, durchfahren. FOTO: DPA

Die Bahn kassiert den größten Teil des Verkehrsetats

Der Bundesverkehrsminister muß sich auch im nächsten Jahr finanziell nach der Decke strecken. Und das, obwohl er für den mit Abstand größten Investitionshaushalt des Bundes zuständig ist. Von den für 1984 vorgesehenen Gesamtausgaben des Verkehrsetats von 24,7 Milliarden Mark sollten 11,6 Milliarden für investive Zwecke verwendet werden. Das sind immerhin 47,1 Prozent des Etats. Allerdings lag die Quote früher stets über 50 Prozent. Der Grund: Weil der Verkehrsetat seit Jahren praktisch eingefroren ist, sinken zwangsläufig die Investitionsmittel, weil an anderer Stelle nicht entsprechend gespart wird.

Mehr als die Hälfte des Verkehrsetats – und zwar 12,9 Milliarden Mark – kommen der Bundesbahn zugute. Davon entfallen 9,4 Milliarden Mark auf die Abgeltung betriebsfremder Lasten. 1,7 Milliarden sind allgemeine Investitionszuschüsse und 1,3 Milliarden Investitionszuschüsse für den Streckenausbau. Knapp eine halbe Milliarde erhält die Bahn an Liquiditätszuwendungen für den Verlustausgleich.

Bei den Etatansätzen hat sich das Ministerium an der finanziellen Situation der Bahn in diesem Jahr und an den Erwartungen für 1984 orientiert. Danach wird die Bahn 1983 voraussichtlich 17,4 Milliarden Mark einnehmen. Eine Summe, die noch nicht einmal ausreicht, um die gesamten Personalausgaben von 20,8 Milliarden Mark auszugleichen. Dieses sind rund zwei Drittel der Gesamtaufwendungen, die für 1983 auf 31,6 Milliarden Mark veranschlagt werden. Immerhin: Vor zehn Jahren lag der Anteil der Personalausgaben bei der Bahn noch über 70 Prozent, inzwischen konnte er aufgrund des Personalabbaus, von dem seit 1974 rund 105 000 Mitarbeiter betroffen waren, um 6,6 Prozentpunkte gesenkt werden.

Im Verkehrsministerium wird davon ausgegangen, daß die Bahn in diesem Jahr rund 14,3 Milliarden Mark nicht durch Einnahmen decken kann. Als erfolgswirksame Leistungen zahlt der Bund 9,6 Milliarden. So daß mit einem Jahresverlust von 4,7 Milliarden Mark gerchnet wird. Allerdings hat der Bahnvorstand auch in diesem Jahr kräftig gegengesteuert.

Da die Konjunktur schlechter als erwartet verlaufen ist, mußten die Einnahmekürzungen gegenüber dem Wirtschaftsplan um mehr als 800 Millionen nach unten korrigiert werden. Die Aufwendungen konnten jedoch um mehr als 1,2 Milliarden Mark reduziert werden. Für 1984 rechnet der Bahnvorstand mit einem Verlust von 4,1 Milliarden, wenn im Bundeskabinett das Konzept verwirklicht wird, was er in Gesprächen mit dem Verkehrsministerium entwickelt hat.

Die Leistungen des Bundes werden aber auch in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um den gesamten Fehlbetrag zu decken. Die Bahn muß sich also weiter verschulden. Ende dieses Jahres dürfte die Bahn mit 36,6 Milliarden in der Kreide stehen. In den nächsten Jahren dürften es rund 39 Milliarden sein.

Der zweitgrößte Brocken im Verkehrsetat sind die Bundesfernstraßen. Insgesamt sind dafür sechs Milliarden Mark für das nächste Jahr eingeplant. Davon sollten 4,8 Milliarden investiert werden. Dieses bedeutet jedoch nur zu einem geringeren Teil Neubau. Für Erweiterungsinvestitionen sind knapp 2,4 Milliarden Mark vorgesehen, die übrigen Mittel sind vor allem für die Substanzerhaltung des Straßennetzes erforderlich. Für Bundesautobahnen sind insgesamt 2,7 Milliarden Mark reserviert worden. Davon entfallen 1,2 Milliarden auf den Ausbau des Netzes.

Für die Bundesstraßen sind 2,8 Milliarden Mark vorgesehen, von denen rund 1,1 Milliarden für den Neubau verplant sind. Für die Erneuerung, den Um- und Ausbau bereits vorhandener Straßen werden weitere 820 Millionen zur Verfügung stehen.

Ein wichtiger Bereich – und hier zeigt sich ein konzeptioneller Schwerpunkt der Politik von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger – ist der Bau von Ortsumgehungen, der häufig mit dem Aus- und Neubau von Bundesstraßen verbunden ist. Für 1984 sind dafür 1,4 Milliarden Mark eingeplant. Das Programm für den Bau von Ortsumgehungen sieht allein für den Zeitraum von 1981 bis 1985 den Baubeginn von 198 Projekten vor. Zwischen 1986 und 1990 sollen weitere 186 Ortsumgehungen hinzukommen.

Der Bund hilft allerdings auch den Gemeinden bei der Verbesserung ihrer Verkehrsverhältnisse. Nach dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz werden dafür zweckgebundene Einnahmen aus der Mineralölsteuer verwendet. Diese Mittel stehen für 1984 im Verkehrsetat mit 2,538 Milliarden Mark zu Buch. Diese Mittel sollen je zur Hälfte für den kommunalen Straßenbau und für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verwendet werden. Bei dem Ansatz für den ÖPNV sind 415 Millionen als Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn sowie an die Regionalverkehrsgesellschaften enthalten.

Bei den Bundeswasserstraßen zeigen sich zwei Schwerpunkte: Zum einen geht es darum, die laufenden Neu- und Ausbauten fortzusetzen. Zum anderen geht es um den Erhalt der vorhandenen Kanäle, die immerhin ein Bruttoanlagevermögen von 37,5 Milliarden Mark haben. In diesem Bereich würden die Mittel für 1984 aufgestockt, weil der Bestand einiger Wasserstraßen bereits gefährdet ist. In vergangenen Jahren wurden für diesen Bereich zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt.

Insgesamt wurden für die Bundeswasserstraßen 1,7 Milliarden Mark im Etat eingeplant. Davon werden 792,7 Millionen Mark für Investitionen bereitgestellt. Gegenüber dem laufenden Etat bedeutet dies immerhin ein Plus von 17,8 Prozent. Dadurch konnten nach Angaben des Verkehrsministeriums die Ausgabenmittel zum Ausbau der Saar (115 Millionen) sowie zur Fortsetzung der Arbeiten am Main-Donau-Kanal (120 Millionen) bedarfsgerecht veranschlagt werden. Mit 42 Millionen Mark sollen dringende Arbeiten am Nord-Ostsee-Kanal eingeleitet werden.

Von den Investitionsmitteln des Bundes sollen 205 Millionen Mark für Projekte im Küstenbetrieb ausgegeben werden. Auf die Binnenwasserstraßen entfallen 588 Millionen Mark. Für Unterhalt und Betrieb der Bundeswasserstraßen müssen bereits 642,5 Millionen Mark aufgewendet werden.

Die Ausgaben des Bundes für die Luftfahrt, die sich auf 516,6 Millionen Mark belaufen, wovon 135,3 Millionen für Investitionen vorgesehen sind, fließen zum weitaus größten Teil in die Flugsicherung. Das System zur Sicherung des zivilen und militärischen Flugbetriebs kostet 1984 immerhin 471,3 Millionen Mark. Die Kapazität des Flugsicherungssystems muß ständig ebenso wie die Kommunikation mit ausländischen Systemen bedarfsgerecht angepaßt werden, um die Sicherheit des Flugverkehrs zu gewährleisten. Daher wurde ein umfangreiches Investitionsprogramm aufgestellt, das bis 1985 abgeschlossen sein soll. Im kommenden Jahr stehen in diesem Rahmen nicht ganz 125 Millionen Mark zur Verfügung.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Weiter auf der Suche

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

In kaum einem Bereich sind alle Beteiligten so unzufrieden, jedenfalls geben sie sich so, wie im Verkehrswesen. Verlader und Transportunternehmen, Bahn oder Schiffahrt – alle klagen. Und dieses liegt nicht nur an der Konjunktur. Vielmehr hat sich überall die Überzeugung, die Einsicht und häufig auch nur der Wunsch durchgesetzt, daß irgend etwas geschehen muß. Eine Herausforderung also für alle. Die Verantwortung kann auch nicht mehr hinausgeschoben werden.

Gefordert ist zunächst die Politik. Denn ohne eine klare Marschroute, was bei der Bundesbahn geschehen soll, nutzt bald auch die hervorragende Infrastruktur nichts mehr, über die nun einmal die Bundesrepublik noch verfügt. Sie steht im Zentrum, weil sich letztlich von ihr die Transportkosten ableiten, mit denen die deutsche Volkswirtschaft leben und fertig werden muß. Ohne eine Lösung des Bundesbahn-Problems läßt sich zwar trefflich über mehr Liberalisierung im Verkehrssektor streiten. Sie läßt sich aber nicht durchsetzen.

Nur: An einem Bahn-Konzept, obwohl der Name schon fast mehr verspricht, als er halten kann, wird gearbeitet und gestritten. Die Lage hat sich zugespitzt. Denn die Staatskassen sind leer. Andererseits kann auch ein Bundesunternehmen sich nicht am Markt behaupten, wenn es nicht ständig modernisiert wird.

Damit sind aber bereits die Fronten beschrieben. Die Experten des Finanzministeriums möchten das Haushaltsrisiko Bundesbahn dadurch beseitigen, indem sie die Bundeszuweisungen auf den heutigen Stand einfrieren. Sie wollen die Bahn zu einer durchgreifenden Rationalisierung zwingen und den Personalabbau selbst über Entlassungen forcieren. Unter dem Strich ließe sich so zwar kaum der Bundeszuschuß reduzieren, aber der Fehlbetrag, den die Bahn einfährt, würde jedenfalls im nächsten Jahrzehnt möglicherweise etwas geringer werden. Dieses wird vom Bahn-Vorstand bezweifelt.

Er setzt im Kern darauf, daß sich das Schienenunternehmen auf Dauer nur behaupten kann, wenn es attraktiver wird. Es muß schneller werden, wobei nicht nur die technologische Herausforderung der Japaner und Franzosen ein Gesichtspunkt ist, jedenfalls für die deutschen Hersteller von Lokomotiven. Nur wenn das Intercargo-Konzept verwirklicht wird, wenn der Nachtsprung zwischen den Wirtschaftszentren auch zwischen München und Hamburg möglich wird, kann die Bahn hoffen, auch wieder an höher tarifierte Transporte heranzukommen.

Dieses setzt die rasche Verwirklichung der Naubaustrecken Hannover–Würzburg und Stuttgart–Mannheim voraus. In diesem Jahrzehnt können sie jedoch nur noch in Betrieb genommen werden, wenn die Bahn vom Eigentümer, dem Bund, mehr Investitionsmittel erhält. Der Streit geht um zwei Milliarden Mark jährlich bis 1991. Die Bahn glaubt, daß sich diese Ausgabe rechnet, allerdings erst dann, wenn auf den Strekken auch gefahren werden kann. Vorher fallen nur Zinsen an.

Jedenfalls kommt die Bahn in ihren Berechnungen zu dem Ergebnis, daß sie so in den neunziger Jahren ihren Verlust drücken und eine Ausuferung der Verschuldung verhindern kann. Mehr ist bei der gegenwärtigen Verfassung, bei den Gesetzen, unter denen die Bahn fahren muß, auch nicht drin. Denn sie wird auch in Zukunft Leistungen erbringen müssen, auf Strecken fahren, die sich einfach nicht rentieren. Vor allem jedoch: wo auch der Ausgleich aus dem Bundeshaushalt die Kosten nicht deckt.

Auch für die produzierende und verladende Wirtschaft ist das, was bei der Bahn geschieht, von erheblicher Bedeutung. Eine attraktive und konkurrenzfähige Bahn belebt nicht nur den Wettbewerb, sondern sie beeinflußt auch das Tarifniveau. Der Zugang zum Verkehrsmarkt ist beschränkt, weil auf die Bahn Rücksicht genommen werden soll. Dieses Argument sticht, wenn überhaupt, nur so lange, wie die Bahn kränkelt, trotzdem jedoch auf sie nicht verzichtet werden soll.

Der Vorstand behauptet, aus der Bahn ein modernes Transportunternehmen machen zu können, wenn er innerhalb eines gewissen Rahmens nach wirtschaftlichen Kriterien entscheiden kann. Jedenfalls glaubt er, in den neunziger Jahren dann auf einen Flankenschutz verzichten zu können.

Für das Güterkraftgewerbe, das gegenwärtig innerhalb eines Schutzzaunes lebt, ist dieses eine Herausforderung, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte. Das Vordringen des Werkverkehrs ist jedenfalls kein Ruhmesblatt. Einige Unternehmen haben dieses erkannt. Leider sind sie noch nicht in der Mehrzahl.

IFO-INSTITUT

Beim Güterverkehr muß immer noch mit angezogenen Bremsen gefahren werden

Noch nicht von der seit Jahresbeginn zu beobachtenden Konjunkturerholung tangiert, fährt der Güterverkehr immer noch mit angezogener Handbremse. Das gilt insbesondere für die Eisenbahnen, die in allen Güterbereichen Einbußen hinnehmen müssen.

Nach einer Analyse des Münehner Ifo-Instituts über die Verkehrswirtschaft wird nämlich das Transportaufkommen der Eisenbahnen in diesem Jahr nicht nur abermals beträchtlich unter dem Vorjahresergebnis liegen, sondern erstmals wird der Straßengüterfernverkehr mit 299 Mill. Tonnen (plus 1,2 Prozent) mehr Gütermengen als die Eisenbahnen mit 296,2 Mill. Tonnen (minus 3,7 Prozent) befördern.

Insbesondere beim Transport von Montangütern, die rund 50 Prozent des gesamten Beförderungsaufkommens der Eisenbahnen ausmachen, dürften sich aufgrund der nach wie vor kritischen Situation in der Stahlindustrie Verluste einstellen. Auch werden sich wegen der erheblich geringeren seewärtigen Anlandung von Getreide und Futtermitteln, die bislang für den Schienentransport in den Ostblock bestimmt waren, die Beförderungsmengen dieser beiden Bereiche deutlich vermindern. Selbst von der positiven Entwicklung der Bauwirtschaft im zweiten Halbjahr, die sich auch in einer verstärkten Transportnachfrage niederschlagen dürfte, wird der Eisenbahngüterverkehr nicht mehr in dem Maße profitieren, daß die erheblichen Verluste des ersten Halbjahres aufgeholt werden könnten.

Nach den jüngst von der EG-Kommission veröffentlichten Produktions- und Absatzquoten für Stahlerzeugnisse können die Eisenbahnen auch für 1984 von diesem Güterbereich keine Verbesserung ihrer Beschäftigungslage erwarten.

Baukonjunktur belebt Straßengüterverkehr

Positive Impulse hingegen hat die sich belebende Bauwirtschaft bereits auf den Straßengüterfernverkehr ausgeübt. Mit einer Zuwachsrate von 3,4 Prozent tragen die Güter Steine, Erden und Baumaterialien maßgeblich zu dem Wachstum dieses Verkehrszweiges bei. Auch für 1984 werden die Chancen für den Straßengüterfernverkehr weiterhin positiv eingeschätzt. Die für das nächste Jahr erwartete günstige Entwicklung des Außenhandels könnte nämlich im grenzüberschreitenden Verkehr zu einem zusätzlichen Transportbedarf führen, wovon der Straßengüterfernverkehr profitieren könnte.

Was für den Straßenfernverkehr gilt, gilt auch für den Nahverkehr: Die Baukonjunktur könnte diesen Verkehrszweig, der 1982 bereits zum dritten Mal mit einem negativen Ergebnis abschloß und mit einem Rückgang des Transportvolumens um 6,9 Prozent auf 1955 Mill. Tonnen einen „Minusrekord" hinnehmen mußte, aus der Talsohle führen. Nach Ansicht der Ifo-Forscher kann der Straßennahverkehr dem Jahresende demnach etwas zuversichtlicher entgegensehen, das Transportvolumen dürfte mit einem Rückgang von nur noch 0,3 Prozent knapp unter dem Vorjahresergebnis liegen.

Dagegen ist im Luftfrachtverkehr schon in diesem Jahr mit einer deutlichen Belebung zu rechnen. Nachdem hier im vergangenen Jahr noch ein Rückgang von 1,3 Prozent hingenommen werden mußte, wird sich das Frachtaufkommen 1983 schätzungsweise um 1,7 Prozent auf 0,6 Mill. Tonnen erhöhen. Insbesondere der grenzüberschreitende Versand mit einem Plus von 3,6 Prozent, hier gehen vor allem vom Transport über den Nordatlantik und nach Fernost Impulse aus, und der Durchgangsverkehr mit einer Zunahme von 3,1 Prozent werden zu dem erhöhten Frachtaufkommen beitragen. Auch dieser Verkehrszweig könnte 1984 von der günstigen Entwicklung des Außenhandels profitieren.

Einen deutlichen Rückgang werden nach den Zahlen des Ifo-Instituts in diesem Jahr wieder die Gütertransporte der Seeschiffahrt mit einem Minus von 7,7 Prozent auf nur noch 126,5 Mill. Tonnen zu verzeichnen haben. Während der mengenmäßig relativ unbedeutende Warenverkehr zwischen den deutschen Küstenhäfen ein bescheidenes Wachstum von 1,5 Prozent erzielen wird, nimmt das Transportvolumen im grenzüberschreitenden Verkehr um schätzungsweise acht Prozent ab.

Dabei steht einem mäßigen Zuwachs des Versands (plus 1,7 Prozent) eine kräftige Abnahme der Empfangsmengen von 12,7 Prozent gegenüber. Zurückgeführt wird dieser Verlust, als Folge der ungünstigen Situation der Stahlindustrie, auf die erheblich gesunkenen Einfuhren von Erzen und Kohle. Auch fallen verminderte Rohölanlandungen ins Gewicht, die durch Energieeinsparungen und der anhaltenden geringeren Nachfrage nach Mineralölerzeugnissen sowie der daraus resultierenden Strukturanpassungsmaßnahmen der Mineralölwirtschaft bedingt sind.

Wenig Veränderungen wird es bei der Binnenschiffahrt geben. Dieser Verkehrszweig wird nach Berechnungen der Ifo-Wissenschaftler ein Transportergebnis erzielen, das mit einem Minus von 0,7 Prozent auf 220,5 Mill. Tonnen nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau liegt. Auch hier führen wieder anhaltende Unsicherheiten auf dem Stahlmarkt im Transport von Montangütern zu erheblichen Einbußen im grenzüberschreitenden Verkehr. Dennoch könnte auch in diesem Bereich die Bauindustrie dazu beitragen, daß der Inlandsverkehr der Binnenschiffahrt das Vorjahresniveau halten kann.

Auch im Personenverkehr noch keine Wende

Vorausgesetzt, daß die Auftriebskräfte aus dem Inland sowie die zu erwartende Belebung der Auslandsnachfrage die Konjunkturentwicklung im zweiten Halbjahr 1983 stimulieren, rechnen die Ifo-Forscher für den gesamten Güterverkehr mit einem leichten Ansteigen der Transporte bis zum Jahresende. Aufgrund des negativen Überhangs aus dem Vorjahr, der sich bis ins erste Halbjahr fortgesetzt hat, bedeutet dies aber, daß das gesamte Transportvolumen (ohne Seeschiffahrt und Straßengüternahverkehr) im Jahresdurchschnitt nochmals um 1,5 Prozent auf 869,6 Mill. Tonnen sinken wird.

Aber nicht nur im Güterverkehr stehen die Signale auf Rot. Nach Ansicht des Ifo-Institurts hat die Konjunkturerholung mit einem erstmals seit Mitte 1980 wieder steigenden Verbrauch von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auch im Personenverkehr 1983 keine Wende herbeigeführt. Für den öffentlichen Personenverkehr ist noch kein Ende der Durststrecke in Sicht.

Auch für 1984 prognostizieren die Ifo-Forscher keine günstigen Perspektiven für den öffentlichen Personenverkehr. Denn gerade dieser Verkehrszweig benötigt selbst für eine stagnierende Entwicklung konjunkturelle Impulse, um demographisch bedingte Effekte wie hohe Arbeitslosen- und sinkende Schülerzahlen zu kompensieren.

ULRIKE HEMER

BREMISCHE HÄFEN

Das Land steht mit seinen Häfen

Die Demonstrationen der Friedensbewegung in der Seestadt Bremerhaven haben etwas in den Blickpunkt der deutschen und internationalen Öffentlichkeit gerückt, was über Bremen hinaus nur wenig bekannt war: Bremen steht und fällt mit seinen Häfen.

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven bilden das wirtschaftliche Fundament des kleinsten deutschen Bundeslandes. Hier wird ein Drittel des Sozialprodukts erwirtschaftet und von den annähernd 370 000 Arbeitsplätzen des Landes ist jeder dritte direkt oder indirekt mit den Häfen verbunden.

Besondere Bedeutung kommt den Häfen angesichts der Wirtschaftsstruktur Bremens zu: sie wird nach wie vor geprägt von Problembranchen wie Schiffbau, Fischwirtschaft, Luft- und Raumfahrt sowie der Stahlindustrie. Diese Bereiche haben im Land Bremen noch immer einen Anteil von 45 Prozent der Industriebeschäftigten.

Sicherer auf Kurs liegen volkswirtschaftlich bei weitem die Häfen. Sie tragen seit Jahren zur Stabilisierung der bremischen Wirtschaft bei. 26 Millionen Tonnen Güter werden in den Häfen im Jahr umgeschlagen. 60 Prozent davon sind arbeits- und daher personalintensives Stückgut. Von dieser Sachlage gehen spürbare Beschäftigungsimpulse aus, vor allem im direkten Umschlagbetrieb mit seinen annähernd 10 000 Mitarbeitern.

Bremens Häfen sind Zentren moderner Seetransportsysteme. Ein Beispiel dafür ist der neue Container-Terminal Wilhelm Kaisen direkt an der Wesermündung in Bremerhaven. Nach der Vollendung mehrerer Ausbaustufen beträgt die Stell- und Verkehrsfläche rund zwei Millionen Quadratmeter. 18 Containerbrücken sowie zahlreiche Portalstapler und eine Vielzahl von Spezialgeräten garantieren eine schnelle Abfertigung der Containerschiffe an den 3200 Meter langen Liegeplätzen.

Im vergangenen Jahr wurden rund 800 000 Container-Einheiten mit sieben Mill. Tonnen Ladung umgeschlagen; das entspricht 50 Prozent des gesamten Stückgutumschlags der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft. Der Container-Terminal Bremerhaven ist gegenwärtig die größte geschlossene Containerumschlagsanlage Europas.

Neben Verbesserungen im technischen verliert man in Bremen die Erfordernisse im personellen Bereich nicht aus dem Auge. Zur Qualitätsverbesserung wurde Anfang der 70er Jahre die Hafenfachschule Bremen ins Leben gerufen. In der Hansestadt sind seither alle Voraussetzungen gegeben, um den Hafenarbeiter von gestern zum Facharbeiter von morgen weiterzubilden – ein Postulat, das angesichts anhaltender Technisierung des Seehafenumschlags von großer Bedeutung ist.

WALTER H. RUEB

INTERCARGO

Zukunftsvision von der Bahn von morgen

TOP-Angebot im Güterverkehr der DB – so lautete schon die Ankündigung auf der Tagesordnung, als das für den Absatz zuständige Vorstandsmitglied, Hemjö Klein, das Konzept Intercargo präsentierte. Im Verkehrsministerium kriegten sich manche Experten gar nicht mehr ein. Endlich hatten sie das, was sie brauchten: eine Zukunftsvision von der Bahn von morgen. Denn das, was der Minister immer fordert, soll hier verwirklicht werden: Eine Bahn, die moderner, schneller und attraktiver ist – jedenfalls – als heute.

Nicht nur in der Bahn, vor allem auch im Ministerium konnte Klein mit seiner geschliffenen Rhetorik Begeisterung erwecken. Bei manchen funkelt es heute noch in den Augen, wenn man mit ihnen darüber spricht, obwohl die Anfänge schon etwas zurückliegen.

Dabei ist die Grundidee gar nicht so neu. Analog zum Intercity-Verkehr, dessen Attraktivität nicht auf dem eingesetzten Material beruht, sondern darauf, daß er zuverlässig und – fast – pünktlich im Takt jede Stunde fährt, mußte auch etwas Ähnliches für den Güterverkehr entwickelt werden. Zum Fahrplanwechsel 1984/1985 soll im Schienengüterverkehr der DB ein neues Angebot eingeführt werden, mit dem zwischen elf Wirtschaftszentren des Bundesgebietes in Nachtverbindungen Wagenladungen, Sendungen im Kombinierten Ladungsverkehr (KLV) und Stückgut mit hoher Zuverlässigkeit befördert werden. TOP ist in diesem Zusammenhang entscheidend, einerseits würde sich Hemjö Klein ohne ein solches Attribut nicht zufriedengeben, zum anderen braucht dieses auch die Bahn.

Denn die eigene Einschätzung der heutigen Situation liest sich für die Bahn nicht gerade hoffnungsfroh: „Trotz verstärkter Konzentration des Produktionsangebotes werden Wagenladungen und Stückgut neben dem klassischen Schnellgüternetz in einer Palette von besonderen Zugsystemen gefahren, wie zum Beispiel besondere Züge des KLV, des Stückgutverkehrs zum Teil mit eigenem Sammler- und Verteilersystem. Die dabei oft schwachen Verkehrsströme müssen zur Einsparung von Zugleistungen in Mehrgruppenzügen mit Unterwegsbehandlung und damit mit hohem Aufwand, aber nicht immer mit der notwendigen Qualität (zum Teil längere Fahrzeit) abgefahren werden."

Beim Intercargo soll alles anders werden. So sollen die eisenbahntypischen Systemvorteile, also die Bedienung aufkommensstarker Fernrelationen mit hoher Qualität, ausgereizt werden. Daher sollen alle schwachen Ströme von Einzelprodukten in direkten Zügen „ohne Gruppenbildung und Unterwegsbehandlung" in einem Angebot zusammengefaßt werden.

Dadurch soll die Marktposition der Bahn gegenüber dem Lkw gestärkt, möglichst sogar die Stellung (Modal Split) verbessert werden. Allerdings sind sich Experten einig, daß bereits von einem großen Erfolg der Bahn gesprochen werden kann, wenn sie ihren Anteil von heute knapp einem Drittel auf dem Gütermarkt überhaupt halten kann. Denn die Massenprodukte, vor allem des Montan-Bereichs, bei denen die Bahn stark ist, verlieren in der deutschen Volkswirtschaft immer mehr an Bedeutung.

Aus dieser Zielvorgabe wurde eine Modellplanung mit folgenden Merkmalen entwickelt: Es wurden elf Wirtschaftszentren festgelegt, die ein starkes Verkehrspotential untereinander haben. Inzwischen wird – aus politischer Rücksichtnahme – über ein zwölftes Zentrum nachgedacht, nämlich Saarbrücken, das eigentlich nicht hineinpaßt. Die Zentren sind: Hamburg, Bremen, westliche Ruhr (Dreieck Oberhausen–Essen–Neuss), östliche Ruhr (Recklinghausen–Dortmund–Hagen), Rhein (Remscheid–Köln), Rhein-Main, Rhein-Neckar, Nürnberg, Stuttgart und München.

Gewährleistet werden soll die kundengerechte Abholung ab 16 Uhr und die Zustellung bis 8.00 Uhr am nächsten Tag in jedem Wirtschaftszentrum von einem Konzentrationspunkt (Zugbildungsbahnhof) aus. Die Verbindung der Wirtschaftszentren mit mehr als 200 Kilometern Entfernung soll über Nacht mit Intercargo-Zügen erfolgen, die mit einer Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometer fahren sollen. Eine Geschwindigkeit, die angesichts der modernen Technik auch nicht gerade berauschend ist.

Diese Züge sollen in der Zeit zwischen 21.00 Uhr und 5.00 verkehren. Es wird eine Reisegeschwindigkeit von 80 Kilometer angestrebt, weil nicht mehr rangiert werden soll. Die Verbindungen der bis 200 Kilometer entfernt liegenden Wirtschaftszentren soll über Nacht im Frachtenzugnetz erfolgen.

Dieses Projekt hat in der Planung und in der Durchführung höchste Priorität. Da das nationale Schnellgüternetz völlig umgestellt werden muß, wurde eine besondere Projektgruppe Intercargo gebildet. Sie ist direkt dem Bahnvorstand unterstellt.

Allerdings gibt es auch Engpässe auf den Hauptabfuhrstrecken und in den Zugbildungsbahnhöfen. Von 92 Verbindungen im Fernbereich über 200 Kilometer sind vorläufig nur 80 durchführbar. In den zwölf anderen werden Ersatzlösungen angeboten. Um beispielsweise von Bremen nach München kundengerecht vor 5.00 Uhr anzukommen, muß eine Abfahrt bereits um 18.25 Uhr erfolgen.

Dieses Angebot läßt sich allerdings auf der langen Nord-Süd-Verbindung von Hamburg nach München nur darstellen, wenn die Neubaustrecken rasch verwirklicht werden. Bei allen Relationen über 200 Kilometer, die nicht zwischen den Wirtschaftszentren bestehen, will die Bahn in Zukunft eine zuverlässige Nacht-Tag-Nacht-Verbindung unterbreiten.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

IM AUFTRAG DER DB

Das Geschäft lohnt sich für beide Seiten

Die Bahn fährt auch auf der Straße, um im Geschäft zu bleiben. Und zwar recht kräftig. Fast jede zehnte Tonne Ladung im Güterverkehr auf der Straße wird von der Bahn bewegt. Allerdings fährt die Bahn nur zu einem geringen Teil mit eigenen Lastkraftwagen. Ihr gehören lediglich 96 Lastzüge für den Güterfernverkehr. Mehr als 4000 sind Eigentum von 964 privaten Transportunternehmen, die „im Auftrag der DB" quer durch Europa fahren.

Dabei ist ihr Risiko gering. Denn die Bahn nimmt grundsätzlich den gesamten Fuhrpark eines Partner unter Vertrag und sichert die Beschäftigung. Gerade in Zeiten flauer Konjunktur sichert dies die Existenz. Und in diesem Jahr wurden die Erwartungen im Güterverkehr noch einmal nach unten geschraubt.

Wenn es nach der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ginge, sollte die Bundesbahn noch mehr in eigener Regie machen. Denn die Bahn nutzt die vorhandenen 2900 Konzessionen eben nur zu einem Teil selber aus.

Aber die Bahn setzt auf die Kooperation mit den mittelständischen Fuhrunternehmen, nicht nur weil sich dieses unter dem Strich rechnet. Würde die Bahn eine eigene Kfz-Flotte anschaffen, dann würde dies einen erheblichen Kapitalbedarf erforderlich machen. Und an Geld mangelt es nun einmal der Bahn. Nach ihren Angaben kann sie auch kostengünstiger fahren, wenn sie mit den Fuhrunternehmen zusammenarbeitet. „Sie profitiert von der individuellen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft ‚ihrer' Unternehmen, die sich immer wieder in besonderer Flexibilität auch gegenüber ausgefallenen Kundenwünschen niederschlägt", heißt es in einer Schrift der Deutschen Bundesbahn.

Lohnen dürfte sich auch das Geschäft für die Unternehmen. Immerhin werden die Verträge von ihnen bereits über Jahrzehnte gehalten. Teilweise besteht die Kooperation schon seit einem halben Jahrhundert. Gelöst würden Verträge nach Angaben der Bahn nur, wenn sich ein Fuhrunternehmer zur Ruhe setzen und aus dem Geschäft zurückziehen will.

„Nicht Diktat und Verfügungen bestimmen das Miteinander, sondern wirtschaftliche Vernunft und Einsicht", formuliert Herbert H. Ehinger, Geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft der Güterkraftverkehrsunternehmer der Bundesbahn (GdB). In dieser Organisation haben sich die meisten Unternehmen, die für die Bahn fahren, zusammengeschlossen.

Auch im Güternahverkehr arbeitet die Bahn mit privaten Unternehmen zusammen, allerdings in einer anderen Weise. Hier setzt die Bahn 67 eigene Fahrzeuge ein, denen Verträge mit 610 Unternehmen gegenüberstehen. Ein Teil dieser Verträge sind jedoch „Bedarfsverträge". Denn hier ist das Transportaufkommen der Bahn nicht so stark, daß alle Fahrzeuge ständig ausgelastet werden könnnten.

Im Güternahverkehr transportierte die Bahn im vergangenen Jahr nur 2,5 Millionen Tonnen „auf der Straße". Dieses war zwar das zweitbeste Ergebnis. Nur 1979, vor der letzten konjunkturellen Talfahrt, waren es mit 2,6 Millionen Tonnen etwas mehr. Dagegen brachte es die Bahn mit ihren Unternehmen im Güterfernverkehr auf 11,9 Millionen Tonnen. Aber hier waren es mit den 13 Millionen Tonnen der Jahre 1979 und 1980 doch erheblich mehr. Hier zeigt sich die wirtschaftliche Schwäche der letzten Jahre ganz deutlich.

Insgesamt transportierte die Bahn also im vergangenen Jahr 14,4 Millionen Tonnen auf Lastkraftwagen. Auf der Schiene waren es zwar immer noch 278 Millionen Tonnen. Aber mit ihrer Verkehrsleistung ist die Bahn auch auf der Straße die Nummer 1.

Das Verhältnis von Schiene und Straße wird bei der Bahn in der Kooperation, nicht in der Konkurrenz gesehen. Bei der Bahn heißt es: „Wo der Waggon seine Vorteile hat, wird er fahren, wo der Lkw die Kundenwünsche besser erfüllt, wird er eingesetzt."

Der reine Transportvorgang verliert immer mehr an Bedeutung. Er ist nur noch ein Teilaspekt der Distribution. Die Kunden verlangen heute, so die Experten der Bahn, immer häufiger, daß die Transportunternehmen komplette Logistikaufgaben übernehmen. „Komplettlösungen von A bis Z" ist das Schlagwort. Und die Bahn will sich dieser Herausforderung stellen. Sie will nicht länger nur Transporte von A nach B anbieten.

Dem Kunden ist es gleich, ob auf der Schiene oder auf der Straße gefahren wird. Er will eine bestimmte Leistung termingerecht und möglichst billig. Wenn die Bahn nur auf der Schiene fahren würde, dann ginge ihr manches Geschäft verloren. Sie würden dann auf dem Markt noch weiter zurückfallen. Denn die Konkurrenz schläft nicht.

HANS DACHS

RAD – SCHIENE – TECHNIK

Kraftei aus Kassel soll Tempo 350 schaffen

Ein blausilberner Pfeil zischte im vergangenen Herbst mit mehr als 250 Kilometern in der Stunde über eine 30 Kilometer lange Teststrecke zwischen Gütersloh und Neubekkum. In großen Lettern stand das Kürzel „UM AN" auf den Stirn- und Seitenwänden der sechsachsigen Diesellokomotive. Die Deutsche Bundesbahn testete auf freier Strekke ihr „Kraftei".

Die 2750-PS-Diesellokomotive stammte von Thyssen-Henschel und hat bereits einige Testprogramme hinter sich. Gegenwärtig wird das futuristisch anmutende Ungetüm auf dem Rollenprüfstand des Bundesbahnzentralamtes in München bei Tempo 350 Kilometer in der Stunde erprobt. Mit einer neuen Antriebsart will die Bundesbahn Geschwindigkeit und Sicherheit für den künftigen Betrieb erforschen. Und der Präsident des Bundesbahnzentralamtes in Minden, Johann Peter Blank, brachte es auf den kurzen Nenner: „Schnell fahren können viele, aber dabei auch wirtschaftlich bleiben ist eben nicht einfach."

Mit diesem Forschungsprogramm, das von Bonn gefördert wird, steht auch das Ansehen der deutschen Eisenbahnindustrie auf dem Spiel. Denn was sich bei der Deutschen Bundesbahn im rauhen Eisenbahnalltag bewährt hat, ist für den Export der Industrie ein großes Plus. Japaner und Franzosen beweisen schon seit Jahren, daß schnelle Züge eine Konkurrenz für das Flugzeug sind und auch neue Kunden gewinnen. In beiden Ländern ist es im Gegensatz zur Bundesrepublik einfach, mit hohen Geschwindigkeiten einen Verkehr aufzuziehen, weil auf den Strekken ausschließlich Hochgeschwindigkeitszüge verkehren.

Bei der Bundesbahn stehen Neubaustrecken für Geschwindigkeiten von 250 bis zu 300 Kilometer pro Stunde erst am Anfang des nächsten Jahrzehnts bereit. Und auch dann lassen sich hier Gewinne einfahren. Dies ist um so bemerkenswerter, weil die neuen Strecken der Bundesbahn im Mischbetrieb genutzt werden sollen. Das bedeutet, daß auf ihnen sowohl Hochgeschwindigkeitszüge als auch langsame Güterzüge verkehren werden.

In Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundesbahn und den großen Lokomotivherstellern in der Bundesrepublik wurde erreicht, daß die Lokomotiven inzwischen Laufleistungen von mehr als 500 000 Kilometern erreichen, ohne daß an den Rädern, dem Drehgestell oder am Antrieb, von einzelnen Ausnahmen einmal abgesehen, Verschleißerscheinungen auftreten. Dies ist bei den anderen Eisenbahnen mit sehr schnellen Zügen anders. Hier müssen sowohl die Triebköpfe wie das Wagenmaterial regelmäßig nachgearbeitet werden, damit die Züge ruhig laufen. Und dieses Nacharbeiten kostet viel Zeit und damit auch viel Geld.

„Unsere Maschinen wären schon heute in der Lage, höhere Geschwindigkeiten zu fahren, aber dafür fehlen uns noch die Strecken", betonte Blank. Um auch künftig schnell und wirtschaftlich fahren zu können, arbeiten Bundesbahn und Industrie an einem „Rad-Schiene-Programm". Dafür soll im Emsland eine Hochgeschwindigkeitsstrecke geschaffen werden, um neue Antriebsmethoden bei Geschwindigkeiten bis zu 350 Kilometern in der Stunde zu testen. Doch Bahn und Industrie allein können diese Mittel nicht aufbringen. So hat sich auch hier das Bundesforschungsministerium beteiligt, muß wegen der allgemeinen Bonner Kassenlage jedoch kürzertreten.

Deutsche Lokomotiven sind heute in aller Welt im Einsatz. Ob in Afrika, Asien oder Südamerika, Loks Made in Germany sorgen hier für einen reibungslosen Transportablauf. Die Firma Thyssen-Henschel zum Beispiel entwickelte vor ein paar Jahren Lokomotiven mit Drehstromantrieb. Nach eingehender Erprobung bei der Deutschen Bundesbahn und benachbarten Bahnverwaltungen entschlossen sich Dänemark und Norwegen zum Beispiel für den Einsatz dieser Lokomotiven.

Herkömmliche Dieselmaschinen unterschiedlicher Leistung werden gegenwärtig von Kassel nach Ägypten, in den Irak, nach Senegal, Mali und Indonesien geschickt. Doch die deutschen Lokomotivbauer, dazu gehören als große Firmen noch Krupp in Essen, Krauss-Maffei in München, haben es schwer auf dem Weltmarkt, weil Neuentwicklungen auf Grund der miserablen Finanzlage der Bundesbahn nicht zum Einsatz kommen können. „Was sich bei uns bewährt hat, können wir auch auf dem Weltmarkt guten Gewissens verkaufen", sagte ein Sprecher von Thyssen-Henschel.

Doch nicht nur die Industrie, sondern auch die Deutsche Bundesbahn genießt international einen guten Ruf. Nach ihren technischen Normen lassen ausländische Bahnverwaltungen bei der deutschen Industrie Lokomotiven, Wagenmaterial und Ausrüstungsgegenstände abnehmen. So baute die Firma Krupp zum Beispiel für sowjetische und amerikanische Rechnung Schwerstlastgüterwagen. Technische Prüfer waren Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn.

Auch die Sicherheit der Schienen sind anerkannt. Die Hauptstrecken der Bundesbahn werden regelmäßig mit Ultraschall auf Fehler geprüft. Der DB-Meßzug ist aber nicht nur in der Bundesrepublik unterwegs, sondern war vor kurzem in Norwegen im Einsatz und danach in Luxemburg.

Ausländische Eisenbahnexperten sind ständige Gäste der beiden Zentralämter München und Minden. Willig zeigt man ihnen hier die gewonnenen Erfahrungen und gibt den Gästen gleichzeitig einen Einblick in die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie.

PETER ZERBE

HAMBURGER HAFEN

In der Krise Marktanteile behalten

Die weltweite Wirtschaftsflaute hat auch den Hamburger Hafen nicht verschont. Seine Umschlagsmengen sind in diesem Jahr stark geschrumpft. In den ersten neun Monaten wurden insgesamt 38,194 Mill. Tonnen Seegüter gelöscht und geladen. Das waren 19,5 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (47,437 Mill. Tonnen). Lediglich beim Stück- und Sackgut gab es noch ein leichtes Plus von 6,8 Prozent. Hier wuchs der Umschlag von 13,655 auf 14,585 Mill. Tonnen.

Für den Rückschlag beim Massengut gab es drei Hauptgründe. Der Sauggutumschlag fiel um 34,2 Prozent von 9,949 auf 6,548 Mill. Tonnen, weil die Sowjetunion weniger Getreide und Futtermittel importierte und weil die „DDR" und andere Ostblockstaaten ihre Sauggutimporte zu einem beträchtlichen Teil auf den in den vergangenen Jahren ausgebauten Ostseehafen Rostock verlagerten.

Das Greifergut mußte einen Rückgang um 26,8 Prozent von 9,220 auf 6,748 Mill. Tonnen hinnehmen. Hier spiegelte sich die deutsche Stahlkrise wider: Im Hamburger Hansaport werden nicht nur Importkohle, sondern vor allem die Eisenerze für die Stahlwerke Peine–Salzgitter angelandet.

Die Verluste an Flüssigladung – minus 29,4 Prozent von 14,613 auf 10,313 Mill. Tonnen – schließlich sind „selbstverschuldet". Um die Gefahr von Tankerunfällen während der rund 100 Kilometer langen Revierfahrt auf der Elbe zwischen der Nordsee und Hamburg zu verringern, wurde im vorigen Jahr eine Pipeline gebaut, die zwei der drei Hamburger Raffinerien mit Rohöl versorgt, das im Ölhafen Wilhelmshaven an Land gepumpt wird.

Der Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, Ex-Wirtschaftssenator Helmuth Kern, kommentiert die Lage so: „Trotz der mengenmäßig durchaus positiven Entwicklung im Stück- und Sackgutbereich hat sich die Erlössituation für die Hamburger Umschlagsbetriebe zum Teil deutlich verschlechtert." Die Zuwachsraten im Stückgutbereich seien in erster Linie auf vermehrte Verladungen von massenhaftem Stückgut wie Röhren, Düngemittel und Holz zurückzuführen. Dieser Sektor aber erwirtschaftet im äußersten Falle nur Deckungsbeiträge.

Kern, der zugleich Vorstandsvorsitzender der landeseigenen Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA), des größten Umschlagsbetriebs im Hafen, ist, sagte weiter: „Naturgemäß müssen – konjunkturell bedingte – Einbrüche im Güteraufkommen den größten deutschen Seehafen absolut am stärksten treffen. Wir haben jedoch, und dies ist wichtig für die Unternehmen, praktisch keine Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. Es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Hafenwirtschaft, in dieser schwierigen Lage strukturelle Auswirkungen aufzufangen beziehungsweise zu vermeiden."

Die Verschlechterung der Ertragslage verschiedener Unternehmen geht auf die vorhandenen Überkapazitäten zurück. Hamburg als östlichster Nordseehafen, außerdem bekannt für seine Dienstleistungen rund um die Uhr, wird von vielen Linien am Wochenende angelaufen. Dann kommt es häufig zu Engpässen: Liegeplätze und Umschlagseinrichtungen werden knapp. Die im Wettbewerb untereinander stehenden Container-Terminals bemühen sich daher um zusätzliche Liegeplätze, Containerbrücken und Flurfördergeräte. An verkehrsschwachen Wochentagen werden diese Einrichtungen nicht ausreichend genutzt. Die Folge: Mit günstigen Preisen wird versucht, zusätzliche Ladung für den jeweiligen Betrieb zu sichern.

DIETER F. HERTL

MAGNETSCHWEBEBAHN

Transrapid 06 geht im Emsland auf Testfahrt

Wenn es ein gutes Omen ist, daß die Generalprobe vor der Premiere „danebengeht", dann steht der für das Frühjahr vorgesehenen offiziellen Einweihung der Magnetschwebebahn Transrapid 06 auf der Großversuchsanlage im Emsland zwischen den Gemeinden Dörpen und Lathen nichts mehr im Wege. Das eigentlich für diesen Herbst geplante Vorhaben scheiterte an einem simplen Kurzschluß im Fahrzeug.

Der aus zwei Sektionen bestehende Zug wird im Februar 1984 auf einer 12 Kilometer langen Teilstrecke mit den Testfahrten beginnen können. Den Dauerbetrieb auf der gesamten Teststrecke von 31,5 Kilometer Länge könnte das Fahrzeug nach Beendigung des zweiten Bauabschnittes aufnehmen. Für diesen Abschnitt liegen nach Unternehmensangaben zwar alle Genehmigungen vor, auch seien die Mittel, die sich schätzungsweise auf 100 Mill. DM belaufen, in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushalts vorgesehen. Zu welchem Zeitpunkt dieser Betrag bereitgestellt wird, ist jedoch noch offen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat die gesamte Versuchsanlage inklusive Versuchszentrum, Fahrzeug (85 Mill. DM) und Strecke bisher mit 460 Mill. DM finanziert.

Die Aufnahme des Dauerbetriebes soll die erstmals in Originalgröße gebaute Magnetschwebebahn, sie ist 64 Meter lang, 102 Tonnen schwer und verfügt über eine Kapazität von 300 Personen, täglich 18 Stunden in einem festgelegten Betriebszyklus auf der Teststrecke erproben. Hauptzielsetzungen des Firmenkonsortiums „Magnetbahn Transrapid" (AEG-Telefunken, Brown, Boverie & Cie. AG, Dyckerhoff & Widmann AG, Krauss-Maffei AG, Messerschmitt Bölkow Blohm GmbH, Siemens AG und Thyssen-Industrie AG Henschel): zum einen der Nachweis, daß die Bahn ohne Räder bei Dauergeschwindigkeiten von 300 Stundenkilometer über Entfernungen bis zu 100 Kilometern einsatzfähig ist, um Anbindungen an den Flugverkehr zu schaffen; zum anderen soll die neue Technik auch für den Einsatz in einem späteren Fernverkehrsnetz mit Geschwindigkeiten bis zu 400 Stundenkilometern erprobt werden.

Kennzeichen des Fahrzeuges sind das berührungsfreie Tragen und Führen nach dem Prinzip des elektromagnetischen Schwebens und das ebenfalls berührungslose Antreiben und Bremsen nach dem Prinzip des Linearmotors. Das Fahrwerk des „Transrapid 06" hat acht Schwebegestelle mit insgesamt 120 Draht- und Führmagneten: die „magnetischen Räder". Sie bestehen aus Elektromagneten, die durch ein System von Sensoren, Reglern und Prozessoren derart gesteuert werden, daß ein völlig berührungsfreies Fahren auch bei hohen Geschwindigkeiten ermöglicht wird.

Dabei ziehen Drahtmagnete das Fahrzeug von unten bis auf 10 Millimeter Abstand an einen Fahrbalken heran, der sich einige Meter über dem Erdboden befindet, da der Fahrweg auf Ständer montiert ist.

Trotz dieser möglichen Vorzüge läßt sich aber noch nicht absehen, ob und wann der Normalverkehr in der Bundesrepublik mit der Magnetschwebebahn aufgenommen werden könnte. Als erster, potentieller Interessent gilt nach wie vor die Stadt Las Vegas im US-Bundesstaat Nevada, die mit dem 381 Kilometer entfernten Los Angeles in Kalifornien eine schnelle Verkehrsverbindung schaffen möchte. Nach einer positiv abgeschlossenen Durchführbarkeitsstudie für diese Strecke soll bereits 1986 mit dem Bau der Anlage begonnen und der Betrieb mit Transrapid-Zügen ab 1991 aufgenommen werden.

Pro Jahr könnten dann auf der Strecke Las Vegas–Los Angeles, für die die Eisenbahn fast siebeneinhalb Stunden benötigt, in einer Zeit von eineinviertel Stunden bei einer durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit von 305 Stundenkilometern bis zu 4 Millionen Passagiere befördert werden. Die Investitionskosten für dieses Projekt schätzt die Transrapid International, eine Gesellschaft für Magnetbahnsysteme, die die Einführung des Transrapid-Systems vorbereitet, auf 1,8 Milliarden Dollar. Die geschätzten Betriebs- und Wartungskosten belaufen sich jährlich auf 33 Millionen Dollar, wobei die vergleichende Bewertung der Magnetbahn mit Hochgeschwindigkeitseisenbahnen für Las Vegas ergeben hat, daß bei ähnlichen Investitionskosten sowohl niedrigere Betriebskosten als auch beträchtlich höhere Verkehrsaufkommen bei der Magnetbahn zu erwarten seien.

ULRIKE HEMER

TRANSPORT UND VERKEHR
Redaktion: Erwin Schneider, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN: 0722 – 1452

GÜTERFERNVERKEHR

Freie Preise sichern nicht notwendig die optimale Verteilung von Produkten

Die gegenwärtige Lage in der Verkehrswirtschaft verdeutlicht nach Ansicht des Bundesverbands des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF), Frankfurt, daß dieser Wirtschaftszweig wie kaum ein anderer direkt von der Struktur und dem Volumen des Bruttosozialprodukts abhängt. So befindet sich bei einem unter drei Prozent liegenden realen Bruttoinlandsprodukt die Verkehrswirtschaft derzeit in einer tiefliegenden Stagnation, da sich das verringerte Produktionswachstum kräftig in den 9000 Betrieben des Güterverkehrs niedergeschlagen hat.

Für sie gibt es nach Einschätzung des BDF erst dann wieder eine bessere wirtschaftliche Zukunft, wenn es gelingt, die bisherige Verteilungsstruktur der Produktionsfaktoren und Ressourcen wieder zu beleben. Davon ist die *staatliche* Wirtschaftspolitik und das unternehmerische Engagement nach Ansicht des Spitzenverbandes noch weit entfernt.

Demzufolge geben vom BDF quartalsmäßig durchgeführte *Unternehmensbefragungen* für dieses Jahr eine nur geringfügige Verbesserung in der Mengenentwicklung von 0,2 Prozent zu erkennen. Minimale Transportgewinne werden in den Bereichen land- und forstwirtschaftliche Produkte, bei Steinen, Erden und Baumaterialien, Düngemitteln und chemischen Erzeugnissen erwartet. In dem bedeutenden Bereich Fahrzeuge, Maschinen sowie sonstige Halb- und Fertigwaren wird noch keine durchgreifende Belebung der Transportnachfrage eintreten.

Im negativen Trend

Im vergangenen Jahr wurden für die Versorgung der Wirtschaft und Bevölkerung in der Bundesrepublik insgesamt 2,85 Mrd. t Güter aller Arten befördert. Das sind 6,3 Prozent bzw. 190 Mill. t weniger als im Vorjahr. Die Produktion der Transportleistungen aller Verkehrsträger sank um 3,8 Prozent auf 237 Mrd. tkm. Auf die Gesamtheit von Güterdistribution und Produktion bezogen, setzte sich die negative Tendenz der letzten Jahre fort: Seit der Konjunkturkrise 1979 ist das volkswirtschaftliche Mengenvolumen im Güterverkehr um 14 Prozent oder 452 Mill. t geschrumpft – das entspricht einem Jahresverbrauch an Gütern für 7,3 Mill. Bundesbürger.

Im gewerblichen Güterfernverkehr war im vergangenen Jahr ein Rückgang der beförderten Güter von 1,3 Prozent auf 136,7 Mill. t zu verzeichnen. Allein im Binnenverkehr ging das Ladungsaufkommen um 2,3 Prozent auf 118,9 Mill. t zurück. Damit ist der Mengenrückgang im Inland nochmals größer geworden. Von 1979 bis 1980 lagen die Ladungsverluste hier bei nur 2,1 Prozent.

Diesem Trend folgte auch der grenzüberschreitende Fernverkehr, der 1980 noch ein Plus von 8,7 Prozent, 1982 nur noch von 6,6 Prozent auf 17,9 Mill. t ausweist. Während im Binnenverkehr von 1979 bis 1982 fast 10 Mill. t weniger transportiert wurden, vergrößerte sich im grenzüberschreitenden Fernverkehr das Volumen nur von 14,1 auf 17,9 Mill. t, so daß der internationale Transportmarkt keinen Mengenausgleich für die Verluste am Inlandsmarkt gebracht hat. Die Produktion an Transportleistungen im Güterfernverkehr fiel im Berichtsjahr um 2,3 Prozent zurück. Im Inland nahm sie um 2,2 Prozent auf 34,2 Mrd. tkm ab, dagegen stieg sie im grenzüberschreitenden Verkehr um 7 Prozent auf 6 Mrd. tkm.

Hatte der Straßengüternahverkehr 1981 noch wenig Transportverluste zu beklagen, so wurde seine Beschäftigungslage 1982 jedoch stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Transportvolumen ging im Inland um 7 Prozent auf 1,95 Mrd. t zurück. Der gewerbliche Güternahverkehr mußte dabei Ladungsverluste in Höhe von 55 Mill. t auf 785 Mill. t, der Werknahverkehr in Höhe von 90 Mill. t auf 1,17 Mrd. t verzeichnen. Die Leistungsproduktion nahm insgesamt um 5 Prozent auf 5 39,4 Mrd. tkm ab, wobei 48 Prozent auf den gewerblichen und 52 Prozent auf den werkseigenen Güternahverkehr entfielen.

Auch Eisenbahn und Binnenschiffahrt konnten im vergangenen Jahr Wachstumsansprüche nicht mehr geltend machen. Wie in den Vorjahren schon mußte die Deutsche Bundesbahn weiter beträchtliche Mengenverluste im frachtpflichtigen Güterverkehr hinnehmen. Das Ladungsaufkommen fiel gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Prozent auf 317,7 Mill t ab. Beträchtlich war das Minus auch im Dienstgutverkehr mit 7,3 Prozent auf 10,7 Mill. t. Ausgenommen von der negativen Verkehrsentwicklung war der kombinierte Straße-Schiene-Transport.

Die Frachteinnahmen im gewerblichen Güterfernverkehr erhöhten sich 1982 um rund 3 Prozent auf 7,95 Mrd. DM. Die durchschnittlichen Frachteinnahmen pro Transportleistung (tkm) stiegen von 22,16 Pfennig auf 23,26 Pfennig.

Für den Bereich des internationalen Straßentransports rechnet der BDF mit keiner spürbaren Verbesserung der Marktchancen. Während deutsche Transportunternehmen derzeit nur zu 36 Prozent an den internationalen Verkehrsströmen beteiligt sind, werden 64 Prozent aller Gütermengen mit ausländischen Nutzkraftfahrzeugen befördert.

Für die Tarifsysteme

Dieses Mißverhältnis zeigt sich nach Ansicht des Verbandes besonders kraß im Transitverkehr der Bundesrepublik, der von 94 Prozent von Ausland-Lkw bewältigt wird. Zurückgeführt wird dies darauf, daß die Wettbewerbslage der einheimischen Unternehmen durch steuerliche, technische, arbeitszeitrechtliche, verkehrsrechtliche und administrative Maßnahmen beeinträchtigt werde.

Kein Zweifel besteht für das Güterfernverkehrsgewerbe, daß die bestehenden Tarifsysteme sowohl für den inländischen Güterverkehr als auch für den zwischenstaatlichen Straßentransport notwendig sind, um langfristig die Leistungsfähigkeit der vielen kleinen und mittelständischen Transportunternehmen zu sichern. Die These, daß freie Preise im Güterverkehr eine optimale Verteilung der Produktivkraft und technische Verfahren im Transport zwischen Wirtschaftssektoren fördern würde, ist nach Ansicht des BDF unbewiesen und nicht haltbar.

Ein freier Verkehrsmarkt könne nämlich auf Dauer nicht die Preismechanismen erzeugen, die für große und kleine Verlader, für verkehrsferne und -nahe Gebiete, für Regionen mit hohem und geringem Verkehrsaufkommen in jeder Marktsituation auskömmliche wirtschaftliche Verhältnisse bewirken. Stabile wirtschaftliche Verhältnisse seien jedoch eine notwendige Voraussetzung für eine funktionierende Industrie- und Marktwirtschaft. ULRIKE HEMER

Angebot an den Werkverkehr

Seine Aktivitäten zur Übernahme von Werkverkehren will der Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF), Frankfurt, in den nächsten Wochen verstärken. Nach Kennzahlen des Kraftfahrtbundesamtes steckt der Werkfernverkehr in einer recht schwierigen Beschäftigungssituation. Die Auslastung der im Werkfernverkehr eingesetzten Lkw ist von 1979 bis 1982 um bis zu 18 Prozent gesunken. Gleichzeitig hatte sich die Ladekapazität der Fahrzeuge um bis zu 27 Prozent beträchtlich erhöht, während jedoch die Beförderungsleistungen mit Steigerungsraten von 5,6 Prozent nur bescheiden anstiegen.

Auch im Werknahverkehr mußten 1982 kräftige Einbußen hingenommen werden. Die Menge der beförderten Güter verringerte sich in diesem Bereich um 7 Prozent auf 1,17 Mrd. t, und die Produktionsleistung verminderte sich um 5 Prozent auf 20,4 Mrd. t/km.

Während die meisten Hersteller sich bei der Produktfertigung einer Reihe von Zulieferanten bedienten, werde der Fremdbezug von Transportleistungen vielfach noch nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt, beklagt der BDF. Auch kämen werkseigene Fahrzeuge selbst dann noch zum Einsatz, wenn es aus kostenrechnerischer und betriebswirtschaftlicher Sicht kaum noch zu vertreten sei.

Dagegen biete der Einsatz gewerblicher Transportunternehmen zahlreiche Möglichkeiten, die Flexibilität und Schnelligkeit gegenüber werkseigenen Fahrzeugen in der Transportabwicklung zu erhöhen und beträchtliche Kosteneinsparungen vorzunehmen.

Die derzeitige konjunkturelle Stagnation im Güterverkehr und die Wachstumsverluste im vergangenen Jahr lassen das Vorhaben des BDF aber nicht ganz uneigennützig erscheinen. Denn im gewerblichen Güternahverkehr hat sich die Menge der beförderten Güter 1982 um 7 Prozent auf 785 Mill. t und im gewerblichen Güterfernverkehr um 1,3 Prozent auf 136,7 Mill. t verringert. Zur Realisierung seiner Initiative hat der BDF eine selbständige Abteilung „Werkverkehrsberatung" eingerichtet. Deren Aufgabe soll sein, Vorschläge zu erarbeiten, die bestehenden Substitutionsbarrieren abzubauen. (uh)

LOGISTIK

Der Container ist in erster Linie ein Instrument für die Rationalisierung

Erhebliches Rationalisierungspotential für ihre Kunden sieht die Bahntochter Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbH, Frankfurt, beim geschickten Einsatz des Containerverkehrs: Das Containersystem sollte in allererster Linie als Rationalisierungsinstrument gesehen werden und erst in zweiter Linie als Transportgefäß, Lager oder Verpackung, meinen die Fachleute von Transfracht und erinnern daran, daß ein Transportunternehmen in einer Zeit kaum steigender Nachfrage nach Transportleistung und scharfen nationalen und internationalen Wettbewerbs seine Angebote gezielt auf die Bedürfnisse der Produktions- und Großhandelsbetriebe ausrichten sollte.

Denn starke Kostensteigerungen, nur begrenzte Wachstumsmöglichkeiten und sinkende Gewinne zwingen die Unternehmen, ihre Rendite durch konsequente Rationalisierung zu erwirtschaften. „Der Container kann unmittelbar an die Produktion herangeführt werden, er kann aber auch als Zwischenlager benutzt werden. Am Ende des Produktionsvorgangs wiederholt sich dieser Prozeß durch Produktion in den Container, der dann sofort die Distribution übernimmt oder vorübergehend als Zwischenlager dient, skizziert Norbert Sommer die Vorteile des Containers bei richtiger Einbindung in den logistischen Prozeß eines Unternehmens.

Mit „Nachtsprung"

Beispiele für erfolgreiche Rationalisierungseffekte kann Transfracht aus der Möbelbranche vorlegen, für die in Zusammenarbeit mit dem Werkverkehr von Produktionsunternehmen das inzwischen allgemein angebotene „Zielbahnhofsystem" entwickelt wurde. Danach werden die Container, die im Produktionsbetrieb mit Möbeln beladen wurden, vom Versandort aus auf der weiten Strecke auf der Schiene bis zum Zielbahnhof transportiert. Dort werden sie von Fahrzeugen des Werkverkehrs übernommen und mit eigenem Personal bei den Empfängern ausgeliefert.

Dabei können natürlich auch mehrere Entladestellen angefahren werden; die leeren Container werden zurückgebracht. Als besonderen Vorteil des Systems sieht man bei Transfracht, daß statt des geschilderten Rundlaufs der leere Container nach der Anfahrt mehrerer Entladestellen auch bei einem zweiten Containerbahnhof abgegeben werden kann und so der – kostenaufwendige – Straßentransport leerer Container auf ein Minimum beschränkt wird.

„Mit dem Zielbahnhofsystem behält das werkverkehrstreibende Unternehmen einen wesentlichen Vorteil: Eigene Fahrzeuge nehmen den Container am Zielbahnhof in Empfang. Die eigenen Fahrer halten den direkten Kundenkontakt aufrecht", betont Summer. Rationalisierungseffekte sieht er darin, daß der werkseigene Fuhrpark mit diesem System (ebenso das Fahrpersonal) drastisch reduziert werden könne. Das bedeutet auch Einsparungen bei Investitionen für eigene Lkw, in Werkstatt und Parkplatz. Als weiterer Vorteil sei zu sehen, daß beim Versand nur jeweils so viel Laderaum wie gerade benötigt vorgehalten werden muß, herumstehende Lkws müsse es bei diesem System nicht mehr geben.

Das Ganze funktioniert freilich nur dann optimal, wenn der jeweilige Produzent seine Disposition der Auftragsentwicklung entsprechend gut im Griff hat, was aber in Zeiten zunehmenden Einsatzes von Datenverarbeitung auch in mittleren und kleinen Betrieben möglich sein sollte. Dabei sind die Fachleute von Transfracht ehrlich genug zuzugeben, daß sich für den Versand mit diesem System auch Schwierigkeiten ergeben: Er muß sich auf bestimmte Abfahrts- und Ankunftszeiten einstellen und sich darüber klar sein, daß die Bahn nicht auf allen Verbindungen so schnell wie ein Straßenfahrzeug transportieren kann.

Dieses Problem hofft Transfracht (und die Bundesbahn) mit dem „Nachtsprungsystem" gelöst zu haben: Damit wird der Schienenverkehr zwischen den Containerbahnhöfen in einer Nacht abgewickelt, so daß der Werkverkehr die Container am Zielbahnhof in den frühen Morgenstunden aufnehmen und die Zustellung während des Tages besorgen kann. Auch dies wäre durch das Wegfallen der Nachfahrten von Lkw und die damit verbundenen Personalkosteneinsparungen ein deutlicher Rationalisierungseffekt.

Transfracht und die Bundesbahn unterhalten derzeit in der Bundesrepublik 69 Umschlagbahnhöfe und -plätze, die bereits vielfältige Möglichkeiten im Kombinierten Verkehr eröffnen. Aber selbst die Transfracht-Fachleute sind davon überzeugt, daß das Rationalisierungspotential im Containersystem noch keineswegs voll ausgeschöpft ist.

Grundsätzlich hält man bei Transfracht, die im vergangenen Jahr gut ein Drittel des gesamten „containerfähigen" Eisenbahngüterverkehrs in der Bundesrepublik transportierte, ein Umdenken bei Verladern, Empfängern und in der Transportwirtschaft für nötig. Angesichts der mit 10 bis 30 Prozent der Produktionskosten recht hohen Transportkosten eines Gutes gebe es in Zukunft weniger um eine immer kürzere Transportzeit als um die Fähigkeit, Transportzeiten in Verbindung mit der Produktion oder der Nutzung durch Verarbeiter, Händler und Endempfänger zu planen.

Korrigierte Prognose

Das heißt, die klassische Transportmittelwahl des Spediteurs tritt in den Hintergrund gegenüber einer logistischen Vorab-Planung im Leistungsverbund mit den Verladern. Denn, so betont Wolfgang von Ballestrem von der Transfracht, „die wahren Rationalisierungsmöglichkeiten, die wir in der Bewegung und Produktion von Gütern kennen, liegen in der Logistik". Daß er vor diesem Hintergrund wachsende Chancen für den Containerverkehr, sei es Binnen- oder Überseeverkehr, sieht, liegt auf der Hand.

Freilich sind selbst die Transfracht-Experten, die seit der Einführung des Container-Verkehrs Jahr für Jahr deutliche Wachstumsraten verbuchten (Ausnahme 1982), skeptisch hinsichtlich der Prognosen der Verkehrspolitiker, die ursprünglich bis 1990 im Kombinierten Verkehr rund 23 Millionen Tonnen rollen sahen, davon gut 8 Mill. t im Huckepackverkehr und knapp 15 Mill. t im Containerverkehr. Diese Prognose wurde inzwischen nach unten korrigiert: Bis 1988 lautet das Ziel der Transfracht jetzt gut 10 Mill. Tonnen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr transportierte Transfracht 3,25 Mill. t in Containern; inklusive der Tonnage aus dem Agenturgeschäft mit Intercontainer (europaweit) hat die Bundesbahn rund 7 Mill. t im Containerverkehr transportiert. INGE ADHAM

NUTZFAHRZEUGE

Die Marterstrecke nimmt kein Ende, Schrumpfkuren sollen ein Heilmittel sein

In diesem Jahr wird, wenn die Ifo-Analysten recht behalten, das Transportvolumen im Straßenfernverkehr erstmals das der Bundesbahn übersteigen. Eine solche Perspektive sollte eigentlich für die Nutzfahrzeug-Industrie mehr als nur *ein gutes Omen sein. Doch noch* sprechen die großen Lkw-Hersteller von einer weltweit schleppenden Nachfrage. Zwar hat sich das Inlandsgeschäft im Gefolge der Investitionszulage etwas belebt, doch ist zu berücksichtigen, daß diese Belebung von einem sehr niedrigen Niveau ausgeht.

Da überdies die zeitliche Begrenzung der staatlichen Zuschüsse Aufträge provoziert, die vom Kunden einfach vorgezogen werden, wächst bei den Herstellern bereits wieder die Sorge, daß es nach Auslaufen der Vergünstigungen im kommenden Jahr zu beträchtlichen Löchern in der Auftragsdecke kommen könnte. Schon werden aus der Branche Stimmen laut, die für eine Fristverlängerung dieses konjunkturellen Stützungsprogramms plädieren.

Im Rückwärtsgang

Wie nachhaltig der deutsche Nutzfahrzeugmarkt in den Rückwärtsgang geschaltet hat, veranschaulicht eine kleine Retrospektive: Einen vorläufigen Höhepunkt hatten hierzulande die Nutzfahrzeug-Zulassungen im Jahre 1980 erreicht, als fast 176 000 Einheiten neu auf die Straßen rollten. Seitdem sackte der Markt ständig ab und schrumpfte innerhalb der letzten zwei Jahre um runde 30 Prozent.

Insbesondere die schweren Fahrzeug-Typen liefen im Verkauf deutlich langsamer. Mit annähernd 124 000 Einheiten und einem Minus gegenüber dem Vorjahr von 15,4 Prozent hatte der Inlandsabsatz per Ende 1982 das niedrigste Niveau der vergangenen *sechs Jahre erreicht.*

Für die Beschäftigungssituation in diesem Industriezweig war es deshalb von erheblicher Bedeutung, daß sich der Export – er liegt bei etwa zwei Drittel der Produktion – in den beiden zurückliegenden Jahren zwar abgeschwächt hat, aber immer noch auf relativ hohen Touren lief.

Waren im Jahre 1981 vor allem die Lieferungen in westeuropäische Länder merklich zurückgegangen, so kamen im Jahre 1982 aus den Opec-Ländern, deren Nachfrage sich vornehmlich auf schwere und mittelschwere Nutzfahrzeuge konzentriert, die Aufträge deutlich spärlicher.

Die anhaltend rückläufige Tendenz der Nutzfahrzeugausfuhr in die Ölländer des Nahen und Mittleren Ostens ist es auch, die den Lkw-Herstellern im Verlaufe dieses Jahres beträchtliche Sorgen bereitet. Schon jetzt läßt sich absehen, daß der Zuwachs im Inlandsgeschäft nicht ausreichen dürfte, um die durch schwindenden Export gerissenen Auftragslücken auszufüllen. Die Produktion wird also auch weiterhin talwärts tendieren.

Im ersten Halbjahr 1983 ist die Produktion von Lastkraftwagen (alle Gewichtsklassen zusammengenommen) in der Bundesrepublik weiter um 3,6 Prozent auf rund 137 500 Einheiten zurückgegangen. Lediglich Transporter (bis 2 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht) sowie Lastwagen in den Gewichtsklassen zwischen 4 und 8 Tonnen *befanden sich dabei in der Pluszone*. Dagegen schnitten leichte Lkw (2 bis 4 Tonnen) wie auch alle mittelschweren und schweren Kategorien (ab 8 Tonnen) mit zweistelligen Minusraten äußerst schlecht ab.

Allein bei Lastkraftwagen über 16 Tonnen beträgt der Rückgang der Produktion in jenem Zeitraum mehr als 25 Prozent. In der Sparte der Straßenzugmaschinen sackte die Produktion sogar um fast 36 Prozent auf rund 10 590 Einheiten ab. Bis einschließlich August ist der Nutzfahrzeug-Export um 10,5 Prozent gesunken, die gesamte Produktion der Branche hat sich in dieser Zeitspanne um 6 Prozent vermindert.

Wie heftig der Wind am Nutzfahrzeugmarkt weht und welchen unbarmherzigen Druck sich die Branche ausgesetzt sieht, veranschaulicht nicht zuletzt die Schrumpfkur, die sich der zu Fiat gehörende Ulmer Lkw-Produzent Iveco-Magirus AG verordnet hat, um irgendwann einmal wieder aus den tiefroten Zahlen herauszukommen. Wenn in letzter Zeit auch MAN, wo ebenfalls drastische Abbaumaßnahmen anstehen, ins Blickfeld geraten ist, so ist dies ein weiteres Indiz für die Schwierigkeiten, mit denen die Branche konfrontiert ist.

Großzügige Rabatte

Noch ist nicht erkennbar, wann die Märkte, auf denen Kampfpreise und großzügige Rabattofferten an der Tagesordnung sind, wieder in ruhigeren Bahnen verlaufen könnten. Es liegt auf der Hand, daß sich in der Nutzfahrzeugbranche, die ohnehin durch ein weitverzweigtes Netz an Kooperationen gekennzeichnet ist, der Zug zur Konzentration der Kräfte weiter verstärken wird.

Die Probleme drückender Überkapazitäten sind grenzübergreifend und keineswegs nur auf die deutsche Nutzfahrzeug-Szene beschränkt. Dabei ist als äußerer Rahmen festzuhalten, daß der Nutzfahrzeug-Absatz in Europa seit 1980 von 500 000 auf 350 000 Einheiten (1982) zurückgegangen ist. Auf den außereuropäischen Märkten (ohne Amerika und Japan) schrumpfte der Absatz von 450 000 auf 80 000 Einheiten.

WERNER NEITZEL

HAFEN ROTTERDAM

Mit dem Rohöl rasant gewachsen

Wer Rotterdam sagt, denkt an Hafen und an Öl. Spätestens seit *den beiden Ölkrisen, als die Preisnotierung* beinahe täglich im Blickpunkt des Interesses stand, ist der Rotterdamer Spotmarkt für den deutschen Autofahrer und Heizölkunden zum Begriff geworden. Doch ist zwischen Spotmarkt und Ölhafen zu unterscheiden. Denn nur ein Teil des auf dem freien Markt gehandelten Öls erreicht tatsächlich den Rotterdamer Hafen.

Dank steil emporschnellender Rohölanlieferung war der Rotterdamer Hafen, seit 1962 der verkehrsreichste der Welt, in den sechziger Jahren rasant gewachsen. Wurden 1962 96 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, waren es ein Jahrzehnt später bereits 310 Millionen Tonnen. Zu die*sem bis heute nicht wieder erreichten* Rekord-Umschlag steuerte die Mineralöl-Sparte allein 70 Prozent bei.

Die Folgen der Ölpreissteigerungen trafen Rotterdam daher besonders hart. Im Vergleich zum Höchststand von 170 Millionen Tonnen (1973) hat sich die Rohölanlieferung bis heute fast halbiert.

Während der *Umschlag* von Rohöl und Mineralölprodukten offiziellen Prognosen zufolge bis zum Jahr 2000 stagnieren wird, setzen die Rotterdamer auf einen traditionellen Energieträger große Hoffnungen: auf die Kohle. Schon heute ist Rotterdam – wenn auch mit einem eher bescheidenen Anteil am Gesamtverkehr von fünf Prozent – der bedeutendste Kohlehafen Europas. In den nächsten zwei Jahrzehnten soll sich die Kohleanlieferung von derzeit rund sieben auf über 21 Millionen Jahrestonnen erhöhen, während der Versand nur leicht über das heutige Niveau von fünf Millionen Tonnen klettern soll.

Ganz anders sieht es dagegen beim Stückgut aus, das 1982 38 Millionen *Tonnen oder* 15 Prozent zum Hafenumschlag beisteuerte. Fast drei Viertel des Stückguts werden per Lkw ins Hinterland gebracht. Dies liegt nicht zuletzt am stetig steigenden Anteil des Container-Transports. In Rotterdam wurden im letzten Jahr 57 Prozent des Stückgutaufkommens in den rationell und schnell umzuschlagenden Behältern abgewickelt. Das waren 1,5 Millionen Container. Die per Container be- und entladene Gütermenge stieg 1982 trotz schrumpfendem Welthandel sowohl bei der Anlieferung (7,2 Millionen Tonnen) als auch im Versand (10,1 Millionen Tonnen) um jeweils zwei Prozent.

Im ersten Halbjahr 1983 nahm der Überseecontainerverkehr sogar um sieben Prozent zu. Eine Tendenz, die sich nach Ansicht von Experten fortsetzen wird, da laufend neue Güter „containerisiert" würden. Die Rotterdamer Hafenverwaltung erwartet bis 1995 einen Container-Umschlag von 25 Millionen Tonnen. Im vergangenen Jahr wurde mit dem Bau eines neuen Container-Terminals in der Maasvlakte, dem neuen Teil des Hafens, begonnen. Wenn das 500-Millionen-Gulden-Projekt 1985 fertiggestellt ist, können dort jährlich gut eine halbe Million Container zusätzlich abgefertigt werden.

HEINZ WÜSTE

WERFTINDUSTRIE

Die Konsequenzen der Überkapazitäten treffen besonders hart die Europäer

Die Schließung der traditionsreichen Bremer Werft AG „Weser" zum 31. Dezember dieses Jahres ist in hohem Maße beklagenswert, insbesondere für die 2100 Mitarbeiter und 200 Lehrlinge, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Sie ist das zwangsläufige Ergebnis einer Entwicklung, die vor den Werftindustrien der anderen europäischen Länder genausowenig haltgemacht hat.

So hat etwa die Geschäftsführung des staatlichen Werftenverbundes British Shipbuilders erst vor wenigen Tagen der Belegschaft und den Gewerkschaften einen radikalen „Überlebensplan" vorgelegt, der eine Welle von Arbeitsplatzeinsparungen und die Schließung von mindestens drei Werften in den Bereichen Handelsschiffbau und Offshore vorsieht. Nachdem die Mitarbeiterzahl in den letzten zwölf Monaten bereits um 3700 auf heute 60 000 verringert wurde, steht bis März kommenden Jahres der Abbau weiterer 5100 Arbeitsplätze an. Dabei hat die Geschäftsführung bereits durchblicken lassen, daß diese Zahl noch zu niedrig gegriffen sein dürfte.

Die gerade auf dem Schiffahrtsgebiet sehr renommierte Londoner Brokerfirma Drewry Shipping Consultants hat vor kurzem festgestellt, daß die Weltschiffbaukapazität gegenwärtig um 40 Prozent über einer angemessenen Größenordnung liegt. Solange es diese Überkapazitäten bei den Werften gibt, kann das Überangebot an Schiffstonnage in praktisch allen Schiffahrtsbereichen nicht abgebaut werden, lautet die Folgerung.

Seit den strahlenden Schiffbautagen Anfang der siebziger Jahre, als die Werften der Nachfrage nach Supertankern kaum mehr gerecht werden konnten, ist es – als Folge der Ölkrise – rapide bergab gegangen. Nachdem 1974 mit einem weltweiten Auftragsbestand im ersten Quartal von rund 135 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) der Höchststand erreicht worden war, lag die internationale Schiffbauindustrie im Prinzip bereits im Frühjahr 1979 mit einem Gesamtauftragsbestand von nur noch 25 Millionen BRT danieder.

Zwar kam es danach – beflügelt durch angeblich beeindruckende Voraussagen über die Nachfrageentwicklung bei Massengutfrachtern für den Kohletransport – zu einem Zwischenhoch. Reeder, die nach der Pleite mit Öltankern im Massenguttransport Erfolg witterten, orderten vor allem Schiffe der sogenannten „Panama-Größe", Massengutschiffe also, die mit ihren 60 000 bis 80 000 Tonnen den Panama-Kanal noch passieren können. Entsprechend verzeichneten die Auftragsbücher der Werften im ersten Quartal 1981 einen Anstieg auf 37,5 Millionen BRT. Doch gleich darauf setzte die Talfahrt wieder ein.

Dem Londoner Lloyd's-Register zufolge ist der Weltauftragsbestand bis zum ersten Quartal dieses Jahres auf 26,6 Millionen BRT gefallen, wobei – was nicht vergessen werden darf – der Löwenanteil des Auftragsbestands auf die fernöstlichen Werften in Japan und Südkorea entfällt. Erst im zweiten Quartal kam es zu einem geringfügigen Anstieg auf 28,7 Millionen BRT, was aber nahezu ausschließlich auf die allgemein äußerst befremdende Entscheidung des japanischen Reedereikonzerns Sanko Steamship zurückzuführen ist, insgesamt gut 100 Massengutschiffe der sogenannten „handlichen Größenordnung" (handy-size) von 20 000 bis 40 000 Tonnen in Auftrag zu geben – natürlich bei japanischen Werften.

„Die einmalige Gelegenheit für eine preisgünstige Erneuerung oder Expansion der Flotte", wie sich Lloyd's Shipping ausdrückt – zwischen Ende 1980 und dem ersten Quartal dieses Jahres sind die Neubaupreise um 20 bis 30 Prozent gefallen –, hat auch einige andere Reeder zu Neuinvestitionen veranlaßt. Doch für die meisten Schiffahrtsexperten ist damit nur ein weiterer Nagel in den Sarg der westlichen Werftindustrie geschlagen worden.

Lloyd's zufolge war noch Ende vergangenen Jahres davon ausgegangen worden, daß Tonnage-Nachfrage und -Angebot im Bereich der 20 000- bis 40 000-Tonner spätestens Ende 1984 ausgeglichen sein würde, keine weiteren Aufträge, eine stetige Rate von Abwrackungen und ein jährliches Nachfragewachstum für Schiffstonnage in Höhe von fünf Prozent vorausgesetzt. Diese Voraussage muß aufgrund der jüngsten Aufträge bis mindestens Mitte 1986 verschoben werden. Für die mittelgroße Tonnage wird ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage ohnehin erst für Ende 1988 erwartet.

Noch vor zehn Jahren entstanden auf den Werften Westeuropas mehr als 40 Prozent der weltweiten Neubautonnage. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 23 Prozent. Allein der Anteil Großbritanniens als ehemals bedeutendster Schiffbaunation der Welt ist von 40 Prozent im Jahre 1926 auf 20 Prozent 1956 und schließlich auf heute ganze drei Prozent geschrumpft.

Von dem Weltauftragsbestand im Juni dieses Jahres über 29,7 Millionen BRT standen in japanischen Orderbüchern allein 11,4 Millionen BRT, in denen Südkoreas 3,6 Millionen und in denen Taiwans knapp eine Million. Deutschland und Großbritannien kommen jeweils nicht einmal auf eine Million. Eine bittere Erfahrung, die den Fall AG „Weser" in Deutschland relativiert.

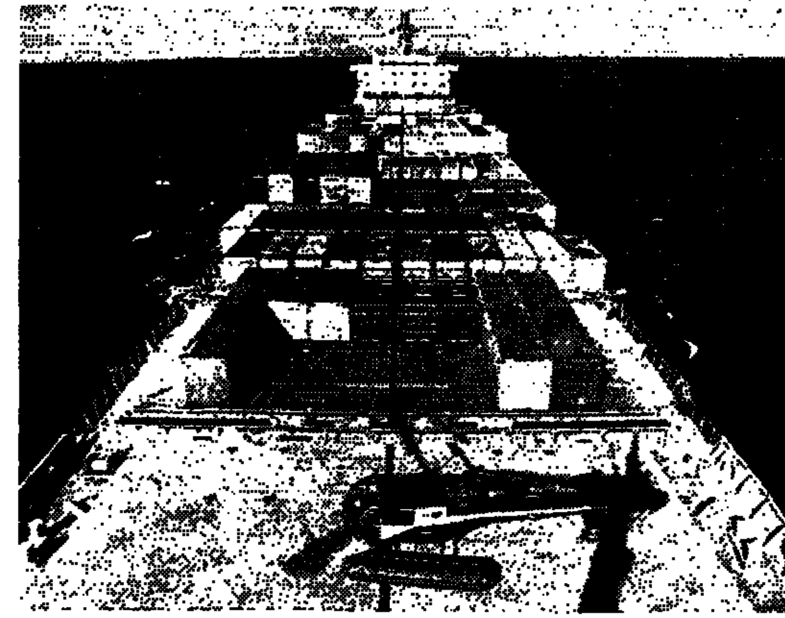
In diesem Zusammenhang wird so häufig von der Rolle gesprochen, die europäische Werften mit ihrem Know-how auf dem Gebiet der Spezialfertigung spielen sollten, zumal die Aufträge für solche Spezialschiffe vergleichsweise erheblich wertintensiver seien. Doch soll man sich auch hier nichts vormachen: Von den bereits angeführten 29,7 Millionen BRT Weltauftragsbestand im Juni entfielen ganze 1,7 Millionen BRT auf Spezialschiffe, Gas- und Produktentanker eingeschlossen.

WILHELM FURLER

SCHIFFAHRT

Mit öffentlichen Mitteln werden weltweit immer mehr nicht gebrauchte Schiffe gebaut

Die Lage auf den internationalen Schiffahrtsmärkten im Herbst 1983 ist unverändert desolat. Die Tankerkrise, die dem Ölschock von 1973 folgte, geht in ihr zehntes Jahr, und in der Massengutfahrt haben die Raten einen Tiefstand erreicht. Stark betroffen ist inzwischen auch die Linienfahrt, die auf den wichtigsten überseeischen Fahrtgebieten in erster Linie mit Containerschiffen betrieben wird. Bei starkem Druck von der Angebotsseite und zunehmendem Verdrängungswettbewerb fahren mittlerweile die meisten Liniendienste mit tiefroten Zahlen. Schlimmstes Beispiel dürften die Nordatlantikverkehre sein, auf denen ein regelrechter Ratenkrieg ausgebrochen ist und der Deutschlands größte Reederei, die Hapag-Lloyd AG, in einen Überlebenskampf gerissen hat.



Weniger Fracht bei wachsendem Frachtraum – das ist das Dilemma der Schiffahrt. FOTO: ANDRE GELPKE

Eine Wende zum Besseren zeichnet sich zur Zeit auf keinem der Schiffahrtsmärkte ab. Einmal fehlt es angesichts des gravierenden konjunkturellen Gefälles zwischen den USA und Japan sowie den westeuropäischen Volkswirtschaften an wirtschaftlichem Aufwind. Zum anderen engen Zahlungsbilanz- und Verschuldungsprobleme in vielen Entwicklungsländern und sinkende Einnahmen der ölproduzierenden Staaten den außenwirtschaftlichen Spielraum ein. Vor Mitte der achtziger Jahre erwarten realistische Marktbeobachter keine nachhaltige Veränderung der Lage.

Hauptursache für die Misere der internationalen Schiffahrt bleibt das verheerende Mißverhältnis von Ladungsangebot und vorhandenem Schiffsraum. Die rezessive Entwicklung des Welthandels hat zu gravierenden Nachfrageeinbrüchen auf allen Märkten geführt. Von der Welthandelsflotte sind zur Zeit mehr als 1400 Schiffe mit knapp 87 Mill. tdw Tragfähigkeit beschäftigungslos. Besonders betroffen sind die Rohöltanker und die Großfrachter für trockene Massengüter wie Erz, Stahl oder Kohle. Vorsichtig geschätzt ist gut die Hälfte der vorhandenen Tankerflotte überflüssig und in der Massengutschiffahrt jeder dritte Frachter zuviel. Überkapazitäten gibt es freilich auch in der Linienfahrt. Das Angebot an Containerschiffsraum übersteigt inzwischen die Nachfrage um rund ein Viertel.

Gerade in der Containerschiffahrt droht sich das Überangebot noch erheblich zu vergrößern. Obwohl jedes zusätzliche Schiff den Druck auf den Markt, die Raten und die Erträge der Reedereien verschärft, haben einige Reedereien große Expansionspläne. Allen voran die Taiwanesen, die mit einer bis 1985 verdoppelten Flotte Dienste „rund um die Welt" aufbauen wollen. Die Taiwanesen dürften in zwei Jahren über eine Containerflotte verfügen, die weit größer ist als die der drei größten deutschen Linienreedereien zusammen.

Auch die amerikanische Reederei US Lines wird im nächsten Jahr 14 neue große Schiffe in Dienst stellen. Rechnet man alle bislang bekannten Neubaupläne zusammen, ergibt sich bis Mitte der achtziger Jahre ein Überangebot an Containerschiffsraum von fast 40 Prozent.

Die wider alle wirtschaftliche Vernunft wachsende Welthandelsflotte ist freilich nicht nur das Ergebnis expansiver Marktpolitik mit dem Ziel, traditionelle Schiffahrtsnationen aus ihren Positionen zu verdrängen. Sie ist gleichzeitig das Resultat dramatischer Überkapazitäten in der Werftindustrie. Da die Schiffbauunternehmen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern fast überall auf der Welt in arbeitsmarktpolitischen Problemregionen liegen, wird fehlende Nachfrage durch staatliche Subventionen und Hilfsmaßnahmen aller Art ausgeglichen. Die künstlich gestörte Interdependenz von Schiffbau und Schiffahrt führt zu der absurden Situation, daß auf der einen Seite bereits zuviel Schiffe auf dem Markt vorhanden sind, zugleich aber mit öffentlichen Mitteln immer mehr nicht gebrauchte Schiffe gebaut werden.

Das noch wachsende Ungleichgewicht von Nachfrage und Angebot läßt den ohnehin schon beängstigenden Subventionswettbewerb weiter eskalieren. In der Schiffahrt zählt heute kaum noch die Leistungsfähigkeit, dafür um so mehr die Höhe der Zuschüsse und die Intensität der staatlichen Ladungslenkung. Verschärft wird die Situation durch die osteuropäischen Flotten, bei denen Kosten und Ertrag keine Rollen spielen. Sowjetische Schiffe etwa, die Kriegsmaterial nach Mittelamerika liefern, pflegen auf ihrer Rückreise hochwertiges Ladungsgut zu Spottpreisen zu transportieren.

In diesem Umfeld dampft die deutsche Schiffahrt durch ihre bislang schwerste Krise. Die mörderischen Ratenkämpfe beeinträchtigen Liquidität, Rentabilität und Eigenkapitalausstattung. Manche Liniendienste fahren heute nicht einmal mehr die reinen Betriebskosten. Kein Wunder, daß unter den gegebenen Bedingungen der Schrumpfungs- und Umstrukturierungsprozeß der deutschen Handelsflotte rasant fortschreitet.

Gemessen an der Tonnage unter deutscher Flagge hat sich die Flotte in den letzten 5 Jahren um rund ein Drittel reduziert. Der Anteil an der Welthandelsflotte beträgt nur noch etwa 1,8 Prozent und steht in krassem Gegensatz zur Bedeutung der Bundesrepublik am gesamten Welthandel (rund 10 Prozent). Nach der Zahl der Schiffe kreuzen heute nur noch 400 Schiffe unter deutscher Flagge die Meere. Unter fremder Flagge, aber unter deutschem Einfluß fahren weitere 330 Schiffe. Gerade in diesem Teil der Flotte mehren sich die Fälle, daß zur Einsparung von Kosten und zur Verbesserung der Flexibilität nicht bloß die Schiffe ausgeflaggt, sondern ganze Betriebe ins Ausland verlagert werden.

Für die deutsche Schiffahrt und vor allem die wichtige Linienfahrt gibt es zur Zeit eigentlich nur zwei Lichtblicke. Einmal bringt der anhaltend feste Dollarkurs Entlastung auf der Erlösseite. Zum anderen ist mit dem am 6. Oktober in Kraft getretenen UN-Verhaltenskodex ein erster Schritt auf dem Weg zur Harmonisierung der internationalen Linienschiffahrtspolitik gemacht worden. Das betrifft besonders den Bereich einseitiger Ladungslenkung. Die Konvention sieht im Grundsatz vor, daß die nationalen Reedereien der im Linienverkehr beteiligten Handelspartnerstaaten mit jeweils 40 Prozent am Ladungsaufkommen partizipieren und sogenannte Crosstrader (Drittflaggen) mit 20 Prozent beteiligt werden sollen.

Ob den Linienreedereien das Übereinkommen wirkliche Entlastung bringt, bleibt zunächst offen. Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die europäischen Staaten das eigene außenwirtschaftliche Instrumentarium erweitern, um den in der Konvention verankerten Grundsatz der Nichtdiskriminierung auch dort durchzusetzen, wo Entwicklungsländer oder Ostblockstaaten an ladungslenkenden Maßnahmen festhalten. Die Konvention ist aber immerhin ein brauchbarer Ansatz, auch um die zum Teil gestörten Beziehungen zwischen Reedereien und verladender Wirtschaft zu entkrampfen.

Ein nationales Schiffahrtsprogramm, das die deutsche Flotte über Wasser hält, ersetzt die Konvention sicher nicht. Lauter denn je fordern die Reeder Maßnahmen von Bonn, um Kostennachteile auszugleichen, Wettbewerbsverzerrungen abzubauen und finanzielle Überlebenskraft zwischenzeitlich zu sichern.

JAN BRECH

SPEDITEURE

Dienstleistung mit Datenverarbeitung

Spediteure sind für die versendenden Firmen die wichtigsten Partner im Bereich Transport. Ähnlich wie man Reisen über ein Reisebüro buchen kann, werden Gütertransporte über Spediteure geplant, gebucht und über die Rolle der Reisebüros weit hinausgehend abgewickelt.

Spedition ist insbesondere in Deutschland und der Schweiz ein traditionsreiches Gewerbe. Eine der ältesten bestehenden Speditionen dürfte die Haniel-Spedition sein, deren erstes Lagerhaus noch von Friedrich dem Großen zum Bau außerhalb der Duisburger Stadtmauern freigegeben wurde. Inzwischen ist der deutsche Markt so strukturiert, daß neben den weltweit operierenden Großunternehmen meist regionale Mittelbetriebe und eine unübersehbare Zahl Kleinunternehmen aktiv sind, die sich zwar meist Spediteure nennen, aber eigentlich nur Fuhrunternehmen sind. Zusätzlich existieren Spediteure, die sich entweder auf bestimmte Verkehrsträger (so die Seehafenspedition) oder Güter spezialisiert haben.

Inzwischen hat der Fortschritt, besonders durch den Einzug der Datenverarbeitung (EDV) in die Branche, die Speditionsunternehmen gehörig herausgefordert. Einerseits sind die Informationsansprüche der Kunden zu Recht immer größer, andererseits sind die Tarifwerke, Zoll- und sonstige Abwicklungen immer komplexer geworden: Effizient und fehlerfrei läßt sich heute nur mit EDV arbeiten.

Zusätzlich bieten insbesondere die Großspediteure viel umfassendere Leistungen an als früher, was in der Distribution offenkundig wird. Viele Firmen gehen dazu über, ganze Regional- oder Zentralläger in die Hand der Spediteure zu geben und entdecken dabei, daß dies nicht nur wesentlich billiger, sondern auch genauso flexibel wie vorher ist, ersparen sich aber dadurch zusätzlich viel Management-Zeit und Ärger.

Eine weitere große Herausforderung ist die Umstrukturierung und der Ratenverfall der Luft- und Seefracht. Der Druck seitens der Reeder und Fluggesellschaften hat in den letzten Jahren zugenommen; einige Speditionsleistungen werden inzwischen auch von ihnen angeboten – aber mit sehr unterschiedlichem Erfolg. Die Spediteure reagieren auf die richtige Weise: Sie gehen noch stärker auf die spezifischen Wünsche der Kunden ein, werden Teil des Systems der Kunden. Dies ist moderne Dienstleistung im besten Sinne. Bei genügender interner Effizienz des Spediteurs ist dies für Kunden und Spediteur nur von Vorteil. (DW.)

TRANSPORT-VERSICHERUNG

Die Sanierung ist noch nicht beendet

Bei aller positiven Einschätzung der Sanierungsbemühungen der deutschen Transportversicherer, die erstmals seit 1974 im reinen Geschäftsergebnis mit schwarzen Zahlen aufgewartet haben, muß nach Ansicht des persönlich haftenden Gesellschafters der bekannten deutschen Versicherungsmaklerfirma Jauch & Hübener, Franz-Günther von Gaertner, die Einschränkung gemacht werden, daß der Markt 1982 von Großschäden verschont geblieben ist. In einem Gespräch mit der WELT sagte von Gaertner: „Ein einziges außergewöhnliches Ereignis hätte das positive Ergebnis in das Gegenteil verkehrt."

In diese Betrachtungsweise muß nach den Worten von Gaertners, der zugleich Vorsitzender des Vereins Deutscher Versicherungsmakler ist, mit einbezogen werden, daß keine andere Versicherungssparte so stark internationalen Einflüssen unterliegt. Umfang des Welthandelsvolumens, Änderung der Transporttechniken und insbesondere die rechtlichen Bestimmungen des Verkehrs wirkten unmittelbar ein: Gerade hier bereite die Diskriminierung in vielen Ländern den in der Bundesrepublik tätigen Transport-Versicherungen erhebliche Schwierigkeiten. Stärkeres politisches Engagement in diesem Bereich läge nicht nur im Interesse der Versicherer, sondern auch der betroffenen Wirtschaft. Von Gaertner: „Protektionistische Maßnahmen, vor allem in Ländern der Dritten Welt, zugunsten lokaler Versicherungsmärkte führen letztlich nur zu Doppelbelastungen durch Schutzversicherungen und aufgrund fehlenden Wettbewerbs zu überhöhten Prämien und beeinträchtigen damit unmittelbar den Handel."

Interessant sei in diesem Zusammenhang, daß die Ausgaben für Versicherungsprämien der deutschen Importeure an das Ausland laut Bundesbankstatistik für 1982 über 900 Mill. DM betrugen, die deutschen Versicherer dagegen für Cif-Verkehr nur rund 400 Mill. DM, also weniger als die Hälfte, eingenommen haben, und dies bei einer so exportorientierten Wirtschaft wie der deutschen.

Für die Zukunft der Transportversicherung hält Franz-Günther von Gaertner deswegen eine Änderung dieses augenblicklichen Systems der rechtlichen Gestaltung in der Transportversicherung für notwendig. Da im Bereich der Ladungslenkung und

Die größten Transportversicherer

Gesellschaft	Bruttobeiträge Mill. DM	Mill. DM
1. Gerling Allg.	196	(175)
2. Allianz Vers.	163	(152)
3. Nordstern Allg.	100	(99)
4. Victoria Feuer	96	(90)
5. Colonia Vers.	82	(78)
6. Mannheimer Vers.	70	(72)
7. Globus Vers.	70	(64)
8. Albingia Vers.	63	(63)
9. Agrippina Vers.	55	(50)
10. Securitas	49	(45)
11. Württemb.-Bad.	46	(48)
12. Nord-Deutsche²)	41	(46)
13. Aachen u. Münchener	41	(38)
14. Gothaer Vers-Bk.	40	(37)
15. Haftpfl.-Verb.	38	(42)

¹) im selbst abgeschlossenen Geschäft (1982/1981); ²) reiner Transportvers.

Aufteilung des Verkehrsaufkommens schon internationale Vereinbarungen getroffen worden sind, müßten die politischen Instanzen eine entsprechende Regelung für die Beteiligung der Versicherungsmärkte in ähnlicher Form durchsetzen. „Dies wäre eine der Voraussetzungen für eine wirkliche Trendwende", meint der Hamburger Makler.

Darüber hinaus sind aber auch für die technische Gestaltung von Transportversicherungen Änderungen erforderlich. So werde sich verstärkt die Frage stellen, ob nicht Transportrisiken ganz oder jedenfalls zu einem erheblichen Teil selbst getragen werden müssen, soweit nicht, wie beispielsweise beim Export, Risiken Dritter zu versichern sind. Für von Gaertner ist es auch denkbar, daß „kombinierte Deckungskonzepte geschaffen werden können, in denen die Transportrisiken den Sachrisiken untergeordnet und angehängt werden".

Voraussetzung sei hier allerdings, daß die Versicherer das Prämienniveau für Großschäden auf eine risikogerechte Basis anheben. Dies erfordert, so von Gaertner, natürlich ein gewisses Umdenken auf seiten der Versicherer, würde aber den jahrzehntelangen Kampf um schwarze Zahlen wesentlich beeinflussen können. In diesem Zusammenhang müsse auch überlegt werden, ob nicht im Rahmen von modernen Konzepten die Regulierung von Schäden im Eigenbehalt der Unternehmen gegen Gebühr übernommen werden könne.

Franz-Günther von Gaertner sieht auch die Gefahr einer Verlagerung von der individuellen klassischen Transportversicherung zur Verkehrshaftungsversicherung: „Ob die Ratifizierung der verschärften Handelsregeln erfolgt, scheint gegenwärtig allerdings mehr als zweifelhaft.

Man hat ja schon früher die Insured Bill of Lading oder die Ausdehnung der Haftung diskutiert. Keines dieser Systeme hat sich durchgesetzt, weil der Service des Transportversicherers im Hinblick auf Schadenverhütung und Schadenregulierung sowie individuelle Vertragsgestaltung sich eben für das verladende Unternehmen von größerem Vorteil erwiesen haben. Das wird auch in Zukunft so sein."

HARALD POSNY

PIAGET / Kapazität voll ausgelastet

Guter Markt für Luxusuhren

INGE ADHAM, Frankfurt

Für die „teuerste Uhr der Welt", ein Prachtstück aus Platin mit 296 Diamanten, das runde 4,5 Millionen Mark kosten soll, hat Piaget wohl noch keinen Käufer gefunden – „Phoebus", so heißt das Modell, ist wohl eher als Beweis für die Fähigkeiten der Schweizer Uhrmacher in vierter Generation zu sehen, die heute unter die zehn größten Uhrenfabrikanten der Schweiz einzuordnen sind.

Umsatzzahlen mögen die Handwerker aus La-Coté-de-Fées nicht nennen. Aber sicher scheint, daß sie besser als andere Uhrmacher durch die Rezession gekommen sind. Ihre Kapazität, bestimmt durch 230 hochqualifizierte Handwerker, war auch im vergangenen Jahr mit rund 15 000 gefertigten Edeluhren (Eingangspreislage rund 5500 DM) voll ausgelastet. „*Piaget ist heute das einzige* Unternehmen seiner Branche, das ausschließlich Golduhren herstellt, die vom Entwurf bis zur Fertigung vollständig in eigenen Werkstätten entstehen," halten die Schweizer stolz fest. Verkauft wird in alle Länder der Welt, in 67 Ländern ist man selb1st vertreten.

Auch in der Bundesrepublik sind die Uhren gefragt: Rund sechs Mill. DM setzte die deutsche Tochter in Offenbach im vergangenen Jahr um (etwa 900 Stück); dazu kommen noch rund 5500 Uhren der Marken LeRoi und Beaume & Mercier (1965 erworben), mit denen auch die gehobene Mittelpreisklasse abgedeckt wird.

Am deutschen Markt, auf dem mit 40 Konzessionären (Juweliere und Uhrenfachgeschäfte) gearbeitet wird, sieht Piaget noch Wachstumsmöglichkeiten; in diesem Jahr wird sowohl bei Umsatz als auch der Stückzahl eine Steigerung um 7 bis 8 Prozent erwartet. Während in der Bundesrepublik Schlichtheit gefragt ist und die gängigsten Endverkaufs*preislagen zwischen 10 000 und* 20 000 DM liegen, sind im internationalen Geschäft die Prunkstücke stärker gefragt, besonders in Fernost.

TER HELL / Handelshaus besteht 75 Jahre

Spezialist für Harze

J. BRECH, Hamburg

Das Hamburger Handelshaus Hermann Ter Hell & Co. (GmbH & Co.) besteht am 25. Oktober 75 Jahre. Das ursprüngliche Angebot von Wachsen und Harzen ist inzwischen um chemische und Kunststoffprodukte erweitert worden. Außerdem verfügt Ter Hell über eigene Produktionsstätten für besondere Wachsmischungen in Holland und den USA sowie über ein Kunststoff-Veredelungswerk in Herne. Den Gruppenumsatz im Jubiläumsjahr gibt der geschäftsführende Gesellschafter Klaus-Christian Westphal *mit* rund 150 Mill. DM an.

Die Familie Westphal ist seit 1938 im Besitz des Handelshauses. Gegründet wurde es 1908 von Hermann Ter Hell, der zunächst Wachse und Paraffin aus Osteuropa nach Südamerika exportierte, sich nach dem Ersten Weltkrieg dann auf den Handel mit Paraffin in Deutschland und Europa konzentrierte. Zu einem weltweiten Begriff wurde die Firma nach dem Zweiten Weltkrieg als Handelshaus für natürliche und synthetische Harze und Wachse.

Bei speziellen Naturwachsen und Harzen zählt Ter Hell zu den führenden Importeuren in Europa. Das gilt sowohl für brasilianisches Carnaubawachs als auch für Balsamharz aus der Volksrepublik China. Die Kontakte nach Fernost bestehen seit gut 20 Jahren. Das Handelsangebot umfaßt ferner ein vollständiges Pro*gramm an Faserverbundwerkstoffen*, Kunstharzen, synthetischen Wachsen und Mineralölprodukten wie Weißöl, Vaseline und Mikrowachse. Bei chemischen Produkten werden eine Reihe von ausländischen Unternehmen in Deutschland, Holland, Österreich und der Schweiz exklusiv vertreten.

Die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland und die Erweiterung des Geschäfts um eigene Fertigung erfolgte zu Beginn der fünfziger Jahre. Die holländische Paramelt-Syntag B. V. zählt heute zu den größten Wachsblendern der Welt, die 1977 gegründete Ter Hell Plastic GmbH, Herne, handelt und vertreibt selbst*veredelte Kunststoffe*. Weitere Gesellschaften bestehen in der Schweiz und Österreich sowie seit 1980 in den USA. Maxime des Hauses bleibe auch künftig, so erklärte K. C. Westphal, spezielle Leistungen zwischen den Großen der Chemie und der mittleren Kundschaft zu erbringen.

STAHLINDUSTRIE / Kosten können noch um vier Milliarden Mark gesenkt werden

Dauerhafte Gesundung ist möglich

Von L. VON BOGDANDY

Circa 100 Milliarden Mark haben die EG-Konkurrenzländer der deutschen Stahlindustrie seit Ausbruch der nun neunjährigen Stahlkrise an Subventionen in Marsch ge*setzt, um beim überall notwendigen* Kapazitätsabbau wenigstens einen Teil ihrer Arbeitsplätze an veralteten Anlagen zu retten. Begünstigung „historischer" Anlagen mit betriebswirtschaftlicher Desoptimierung für moderne Kapazitäten folgt auch aus der Krisen-Notlösung der durch die EG-Kommission *eingeführten* Produktions- und Lieferquoten. Obendrein haben sich seit 1973 nach nun zwei „Ölkrisen" die Energiekosten in der sehr energieintensiven Stahlerzeugung von etwa 20 Prozent auf fast 30 Prozent der Gesamtkosten erhöht und konnten nicht auf die Stahlpreise abgewälzt werden. Haben die deutschen Stahlunternehmen überhaupt noch eine Chance, mit der nun auch hierzulande beschlossenen Staatshilfe ihre Wirtschaftlichkeit wiederzugewinnen? Der Versuch einer positiven Antwort hat vier Schwerpunkte:

- Betriebswirtschaftlich zeigt die Durchrechnung typischer Beispiele, daß die Werksselbstkosten für warmgewalzte Produkte bei der derzeit geringen Auslastung um mindestens 50 DM/t höher sind als bei Normalauslastung der Kapazitäten, die mit 80 bis 90 Prozent der Nennleistung anzusetzen ist. Daraus folgt, daß die deutsche Stahlerzeugung heute ein vermeidba*res Zusatz-Kostenvolumen von min*destens 2 Mrd. DM pro Jahr mit sich schleppt. Das entspricht etwa dem derzeitigen echten Jahres-Gesamtverlust der Branche.

In dieser Lage, und weil eine nachhaltige Mengenerholung nicht erwartet wird, empfehlen die „Stahlmoderatoren", die Erzeugung auf den leistungsstärksten und kostengünstigsten Anlagen zusammenzufassen und damit das Kostensenkungspotential zu realisieren, was technisch und auch an transportgünstigen Standorten durchaus möglich ist. Einige entsprechende Aktionen sind in Gang gekommen und werden durch *Tausch von Produktionsquoten* bei paralleler Schließung von Werksanlagen realisiert (z. B. Klöckner-Werke mit Cockerill Sambre, Arbed Saarstahl mit Peine Salzgitter). Doch wir sind nocht weit entfernt von einer wirklichen Straffung der Gesamtindustrie, der insbesondere schwerwiegende sozialpolitische Probleme im Wege stehen.

- Denn weitergehende Konzentration hätte zusätzliche empfindliche Einschnitte in die Belegschaftszahlen zur Folge. Nach erheblichen Einbu*ßen seit* Ende der 60er Jahre ist die Belegschaftszahl der EG-Stahlindustrie in den letzten fünf Jahren um weitere 35 Prozent auf 534 000 (Ende 1982) gesunken, und die EG-Kommission schätzt, daß sie in den nächsten Jahren noch um ein weiteres Drittel sinken muß.

Doch angesichts einer Arbeitslosigkeit, die weithin ein politisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht hat, ist ohne arbeitsmarktpolitische Ausgleichsmaßnahmen eine betriebswirtschaftlich richtige Konzentration der Stahlproduktion nicht mehr möglich. Daher sollte die systematische Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Vordergrund stehen, die betriebswirtschaftlich gesund sind.

- Auch unter ökologischem Aspekt gibt es ein reizvolles Ziel. Bei der klassischen Stahlerzeugung (besonders in den Vorstufen des Hochofens) werden nennenswerte Schadstoffmengen emittiert. Erst recht bei Kohle-Großfeuerungsanlagen (Kraftwerken) mit hohem Schwefel- und Stickoxideauswurf. Es kann heute als sicher gelten, daß sich diese Stoffe in Verbindung mit atmosphärischem Wasser als „saurer Regen" sehr schädlich auf die ökologischen Gleichgewichte in den Gewässern *auswirken und als wahrscheinlich*, daß sie auch an den Waldschäden wesentlich beteiligt sind.

Es ist deshalb durchaus möglich, daß die im Juni 1983 von der Bundesregierung erlassene „Großfeuerungsverordnung" mit Senkung des noch zulässigen SO_2-Gehalts um etwa zwei Drittel auf noch 400 mg/Nm_3 weiter verschärft wird. Hierdurch kann die Kohleverfeuerung in Kraftwerken unter vielleicht sogar existenzbedrohendem Druck geraten, wenn man nicht rechtzeitig überzeugendere Lösungen zur Emissionssenkung findet.

- Das trifft sich mit den Interessen der Stahlerzeugung. Denn diese muß ihre *Produktionsverfahren* in Richtung geringeren Energieverbrauchs verändern. Sinnvoll ist dabei auch die Umstellung von teuren Energieformen (Schweröl, Erdgas, Strom und Koks) auf die billigere Kohle. Außerdem besteht ein großes Sparpotential, wenn es gelingt, den aufwendig vorbereiteten Hochofensöller durch einfaches Feinerz zu ersetzen. Es sind Technologien in der Entwicklung, die diese Aufgabenstellung mit der realistischen Aussicht erfüllen, die Erzeugungskosten für flüssiges Eisen um mindestens 50 DM/t zu senken.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist das KS-Verfahren (Klöckner-Stahlverfahren) zur Stahlherstellung aus Schrott und Eisenschwamm. Es ist seit Mai 1983 auf der Georgsmarienhütte der Klöckner-Werke AG großtechnisch realisiert und liefert bei wesentlich verbessertem Wirkungsgrad des Primärenergieeinsatzes gegenüber dem Kraftwerk als Nebenprodukt Kohlegas mit äußerst geringen Schwefelgehalten (unter 20 mg/Nm^3 im Abgas). Es gibt auch schon die Möglichkeit, das KS-Verfahren in abgeänderter Form zur Gaserzeugung ohne Stahlerzeugung zu betreiben.

Mit solchem Beispiel werden Konzepte im Energiebereich aussichtsreich, die den Ersatz von Energieimport durch heimische Arbeitskraft ermöglichen, wie die Kohlevergasung oder die Herstellung von Methanol aus Kohle. Ein weiterer sehr wichtiger Schritt ist dann gegeben, wenn die grundsätzlich mögliche Einspeisung kostengünstiger nuklearer Prozeßwärme aus Hochtemperatur-Kernreaktoren auch in diesem Vergasungsprozeß technisch beherrschbar wird.

Fazit: Eine dauerhafte Gesundung der deutschen Stahlindustrie kann gelingen, wenn alle vorhandenen Chancen genutzt werden. Dazu gehören in erster Linie die Konzentration der Erzeugung auf kostenoptimale Anlagen und die Innovation vor allem im Bereich der „energie- und umweltintensiven" Primärstufen der Stahlerzeugung. In diesen beiden Faktoren steckt ein Kostensenkungspotential von je mindestens 50 DM/t, insgesamt also 4 Mrd. DM pro Jahr für die deutsche Stahlproduktion.

Da der Konzentrationsprozeß aus sozialpolitischen Gründen nur allmählich realisiert werden kann, sollte um so höheres Gewicht auf die innovatorische Komponente gelegt und diese mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das schafft zumal in der Kohleveredelung gesunde Ersatzarbeitsplätze.

Prof. Dr.-Ing. Ludwig von Bogdandy ist technisches Vorstandsmitglied der Klöckner-Werke AG, Duisburg.

KOLUMBIEN / Wirtschaftsdelegation beim DIHT

Werben um deutsche Firmen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Eine kolumbianische Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Finanzminister Edgar Gutiérrez Castro will heute auf einer Veranstaltung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) in Bonn für ein stärkeres Engagement deutscher Firmen in dem südamerikanischen Land werben. Die Delegation hatte zuvor schon andere europäische Staaten besucht. Die Kolumbianer erwarten, wie es in einer Analyse der Deutsch-Kolumbianischen Handelskammer in Bogotá heißt, daß sich aufgrund des günstigen Investitionsklimas und neuer Anreize mehr Firmen im Lande niederlassen.

Bisher sind nur rund 35 Firmen in Kolumbien tätig, die sich teilweise oder voll in deutscher Hand befinden. Davon entfallen zwei Drittel auf den Bereich der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Nach Ansicht der Kammer bieten sich Engagements gemäß den Schwerpunkten des nationalen Entwicklungsplans neben der Industrie auch im Energiebereich und im Bergbau an. Immerhin verfügt Kolumbien über rund 80 Prozent der südamerikanischen Vorkommen an Steinkohle.

Die deutschen Auslandsinvestitionen in Kolumbien machen gegenwärtig nur 2,7 Prozent des gesamten Auslandsengagements in dem südamerikanischen Staat aus. Damit rangieren die deutschen Firmen erst an siebter Stelle. Und das, obwohl die Bundesrepublik der zweitwichtigste Handelspartner Kolumbiens ist. Mehr als 20 Prozent des kolumbianischen Gesamtexports gingen 1982 in die Bundesrepublik. Sie ist auch der größte Kaffee-Abnehmer. 36 Prozent der kolumbianischen Produktion nahmen deutsche Firmen ab, die damit rund 40 Prozent des Kaffeebedarfs in der Bundesrepublik deckten. 1982 war Kolumbien noch der zweitwichtigste deutsche Lieferant in Südamerika, und zwar hinter Brasilien.

Aufgrund der gestiegenen Ölkäufe nimmt diese Position im ersten Halbjahr 1983 Venezuela ein. Die Auslandsverschuldung des Landes ist verhältnismäßig gering.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Meißner/Hödl: Umweltschutz in Konjunktur und Wachstumsprogrammen, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 1983, 247 S., 46 Mark.

Umweltschutz tut not. Welche Anstrengungen seitens des Staates zu unternehmen sind, insbesondere durch spezielle Investitionsprogramme, untersucht diese Studie. Die vorgeschlagenen Projekte haben trotz der hohen Arbeitslosigkeit und anhaltender Wirtschaftsflaute zukunftsweisenden Charakter.

Thieler/Frantzioch/Uetzmann: Rechtsentscheide Mietrecht Band 1, J. Schweitzer Verlag, Grundwerk mit 1. und 2. Ergänzungslieferung, 1000 S., Loseblatt, 174 Mark.

Durch das 3. Mietrechtsänderungsgesetz sind die Obergerichte in die Lage versetzt worden, einer weiteren Zersplitterung auf dem Gebiet des Wohnraummietrechts entgegenzutreten. Durch Rechtsentscheide können Fälle und Fragen von grundsätzlicher Bedeutung allgemeinverbindlich geklärt werden. Doch bedingt eine Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung und Gleichbehandlung von Fällen einen hohen Informationsstand und Kenntnis der ergangenen Entscheidungen. In einer vorbildlich übersichtlichen Weise wird dies durch das vorliegende Werk erlangt, das nicht nur die obergerichtlichen Rechtsentscheide enthält, sondern auch die weiteren Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesgerichtshofes. Die Dokumentation wird über ein Register der Rechtsentscheide und einschlägigen Grundsatzurteile sowie über ein ausführliches Stichwort- und Paragraphenverzeichnis erschlossen. Durch die schnell greifbare Information wird das Werk zu einem grundlegenden Hilfsmittel bei der wohnungsmietrechtlichen Praxis der Rechtsfindung und Rechtsanwendung.

Hans Hellmann: Grundzüge des Insolvenzrechts, C. H. Beck Verlag, München 1983, 155 S., 29,50 Mark.

Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung führen entweder zum Vergleichs- oder Konkursverfahren. Die Voraussetzungen dafür sind nahezu identisch. Daher stellte der Autor an den Anfang seiner Ausführungen die Darstellung der gemeinsamen Grundbegriffe. Sodann führt er ein in die Besonderheiten der Konkurs- und Vergleichsordnung. Als Einführung in die Praxis ist diese Schrift sehr instruktiv.

Pankraz, Casablanca und der Haß auf Eliten

Aufsehen in der angelsächsischen Welt erregten vor drei Jahren die Professoren G. Lowell Field und John Higley, als in London ihr Buch „Elitism" herauskam, ein energischer Versuch, die seit Jahrzehnten brachliegende Elitenforschung endlich wiederzubeleben. Jetzt ist das Buch auch auf deutsch erschienen, freilich in kurioser Verpackung. Der Übersetzer Dieter Claessens, ein Soziologe an der Berliner FU, hat nicht nur den Titel geändert und sich in einer Einleitung halb und halb von seinem Übersetzungsgegenstand distanziert, sondern er verziert auch den Text selbst andauernd mit Anmerkungen und Parenthesen, um seine innere Distanz zu demonstrieren und sich vor seinen Studenten zu salvieren.

„Diese Passage dürfte erheblichen Widerstand auslösen!" lesen wir da beispielsweise als „A. d. Ü.", und an anderer Stelle heißt es: „Eine solche Auffassung wird – wie andere in dieser Arbeit – als ‚zynisch' oder ‚total undemokratisch' abgewertet werden." Field und Higley schreiben: „Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts waren persönliche Sicherheit und eine respektvolle Behandlung in den meisten Lebenssituationen für die Mitglieder der Ober- und Mittelklassenfamilien ... die Regel." Der deutsche Übersetzer schiebt nach: „Um sich das zu vergegenwärtigen, denke man an die Unbefangenheit, mit der z. B. im Film ‚Casablanca' die Flüchtlinge bestgekleidet und mit Schmuck und Geld in den Taschen agieren, noch 1940, in einer sehr armen Umgebung."

Das ist überaus lachhaft und zeugt von einer horrenden, typisch neudeutschen Verwilderung der wissenschaftlichen Sitten. Dennoch lohnt der Ankauf des im Westdeutschen Verlag, Opladen, verlegten Buches. Field und Higley schließen unmittelbar an die Klassiker der Eliteforschung in den zwanziger Jahren, Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto und Robert Michels, an und nehmen ihrerseits kein Blatt vor den Mund. Wie Michels sind sie der Meinung, daß es ein „ehernes Gesetz der Oligarchie" gibt, daß also selbst in sich offen zum Egalitarismus bekennenden Organisationen zwangsläufig eine Elite von Parteiführern und Bürokraten heranwächst, die den Lauf der Politik nach ihrem Gusto lenkt und dabei durchaus auch egoistischen Interessen Raum gibt.

Im Gegensatz zu Pareto schließen sie allerdings einen Einfluß der Nicht-Eliten nicht vollständig aus. Erfolgreiche Eliten sind „Konsens-Eliten", die die Akklamation der Masse suchen und finden und die sich auch nur teilweise gegen sie abgrenzen, zum anderen Teil sich aus ihr rekrutieren und dadurch die Bildung einer Gegenelite von vornherein unterbinden. Andererseits neigen allzu erfolgreiche Eliten dazu, ihre eigene Machtbasis zu unterminieren. Politischer Erfolg ist ja in erster Linie Ruhe an der Verteilungsfront, und solche Ruhe macht satt, selbstzufrieden und sorglos. Die Eliten füllen sich also mehr und mehr mit sentimentalen und unrealistisch orientierten Persönlichkeiten an, mit Egalitaristen, die das Prinzip der Elite verraten und das System dadurch früher oder später zu Fall bringen.

Die Wohlstandsgesellschaft des Westens ist für Field und Higley das große Paradigma für diese Gefahr. Ihr beispielloser Erfolg, der Massenwohlstand, der Sieg der liberalen Ideale haben eine Unmenge von Illusionen über die Beschaffenheit der menschlichen Natur ins Kraut schießen lassen. Man glaubte allen Ernstes, sich nicht mehr anstrengen zu müssen, herausragende Begabungen ignorieren zu können, die Bildungsanstalten zur Einweisung und Formierung der Elite für Krethi und Plethi öffnen zu dürfen. Das Ergebnis war niederschmetternd. Die für die Aufrechterhaltung des Wohlstands so notwendige Konsens-Elite ist weitgehend zersetzt, neue ideologische Eliten drängen nach vorn und versuchen, sich eine Basis in fanatisierten Massenbewegungen zu schaffen.

Pankraz hält die Analysen von Field und Higley für richtig und äußerst hilfreich. Was ihn allenfalls stört, ist ihre große Abstraktheit bei der Beschreibung der diversen Elitetypen. Es gibt da neben der Konsens-Elite noch die „unvollständig geeinte Elite", die „zerstrittene Elite" und die „ideologisch geeinte Elite", wobei jede dieser Formen exklusiv politisch betrachtet wird. Nun lehrt aber schon der erste Blick auf einen Sozialkörper, daß sich kaum eine Elite ausschließlich durch ihre Stellung zur Politik definiert. Wir sehen Wirtschafts- und Managereliten, Bürokrateneliten, intellektuelle Eliten, die sich wiederum aufsplittern in Wissenschaftlereliten und freischwebende Schriftstellereliten. Alle diese Eliten tragen ihr Scherflein zur Politik bei, sind teilweise identisch mit der politischen Elite, die demnach keineswegs nur eine Elite aus Berufspolitikern ist.

Wahrscheinlich ist gerade der Prozentsatz von Berufspolitikern innerhalb einer politischen Elite ein wichtiger Indikator für die Krisenanfälligkeit der betreffenden Elite. Berufspolitiker neigen dazu, sich an banalen Phrasen zu berauschen und sie schließlich für die Wirklichkeit selbst zu nehmen; sie entsprechen damit genau dem von Fields und Higley als Dekadenztyp beschriebenen „sentimentalen Phrasendrescher". Intellektuelle wiederum sind oft Doktrinäre und Streithammel, die Konsens-Eliten in „zerstrittene Eliten" verwandeln, das System durch offene Machtkämpfe lahmlegen und im Falle ihres Sieges eine ideologische Diktatur errichten.

Das Idealbild einer gut funktionierenden Konsens-Elite entsteht offenbar dann, wenn die Weisheit aller am Elitebildungsprozeß beteiligten Gruppen in die Politik einfließt. Diese Weisheit ist stets ein begrenztes Gut. Wenn man die Köpfe, in denen sie wohnt, in der Masse untergehen läßt oder sie gar ausrottet, darf man sich über politischen Niedergang nicht wundern.

Pankraz

Mit einer achtstündigen Gala-Show feierte die New Yorker Metropolitan Opera ihren 100. Geburtstag

Die eiskalten Schauer der Sangeswonne

Der Geburtstag war schon gut eine Stunde über die Zeit, als die viertausend im Goldenen Hufeisen ihr „Happy Birthday" zum hundertsten Jahrestag der Eröffnung der Metropolitan Opera in New York anstimmten. Es war der Schlußpunkt einer achteinhalbstündigen Operngala, wie die Welt sie noch nicht gesehen und gehört hat. Ein Ehrentag für die Met, ein Festtag für Amerika (im ganzen Land war dieser 22. Oktober zum nationalen Metropolitan-Tag erklärt worden), ein Feiertag für die Oper.

Nachmittags um zwei hatte er begonnen, mit Smetanas Ouvertüre zur „Verkauften Braut". Bis um halb sechs paradierte die erste Garnitur der Singstars. Von acht bis ein Uhr nachts tobte die Opernschlacht erneut und mit anderen Kämpen. Besiegt und erschlagen war am guten Schluß das Publikum – und glücklich in seinem und der Oper Glanz. New Yorks beste Gesellschaft hatte sich ein Stelldichein gegeben, von den Rockefellers abwärts sozusagen. Die millionenschweren Patrone der Met residierten in ihren Logen und hatten die Opernprominenz aus aller Welt gebeten – August Everding, Badini von der Mailänder Scala und Zürichs Opernchef Claus Helmut Drese waren da.

Immer in ihrer hundertjährigen Geschichte (vergl. WELT v. 22. Okt.) war die Met das Opernhaus der Welt, das die prominentesten Sänger anzog. Und daran hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Zum Geburtstag flogen sie ihr zu aus allen Kontinenten.

„In diesem Schlosse": Mit der Arie aus Puccinis „Turandot" führte Eva Marton die Parade der Sänger an. Jessye Normans imperiale Stimme kündete zusammen mit Jess Thomas vom Liebeslenz um Wagners Siegmund und Sieglinde. Dame Kiri te Kanawa trat als Mozarts „Figaro"-Gräfin aus den Kulissen, James McCracken trat noch einmal als Othello auf die Bühne, Evelyn Lear und Thomas Stewart brachten als Gershwins Porgy and Bess Amerika auf die Opernlandkarte, Roberta Petes führte das Sextett aus Donizettis „Lucia di Lammermoor" an, bevor Joan Sutherland als Rossinis Semiramis ihre atemberaubenden Koloraturrouladen drehte. Ja, und das war nur die erste Hälfte der Nachmittags-Gala.



Unter der Opernprominenz aus aller Welt auch Joan Sutherland als Rossinis „Semiramis" bei der Geburtstags-Gala der New Yorker Met FOTO: AP

In wohldosierter Steigerung folgten die weiteren Höhepunkte: Catherina Malfitano und Alfredo Kraus mit dem Duett aus Gounods „Romeo und Julia", Nicolai Gedda, der Meister tenoraler Singkultur, mit „Una furtiva lagrima" aus Donizettis „Liebestrank", Anna Tomowa-Sintow, mit großem Aufschwung die Arie der Elena aus Verdis „Ernani" vortragend, und schließlich Mirella Freni und Placido Domingo mit dem Liebesduett aus dem „Othello".

Was konnte da der Abend noch bringen? Nun, eben alles, was der Nachmittag nicht gebracht hatte. Zunächst Leonard Bernsteins Rückkehr ans Dirigentenpult der Met – auftrumpfend mit Beethovens dritter Leonoren-Ouvertüre. Und wieder gleich rein in die Opernwonnen: Monserrat Caballé und José Carreras stiegen jubilierend auf die Guillotine (Giordanos „André Chénier") – da kam dann Cornell McNeil mit Gérards Verteidigungsrede wirklich zu spät. Ileana Cotrubas zielte mit Lias Arie aus Debussys „L'Enfant Prodigue" auf die Randzonen der Oper, ein Quintett um Johanna Meier mit Samuel Barber auf Zeitgenössisches. Martina Arroyo und Mignon Dunn duettierten als Aida und Amneris, Grace Bumbry und Renato Bruson als Abigail und Nabucco. Jerome Hines war noch einmal dabei, was gut war, und Anna Moffo auch, was man besser gelassen hätte.

Endlich, es ging schon auf Mitternacht, das Gala-Finale, eingeläutet mit dem Schlußtrio aus Gounods „Faust" (Katia Ricciarelli, William Lewis, Nicolai Ghiaurov), jener Oper, mit der die Met vor hundert Jahren eröffnet worden war. Leona Mitchell, Amerikas glänzendster junger Stern am Opernhimmel, vereinigte sich mit Giuliano Cianella zum Duett aus „Madame Butterfly", Neil Shicoff trug Hoffmanns Ballade vom Klein-Zack vor („Hoffmanns Erzählungen"), Marilyn Horne verführte Samson mit ihrer Stimme und Saint-Saëns Musik. Dann war es soweit, daß die ersten Wolken von Silberkonfetti von der Galerie herabregneten: Birgit Nilsson, so schlank und jung wie lange nicht mehr, triumphierte mit Isoldes Erzählung und Fluch, und das klang wieder wie in den großen alten Tagen von Bayreuth. Als einzige sang sie ein kleines Encore: ein schwedisches Volkslied, das ihre Landsmännin Christina Nilsson, die erste Margarethe der Met, auf den Tag vor hundert Jahren, bei schönen Gelegenheiten zu singen pflegte. Da fehlten also nur noch zwei – und auch sie kamen natürlich: Leontyne Price und Luciano Pavarotti mit dem Duett aus Verdis „Maskenball".

Man muß sich das vergegenwärtigen: All diese Hochkaräter der Oper an einem einzigen Tag in einer Stadt, in einem Haus. Und wer da noch fehlte, der war mit Sicherheit eingeladen und entschuldigt ferngeblieben. Möglich ist das nur an der Met, deren Orchester, Chor und Ballett sich auch in bester Form präsentierten (Dirigenten: James Levine als Hausherr natürlich, Jeffrey Tate, Sir John Pritchard, Thomas Fulton).

Der Anlaß, Kritik zu üben, ist ein solcher Abend sicher nicht. Wer „kalt" auf die Bühne kommt, um ein Glanzstück abzuliefern, singt im Normalfall nicht ganz so mitreißend wie im Zuge einer richtigen Aufführung. Die eiskalten Schauer der Opernwonne liefen einem nicht über den Rükken, Crux einer jeden Gala. Aber sie war, vom Mittag bis in die Nacht, was sie versprochen hatte: die glanzvollste Opernfête aller Zeiten. Happy Birthday!

REINHARD BEUTH

Probleme der Bibelübersetzung und Büchnerpreis-Verleihung: Herbsttagung der Darmstädter Akademie

Wolfdietrich Schnurres Dialog mit dem „Doktor"

Wie die meisten seiner Vorgänger widmete der Georg-Büchner-Preisträger des Jahres 1983, Wolfdietrich Schnurre, einen Teil der Danksagung, die er angesichts des Bundespräsidenten und einer stattlichen Festversammlung in Darmstadt vortrug, dem Namenspatron des Preises. Ja, er gab ihr sogar die Form einer unmittelbaren Anrede: „Doktor" sprach er burschikos, ein bißchen flapsig, seinen vor 146 Jahren allzufrüh verstorbenen Dichterkollegen an, dessen mit einem akademischen Grad und einer Dozentur gewürdigte Forschungen über das Nervensystem der Fische einem großen Teil der Anwesenden sicherlich unbekannt waren.

Schnurre weigerte sich ziemlich unverblümt, in Büchner eine Märtyrerfigur zu sehen. Er fand weder sein Exil noch seinen frühen Tod bedauernswerter als die Schläge, die das Schicksal ihm selber ausgeteilt hatte. Weniger schlimm auch als alles, was seinen Freunden Max, dem Juden und Talmud-Kenner, Karl, dem Zigeuner, und Werner, dem in der Ukraine gefallenen jungen Hitler-Soldaten, zustieß – drei von Millionen Namenlosen, denen der Dichter auch bei schlimmster Not immerhin noch die erträumte Unsterblichkeit des nachgelassenen Zeugnisses voraushat.

Neben dieser temperamentvollen Erwiderung verblaßte die von Karl Krolow gehaltene Schnurre-Laudatio, die durch das Fehlen einer klaren Gliederung überlang wirkte und an der es nur zu rätseln gab, weshalb das neueste Buch Schnurres, dem man die Preis-Publizität gewünscht hätte, so sorgfältig unerwähnt blieb. Hatte es Krolow mißfallen? Oder hatte er keine Zeit gehabt, es zu lesen?

Weit mehr als üblich nahm auch der Göttinger Germanist Albrecht Schöne, von Adolf Muschg als ein unprofessoraler Vertreter des gemeinsamen Faches angekündigt und gelobt, auf die Person Johann Heinrich Mercks Bezug, nach dem der ihm heuer verliehene Preis für literarische Kritik und Essay benannt ist. So hatte er u. a. in einem Aufsatz Mercks im „Teutschen Merkur" ein „Wohltätigkeitsprojekt" entdeckt, den Vorschlag zu einem Poetenstift, das Schöne in den fünf Preisen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung nun halbwegs verwirklicht sah (gerade übrigens hat man mit Bundesmitteln den Büchner-Preis auf 30 000 Mark aufgestockt).

Der noch junge Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmannsegg, den die Entgegennahme des Sigmund-Freud-Preises für wissenschaftliche Prosa an die Stätte seines ersten akademischen Wirkens zurückgeführt hatte, dankte mit einem Bekenntnis zur Genauigkeit als einer Kategorie, die nicht allein dem Forscher wohl anstehe, sondern – nach einem Wort Robert Musils – auch den Stil ausmacht. Sein älterer Kollege Karl Dietrich Bracher hob Kielmannseggs Verdienste um das deutsche Demokratie-Verständnis hervor und erwähnte dabei nachdrücklich den allerneuesten Aufsatz des Preisgekrönten: „Frieden geht nicht vor Demokratie."

Die Vorträge der beiden öffentlichen Akademie-Sitzungen galten im Luther-Jahr dem Problem der deutschen Bibel-Übersetzung in jüngerer Zeit. Die Redner-Liste war mit solcher Sorgfalt aus Theologen und Laien aufgestellt worden, daß sich ein wunderbar geschlossenes Bild ergab.

Am weitesten vom Thema noch entfernte sich der in Genf und Cambridge beheimatete George Steiner, der, von der Luther-Bibel ausgehend, den deutsch-jüdischen Dialog bis in seine tiefsten Gründe auszuloten suchte und schließlich bei der Lyrik Celans und der Prosa Heideggers landete – eine fulminante rhetorische Leistung, die von manchen Zuhörern als ein wenig demagogisch empfunden wurde. Sehr viel nüchterner fiel Schalom Ben-Chorins Panorama der Übersetzungstexte aus; mit großer Bewegung vernahm man aus seinem Munde, daß in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts zwei jüdische Gelehrte in Israel an einer neuen deutschen Übertragung gearbeitet haben.

Fünf Thesen zu „Sprache der Bibel – unsere Sprache?" (so lautete das übergreifende Thema) stellte der Tübinger Theologe Wilfried Barner auf, und dazu gab er fünf Beispiele besonders schwieriger Übersetzungsprobleme und ihrer Lösung von der Lutherfassung bis zur neuesten Einheitsübersetzung, die uns so schmerzlich die gewohnten kräftigen Worte vermissen läßt. Norbert Lohfink (SJ) endlich vergegenwärtigte allen die Vielgestaltigkeit der Bibel als einer Mehrzahl von Büchern (Biblia ist ein Plural!) und malte seinen Wunschtraum aus – die Heilige Schrift als eine ganze Bibliothek von 74 Einzelbänden in verschiedenem Druck, Einband und Format zu besitzen.

HELLMUT JAESRICH

Film: Osterman Weekend

Nur Hunde dürfen hier überleben

Alljährlich treffen sich vier Freunde zum „Osterman Weekend". Diesmal ist die CIA dabei. Unter den Freunden und ihren Freunden sind – angeblich – russische Spione, Mitglieder der Zelle „Omega". Assistiert vom Gastgeber will der CIA-Agent Fassett sie enttarnen. Ein fabelhaftes Tele-Video-System überzieht das Haus und ermöglicht die Überwachung aller Räume und die Besichtigung auch der Vorgänge in den Gästebetten. Eine große Terror- und Einschüchterungsaktion beginnt. Mißtrauen, Angst, Aggression verdüstern das Wochenende. Und dann kommt es zur Eskalation: Es wird entführt, geschlagen, getreten, mit Maschinenpistolen und Armbrüsten geschossen, Feuer gelegt, geflohen. Die Leichenzahl beträgt ein rundes Dutzend.

Das ist natürlich spannend. Zumal da Sam Peckinpah, berühmt als meisterlicher Regisseur wild-grausamer Brutalfilme, nicht an artistischen Effekten spart; genüßlich läßt er solche Szenen in Zeitlupe und Wiederholung ablaufen: den Baseballschläger-Fußtrittkampf der beiden Freunde; den Zusammenstoß des Taxis mit dem Bagger; die Totspritzung der nackten Agentenfrau im Bett ...

Auf die Durchschaubarkeit der Handlung kommt es Peckinpah nicht so sehr an; ihm genügt die Spannung, die durch die blutige Aktion entsteht, die Unheimlichkeit des Geschehens, die, nicht ganz fair, eben durch seine Unklarheit erzeugt wird; und durch die vorzügliche Besetzung: Burt Lancaster ist der machtgierige CIA-Chef, Rutger Hauer (der schöne „Replikant" aus dem „Blade Runner"), der betrogene Gastgeber, und John Hurt („Elephant Man") der exzellente Darsteller des Agenten Fassett.



Im Intrigenspiel der Verschwörung: Rutger Hauer als Fernsehmoderator John Tanner in Sam Peckinpahs Film „Osterman Weekend" FOTO: DIE WELT

Zugrunde liegt dem Film ein – stark veränderter – Roman von Robert Ludlum. Bei Ludlum ist der CIA-Mann Fassett zum Osten übergelaufen und benutzt das Weekend zum Zweck der Tarnung der wahren Omega-Gruppe; im Film betreibt er – offenbar – nur seine absurde persönliche Rache; denn während im Buch östliche Agenten seine Frau ermordet haben, fiel sie im Film aus unbekanntem Grund der CIA zum Opfer. Ludlum läßt die Weekender überleben, Peckinpah sprengt vier von ihnen in die Luft. – Nur Hunde mag er offenbar; im Ludlum-Buch wird dem Familienhund der Kopf abgeschnitten; im Film bleibt er, zur Freude des Tierfreundes, am Leben.

LUDWIG MERKLE

Am Ende blüht die Nacht – Rudolf Noelte inszeniert in Bonn Hauptmanns „Schluck und Jau"

Wenn einer im Nirwana Heimat finden will

Das Jagdschloß liegt verlassen in einem Herbst, der bunt und melancholisch durch die offenen Flügeltüren hereindringt. Wo eben noch die Hofgesellschaft einen fröhlichen Reigen tanzte, ist nur noch schönes Nichts, ist nur noch die Fiktion von Leben. Und der Landstreicher Jau, schon unterwegs ins nächste Wirtshaus, wirft noch einmal einen zögernden unsicheren Blick auf die Szene, in der er eben noch der Fürst war. Oder war er's nicht? Das Leben ein Traum? Und welche Rolle spielt der Mensch darin?

Rudolf Noelte hat in Bonn Gerhart Hauptmanns „Schluck und Jau" inszeniert, diese „Komödie in sechs Vorgängen", die so augenzwinkernd an der Grenze von Schein und Sein entlangschlendert. Und Noelte hat Hauptmanns Scherzspiel um das Landstreicher-Paar Schluck und Jau, das die Laune einer Hofgesellschaft für ein paar Augenblicke zu Fürst und Fürstin erhebt, ernster genommen, als es manchmal zu sein scheint. Das Traumschloß mit seinen Gemälden, Kronleuchtern, funkelnden Treppengeländern (Bühnenbild: Siegwulf Turek) wirkt von Beginn an seltsam unbewohnt, selbst als die Hofgesellschaft um den Fürsten Jon Rand und seine Gattin Sidselill es noch mit Leben füllt. Es ist ein Ort außerhalb jeder Zeit.

Das stimmt zwar mit Hauptmann überein, der bei Calderon ebenso Anleihen aufnimmt wie bei Shakespeare, im indischen Märchen ebenso wie in nordischen Sagen. Aber was beim Autor Burleske und Märchen sind, erhebt Noelte in ein großes Gleichnis: Der Mensch sucht Fuß zu fassen in einem unbegreiflichen Nirwana und in seinem ebenso unbegreiflichen Ich. Noelte verfolgt diesen Prozeß der Heimatsuche, der zweifachen Identitätssuche mit der ihm eigenen fast pedantischen Akribie. Das Tageslicht, das durch die Türen hereinbricht, wandert. Selbst die Schatten verändern sich. Nichts ist, wie es ist. Und selbst die fürstliche Gesellschaft, die das Spiel ja scheinbar in der Hand hat, wird von Melancholien erschüttert, begreift für Augenblicke nicht, was aus dem Spiel wird, das sie selbst inszenierte.

Vor allem aber geht es um den Trunkenbold Jau (Hans-Dieter Zeidler), der zwischen Rausch und Augenblicken der Nüchternheit nie genau weiß, was, wo und wer er ist. Ein mächtiges Untier ist dieser Jau, ein riesiger Käfer manchmal, der auf dem Rücken liegend mit den Füßen strampelt, um irgendwo wieder Standort zu gewinnen. Wenn man ihm Heldentaten einredet, die er angeblich vollbracht hat, horcht er staunend in sich hinein: Ist's möglich? Warum eigentlich nicht? Und wenn er Halt sucht, geschieht das nicht allein aus Trunkenheit. Da sucht einer Gewißheit, Annäherung, Umwelt.

Der Prozeß vom ungläubigen Staunen bis zur despotischen Machtausübung (die die Hofgesellschaft schließlich zwingt, das Spiel zu beenden) ist kurz, ist dialektisch: Macht ist eine Art Sicherheit. Wer sie überzieht, tut es weniger aus Bosheit – er hält sich an ihr fest. Jau zwingt die Hofgesellschaft auf den Boden. Aber er legt sich mit dazu. Und da blitzt auch Noeltes alte Skepsis auf: Junge Macht ist selten besser als alte, weil sie unsicherer ist. Und Wiederholungen sind der Lauf der Geschichte.

Eine andere Art der Weltaneignung demonstriert Noelte an Jaus gutmütigerem Kumpanen Schluck (Guido Truger). Er spielt die geforderten Rollen, linkisch, untertänig, schüchtern. Jede Geste ist eine Entschuldigung dafür, daß er auf der Welt ist. Er weiß, daß er das Unbegreifliche nicht durchschauen kann. Darum wird er zum Diener. Diener sein – das bedeutet: Sich nicht selbst stellen müssen, Heimat finden, wo andere einem sagen, dort sei sie.

In dieses Konzept einer versuchten Weltaneignung paßt Noelte auch die beiden Hauptfiguren der Gegenseite ein, den Fürsten Jon Rand (Peter Fricke) und seinen Freund/Verwalter Karl (Klaus Havenstein). Das böse Spiel, das sie treiben, ist ohne jeden Zynismus. Auch keine Überlegenheitsgeste der Oberen gegen die Untertanen. Soziales interessiert Noelte hier zu Recht nicht. Sie spielen mit in der eigenen Erkenntnis ihrer Austauschbarkeit. Sie wissen manches besser, weil sie es schon kennen. Aber im Grunde sind auch sie nur zu Gast: „Am Ende blüht der Abgrund, blüht die Nacht."

Noelte hat dieses Traumspiel, seine Skepsis, seine Zweifel am geschichtlichen Sinn und an der Veränderbarkeit von Macht in große, delikate Bilder gefaßt. Die Hofgesellschaft tanzt einen herbstlichen Reigen, in dessen Mitte ein taumelnder, hilfloser Mensch steht. Der Abgrund blüht, und das hat Noelte wörtlich genommen. Begeisterter Beifall mit vielen Bravos für eine große, schöne Inszenierung.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Die Möglichkeiten der Orthopädie

dpa, Aachen

Fast alle Gelenke des menschlichen Körpers können heute notfalls durch Prothesen ersetzt werden. An einem menschlichen Skelett, dem 28 künstliche Gelenke eingesetzt wurden, demonstrierte der Lehrstuhl für Orthopädie des Aachener TH-Klinikums jetzt erstmals die vielfältigen Möglichkeiten, Gelenkschäden durch Implantationen von Prothesen zu beheben. Die Skala reicht vom künstlichen Hüftgelenk, das heute am meisten eingepflanzt wird, über Knie-, Sprung- und Schultergelenke bis hin zu Fingergelenkprothesen. Bei der Entwicklung künstlicher Gelenke ist nach Angaben von Professor Dr. Jochen Ohnsorge die Bundesrepublik zur Zeit führend in der Welt. Das Skelett ist auch Hauptattraktion einer soeben eröffneten Ausstellung der Technischen Hochschule Aachen, in der 50 der 240 Hochschulinstitute mit Maschinen, Apparaturen, Modellen und Neuentwicklungen „Forschung und moderne Technologien zum Anfassen" präsentieren.

Künstler des Bauhauses in Weingarten

DW. Weingarten

Mehr als 150 Werke, die von 26 Meistern und Schülern des Bauhauses zwischen 1919 und 1983 geschaffen wurden, zeigt die Galerie Weingarten bis zum 23. Dezember. Es sind u. a. die ersten abstrakten Gemälde von Georg Muche, Aquarelle von Herbert Bayer, Zeichnungen von Fritz Winter, Pastelle von Ida Kerkovius oder Fotos von Lucia Moholy. Zur Ausstellung erschien ein Katalog mit kurzen Biographien aller Künstler und zahlreichen Abbildungen für 30 Mark.

Neues von der Lach- und Schießgesellschaft

DW. München

Auf großer Tournee durch die Bundesrepublik befindet sich die Münchner „Lach- und Schießgesellschaft". Bis zum 17. Dezember wird das Kabarett mit seinem 27. Programm, „Pinks an die Macht!", in rund 80 Städten gastieren. Klaus Peter Schreiner und Bruno Jonas haben die Texte geschrieben; einige Beiträge hat „Alt"-Lach- und Schießer Dieter Hildebrandt beigesteuert. Unter der Regie von Sammy Drechsel spielen Bruno Jonas, Rainer Basedow, Jochen Busse und – neu im Ensemble – die ZDF-Ansagerin Sibylle Nicolai.

Fünfzig Jahre Einwanderung aus Mittel-Europa

I. Br. Tel Aviv

In Israel finden derzeit eine Reihe von Veranstaltungen statt, die an die Vierte Aliyah, die sogenannte „Mittelstandsaliyah", die starke Einwanderung aus Mitteleuropa vor fünfzig Jahren erinnern. So fand in Tel Aviv ein Symposion über den „Beitrag der Einwanderer aus Zentral-Europa zur Ausprägung des Staates Israel" statt. In seinem Vortrag erinnerte dabei der in Lübeck geborene Oberrichter Chaim Cohn an die Rolle der „Jeckes", der Einwanderer aus Deutschland. Mit einer Sonder-Briefmarke, die der israelische Graphiker Zvi Rosenberg entworfen hat, erinnert auch die israelische Post an „50 Jahre Einwanderung aus Deutschland".

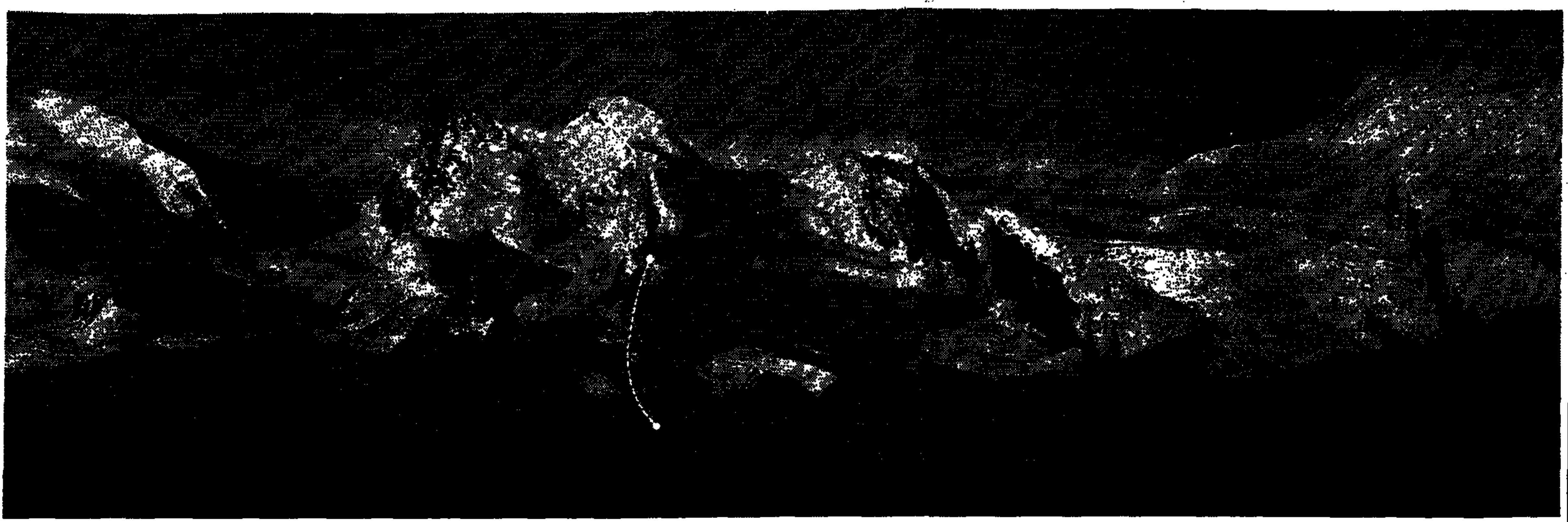
Berliner Jazz Fest mit großen Namen

dpa, Berlin

Das Jazz Fest Berlin vom 27. bis zum 30. Oktober kann in diesem Jahr mit einer Präsentation großer Namen aufwarten wie lange nicht. Schon die Gruppen des Schlagzeugers Max Roach, des Pianisten Cecil Taylor und die „Sun Ra All Stars" (unter anderem mit Don Cherry, Lester Bowie und Archie Shepp) dürften jede für sich den Etat manches kleineren Festivals überbelasten. Doch die eigentlichen Sensationen des Programms markieren in der Ankündigung zwei andere Formationen: Sowohl Miles Davis (mit Bill Evans) wie auch das Modern Jazz Quartet (in wiedervereinigter alter Besetzung) kehren nach langer Abwesenheit von der Szene jetzt nach Berlin zurück.

Tito Gobbi 70

Im Trio infernal der Oper war ihm die Rolle des Schurken reserviert. Er trieb die Callas und di Stefano gleich dutzendfach in Unglück oder gar Tod, ein Erlebnis, das von zahlreichen Schallplatten noch immer abzurufen ist. Von Tito Gobbi ist die Rede, dem Opernbariton, der zwanzig Nachkriegsjahre lang gleichsam zum Synonym für Enrico Ashton und Rigoletto, für Carlos di Varga und Scarpia war. Das wurde Gobbi natürlich irgendwann leid, und auch die Stimme forderte Tribut. Da sang er jahrelang nur noch seine liebsten Rollen: Falstaff und Gianni Schicchi, die beiden großen Komödianten bei Verdi und Puccini. Und ein Vollblut-Komödiant ist Gobbi bis in die Spitze seiner knolligen Nase. Inzwischen ist der heute 70jährige ins Metier der Regie übergewechselt. Sänger sagen, es gebe kaum einen besseren Regisseur als diesen ihren verehrten Kollegen. ebi



Die Metro Alpin (gestrichelte Linie) erschließt unterhalb der Alpenriesen Strahlhorn (4190 Meter, links), Rimpfischhorn (4199), Allalinhorn (4027) und Alphubel (4206 Meter, rechts) ein neues Skigebiet. FOTO: ROLF BÜHLER

Mit der Metro in 200 Sekunden dem Gipfel entgegen

WALTER H. RUEB, Saas-Fee

In der Gletscherwelt der Viertausender oberhalb Saas-Fees, wo der Dichter Carl Zuckmayer eine zweite Heimat fand und sogar Ehrenbürger wurde, geht ein Wunderwerk der Technik seiner Vollendung entgegen, dem in gewisser Weise Natur- und Landschaftsschützer Pate gestanden *haben: Die Metro Alpin, eine anderthalb* Kilometer lange unterirdische Standseilbahn zwischen der 2991 Meter hoch gelegenen Luftseilbahn-Station Felskinn und dem Mittelallalin in 3456 Meter Höhe öffnet den Skifahrern ein neues, 25 Quadratkilometer großes Skigebiet. Allerdings ist der Weg durch Fels und Eis erst im Winter 1984/85 offen. Zuvor müssen nach dem euphorisch gefeierten Durchschlag im steil ansteigenden Tunnel noch Gleise, Elektrokabel sowie Wasserleitungen verlegt werden.

Die Patenschaft von Natur- und Landschaftsschützern geht auf den Kompromiß zwischen eidgenössischer Landesregierung in Bern und der Bergbahngesellschaft zurück. Ursprünglich wollten die Walliser nämlich eine Luftseilbahn bis hinauf zum 3888 Meter hohen Feekopf bauen und damit den Weltrekord der ungeliebten Zermatter Konkurrenz jenseits eines halben Dutzends mehr als 4000 Meter hoher Alpenriesen brechen. In Zermatt können Leute, die beim Bergwandern und Skifahren gern *hoch hinaus wollen, seit einigen* Jahren mit einer Luftseilbahn am Kleinen Matterhorn bis in eine Höhe von 3820 Metern vorstoßen ... Dem Konzessionsbegehren der Vertreter des Gletscherdorfes mit seinen 1000 Einwohnern wurde zunächst entsprochen, doch Natur- und Landschaftsschützer liefen dagegen Sturm. Mit Erfolg. Nach mehrjährigem Hin und Her verzichtete die Seilbahngesellschaft auf einen Vorstoß auf den Feekopf und gab sich mit einer Bahn zum nur 3500 Meter hohen Mittelallalin zufrieden. Und sie beschloß sogar, angeregt von einer ähnlichen Bahn auf die Sunnegga in Zermatt, unter die Erde zu gehen.

Die Entscheidung für eine völlig unterirdische Standseilbahn erwies sich als goldrichtig: Ihr Bau kostet mit umgerechnet 32 Millionen Mark zwar erheblich mehr als eine Luftseilbahn, dafür sind die späteren Unterhalts- und *Betriebsausgaben* geringer. Auch sonst weist die Metro Alpin große Vorteile auf: Es wird mit 1500 Personen pro Stunde eine höhere Förderleistung erzielt, und die Betriebssicherheit ist ebenfalls größer. Wind und Wetter verursachen keine Seilschwingungen, und bei Bedarf sind sogar Nachtfahrten möglich. Auch höhere Geschwindigkeiten sind im Tunnel zulässig, der Personalbedarf für Betrieb und Wartung jedoch geringer und die Revisions- und Unterhaltungskosten niedriger. Im Notfall kann eine Bergung der Fahrgäste über Treppen erfolgen, die Psyche vieler Passagiere wird im Gegensatz zu einer Luftseilbahnfahrt nicht strapaziert, und Schneeräumungskosten entfallen gänzlich.

Selbst der Kurdirektor des Gletscherdorfes mit seinen 230 Hotels und 8000 Gästebetten hat allen Grund, sich die Hände zu reiben: Nicht allein die Ausdehnung des Skigebietes nimmt zu, durch den Vorstoß in hochalpine Regionen verlängert sich auch die Ski-Saison in Saas-*Fee um 50 Tage bis weit in den Sommer hinein.*

Mit dem Bau der Bahn wurde vor zwei Jahren begonnen. Seither ist sie das Tagesgespräch von Einheimischen und Gästen. Fachleute reisen neugierig von überall an, und jedes Kind kennt die magischen Zahlen des Projektes: die überwundene Höhendifferenz beträgt 465 Meter, die maximale Steigung 48 Prozent, der Seildurchmesser 44 Millimeter, die Fahrgeschwindigkeit zehn Meter pro Sekunde oder 36 Kilometer pro Stunde, die Fahrzeit von der Tal- zur Bergstation 196 Sekunden. Eine Zahl wird nicht selten mit Schaudern genannt: Auf den ersten 500 Metern unterfährt die Metro Alpin einen Gletscher mit Eisdicken zwischen 40 und 60 Meter.

Die Bewältigung des Jahrhundert-Projekts knapp unterhalb des 4027 Meter hohen Allalinhorns erforderte auch außergewöhnliche Mittel. Eine gewaltige Tunnelbohrmaschine wurde unten im Saaser Tal in ihre Einzelteile zerlegt, mit der Luftseilbahn zum Stolleneingang am Felskinn ge*flogen, zusammengesetzt und mehr* als 17 Monate lang in Tag- und Nachtschichten eingesetzt. Die durchschnittliche Tagesleistung betrug vier Meter

Die Tunnelbohrmaschine hieß Robbins, war 150 Tonnen schwer, 42 Meter lang und besaß einen rotierenden Bohrkopf mit 33 Diskenrollen und acht Löffelbechern. Mit einer Wucht von 505 Tonnen wurde der Bohrkopf in den Fels gedrückt. Die Gewalt des Drucks war jedoch um ein Vielfaches geringer als beim zunächst in Erwägung gezogenen, mit Rücksicht auf die Gletschernähe jedoch verworfenen Sprengvortrieb.

Robbins bohrte mit millimetergenauer Präzision, machte nur wenig Lärm und verursachte kaum Vibrationen. Gesteuert wurde das mehrere Millionen Mark teure Ungeheuer durch Laserstrahlen. Das anfallende Ausbruchmaterial wurde mittels eines ausgeklügelten Spülsystems durch einen Kanal zum Tunnelausgang, später zu einem Mittelfenster befördert und von dort hinunter auf *Gletscher und Felshänge gekippt.*

Das Mittelfenster in der Tunnelröhre befindet sich unweit der Stelle, an der sich bergauf- beziehungsweise bergabwärtsfahrende Bahnen kreuzen. Durch das Mittelfenster können später die Skifahrer ein bisher unzugängliches Skigebiet auf dem Hohlaub-Gletscher erreichen und von dort in die Tiefe sausen.

Die technischen Herausforderungen zwischen Felskinn und Mittelallalin wurden bestanden. Robbins ist längst an einem anderen Ort der Welt im Einsatz, doch im Tunnel wird weiter mit Hochdruck gearbeitet. Nach der Weltpremiere beim Einsatz einer Tunnelbohrmaschine in Höhen zwischen 3000 und 3500 Meter blickt man am Allalinhorn jetzt einer weiteren Premiere entgegen: der Eröffnung des unterirdischen Fahrbetriebs in hochalpiner Region.

Brandstifter gesteht 50 Morde

dpa, Hollywood

Ein Insasse der Haftanstalt von Hollywood im US-Bundesstaat Florida hat jetzt Morde an rund 50 Personen gestanden. Zu seinen Opfern soll auch der 1981 in Hollywood entführte sechsjährige Adam Walsh zählen, dessen Fall in den ganzen USA großes Aufsehen erregt und den Stoff für einen jetzt ausgestrahlten Film geliefert hatte. Bei dem Massenmörder handelt es sich um den wegen Brand*stiftung zu 20 Jahren Haft verurteilten* 36jährigen Otis Toole. Toole schilderte die in den Jahren zwischen 1976 und 1981 in verschiedenen Bundesstaaten begangenen Verbrechen ohne jegliche Gemütsregung. Die Untersuchung gegen Toole war aufgrund der Aussagen des im September in Texas festgenommenen 47jährigen Henry Lucas eingeleitet worden, der sich für mindestens 165 Mordtaten verantwortlich erklärt hatte. Die meisten *Morde will er gemeinsam mit Toole* begangen haben. Lucas steht zur Zeit wegen sieben Morden, darunter an seiner eigenen Mutter, unter Anklage. Die Polizei ist überzeugt, *daß* Toole tatsächlich der Mörder von Adam Walsh ist, der auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums in Hollywood entführt worden war. Sein Kopf war später in einem Kanal gefunden worden.

Explosion im U-Boot

AFP, Paris

Bei einer Explosion im Motorenraum des französischen Unterseebootes „Doris" sind Samstag morgen zwei Menschen ums Leben gekommen, zwei weitere wurden schwer verletzt. Einer der beiden Schwerverletzten ist der Kommandant des U-Bootes. Die „Doris", die nicht atomar bewaffnet ist, erreichte aus eigener Kraft den Hafen Sete.

Autobahn-„Rekord"

AFP, Straßburg

Der Autobahnpolizei von Phalsburg in Ostfrankreich ist am Freitag ein deutscher Autofahrer in die Radarfalle gegangen, der die A 4 von Straßburg nach Paris mit einer Geschwindigkeit von 235 Kilometern pro Stunde befuhr. Den „alten Rekord" hatte ebenfalls ein Deutscher mit 224 km/h gehalten. Erlaubt sind 130 km/h.

Haft für Lang-Bruder

SAD, Paris

Der Bruder des französischen Kulturministers Jack Lang ist am Wochenende von einem Schwurgericht in Nancy wegen Mordes zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 43 Jahre alte Claude Lang hatte vor zwei Jahren in einer Bar in Nancy einen Gast mit einem Messer erstochen.

Hasch-Dealer ersticht Mutter

dpa, Attendorn

Nach einem Streit wegen seiner *14jährigen Freundin hat ein 20jähriger* Rauschgifthändler aus Attendorn im Sauerland seine 54 Jahre alte Mutter in der gemeinsamen Wohnung erstochen. Während der Tat *mit „grausamen Zügen"*, so die Staatsanwaltschaft gestern, saßen das Mädchen und zwei 18jährige Freunde bei Musik in einem *Nebenraum. Später halfen* sie dem 20jährigen bei der Beseitigung von Spuren.

Schweres Seebeben

AP, Hongkong

Ein schweres Seebeben, das die Stärke sieben auf der Richterskala erreichte, ist am Wochenende in Hongkong registriert worden. Das Epizentrum des Bebens lag etwa 3200 Kilometer westsüdwestlich des südafrikanischen *Kaps der Guten Hoffnung.*

Münchner Ordnungsbehörde wies eine japanische Musikstudentin aus – ein Polizeigriff, der den Freistaat teuer kam

Voreilige Abschiebung

PETER SCHMALZ, München

Sie wollte in Bayern Musik studieren, die zierliche, mandeläugige Japanerin Naoko Hatta. Aber besser als den musischen Violinschlüssel hat sie nun das strenge Zeichen der Paragraphen gelernt: Weil die 24jährige Japanerin aus betuchtem Hause die Aufnahmeprüfung an der Münchner Hochschule für Musik wegen mangelhafter Deutschkenntnisse nicht bestand, wurde sie von der Polizei unter Anwendung körperlicher Gewalt in ein Flugzeug nach Tokio geschleppt und abgeschoben.

Den Freistaat kommt dieser Polizeigriff nun teuer: Schon vier Tage nach der Abschiebung verfügte das Verwaltungsgericht München: Die junge Frau kann auf Kosten des bayerischen Staates wieder nach Deutschland zurückfliegen. Die Prozeßkosten werden ihr erstattet.

Begonnen hatte die deutsch-japanische Disharmonie mit dem Wunsch von Naoko Hatta, ihre Pianokünste an der Münchener Hochschule zu vervollkommnen. Sie erhielt dafür ein Visum, allerdings mit dem Vermerk, die Aufenthaltserlaubnis sei nur bei einem Besuch der Musikschule gültig.

Im Juli versagte die Künstlerin jedoch bei der theoretischen Prü*fung – wegen mangelnder Deutsch*kenntnisse. Da nun ihre Abschiebung drohte, stellte die Studentin einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, belegte einen Sprachkursus und buchte Privatunterricht bei einem Musikprofessor.

Alle diese Aktionen nützten je*doch nichts: das Landratsamt* Bad Tölz lehnte den Antrag ab. Termin der sofortigen Abschiebung: 6. Oktober.

Naoko Hattas Anwalt legte Einspruch ein. Begründung: Die Behörden hätten nicht einmal geprüft, ob die weitere Anwesenheit der Musikschülerin gegen die Belange der Bundesrepublik Deutschland verstoße.

Das Verwaltungsgericht München bat darauf das Landratsamt schriftlich, den Abschiebetermin bis zum Urteil am 26. Oktober auszusetzen. Doch die Behörde wollte nicht warten: Am 16. Oktober, Sonntag früh, wurde die Japanerin von der Polizei aus dem Bett geklingelt und ins Flugzeug nach Tokio abgeschoben. *Die Bemühungen,* den sonntäglichen Behördenüberfall zu stoppen, waren vergebens. Tags darauf gab sich der zuständige *Sachbearbeiter im Landratsamt* siegessicher: „Die Sache ist rechtlich unumstößlich."

Wohl nicht. Das Verwaltungsge*richt entschied*, daß Frau Hatta auf Staatskosten zurückgeholt werden müsse.

Bezahlte Rückkehr . . .

FRED DE LA TROBE, Tokio

„Während des Fluges nach Tokio war ich vor Scham und Ärger in einem Schock. Nie wieder nach Deutschland, dachte ich", erklärte die junge Frau gestern in einem Gespräch mit dem Springer-*Auslands*dienst. Inzwischen hat sie sich aber anders besonnen und will doch bald wieder zurück: „München ist trotz *allem so schön, und nirgends kann* man besser Musik studieren." In ihrem Paß prangt freilich an auffallender Stelle der Vermerk der deutschen *Grenzbehörden: „Abgeschoben."*

Es schockierte die 24jährige kultivierte Japanerin aus gutem Hause, daß sie dabei wie eine Schwerverbrecherin behandelt wurde, ohne daß ihr rechtlich begründeter Standpunkt irgendwie beachtet wurde. Der Vorfall brachte ihr eine Sehnenzerrung am *linken Arm und blutige Schrammen* an der linken Hand ein.

Ihren letzten Tag in Deutschland schildert die Frau so: „Am Sonntagmorgen um 8.20 Uhr stürmten ein Beamter und eine Beamtin, beide in Zivil, in meine Wohnung, ohne sich auszuweisen oder irgendetwas vorzuzeigen, unterzogen mich sofort einer Leibesvisitation, befahlen mir im rüden Ton, mich anzuziehen und trieben dabei ständig zur Eile an." Als sie ihre Gerichtsvorladung zeigte, schüttelte der Beamte nur den Kopf und beschlagnahmte ihren Paß und ihre Papiere. Als sie ihren Rechtsanwalt verständigen wollte, führte der Be*amte das Gespräch.*

Anschließend wurde sie zur Polizeiwache nach Wolfratshausen gebracht, wo sie gegen eine Quittung – die sie auch unterschreiben mußte – hundert Mark „in Sachen Abschiebung" bezahlen mußte. Naoko Hatta, die nicht verstand, was vorging, verlangte vergeblich nach einem Dolmetscher. Sie durfte jedoch kurz mit ihrem japanischen Verlobten telefonieren, der den Rechtsanwalt erneut *alarmierte. Dieser konnte jedoch am* Sonntag niemanden erreichen.

Die beiden Bewacher brachten sie darauf ins Polizeirevier im Flughafen München-Riem. Sie wurde mit einem Pakistani und einem Syrer zusammengesetzt, die ebenfalls ausgewiesen werden sollten.

Als ihr klar wurde, daß sie abgeschoben werden sollte, weigerte sie sich, den Raum zu verlassen, bevor sie nicht mit ihrem Rechtsanwalt gesprochen habe. Da nahmen sie zwei Beamte mit hartem Griff – bei denen sie sich die Verletzungen zuzog – in die Mitte und führten sie an staunenden Fluggästen vorbei in den Polizeiwagen. Der brachte sie vor eine wartende Maschine der sowjetischen Aeroflot. Die Polizisten brachten sie bis auf ihren *Platz*. Ihr Paß wurde einem Steward der Fluggesellschaft übergeben. (SAD)

Wir verstehen uns spielend – Berliner Slogan ohne Worte

Plakataktion zum deutsch-türkischen Verständnis angelaufen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Alle Türken tragen Schnäuzer – mit diesem offenkundigen Foto-Klischee arbeitet auch Berlins Senat bei einer im Prinzip begrüßenswerten Kampagne. Mit einem Aufwand von rund einer halben Million Mark soll mehr Verständnis für die 250 000 ausländischen Mitbürger in der Stadt geweckt werden. Barbara John, Beauftragte Richard von Weizsäckers für Ausländerfragen, ließ jetzt erstmalig in der Bundesrepublik eine Serie von Plakaten drucken. Zum exakt passenden Zeitpunkt – wenige Tage vor dem Fußball-Länderspiel zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland im Berliner Olympiastadion, bei dem Jung-Neonazis die „Kanaken" attackieren wollen.

Auf den U-Bahnhöfen der Stadt und vor allem im Kreuzberger Kiez, wo der Ausländeranteil bis auf ein Drittel steigt, sind die schwarz-weißen Plakate in Super-Werbeformat der *Zigarettenreklame* angeschlagen. Wie Signale leuchten die entscheidenden Vokabeln wie „Zusammen" oder „Gemeinsam" und der Stadt-Bär in Ziegelrot. *Das stets wieder*kehrende Motto lautet „Miteinander leben in Berlin".

Die couragierte frühere CDU-Abgeordnete – heute dienstlich Sozialsenator Ulf Fink zugeordnet – sagte bei der Präsentation der einmaligen, gezielten und aufwendigen Aktion: „Wir wollen damit das Klima zwischen Deutschen und Ausländern verbessern und zugleich deutlich machen, daß unsere ausländischen Mitbürger immer sichtbarer einen positiven Beitrag für Berlin *leisten.*"

Das zur Premiere geklebte Motiv zeigt eine Gruppe deutscher und türkischer Boccia-Spieler unter der Schlagzeile „Wir verstehen uns spielend". Andere Sujets zeigen einen deutschen und türkischen Lehrling beim Frühstück, ein türkisches Betriebsratsmitglied mit deutschen Kollegen und einen türkischen Gemüsehändler mit einheimischen Kunden. Übersetzungen in fremde Sprachen fehlen: „Wir nehmen an, daß die bildliche Aussage diser Plakate auch ohne Deutschkenntnisse verstanden werden", sagte Frau John.

Auch im Berliner Senat gibt man sich über manche Spielart des „gesunden Volksempfindens" keinen Illusionen hin: Die Plakate lassen sich innerhalb von drei Tagen auswechseln, falls sie beschädigt oder mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert werden. Plakate im Kleinformat hängen in den U-Bahnen – denn dort, so ergab eine für die Bundesrepublik Deutschland erste repräsentative Umfrage unter den 150 000 Türken in Berlin, müssen sich die Gastarbeiter am häufigsten beleidigende und abfällige Äußerungen anhören.

ZU GUTER LETZT

„Mike & Tommy – die holen selbst Oma aus dem Koma" (Filmwerbung für die „Supernasen" in Berlin)

WETTER: Nur im Norden wolkig

Wetterlage: Der größte Teil Deutschlands verbleibt im Einflußbereich eines umfangreichen Hochdruckgebietes über Südosteuropa. Nur der Norden wird von dem *Ausläufer eines Tiefs* über Nordskandinavien gestreift.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C, ● bedeckt, still, ≡ Nebel, Sprühregen, Regen, ✱ Schneefall, ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Montag:

Gesamte Bundesrepublik einschl. Berlin: Im Norden wolkig, aber nur geringfügiger Niederschlag. In den übrigen Gebieten nach Auflösung von Frühnebel überwiegend sonnig und trocken. Höchste Temperaturen 8 bis 13 Grad C. Nullgradgrenze in den Alpen in 2300 Meter. Nächtliche Tiefstwerte um den Gefrierpunkt. Im Norden mäßiger Westwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Norden wolkig und *zeitweise* Regen. In den übrigen Gebieten wenig Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	26°
Bonn	10°	Kopenh.	10°
Dresden	10°	Las Palmas	26°
Essen	10°	London	7°
Frankfurt	8°	Madrid	20°
Hamburg	9°	Mailand	11°
List/Sylt	10°	Mallorca	19°
München	8°	Moskau	6°
Stuttgart	9°	Nizza	20°
Algier	24°	Oslo	10°
Amsterdam	8°	Paris	11°
Athen	18°	Prag	8°
Barcelona	18°	Rom	14°
Brüssel	8°	Stockholm	9°
Budapest	10°	Tel Aviv	26°
Bukarest	9°	Tunis	22°
Helsinki	10°	Wien	8°
Istanbul	14°	Zürich	7°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 7.02 Uhr, Untergang: 17.10 Uhr, Mondaufgang: 19.10 Uhr, Untergang: 11.00 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Es bleibt 5 vor 12 für die Kosmonauten

ADALBERT BÄRWOLF, Hamburg

Auch nach dem Versorgungsflug des Weltraumfrachters „Progress 18" zeigen die Uhren an Bord der sowjetischen Erdaußenstation „Saljut-7", in der die Kosmonauten Wladimir Ljachow und Alexander Alexandrow seit fast 120 Tagen leben, auf fünf Minuten vor zwölf. Der Proviantfrachter mit Treibstoff und Verbrauchsgütern an Bord wird nämlich auch nichts an der Situation ändern, daß das Raumschiff „Sojus T/9" – in dem die beiden Kosmonauten vor bald vier Monaten von der Erde abgeflogen waren – nicht mehr als rückkehrsicher zu betrachten ist.

Die Kosmonauten haben längst die Grenze von 115 Tagen überschritten, die sie eigentlich nur oben sein sollten. Gelingt es dem Kontrollzentrum nach dem gescheiterten Zubringerversuch vom 27. September nicht bald, ein frisches Raumschiff zu entsenden, geraten die Kosmonauten in eine brenzlige Situation.

Doch offensichtlich sind sich die Sowjets immer noch sicher, rechtzeitig ein frisches Sojus-Schiff zu entsenden. Sonst hätten sie vermutlich nach der Explosion der Trägerrakete am 27. September, aus der sich die Zubringermannschaft noch gerade eben mit dem Fallschirm retten konnte, zur Rückkehr der damals noch intakten Kapsel geblasen. Ganz offensichtlich wollen die Sowjets, daß Alexandrow und Ljachow, der schon einmal 175 Tage in der Schwerelosigkeit verbracht hat, den sowjetischen Dauerrekord von 211 Tagen brechen.

Dies ist auch bei der beschränkten Manövrierfähigkeit der Station möglich, die seit dem 9. September nicht mehr voll steuerbar ist. Die Fachzeitschrift „Aviation Week" hatte gemeldet, daß durch Auslaufen eines Sauerstoffträgers und dem damit verbundenen Treibstoffmangel 16 der 32 Lagensteuerungsdüsen der Raumstation nicht mehr betriebsfähig sind. Aus dieser Darstellung hatten andere Organe laienhaft interpretiert, daß die Station nun unkontrollierbar um die Erde taumele.

Die Station kann aber auch bei stark eingeschränkter Manövrierfähigkeit bemannt bleiben, solange auslaufender Treibstoff im Innern von Saljut die Kosmonauten nicht gefährdet. Wahrscheinlich sind die Raumfahrer zwar, als sie das Leck bemerkten, sofort bei geschlossenen Visieren ihrer Raumhelme in das Rückkehrfahrzeug „Sojus T/9" umgestiegen, dann aber doch in die Kapsel zurückgekehrt, als viele Tests „reine Luft" ergaben.

Eine Fortsetzung des Dauerfluges ist auch bei geminderter Manövrierfähigkeit der Station denkbar, weil das „künstliche Haus" im Kosmos nicht stark manövriert zu werden braucht. Die experimentelle Erdaußenstation der Russen, die mit einem angekoppelten Raumschiff vom Typ „Sojus-T" und einem Versorgungsfahrzeug vom Typ „Progress" eine Masse von 32 770 Kilogramm und eine Länge von 29 Meter hat, kann sich im Freiflug einfach treiben lassen. Sie ist dann wie ein Schiff, das im Meer ungesteuert „driftet".

Genaue Manövrierfähigkeit ist lediglich für Experimente wie Erdbeobachtung erforderlich. Die Kosmonauten können halt über Amerika nicht mehr fotografieren. Allerdings muß die Station im Augenblick des Ankoppelns mit dem frischen Raumschiff stabil sein. Für diesen Augenblick halten sich Ljachow und Alexandrow reichlich Treibstoff in Reserve.

Geht der allerdings aus, müssen sie die „Notbremse" ziehen und vorher in der alten Sojus-Kapsel durch die Hölle der Hitze zur Erde zurück.

LEUTE HEUTE

Die drei Mitchums

Robert Mitchum (66) will einen Fernsehfilm drehen, in dem sein Sohn **Chris Mitchum** (39) und dessen Sohn **Robert Mitchum II.** (16) mitspielen. Der Film wird „Fathering" (deutsch



etwa: Vaterpflichten) heißen und handelt von einem Vater, der seine Familie im Stich gelassen hat. Als er sich Jahre später seiner Vaterpflichten besinnt, hat sein Sohn bereits Probleme mit einem eigenen Sohn. Parallelen sollen rein zufällig sein.

Zu stolz?

Sonia Sutcliffe (31), die Ehefrau des „Rippers von Yorkshire", **Peter Sutcliffe** (37), ist völlig verzweifelt. Niemand will der ehemaligen Werkkunstlehrerin eine Anstellung geben. Sonia Sutcliffe steht unter dem Eindruck, sie sei auf eine schwarze Liste gesetzt worden. Während ihr Ehemann seine lebenslange Strafe für 13 Frauenmorde verbüßt, wohnt Sonia wieder bei ihren Eltern. Ihr in der CSSR geborener Vater **Bohdan Szurma** (68): „Sonia wird diskriminiert. Niemand hilft ihr. Dabei könnte sie enorm viel Geld verdienen, wenn sie ihre Geschichte an eine Illustrierte verkaufen würde. Aber das tut sie nicht."

Schönes Trinkgeld

Jeden Mittag servierte die blonde Kellnerin **Valerie Shepherd** (19) ihrem Stammkunden **William Bulmer** im „Hotel zum schwarzen Schwan" in Helmsley (englische Grafschaft Yorkshire) ein Mittagessen. Die Kellnerin: „Wir haben nie viel zusammen gesprochen. Aber ich habe immer ein Witzchen gemacht." Jetzt kassiert sie das größte Trinkgeld aller Zeiten: 648 000 Mark. Die blonde Valerie war 16, als sie Mister Bulmer zum ersten Mal Roastbeef mit Yorkshire-Pudding (*einem Blätterteig*) vorsetzte. Von da ab kam der Junggeselle jeden Tag. Er brauchte die Witzchen der jungen Frau. William Bulmer, Besitzer mehre*rer großer Fernsehläden,* war schwermütig. Kurz vor seinem Tod hatte er die Frau testamentarisch bedacht.

هكذا من الأصل